Kursbuch 31

Staatsgewalt und Reformismus

Manfred Clemenz, Ist der spätkapitalistische Staat faschistisch?
Rote Hilfe West-Berlin, Staatsgewalt, Reformismus und die Politik der Linken
Nicos Poulantzas, Klassenkampf und Repression
Brigitte Heinrich, Staat und Ökonomie
Heinz Rudolf Sonntag, Der Staat des unterentwickelten Kapitalismus

Kursbogen: Zweiundvierzig Kurs-Marken

Goethe Institut e.V. Bibliothek

Kursbuch Verlag/Wagenbach 7 Mark

Kursbuch
Herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger und Karl Markus Michel

Kursbuch 31 Mai 1973

Staatsgewalt und Reformismus

Manfred Clemenz, Staatsfaschistische Tendenzen im Spätkapitalismus 1
Rote Hilfe West-Berlin, Staatsgewalt, Reformismus und die Politik der Linken 29
I Einleitung: Staatsapparat gleich Repressionsapparat? 29
II Bürgerinitiativen 45
III Juso-Ideologie 55
IV Reformverwaltung 76
V Drei Beispiele: Strafvollzug/Polizei-Reform/Bildungs-Reformpolitik 89
VI Schluß: Probleme der Politik der Linken 120
Nicos Poulantzas, Klassenkampf und Repression – Einige Hauptzüge des kapitalistischen Staates 129
Brigitte Heinrich, Intervention und Integration. Zum Verhältnis von Staat und Ökonomie 139
Heinz Rudolf Sonntag, Der Staat des unterentwickelten Kapitalismus 157

26826
Goethe-Institut e.V.
Goethe-Bibliothek
Institut
ausgeschieden am: .....

Das Kursbuch erscheint in unregelmäßiger Folge, doch mit wenigstens vier Nummern im Jahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 5, im Einzelverkauf DM 7. Anschrift der Redaktion: Kursbuch Verlag/Wagenbach, 1 Berlin 31, Jenaer Straße 9, Telefon 8 54 16 06. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Verantwortlich für den Inhalt: Hans Magnus Enzensberger und Karl Markus Michel. Redaktion: Ingrid Karsunke.
© 1973 Kursbuch Verlag, Berlin. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten.
Druck: Georg Wagner, Nördlingen. Bindung: Hans Klotz, Augsburg.

Diesem Heft liegen Prospekte der Firmen Beltz, Diogenes, Informationszentrum Buch, Suhrkamp und Wagenbach bei.

Manfred Clemenz
Staatsfaschistische Tendenzen im Spätkapitalismus

I. Vorbemerkung

Max Horkheimers Satz: »Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen«[1], gilt noch immer. Was jedoch für die historischen Gestalten des Faschismus – auch von zahlreichen bürgerlichen Interpreten des Faschismus – ohne weiteres akzeptiert wird, der Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus, erscheint problematisch, sobald es um die Analyse gegenwärtiger kapitalistischer Strukturen geht. Sofern dieser Zusammenhang überhaupt thematisiert wird, wird in der Regel versucht, die historischen Erscheinungsformen des Faschismus auf die gegenwärtige Entwicklungsphase des Kapitalismus abstrakt zu übertragen – modifiziert allenfalls durch das ebenfalls abstrakte Eingeständnis, ein faschistisches Herrschaftssystem würde heute »anders aussehen« als in den zwanziger und dreißiger Jahren[2]. In diesem Bezugssystem stellen dann die neuen staatlichen Interventions- und Lenkungsmechanismen nicht integrierbare Fremdkörper dar, soweit sie nicht über den Rekurs auf fundamentale Theoreme der politischen Ökonomie ohnedies als praktisch irrelevant aus dem Diskussionszusammenhang ausgegliedert werden.
Die Frage muß einmal umgekehrt gestellt werden: ergeben sich aus den strukturellen Veränderungen, die die kapitalistischen Systeme – oder zumindest einige – in den letzten Jahrzehnten erfahren haben und die gerade nicht die grundsätzlichen Widersprüche des Systems aufheben, sondern seine »Reibungsverluste« verringern und die weiterhin bestehenden Widersprüche verschleiern, theoretische und praktische Konsequenzen auch für das Problem des Faschismus? Es geht also nicht etwa darum, zu leugnen, daß beim Manifestwerden der gesellschaftlichen Widersprüche das kapitalistische System Auswege aus der Krise suchen kann bzw. wird, die den alten faschistischen »Lösungen« gleichen, sondern darum, daß aufgrund empirisch nachweisbarer, möglicherweise jedoch nur temporärer Veränderungen des kapitalistischen Systems faschistische Tendenzen entstehen, die mit der Fixierung an die historischen Erscheinungsformen des Faschismus nicht mehr adäquat erfaßbar sind. Die Beantwortung dieser Frage ist von größter praktischer Bedeutung. Wenn es nicht gelingt, diese Tendenzen zu erkennen und praktisch darauf zu reagieren, könnte möglicherweise über die »kalte« Faschisierung des kapitalistischen Systems erneut eine Situation eintreten, in der die gesellschaftlichen Widersprüche

nach bewährtem Vorbild still gestellt werden. Die Chancen, diese Situation wieder zu verändern, wären dann allerdings geringer als je zuvor.

Methodisch soll hier so verfahren werden, daß eine Reihe von Kriterien zur Bestimmung des »alten« Faschismus, ebenso Versuche, Tendenzen eines »neuen« Faschismus zu analysieren, daraufhin überprüft werden, wie weit sie bestimmten Veränderungen des kapitalistischen Systems Rechnung tragen. Insbesondere soll anhand von drei Erklärungsmodellen die Frage diskutiert werden, wie weit derzeit vom Auftreten eines »neuen« Faschismus gesprochen werden kann. Abschließend soll der Begriff »struktureller Staatsfaschismus« – als Versuch, eine Reihe von Entwicklungstendenzen in spätkapitalistischen Systemen zu erklären – erläutert werden.

II. Über einige Schwierigkeiten bei der Bestimmung des Begriffs »Faschismus«

Der formale Charakter der Trennung einer *funktionalen* und einer *phänomenologischen*[3] Dimension bei der Bestimmung des Begriffs Faschismus liegt auf der Hand[4]. Die Funktion des Faschismus, die Verwertung des Kapitals zu sichern, kann nicht losgelöst werden von der politischen und organisatorischen Durchführung dieser Aufgabe. Dennoch ist die Unterscheidung beider Dimensionen sinnvoll und wichtig. Die Analyse parlamentarisch-bürgerlicher Demokratie und faschistischer Systeme zeigt nämlich, daß beide zwar nicht jederzeit exakt dieselben Funktionen zu erfüllen haben, wohl aber, daß in Zeiten ökonomisch-politischer Krisen diese Funktionen nahezu identisch werden können. Die Funktionsdifferenz beider Systeme impliziert und bestimmt jene Merkmale, die die *phänomenologische* Dimension des Faschismus ausmachen. Auf dieser Ebene, nicht auf der Ebene der Funktionen, liegt der wesentliche Unterschied der beiden genannten Systeme bürgerlicher Herrschaft.

1. Funktion der parlamentarisch-bürgerlichen Demokratie in ökonomischen Krisensituationen[5], wenn insbesondere die Arbeiterorganisationen nicht mehr in der Lage sind, die Loyalität der Massen zu sichern, und der Mittelstand verstärkt dem Druck der Monopolisierungstendenzen unterliegt, ist die Disziplinierung der proletarischen und mittelständischen Massen. Dieselbe Funktion erfüllt der Faschismus, indem er die autonomen Arbeiterorganisationen zerschlägt, den Mittelstand durch partielle Zugeständnisse und durch Pfründe in Staat und Partei einerseits, durch Drohung mit offener Gewalt andererseits »integriert«. Damit liquidiert der Faschismus gleichzeitig die noch vorhandenen Errungenschaften pro-

letarisch-mittelständischer Revolutionen oder Aufstände. Es handelt sich bei diesem Aspekt der Funktionsbestimmung des Faschismus also nicht um das Problem verhüllter oder offener, politisch-ökonomischer oder militärischer Repression. Wie weit die parlamentarisch-bürgerliche Demokratie mit offener, militärischer Repression gehen konnte, war vielmehr stets ein Problem des Machtverhältnisses zwischen den gesellschaftlichen Klassen. Ebenso ist die *gewaltsame* Zerschlagung der Arbeiteroganisation nicht notwendige Voraussetzung faschistischer Systeme. Entscheidend ist vielmehr die *effektive* Disziplinierung der Massen.

2. Funktion der parlamentarisch-bürgerlichen Demokratie in ökonomischen Krisensituationen ist die Stützung bzw. Ankurbelung der kapitalistischen Akkumulationsmöglichkeiten durch Instrumente wie Steuererleichterung für das Kapital, Absicherung von Konkurrenzbeschränkungen, Sanierung bankrotter Unternehmungen, Abbau von Sozialleistungen, Lohnkontrollen, öffentliche Arbeitsprogramme, mit anderen Worten: die Sicherung der Kapitalverwertung. Dieselbe Funktion muß auch der Faschismus erfüllen. Er kann sich dabei jedoch exzessiv zweier Instrumente bedienen, die im Rahmen parlamentarisch-bürgerlicher Systeme gewissen Restriktionen unterliegen: der Ankurbelung der industriellen Produktion durch Rüstungsprogramme, die schließlich zu einer ausgesprochenen Militärökonomie führen, sowie der öffentlichen Mittelbeschaffung durch abenteuerliche Finanzierungspraktiken (im Nationalsozialismus z. B. durch das System der sogenannten »Mefo-Wechsel«).

3. Funktion der parlamentarisch-bürgerlichen Demokratie in ökonomischen Krisensituationen ist die Aufrechterhaltung und Ausweitung imperialistischer Einfluß- und Absatzsphären durch ökonomische, politische und militärische Intervention. Auch diese Funktion erfüllt der Faschismus.

– Da kapitalistische Systeme aus Gründen, die sowohl in der Ökonomie des jeweiligen Systems selbst als auch in der Verflechtung in das internationale ökonomische System zu suchen sind, tendenziell sich stets in ökonomischen Krisensituationen befinden, ist auf der funktionalen Ebene die effektive Differenz zwischen der demokratischen und der faschistischen Version bürgerlicher Herrschaft gering.

Die entscheidende Differenz zwischen den beiden Herrschaftsformen ist somit auf der phänomenologischen Ebene zu suchen. Die traditionellen faschistischen Systeme lassen sich in ihrer politischen, organisatorischen und ideologischen Struktur durch folgende Kriterien bestimmen:

1. Eine nach dem Führerprinzip aufgebaute hierarchische paramilitärische Organisation, die infolge der brüchigen sozialen Basis des Faschismus zur effektiven Disziplinierung der Gesellschaft erforderlich ist.[6]

2. Ein Herrschaftssystem, das neben dem Anspruch unbedingter politischer Priorität von Führer und Parteiorganisation die ökonomische

Machtbasis der alten kapitalistischen Oligarchie erhält und sichert, somit auch deren politischen Einfluß im wesentlichen konserviert.
3. Eine politische Doktrin, die primär gegen die die Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft reflektierenden Ideen des Humanismus, des politischen Liberalismus, des sozialistischen und kommunistischen Internationalismus gerichtet ist. Insbesondere wird die Ideologie einer universalistisch-demokratischen Gesellschaft durch die Konzeption einer ständisch gegliederten Gesellschaft, die Volksgemeinschaft, ersetzt.
4. Die Anwendung von Gewalt in Form von universellem systematisiertem Terror als gesellschaftlichem Organisationsprinzip. Der Terror ist nicht nur – durch die Androhung und Verwirklichung physischer Gewalt – extern, er wird durch die Präsenz dieses externen Terrors, durch ein System ineinander übergreifender Organisation, durch ein Netz von Agenten, Spitzeln und Blockwarten, durch den Einsatz von Massenmedien und schließlich durch die ritualisierte Demonstration der Macht und Geschlossenheit des Systems (Uniformierung, Aufmärsche, inszenierte Auftritte der Parteielite etc.) zugleich internalisiert. Apologetisch wird dieser Zustand von Forsthoff als »totale Inpflichtnahme« charakterisiert.[7] Zwar bleiben externer und interner Terror aufeinander bezogen und angewiesen, es läßt sich jedoch nicht ausschließen, daß aufgrund erfolgreicher Internalisierung des Terrors der externe Terror latent bleiben kann.
Diese Kriterien, die sich auf der Ebene einer relativ empirisch orientierten, generalisierenden Beschreibung bewegen, lassen allerdings eine Frage offen, die zugleich die Frage ist nach der Möglichkeit einer Wiederkehr des Faschismus in einem neuen historischen Gewand, der sich vom traditionellen Faschismus erheblich unterscheiden kann. Die Frage lautet: sind die angegebenen vier Kriterien tatsächlich alle *konstitutiv* für das Phänomen Faschismus oder sind einzelne von ihnen modifizierbar bzw. austauschbar. Anders formuliert: gibt es einen soziologischen Kernkomplex einer Phänomenologie des Faschismus?
Die Frage muß bejaht werden. Wenn aufgrund der Klassenstruktur der Gesellschaft weder der »freie« Äquivalententausch am Markt, noch die Planung der gesellschaftlichen Produktion durch die Produzenten als Organisationsprinzipien der Gesellschaft in Frage kommen, bleibt als ultima ratio in ökonomisch-politischen Krisensituationen nur noch Gewalt. Soll diese »Lösung« der gesellschaftlichen Organisationskrise von Dauer sein, so ist in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern punktuelle, unsystematische Gewalt nicht ausreichend. Gewalt muß vielmehr die Form universellen externen und internen Terrors annehmen. Der Faschismus war die bisher extremste Erscheinungsform dieser Organisation kapitalistischer Gesellschaften. Als *spezifische Antwort auf die inneren Widersprüche fortgeschrittener kapitalistischer Gesellschaften* soll *uni-*

verseller externer und interner Terror – der vom primär punktuellen und externen Terror z. B. in Militärdiktaturen oder bonapartistischen Regimes unterschieden ist – deshalb als *soziologischer Kernkomplex einer Phänomenologie des Faschismus* betrachtet werden. Im Faschismus kommt die Gewaltförmigkeit kapitalistischer Produktionsverhältnisse am deutlichsten zum Ausdruck; Terror wird im Faschismus gleichzeitig in einer Weise eingesetzt, daß er gleichsam zur Produktivkraft wird, d. h. die Disziplinierung und Anpassung der Massen an die bestehenden Produktionsverhältnisse und die bestehende Produktionsapparatur erzwingt. Dazu reicht externer Terror, d. h. die gegen oppositionelles oder einfach »disziplinloses« Verhalten gerichtete latente oder manifeste physische Gewalt nicht aus. Sie muß ergänzt werden durch die umfassende organisatorische und manipulative »Erfassung« des Individuums. Umgekehrt: je »disziplinierter« sich die Massen verhalten, desto geringer wird in allen Systemen bürgerlicher Herrschaft das Ausmaß des angewandten Terrors insgesamt sein, desto stärker wird sich tendenziell die Anwendung des Terrors vom externen auf den internen Terror verlagern können. Der Zusammenhang dieser Tendenz mit der Tendenz des Übergangs von extensiver zu intensiver Ausbeutung liegt nahe, bezeichnet aber vorläufig nur abstrakt den Zusammenhang von kapitalistischer Produktion und der gewaltförmigen Organisierung dieser Produktion. Generell gilt sowohl für das Ausmaß als auch für die Form des Terrors die Brechtsche Formulierung, daß man soviel Barbarei hat, als für die Aufrechterhaltung barbarischer Zustände erforderlich ist.

Universeller externer und interner Terror, als soziologischer Kernkomplex einer Phänomenologie des Faschismus und als historisch bestimmte gesellschaftliche Organisationsform[7] , definiert zugleich das Verhältnis zu den anderen Kriterien der traditionellen Phänomenologie des Faschismus. Da Terror nicht als geschichtliches Akzidens auftritt, sondern als notwendiges Instrument zur Disziplinierung der Massen, muß er entsprechend den gesellschaftlichen Verhältnissen organisiert sein. Wird Terror wie im Faschismus gegen die Massen insgesamt ausgeübt, so ist auf die Loyalität der herkömmlichen Repressionsorgane (Polizei, Militär) zumindest nicht in jeder Situation Verlaß. Ein autonomer Repressionsapparat – die Partei und die ihr untergeordneten paramilitärischen Gliederungen – muß sicherstellen, daß Terror jederzeit in der erforderlichen Form ausgeübt werden kann. Im Zeitalter fortgeschrittener kapitalistischer Gesellschaften muß Terror mit dem Anspruch der Legitimität – nicht notwendig der Legalität – auftreten. Legitimiert wird universeller Terror u. a. dadurch, daß er nicht explizit gegen bestimmte soziale Gruppen gerichtet ist (auch das »raffende Kapital« in der nationalsozialistischen Propaganda war nichts anderes als eine Umschreibung für die jüdische »Weltpest«),

sondern gegen den »Volksfeind«, dem positiv die »Volksgemeinschaft« entgegengestellt wird. Während die Bestimmung des Feindes als sozialer Gruppe noch ein Mindestmaß rationaler Argumentation bedarf, ist der Gegner als »Volksfeind« ausschließlich ein Problem von Manipulationstechniken, die durch externen Terror abgestützt werden müssen.
Daraus resultiert *erstens*, daß die Organisationsform des faschistischen Herrschaftsapparats entsprechend dem Ausmaß und der Form des ausgeübten Terrors flexibel sein kann. Zweitens sind für die »Ideologie« (genauer: die Propaganda) des Faschismus nicht rassistische, chauvinistische etc. Momente konstitutiv, sondern vielmehr – aufgrund der prätendierten Überwindung des Klassenkampfes auf der *Grundlage* kapitalistischer Produktionsverhältnisse – die jeder präzisen juristischen und soziologischen Begrifflichkeit entrückte Kontrastierung von »Volksgemeinschaft« und »Volksfeinden«. Allein mit diesem Komplex ist die faschistische Propaganda stringent an ihren gesellschaftlichen Ursprung, die Aufrechterhaltung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse gebunden. Die Unterscheidung von »Volksgemeinschaft« und »Volksfeinden« – die Kriterien für diese Unterscheidung können aus dem »gesunden Volksempfinden«, der Rasse, der Erbqualität etc. abgeleitet werden; nahezu alle Kriterien eignen sich, solange sie nicht den Klassencharakter der jeweiligen Differenzierung durchscheinen lassen, d. h. die Disziplinierung der Massen zur Aufrechterhaltung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse verschleiern – verleiht dem Terror, der gegen die Volksfeinde ausgeübt wird, einen makabren Schein von Legitimität.
Die Reduzierung der wesentlichen Elemente der faschistischen Ideologie auf die Differenzierung zwischen Volksfeinden und Volksgemeinschaft (die durch Termini wie Gemeinnutz, Gemeinwohl etc. redundant aufgefüllt werden kann) hat Konsequenzen auch für die Analyse der aktuellen Situation. In den »Grundsätzen zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst« der Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. 2. 1972 wird der Begriff des Verfassungsfeindes verwendet.[8] Der Begriff, den weder das Grundgesetz noch das Beamtenrecht kennt, ist einerseits so vage gefaßt (Mitgliedschaft in Parteien und Organisationen, die »die verfassungsmäßige Ordnung bekämpfen«), andererseits sind bis heute – man ist geneigt zu sagen: aus guten Gründen – keine Ausführungsbestimmungen zu den Beschlüssen veröffentlicht worden, so daß die Entscheidung im Einzelfall (so z. B. die Entscheidungen *gegen* das DKP-Mitglied Holzer, *für* das NPD-Mitglied Kosiek) letztlich willkürlich sind. Daß dabei in allen Entscheidungen gegen Mitglieder legaler Parteien gegen das Grundgesetz verstoßen wird[8], das die Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit von Parteien dem Bundesverfassungsgericht vorbehält (Parteiprivileg gemäß Art. 21.2. GG), soll hier nur am Rande

erwähnt werden. Kritik an der bestehenden ökonomischen, politischen und sozialen Ordnung und die Umsetzung dieser Kritik in politisches Handeln ist somit stets vom Verdikt der Verfassungsfeindlichkeit bedroht, d. h. ggf. vom Verlust der ökonomischen Existenzbasis. Damit wird ein Klima der Einschüchterung geschaffen, das als eine Form externen und internen Terrors bezeichnet werden muß. Solange nicht eine grundgesetzkonforme Bestimmung des Begriffs »Verfassungsfeind« erfolgt, ist dieser Begriff vom faschistischen »Volksfeind« nicht allzu weit entfernt.
Das Ergebnis der bisherigen Überlegungen lautet: 1. Die ökonomischen, politischen und sozialen Funktionen der parlamentarischen und der faschistischen Form kapitalistischer Herrschaft gleichen sich in wesentlichen Punkten. Der Faschismus ist dabei diejenige Herrschaftsform, mit der in einer potentiell systemsprengenden ökonomisch-politischen Krise innerhalb einer fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaft die kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufrechterhalten werden.[9] 2. Wird universeller externer und interner Terror als soziologischer Kernkomplex einer Phänomenologie des Faschismus charakterisiert, so wird – auf der Basis einer funktionalen Präzisierung des Faschismus – eine Grundstruktur des Faschismus sichtbar, die eine zuverlässigere Bestimmung dessen erlaubt, was faschistisch bzw. nichtfaschistisch ist, als die Generalisierung bestimmter empirischer Merkmale traditioneller faschistischer Bewegungen und Systeme. Die Kritik an den oben vorgetragenen vier phänomenologischen Kriterien des Faschismus lautet also, daß diese Kriterien nicht konsequent genug mit den zentralen gesellschaftlichen Funktionen des Faschismus vermittelt sind.

III. Alter und neuer Faschismus: drei Modelle

1. Die Einnahme Frankreichs durch das Innenministerium (André Glucksmann)

»Der Faschismus von heute bedeutet nicht mehr die Einnahme des Innenministeriums durch rechtsextremistische Gruppen, sondern die Einnahme Frankreichs durch das Innenministerium ... Der neue Faschismus entsteht gegen die revoltierenden Massen, er mobilisiert den Staat und vereinigt die verschreckten Hierarchien: er kommt von oben und pflanzt sich von oben nach unten fort.«[10] André Glucksmann hat mit dieser Formulierung das zentrale Problem derjenigen neueren Faschismusinterpretationen bezeichnet, die sich nicht ausschließlich an den historischen Gestalten des Faschismus orientieren: *die Funktion des Staates bei der Initiierung neuer faschistischer Tendenzen.*

Glucksmann konzentriert seine Begriffsbestimmung des Faschismus auf die phänomenologische Ebene. Er betont zu Recht, daß der Faschismus keine »Häufung von Gewalttaten und Illegalitäten«, sondern »offener Bürgerkrieg« ist.[11] Faschismus ist die »Verewigung einer reaktionären Politik mit den Mitteln des offenen Terrorismus«[12], der »offene Terrorismus gegen die Massen«[13]. Glucksmann versucht diesen offenen Terrorismus in zwei Bereichen nachzuweisen: als Terrorismus, der in der Fabrik herrscht, und als Terrorismus der staatlichen Repressionsinstanzen.[14]
Bereits hier zeigt sich das zentrale Dilemma des Glucksmannschen Ansatzes: zwar werden »Gewalttaten und Illegalitäten« geschildert, der Einsatz der Bürgerkriegstruppe CRS gegen streikende Arbeiter, Folterungen durch die Polizei, Brutalitäten der »kleinen Chefs« gegenüber den Arbeitern – die Schlußfolgerung, daß es sich dabei um eine Eskalation, um die Tendenz einer Ausweitung des Terrors, um faschistischen offenen Terror gegen die Masse handelt, wird jedoch durch die von Glucksmann angeführten Beispiele nicht gestützt. Im Gegenteil: Glucksmann weist selbst darauf hin, daß der Polizeiterror gegen streikende Arbeiter in den vergangenen Jahrzehnten möglicherweise härter war als heute.[15] Wenn jedoch keine Ausweitung des Terrors zum offenen Terror aufgezeigt werden kann, stellt sich die Frage, wie überhaupt der Übergang zum neuen Faschismus nachweisbar ist.
Dieses Dilemma des Glucksmannschen Ansatzes dürfte im wesentlichen darauf zurückzuführen sein, daß drei entscheidende Fragen innerhalb dieses Ansatzes ungeklärt bleiben:
1. Glucksmann unternimmt keinen Versuch, zwischen dem »normalen« Terror bürgerlich-parlamentarischer Systeme und dem »offenen« faschistischen Terror zu differenzieren. Es wäre absurd anzunehmen, daß die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft in der Fabrik auch in »normalen« Zeiten bürgerlicher Herrschaft ohne Terror verläuft. Der Terror kann sich in der »normalen« Intensivierung der Ausbeutung, d. h. höherer physischer und/oder psychischer Belastung, aber auch in der rigiden Erzwingung von Betriebsdisziplin bis zum »subjektivierten« Terror der »Unter- und Oberoffiziere des Kapitals« gegenüber den Arbeitern ausdrücken. Ebenso ist jedes bürgerliche System zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft auf ein bestimmtes Maß an latentem bzw. selektivem offenen Terror auch außerhalb der ökonomischen Sphäre angewiesen (z. B. die Kommunistenverfolgungen der fünfziger Jahre in der BRD und den USA). Von hier aus wäre zu bestimmen, wenn der Begriff Faschismus nicht zum sinnlosen Synonym für Kapitalismus werden soll, welche Formen des Terrors und seiner Ausweitung als faschistisch zu bezeichnen sind.
2. Die Machtfrage wurde im französischen Mai 1968 in der Konfrontation zwischen Proletariat und bürgerlichem Staat offen gestellt. Seither ist

das »soziale Gleichgewicht« des gaullistischen und postgaullistischen Systems gestört: »die sozialen Schichten ruhen nicht mehr brav nebeneinander wie Sardinen in der Büchse der Wahlstatistik; eine jede greift die Sozialordnung vom Standpunkt ihrer eigenen Guerilla an, die Seuche der Revolten wirft die kluge Planung der ›wissenschaftlichen‹ Prognose über den Haufen . . .«[16] Das alte Klassengleichgewicht, das auf Klassenkollaboration und Massenbetrug beruhte, ist nachhaltig gestört, für die Bourgeoisie beginnt »eine Periode des offenen Kriegs«, sie bedarf der Macht »in allen Lebensbereichen der Massen, und diese totale Übernahme ist der Faschismus«[17]. Auch hier bleibt Glucksmann abstrakt. Der Faschismus ist nicht einfach die »totale Machtübernahme«, er besitzt vielmehr spezifische, konkretisierbare Aufgaben. Der italienische und deutsche Faschismus hatte die Aufgabe, ein praktisch völlig zerrüttetes ökonomisch-politisches System wieder im Sinne des Kapitals in Gang zu setzen, nachdem die traditionellen bürgerlichen Machtkonstellationen und Interessengruppen sich als dazu unfähig erwiesen hatten. Welche Aufgabe – und damit welche Form – hätte der Faschismus heute in Frankreich? Wenn Glucksmann an anderer Stelle als »gemeinsames Merkmal« aller Erscheinungsformen des Faschismus die »militärische, politische und ideologische Vernichtung des Proletariats«[18] nennt, so verstellt er sich mit dieser Formel eher die Antwort auf die Frage. Das »gemeinsame Merkmal« auf funktionaler Ebene ist nicht die Vernichtung des Proletariats, sondern die Aufrechterhaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, die Sicherung der Verwertung des Kapitals und die Disziplinierung der Massen. Wenn dies durch Integration und Manipulation des Proletariats möglich ist, erübrigt sich der offene Krieg, die Vernichtung des Proletariats. Eine mögliche Antwort auf die Frage nach der Aufgabe der »Konterrevolution« könnte etwa darin liegen, zu prüfen, wie weit sie eben nicht gegen die Massen insgesamt, sondern *präventiv* und *selektiv* zugleich gegen ganz bestimmte Gruppen gerichtet ist, von denen eine akute Systemgefährdung ausgeht: rebellierende Jugendliche, »maoistische« Arbeiter, oppositionelle Intellektuelle.[19] Ohne genauere Bestimmung der Funktionen dieser Konterrevolution in Frankreich läßt sich somit kaum sagen, wie weit sich in den von Glucksmann angeführten Beispielen »normaler« bürgerlicher Terror oder bereits faschistischer Terror ausdrückt. Die Fakten sprechen (noch) nicht für sich.

3. Da Glucksmann weder über das Ausmaß noch über die Funktion des Terrors eine Eskalation von »normalem« zu »offenem« faschistischen Terror nachweisen kann, greift er zur Stützung seiner Argumentation auf den Faktor der *Organisation* dieses Terrors zurück. Neu sei, daß »im Namen des sozialen Friedens die verschiedenen Instanzen des Staatsapparats unter der Leitung eines Bürgerkriegskommandos dafür [für die Eska-

lation des Terrors] gewonnen werden. Um die Fabrik einzukreisen, dort die Revolte zu zerschlagen und die Bevölkerung zu spalten, werden Polizeioperationen, Pressekampagnen, gewöhnliche und Sondergerichte zusammengebündelt und von einer Einheitsstrategie ferngesteuert, die darauf abzielt, den Staatsapparat vom scheinbaren Frieden zum offenen Krieg zu führen«.[20] Auch hier wird nicht erklärt, was unter »Bürgerkriegskommandos«, »Einheitsstrategie« oder »ferngesteuert« zu verstehen ist.

Damit fällt aber auch die Argumentation Glucksmanns in sich zusammen, die nachzuweisen versucht, es handle sich bei den von ihm beschriebenen Phänomenen um »neuen« Faschismus, einen Faschismus »von oben«. »Der alte Faschismus konnte den Staat im Hintergrund lassen und sich seiner als Mantel bedienen. Indem die neuen Faschisten ihn die ganze Last der Faschisierung tragen lassen, entdecken sie, daß diese Waffe, die sie für absolut hielten, brüchig ist, und der Staat gerät in die Krise.«[21] Dieses Instrument ist deshalb brüchig, weil die Massen durch die Erfahrung des alten Faschismus wachsam geworden sind, sich gegen die vom Staat ausgehenden faschistischen Tendenzen zusammenschließen, weil der neue Faschismus »nicht mehr unmittelbar eine Fraktion der Massen organisieren« kann, sondern allenfalls »autoritäre und parasitäre Schichten«.[22] (War dies nicht auch im alten Faschismus der Fall?) »Der faschistische Generalstab muß seine Anhänger im Staatsapparat rekrutieren; es gelingt ihm nicht, eine faschistische Massenpartei ins Leben zu rufen.«[23]

Mir scheint, daß hier der Ausgangspunkt der wenig überzeugenden Argumentation von Glucksmann liegt: *weil* der neue Faschismus keine Massenbasis rekrutieren kann (was lediglich postuliert, nicht nachgewiesen wird), *muß* er vom Staat ausgehen. Es gibt deshalb im Staat lokalisierbare »Bürgerkriegskommandos« und »Einheitsstrategien«. Die Frage nach Art, Ausmaß und Funktion des konterrevolutionären Terrors wird aus diesem Grunde zweitrangig. Ebensowenig wird deshalb auch die Frage geklärt (die bei der Diskussion des nächsten Modells noch einmal aufgegriffen werden muß), in welchem Maß auch der alte Faschismus mit dem Staat verschmolzen war.

Mit dieser Kritik an der Argumentation von Glucksmann soll nicht versucht werden, das Ausmaß des Terrors in Frankreich (der wahrscheinlich seit 1968 eskaliert wurde) zu bagatellisieren. Es geht vielmehr ausschließlich darum, daß Glucksmann nicht zeigen kann, was er eigentlich zeigen möchte, daß sich in Frankreich ein qualitativ vom »alten« Faschismus unterschiedener »neuer« Faschismus entwickelt. Sicher ist, daß in Frankreich als Reaktion auf den Mai 1968 eine präventiv-konterrevolutionäre Bewegung eingesetzt hat, die in manifest faschistische Tendenzen umschlagen kann (wofür in einigen Bereichen, etwa in den Brutalitäten

der Polizei, dem Einsatz des »Werkschutzes« gegen Arbeiter etc. bereits Voraussetzungen geschaffen sind). Die Bezeichnung »neuer« Faschismus für diese Tendenzen erscheint jedoch nicht gerechtfertigt.

2. Italien: Ausbau des faschistischen Staatsapparates (B. Pfletschinger / G. Wenzel)

Im Gegensatz zur Arbeit von Glucksmann zeichnet sich die von B. Pfletschinger und G. Wenzel durch eine Fülle von aufschlußreichem, chronologisch geordnetem Material aus.[24] Die Dichte des Materials erweist sich für das von beiden Autoren entwickelte Modell eines »neuen« Faschismus an vielen Stellen geradezu als Hindernis: die zugrundegelegten theoretischen Kategorien integrieren die erarbeiteten empirischen Sachverhalte nur unvollständig.

Pfletschinger/Wenzel gehen scheinbar von derselben Prämisse aus wie Glucksmann: der »neue« Faschismus hat seinen Ausgangspunkt im Staat. Früher unterstützte der bürgerliche Staatsapparat die Faschisten. »Heute helfen die Faschisten dem Staatsapparat, in dem das faschistische Bürgertum überlebt hat, nicht ohne Hilfe der amerikanischen Panzer und Kredite.«[25]

Das von Pfletschinger/Wenzel vorgelegte Material (ein großer Teil wurde in Zusammenarbeit mit »Lotta continua« ermittelt) läßt sich in drei Komplexe organisieren:

1. *Die Kontinuität des Terros seit 1945.* Seit 1945 wurden in Auseinandersetzungen mit der italienischen Polizei Hunderte von Arbeitern und Bauern getötet (die Autoren nennen einmal 135, ein anderes Mal 180)[26]. Italien hält mit ca. 1,6 Millionen Arbeitsunfällen pro Jahr – von denen über 4000 tödlich verlaufen – einen traurigen Spitzenplatz der Arbeitsstatistiken.[27] 1,2 Millionen Kinder leben in »sozialen« Anstalten, die »jedem deutschen KZ Ehre machen würden«. Nach den Angaben von Franco Basaglia sind in den italienischen »Irrenanstalten«, in denen der italienische Kapitalismus seine »arbeitsunfähigen, aufsässigen oder alten Arbeitskräfte interniert«, bis zu 80% älterer Fabrik- und Landarbeiter eingewiesen.[28]

2. *Die Aktivitäten der neofaschistischen Organisationen.* Dem italienischen Neofaschismus ist es gelungen, nicht nur eine Partei aufzubauen, auf deren Unterstützung die derzeitige italienische Regierung angewiesen ist[29], sondern zugleich den größten paramilitärischen Apparat der Neofaschisten in Europa zu organisieren. Die Zahl der bewaffneten und in Organisationen wie »Avanguardia Nazionale« und »Ordine Nuovo« zusammengeschlossenen Faschisten wird auf 15 000 geschätzt.[30] Fast täg-

lich ereignen sich faschistische Gewalttaten: Mord, Bombenanschläge, Körperverletzungen. Allein in Mailand gingen in den Jahren 1969 bis Februar 1972 365 schwere Attentate auf das Konto der Neofaschisten.[31]

3. *Der Staat formiert seinen eigenen »squadrismo«*. Die wichtigsten paramilitärischen Organisationen der Faschisten stehen in engem Zusammenhang mit dem Staat. Über »Ordine Nuovo«, den die Autoren unter anderem für das Blutbad vom 12. Dezember 1969 in Mailand verantwortlich machen (als Mitglieder werden genannt Rauti, Ventura, Freda) schreiben Pfletschinger/Wenzel: »Der Geheimdienst Sifar, die Polizei und die Armee lieferten Geld und Tips, die CIA und einige Industrielle bezahlten und die Richter und Staatsanwälte sprechen frei. So wurde beispielsweise der ›ON‹-Faschist Elio Massagrande, der wegen dem Besitz von 150 Maschinengewehren und anderen Waffen verhaftet worden war, 1969 freigesprochen. Die Richter ließen sich schnell von Massagrandes Verteidigung überzeugen, die ihn als ›stillen Sammler‹ präsentierte.«[32] Noch enger scheint das Verhältnis zwischen »Avanguardia Nationale« (als Mitglieder werden genannt delle Chiaie und Merlino) und dem Staat zu sein. AN soll an den Vorbereitungen des Sifar-Putsches 1964 beteiligt gewesen sein und in diesem Rahmen Bombenattentate gegen die staatliche Rundfunkanstalt RAI und das Sekretariat der Democrazia Christiana ausgeführt haben.[33] Pfletschinger/Wenzel versuchen nachzuweisen, daß die Zusammenarbeit der faschistischen Organisationen mit dem Staat über derartige eher sporadische Kooperation hinausgeht. Nach dem mißglückten Sifar-Putsch und unter dem Eindruck der sich verschärfenden Klassengegensätze sei man zum geplanten Aufbau paramilitärischer konterrevolutionärer Verbände übergegangen. »Die Rekrutierung paramilitärischer Organisation in der Bevölkerung hat deshalb den Zweck, die Massen zu spalten, sei es durch die Taktik der Provokation, sei es durch direkten Terror.«[34]

Diese Angabe dürfte einige Tendenzen des italienischen Nachkriegskapitalismus richtig wiedergeben. Damit ist freilich – entgegen der Ansicht der Autoren – noch nichts darüber ausgesagt, ob es sich hier um eine neuartige Form des Faschismus, um »Staatsfaschismus« (so Pfletschinger/Wenzel) handelt. Die enge Kooperation staatlicher Organe mit der aufsteigenden faschistischen Bewegung, wie sie sich auch in Italien und Deutschland zeigte, ist nicht zufällig, sondern gehört zu den Merkmalen des Faschismus. Der Faschismus hat nirgendwo »aus eigener Kraft« die Macht »ergriffen«, die Macht wurde ihm vielmehr übergeben. Dem gingen Phasen voraus, die von Tolerierung bis zur offenen Kooperation reichten (die in Italien sich in gemeinsamen militärischen Aktionen von Polizei und faschistischen »squadre« gegen das Proletariat ausdrückte). Ein theore-

tisch wie praktisch relevanter Unterschied zwischen offener Kooperation und der Förderung des Aufbaus paramilitärischer faschistischer Organisationen (wie Pfletschinger/Wenzel die derzeitige Situation charakterisieren) wird von den Autoren jedenfalls nicht nachgewiesen.
Hinter dieser Schwierigkeit verbirgt sich ein prinzipielles theoretisches Problem. Pfletschinger/Wenzel begehen letztlich denselben Fehler wie Glucksmann: sie messen dem subjektiven Moment der *Erfahrung* des Faschismus eine zu große Bedeutung zu. Es steht nicht im Belieben der Bourgeoisie, generell die Form der Konterrevolution zu bestimmen, noch speziell die Form, die die faschistische Variante der Konterrevolution annimmt. Wenn die Autoren postulieren, daß sich die italienische Bourgeoisie dafür *entschied* (»die Konsequenz zog«), den »Staatsfaschismus« zu etablieren, weil er erstens perfekter sei und zweitens nicht das Risiko impliziere, mit einer faschistischen Massenpartei zu verhandeln[35], so hält diese Aussage den Maßstäben einer dialektisch-materialistischen Analyse nicht stand. Gerade weil die objektiven Gegebenheiten: Verschärfung der ökonomischen Widersprüche und Verschärfung der manifesten Klassengegensätze (in letzter Zeit immer stärker auch im Süden), den objektiven Voraussetzungen des traditionellen Faschismus immer ähnlicher werden, muß gefragt werden, ob die italienische Konterrevolution ohne das traditionelle Instrument einer *faschistischen Massenbewegung* vom Typus des Mussolinischen Squadrismus zum Zwecke der Zermürbung und Zerschlagung des Proletariats auskommen kann. Darüber hinaus tragen die bisherigen Versuche, die derzeitige Form kapitalistischer Herrschaft konterrevolutionär zu verändern, nicht die Züge eines »Staatsfaschismus«: der geplante Sifar-Putsch glich eher einem traditionellen Militärputsch mit gewissem faschistischen Anhang, der geplante Borghese-Putsch war ein traditionell-faschistisches Vorhaben in Miniaturformat. Ein aktueller konterrevolutionärer Versuch könnte derzeit allenfalls faschistische *Unterstützung* mobilisieren: er würde auf ein Militärregime oder ein Präsidialregime nach gaullistischem Vorbild hinauslaufen. Das schließt die Entwicklung eines »Staatsfaschismus« nicht ohne weiteres aus – als relevante empirische Tendenz aber ist sie meines Erachtens von Pfletschinger/Wenzel nicht nachgewiesen worden.

3. Die Entwicklung zum »konservativen Autoritarismus« als allgemeine Gesetzmäßigkeit fortgeschrittener kapitalistischer Gesellschaften (Ralph Miliband)

Im Gegensatz zu Glucksmann und Pfletschinger/Wenzel versucht Ralph Miliband in seinem Modell nicht eine *spezielle* Entwicklungstendenz, son-

dern eine *allgemeine* Entwicklungstendenz spätkapitalistischer Gesellschaften aufzuzeigen.[36] Sieht man von einer Reihe moralisierender und sentimentaler Schnörkel ab, so ergibt sich als Prämisse des Milibandschen Modells das marxistische Postulat von der zwangsläufigen Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft, genauer: (1) des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, (2) des Widerspruchs zwischen den gesellschaftlichen Klassen.

ad (1): »Fundamental« ist für Miliband die »fatale Paradoxie« des Produktionserfolgs der kapitalistischen Gesellschaften: »Denn in dem Maße, wie die materielle Kapazität des ökonomischen Systems mit immer größerer Geschwindigkeit das ungeheure Versprechen menschlicher Befreiung entfaltet, wird seine Unfähigkeit, das tatsächliche Verhalten mit dem Versprechen in Einklang zu bringen, skandalöser und offenkundiger.«[37]

ad (2): »... eine tiefe Malaise, ein alles umfassendes Gefühl unerfüllter individueller und kollektiver Möglichkeiten durchdringt und zerstört das Klima jeder fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaft ... Es gab auch nie eine Zeit, in der mehr Männer und Frauen, wenn auch keineswegs von revolutionären Intentionen bewegt, entschlossen waren, in der Verteidigung und Ausweitung ihrer Interessen zu handeln.«[38]

Auf diese Situation reagieren die »Inhaber der Macht« auf zweierlei Weise: sie greifen einerseits zu Reformen (bzw. proklamieren ihren Reformwillen), andererseits zur Repression. Reformen mildern zwar die Klassenherrschaft, heben sie jedoch nicht auf. Da auch die bestehenden kommunistischen und sozialistischen Parteien in den kapitalistischen Gesellschaften nicht im Ernst die Beseitigung der kapitalistischen Klassengesellschaft wollen[39], bleiben auch sie »Gefangene eines ökonomischen und sozialen Rahmens«, der »ihre reformerischen Proklamationen notwendigerweise in bloßes Wortemachen verkehrt, wie ehrlich sie auch gemeint sein mögen«[40]. Da Reformen stets und notwendig hinter ihren Versprechen zurückbleiben, ist das System gezwungen, zur Repression zu greifen: »... Reform und Repression werden gleichzeitig versucht. Das sind nicht alternative, sondern komplementäre Möglichkeiten. Sobald sich die Reform als unfähig erweist, Druck und Protest zu unterdrücken, schwenkt die Betonung um auf Repression, Zwang, Polizeigewalt, Recht und Ordnung, den Kampf gegen die Subversion usw.«[41]

Für Miliband handelt es sich bei diesem Doppelaspekt von Repression und Reform nicht nur um die banale Tatsache, daß die kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsverhältnisse einerseits mit Gewalt, andererseits mit Reform, Manipulation und Massenbetrug aufrechterhalten werden, er sieht vielmehr in der Dialektik dieser beiden Herrschaftsmethoden

»stark kumulative Tendenzen«[42] in Richtung steigender Repression: »...je mehr der Staat zu unterdrücken versucht, desto größer wird die Opposition, die er hervorrufen wird, und je mehr Opposition er hervorruft, desto größer die Mächte, die er anrufen muß.«[43]
Zu klären bleibt das Verhältnis zwischen einer allgemeinen Tendenz zu »konservativem Autoritarismus« und faschistischen Tendenzen. Trotz »kumulativ« ansteigender Repression betont Miliband, daß es sich nicht um eine faschistische Entwicklungstendenz handle. Vielmehr bewirke gerade der »Bezugspunkt« Faschismus, daß die weniger extremen Alternativen »verschleiert« würden. Außerdem sei es aufgrund des »Verrufs«, des »Abscheus«, der dem Faschismus anhafte, »höchst unwahrscheinlich«, daß der neue konservative Autoritarismus die Form des Faschismus annehme.[44]
Hier wird freilich der Boden marxistischer Analyse – auf die Miliband sich bezieht – zugunsten idealistischer Spekulation verlassen. Daß der Abscheu vor dem Faschismus diesen verhindere, bedarf keiner weiteren Kommentierung. Problematischer sind die kumulativ repressiven Tendenzen, die Miliband unterstellt. Milibands Geschichts- und Gesellschaftsverständnis erweist sich hier als mechanistisch und abstrakt: die Einsicht der Massen in den systemstabilisierenden, primär rhetorischen Charakter der Reformen wird ebenso abstrakt behauptet wie die notwendig repressive Reaktion auf die daraus – wiederum zwangsläufig – resultierende Systemopposition der Massen. Die konkrete Dialektik fortgeschrittener kapitalistischer Gesellschaften wird von Miliband ersetzt durch die fiktive »allgemeine« Dialektik von Systemopposition und Repression.
Es muß jedoch als Verdienst von Miliband festgehalten werden, daß er auf das für eine kritische Staatstheorie wesentliche Moment einer Dialektik von Reform und Repression hingewiesen hat, ebenso darauf, daß die »systematische«, d. h. aus der gesellschaftlichen Struktur resultierende »kumulative« Repression die spätkapitalistischen Gesellschaftssysteme ohne Rekurs auf den offenen Faschismus entscheidend verändern kann. Andererseits verstellt jedoch die Fixierung an die Erscheinungsformen des historischen Faschismus Miliband den Blick darauf, wie weit es sich dabei dennoch um genuin faschistische Tendenzen handeln kann.

IV. Struktureller Staatsfaschismus

1969 hatte Johannes Agnoli in seiner Diskussion des »transformierten Verfassungsstaates« auf einige strukturelle Ähnlichkeiten zwischen einem Typus des durch »Involution« der demokratischen Institutionen transformierten liberalen Rechtsstaats – wie er Agnoli zufolge etwa durch die BRD

repräsentiert wird – und den faschistischen Systemen hingewiesen.[45] Eine entscheidende Rolle spielt dabei das Phänomen der »pluralen Fassung einer Einheitspartei«, wie es in der Umwandlung der Interessenparteien in »Volksparteien« zum Ausdruck kommt, die auf die »Bildung einer großen Gemeinschaft« ausgerichtet sind, in der »die einzelnen der *gleichen sittlichen* Verpflichtung unterliegen, jedoch einen *ungleichen materiellen* Anteil an wirtschaftlicher und politischer ... Macht erhalten«.[46] Volksparteien, die als »Ordnungsparteien« nur im »Modus, nicht in der Substanz konservativer Politik« unterschieden sind[47], entstehen, wenn *erstens* der Klassenantagonismus aus der Politik ausgeklammert und statt dessen nur noch *klassenneutrale* Verteilungsprobleme auf der unveränderten Grundlage der Klassengesellschaft Thema und Inhalt der Politik sind; wenn *zweitens* der gesamte politische Kampf der gesellschaftlichen Kräfte auf die Formen parlamentarischer Auseinandersetzung reduziert wird. Diese beiden Aspekte der Reduktion politischer Konflikte dürften eine im wesentlichen realistische Beschreibung der als »Entideologisierung« gefeierten gegenwärtigen politischen Tendenzen in der BRD darstellen.

Da die eigentlich politische Aufgabe des Staates jetzt die Sicherung des »sozialen Friedens« darstellt, tritt in bestimmten Krisensituationen der Wunsch »nach einer zusätzlichen, auch polizeistaatlichen Sicherung der konstituierten gesellschaftlichen Ordnung« auf.[48] Der mit Disziplinierungsinstrumenten verschiedenster Art – die gegen die lohnabhängigen Massen ebenso wie gegen kritische Intellektuelle gerichtet sind – ausgestattete »Notstandsstaat« erweist sich als »Fortsetzung und Krönung des Wohlfahrtsstaates«.[49] Dabei wird keineswegs eine prinzipielle Einschränkung der Meinungs- und Kommunikationsfreiheit angestrebt, vielmehr wird die Grenze für den staatlichen Eingriff durch die »Schwelle der Sozialwirksamkeit« bestimmt.[50] – Dieser Ansatz wurde auf einem vergleichbaren theoretischen Niveau bisher kaum weitergeführt. Neuere Versuche, die durch die Fixierung an die historischen Erscheinungsformen des Faschismus geprägt sind (z. B. von Kühnl), die These vom »Polizeistaat« als Vorbereitung für eine neue faschistische Machtübernahme[51] oder gar die von aller dialektischen Vernunft verlassene Reduzierung des Faschismusproblems auf die »Kontinuität der politischen Unterdrückung« vom Kaiserreich bis zur BRD[52], haben bisher eher verhindert, daß faschistische Tendenzen analysiert wurden, die der Struktur fortgeschrittener kapitalistischer Staaten immanent sind.

Der deutsche Kapitalismus konnte seine Restauration bis 1966 in einem Klima politischer Ruhe und Stabilität betreiben, das in der Geschichte der kapitalistischen Entwicklung nahezu einzigartig ist. Die Demoralisierung der deutschen Arbeiterschaft in der faschistischen Ära, die nicht wie in Italien und Frankreich durch bewaffneten und teilweise erfolgreichen anti-

faschistischen Kampf aufgefangen werden konnte, die freiwillige Reintegration der deutschen Gewerkschaften in das kapitalistische System (begünstigt durch einen Überschuß an Arbeitskräften und eine – in ähnlicher Form allerdings auch von den italienischen und französischen Linksparteien vertretene – »systemneutrale« Aufbauideologie), die amerikanische Starthilfe, das Vorhandensein eines relativ fortschrittlichen Produktionsapparats, das nahezu unbehelligte Verbleiben der faschistischen »Eliten« in ihren alten Positionen, dies alles stellte eine ideale Ausgangsbasis dar. Die Zerschlagung der Reste kommunistischer Opposition in den fünfziger Jahren, die Integration der BRD in das westliche Verteidigungsbündnis, eine die Grenzen tolerierter Systemkritik radikal einschränkende antikommunistische Ersatzideologie, großzügige staatliche Aufbausubventionen für die deutsche Industrie, die lohnpolitische Zurückhaltung der deutschen Gewerkschaften und schließlich die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR erwiesen sich als zusätzliche ökonomisch-politische Wachstumsfaktoren. Das zunächst unproblematische, kontinuierliche Wachstum des Sozialprodukts (unterbrochen lediglich durch relativ milde zyklische Rückgänge der Wachstumsrate), die permanente Verschiebung der gesamtwirtschaftlichen Einkommens- und Vermögensquoten zugunsten der Eigentümer von Produktionsmitteln und die fortschreitende Konzentration und Zentralisierung des Kapitals waren die Folgen.

Ökonomisch zeigte sich die fortbestehende immanente Krisenhaftigkeit des Systems in der Rezession von 1966/67, als erstmalig das Sozialprodukt einen absoluten Rückgang aufwies. Von entscheidender Bedeutung war dabei, daß die Restaurations- und Rekonstruktionsperiode des Kapitalismus in der BRD eine *politisch-ideologische Krisenreserve* geschaffen hatte, die es dem System ermöglichte, die ökonomische Hürde eines rückläufigen Sozialprodukts und sinkender Masseneinkommen ohne eine systemgefährdende politische Krise zu überwinden. Das in diesem Zusammenhang aufgetretene temporäre Anwachsen rechtsradikaler Wählerstimmen, so sehr es auch einzelne Gruppen der politischen Machtelite verunsicherte, kann zumindest in seinen Auswirkungen nicht als Systemgefährdung gesehen werden, sondern erwies sich eher als stabilisierender Faktor. Sozialdemokratie und Gewerkschaften sahen sich durch diese Verstärkung rechtsradikaler Tendenzen nicht etwa dazu veranlaßt, nun ihrerseits Ansätze zu Systemalternativen zu entwickeln, sondern sich enger an den vorherrschenden konservativen Kurs anzuschließen. Politisch-ideologische Krisenreserve bestand also darin, daß die ideologische Festschreibung des Bewußtseins der Massen auf reine *Verteilungspolitik* und auf die ausschließlich *parlamentarische Form politischer Auseinandersetzung* im wesentlichen – d. h. ohne zu einer akuten politischen Systemkrise zu führen – gelungen war. Die Angleichung der beiden großen Parteien –

paradigmatisch vollzogen in der »Großen Koalition« – bedeutete einen weiteren Schritt zur Festigung der Klassengesellschaft – ideologisch verbrämt als »soziale Marktwirtschaft« oder »Sozialstaat« – im Bewußtsein der Massen, anders formuliert: die Festlegung der großen Parteien auf die Grundstrukturen *konservativer Politik.* Auch die ideologische Restauration des Kapitalismus in der BRD schien vollzogen. Als unabdingbar erwies sich in diesem Zusammenhang eine flankierende ökonomische Stabilisierung, die Schaffung einer zusätzlichen, komplementären *ökonomischen Krisenreserve,* wie sie in Stabilitätsgesetzen, mittelfristiger Finanzplanung, konzertierter Aktion etc. vollzogen wurde.

Ökonomische und politisch-ideologische Krisenpolitik stehen in einem komplementären Verhältnis zueinander, sie sind zwei verschiedene Seiten derselben konservativen Systemstabilisierung. Die Beeinträchtigung des »sozialen Friedens« durch »undiszipliniertes« Verhalten der Lohnabhängigen gefährdet Wachstumsraten und ökonomisches »Gleichgewicht«; ökonomische Krisensituationen gefährden umgekehrt die Massenloyalität, indem sie das zu ihrer Festigung erforderliche Minimum realer Zugeständnisse in Form von »Reformen«, »sozialen Umverteilungen« etc. in Frage stellen. Die Aufrechterhaltung eines ökonomisch-politisch-ideologischen Systemgleichgewichts erfordert über diese generelle Problematik hinaus heute jedoch Strategien, die mit dem Instrumentarium traditioneller ökonomischer und politischer *ad hoc*-Maßnahmen nicht mehr zu verwirklichen sind. Eines der in diesem Zusammenhang relevanten Systemprobleme soll hier in aller Kürze skizziert werden. Die Produktion und Anwendung wissenschaftlich-technischen Fortschritts, als dem Kapitalismus immanente Form intensiver Mehrwertproduktion, hat heute nicht nur gesamtgesellschaftliche, sondern zugleich weltwirtschaftliche Dimensionen angenommen. Um nicht vom jeweils technisch fortschrittlicher organisierten Kapital ruiniert zu werden, müssen sich die kapitalistischen Länder an eine generalisierte Rate internationalen wissenschaftlich-technischen Fortschritts anpassen. Entscheidend ist dabei, daß dieser Fortschritt nicht mehr im selben Maße wie früher der nationalen oder internationalen Konkurrenz der Einzelkapitalisten überlassen ist, sondern daß vielmehr der Staat selbst eingreift, d. h. die Entwicklung der Produktivkräfte selbst in die Hand nimmt. Exemplarisch kann angeführt werden, daß in den USA bereits Mitte der sechziger Jahre ca. 57% der Industrieforschung staatlich finanziert wurde. Gleichzeitig nimmt die Entwicklung und Verwendung komplizierter technischer Anlagen Dimensionen an, die häufig zwischenstaatliche Kooperation und Finanzierung erfordern.[53] Die kapitalistischen Gesellschaften werden zu einem System kooperativer Konkurrenz gezwungen.

Systematische staatliche Förderung wissenschaftlich-technischer Entwick-

lung im Dienste der Sicherung kapitalistischer Kapitalverwertung kann nicht als isolierte Maßnahme betrieben werden. Sie muß durch infrastrukturelle Investitionen (z. B. im Ausbildungssektor) abgesichert und mit anderen Faktoren und Rahmenbedingungen ökonomischen Wachstums (private und öffentliche Investitionen, Verteilungsquoten des Sozialprodukts, die Instrumente traditioneller antizyklischer Konjunkturpolitik etc.) koordiniert werden. Der kontinuierliche staatsinterventionistische Eingriff kann nicht auf einen Sektor beschränkt bleiben: er muß zwangsläufig zur *globalen Systemsteuerung* werden.[54] Die Planung dieser Systemsteuerung ist in der BRD heute noch weitgehend *indikativ*, d. h. Plandaten werden als *Orientierungs*daten festgelegt (Verstöße gegen diesen Orientierungsrahmen können nur mit relativ globalen Sanktionen geahndet werden). In dem Maße, wie aufgrund der fortbestehenden Widersprüchlichkeit des Systems die indikative Planung gefährdet wird, muß zwangsläufig zu neuen, rigideren Formen der Planung übergegangen werden (wie sie ansatzweise in Frankreich, den USA, England etc. eingesetzt wurden). Scheitert auch diese Form der Systemstabilisierung, wird die Notwendigkeit mehr oder weniger offen präventiv-konterrevolutionärer Maßnahmen wieder auf die politische Tagesordnung der kapitalistischen Systeme treten.

Systemstabilisierung in Form ökonomischer Globalsteuerung hat eine Reihe von Konsequenzen, die über die zunächst diskutierte Festschreibung des Systems auf kapitalistische Grundstrukturen und ausschließlich parlamentarische Formen der politischen Auseinandersetzung hinausgehen: 1. Vor dem Hintergrund einer scheinbar befriedeten, zum Wohle aller organisierten Gesellschaft erhalten die Spitzen der an dieser Organisierung beteiligten Gruppen (Ministerialbürokratie, Parteien und Verbände) einen Machtzuwachs, der als Konzentration und Monopolisierung politischer Macht in den Händen einer zahlenmäßig kleinen Machtelite bezeichnet werden kann. In ihr ist gleichzeitig der auf die angeblich klassenneutralen ökonomischen und technischen »Sachzwänge« fortgeschrittener kapitalistischer Gesellschaften bezogene »Sachverstand« konzentriert.[55] Diese Sachzwänge werden zur Komplementärideologie des schrittweise zu vollziehenden »Interessenausgleichs« und des dadurch hergestellten »sozialen Friedens«. 2. Die Verteilung der Macht zwischen den einzelnen Gruppen wird bestimmt durch die Akzeptierung des institutionellen Rahmens der kapitalistischen Produktionsweise. Damit wird die Machtverteilung zu einer *Funktion* dieses Bezugsrahmens und der darin anfallenden Systemprobleme. Diese Probleme sind umgekehrt nur so lange lösbar, wie keine Gruppe diesen Rahmen ernsthaft in Frage stellt. Darüber hinaus legt diese Machtverteilung auch den »Spielraum« der parlamentarischen Auseinandersetzungen fest.[56] 3. Keine der vertretenen Gruppen kann systemrele-

vante autonome Initiativen ihrer Basis akzeptieren. Ihre Politik wird vielmehr durch die »Systemzwänge« der kapitalistischen Produktionsweise bestimmt. Ihre Funktion besteht somit darin, diese Systemzwänge ihren Mitgliedern zu vermitteln, d. h. in der Disziplinierung ihrer Mitglieder.[57] Diese Disziplinierung hat freilich, entsprechend der unterschiedlichen objektiven Interessenlage, radikal verschiedene Konsequenzen für die jeweils Betroffenen.

Die Disziplinierung der Lohnabhängigen, d. h. die Produktion universeller Systemloyalität durch die großen gesellschaftlichen Gruppen (dieser Vorgang entspricht im übrigen genau der von der bürgerlichen Soziologie beschworenen gesellschaftlichen Integration der Individuen durch »intermediäre Institutionen«) ist somit für die Stabilisierung des gesellschaftlichen status quo in der BRD in zweierlei Hinsicht notwendig. Erstens ist die systemkonforme Disziplinierung erforderlich, um die seit 1945 vorangetriebene ideologische Restauration des Kapitalismus nicht zu gefährden. Zweitens ist sie erforderlich, damit nicht mit systemfremden Motivationen und Bedürfnissen die auf der Basis der Konservierung kapitalistischer Strukturen zwischen den Gruppen ausgehandelten Kompromisse in der Planung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums gestört werden.

Mit dieser systemkonformen Disziplinierung der Lohnabhängigen, bei der die Gewerkschaften mehr oder weniger subtile Repressionsfunktionen übernommen haben, war eine Integration der Arbeiterschaft in das kapitalistische System gelungen, die an *Effektivität* der offenen terroristischen Disziplinierung im Faschismus durchaus vergleichbar ist. Diese Integration ist zwar mit dem Bewußtsein partieller Freiheit und mit noch immer steigenden Reallöhnen verbunden; andererseits aber war die deutsche Arbeiterschaft – mit Ausnahme der faschistischen Epoche – noch nie so bruchlos auf die Funktionsbedingungen des Kapitalismus festgelegt. Das kapitalistische System wäre stabilisiert, wenn diese Integration sich als »krisenfest« erwiese.

Die Restaurierung und Stabilisierung des Kapitalismus in der BRD hat sich seit der Rezession von 1966/67 jedoch als brüchig erwiesen. Mit der ersten ernsthaften ökonomischen Krise, mit dem Auftreten einer teilweise militanten Systemopposition von der Studentenbewegung bis zur »Rote Armee-Fraktion«, mit den Septemberstreiks 1969 erschienen Massenloyalität und ökonomisch-politisch-ideologische Systemstabilisierung plötzlich gefährdet. Das Problem war dabei weniger, daß hinsichtlich der Fixierung der Massen an die kapitalistischen Institutionen, an die parlamentarische Form politischer Auseinandersetzungen, an das bestehende Parteienspektrum und die von ihm vertretenen politischen Perspektiven ernsthafte Loyalitätsdefizite auftraten, als vielmehr, daß (1) lokale Konfliktherde – teilweise auch innerhalb der Betriebe – auftraten, in denen autonome, d. h.

nicht mehr unbedingt systemkonforme Bedürfnisse formuliert wurden, und (2) bestimmte Formen von Gewalt als Mittel politischer Kämpfe praktiziert wurden.

Auf diese Gefährdung des »sozialen Friedens« zeigte der Staat im wesentlichen drei Formen von Reaktionen:

1. *Reformrhetorik:* Da die Initiatoren der neuen Systemopposition zunächst vor allem Studenten und Intellektuelle waren, wurde der Schwerpunkt anfänglich auf Reformen des Bildungssektors gelegt (an dem sich ein Teil der Systemkritik auch entzündet hatte). Das Schicksal dieser Reformen spricht für sich. Die Versuche einer Liberalisierung im Hochschulsektor werden mittlerweile – mit einigen Ausnahmen, z. B. in Hessen – einer restaurativen Revision unterzogen, von den ursprünglich vorgesehenen infrastrukturellen Investitionen ist wenig übriggeblieben, wie etwa die traurige Geschichte der Entwürfe der Bund-Länder-Kommission zeigt. Aber auch andere zentrale »Reformprojekte«, wie etwa die Reform der Steuergesetzgebung oder des Bodenrechts, sind über Absichtserklärungen im wesentlichen nicht hinausgelangt.

2. *Schaffung einer zusätzlichen politischen Krisenreserve:* Diese politische Krisenreserve besteht in erster Linie aus den Gesetzen (gegebenenfalls Grundgesetzänderungen), Erlassen und Vereinbarungen und den entsprechenden realen Vorkehrungen, durch die entweder »Vorsorge« für den Fall getroffen wird, daß breitere Gruppen der Lohnabhängigen Störungen des »sozialen Friedens« und damit des erreichten »Systemgleichgewichts« verursachen (Notstandsgesetze, Sicherheitsgesetze), oder aber fundamentale Systemopposition bereits im Vorfeld sozialer Wirksamkeit ausgeschaltet werden kann (Beschlüsse der Ministerpräsidenten der Länder gegen »Verfassungsfeinde« im öffentlichen Dienst). Gegen wen Notstands- und Sicherheitsgesetze im wesentlichen gerichtet sind, zeigen die zahlreichen »Übungen« von Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz gegen »subversive streikende Elemente« mit eindringlicher Klarheit.[58] Solange die Disziplinierung der Lohnabhängigen noch so zufriedenstellend funktioniert wie derzeit, liegt es selbstverständlich nicht im Interesse des Systems, die Arbeiter durch allzu spektakuläre Maßnahmen zu beunruhigen. Für den »Notfall« liegen allerdings die Instrumente *gewaltsamer* Disziplinierung bereit.

3. *Externer und interner Terror:* An der Peripherie der weiterhin im wesentlichen disziplinierten Massen der Lohnabhängigen übt der Staat den Terror ein. Dieser Terror drückt sich juristisch in der Verletzung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit der repressiven Mittel und in der allmählichen Aufweichung bindender Rechtsvorschriften aus. Konkret tritt er in Erscheinung in Gestalt sadistischer Prügelorgien der Polizei bei Demonstrationen, Roter Punkt-Aktionen oder Hausbesetzungen (»Ver-

dächtige« werden durch ganze Stadtteile gehetzt und krankenhausreif geschlagen, Festgenommene mit Gummiknüppeln oder Fußtritten mißhandelt), in menschenunwürdigen Haftbedingungen für »politische« und »unpolitische« Untersuchungshäftlinge und rechtskräftig Verurteilte[59], in der physischen Liquidierung wirklicher oder vermeintlicher Systemgegner. Am gravierendsten für die Aushöhlung rechtsstaatlicher Prinzipien – und vielleicht deshalb für Teile der bürgerlichen Öffentlichkeit noch am ehesten wahrnehmbar – dürfte die terroristische Dimension sein, wie sie sich in einer Reihe von politischen Urteilen, z. B. gegen Werner Hoppe oder Horst Mahler[60], ausdrückte. Weiterhin liegen Anzeichen dafür vor, daß die deutsche Polizei auf hartes, paramilitärisches »Durchgreifen« – auf »indifferenzierte Gewaltmaßnahmen«, wie der GdP-Vorsitzende Kuhlmann es formulierte[61] – gedrillt wird.

Es geht hier nicht darum, ob die BRD ein Polizeistaat ist oder wird, ob Tendenzen in Richtung einer traditionellen Spielart des Faschismus konstatierbar sind oder nicht – und schon gar nicht um die Frage, ob man mit den Aktionen der von diesen Maßnahmen betroffenen Personen oder Gruppen im einzelnen einverstanden ist oder nicht. Es geht um die Frage, ob sich an der Peripherie des bestehenden gesellschaftlichen Systems Tendenzen illegaler und illegitimer Gewaltanwendung zeigen, die sich in einer Weise akkumulieren könnten, daß sie zu einem dem faschistischen Terror äquivalenten Phänomen werden. Das faschistische Potential der Gesellschaft tobt sich an der Peripherie, gegen »Abweichende« aller Art aus, weil es im Zentrum der Gesellschaft *zur Zeit* nicht benötigt wird, weil die Lohnabhängigen erfolgreich diszipliniert, die Klassenwidersprüche erfolgreich verschleiert sind.

Die Strategie, mit der der Staat auf die Gefährdung des »sozialen Friedens« von der Peripherie her reagiert, wird somit deutlicher: Schaffung einer zusätzlichen politischen Krisenreserve für den Fall, daß die periphere Unruhe auf das Zentrum übergreifen sollte, und Isolierung dieser peripheren »Unruheherde«. Die Funktion einer derartigen Krisenreserve hat Innenminister Genscher am Beispiel des Bundesgrenzschutzes unmißverständlich formuliert: »Die Sicherheitslage der Bundesrepublik Deutschland und die zu erwartende Entwicklung erfordern die Bereithaltung eines zusätzlichen, jederzeit abrufbaren Sicherheitspotentials beim Bund zur Unterstützung der Länder auf deren Anforderung. Der *Bundesgrenzschutz* als Polizei des Bundes, dem schon mit der Grundgesetzänderung des Jahres 1968 Aufgaben der inneren Sicherheit zugewiesen wurden, ist dieses *zusätzliche Sicherheitspotential.*«[62] Und an anderer Stelle: »Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr sind nicht notwendige Übel, sondern Garanten unserer Verfassungsordnung«.[63] Ebenso eindeutig ist Genscher in der Frage der Isolierung politischer Unruheherde. Direkt zu bekämpfen

sei zum gegebenen Zeitpunkt jede Form von Gewaltanwendung, sowohl die »zunehmende Enttabuisierung der Gewalt« als auch generell »politischer Radikalismus«. »Unsere *freiheitliche Grundordnung* basiert auf dem *Gewaltverbot*... Wer zuläßt oder daran mitwirkt, daß die Frage der Gewaltanwendung in der Demokratie relativiert wird, wer auch nur ganz bestimmte Einschränkungen und Ausnahmen vom Prinzip zuläßt, der macht sich mitschuldig, wenn Gewalt dann später ihre Opfer fordert.«[64] »Gesellschaftspolitische Zielprojektion« ist Genscher zufolge, »das demokratische Engagement des einzelnen Bürgers zu fördern und die gesellschaftlichen Bedingungen zu erkennen und zu verändern, unter denen Kriminalität und politischer Radikalismus entstehen oder sich ausbreiten«.[65] Zielprojektion ist mit anderen Worten, wenn der Begriff »politischer Radikalismus« einen Sinn haben soll, die Festschreibung eines politischen Zustandes, in dem die Existenz von Klassengegensätzen nicht ins Bewußtsein der Massen gelangen darf.

Die Analyse faschistischer Tendenzen im kapitalistischen System der BRD hat zu folgendem vorläufigen Resultat geführt: Funktional ist die Arbeiterschaft noch immer so effektiv in das kapitalistische System integriert, die Kapitalverwertung noch immer so stabilisiert wie zuvor nur im faschistischen System. Auf die Gefährdung des »sozialen Friedens« und des gesellschaftlichen »Gleichgewichts« durch periphere Konflikte, die bisher nur in einzelnen Fällen auf das Zentrum der Gesellschaft (d. h. auf die Sphäre der Produktion und Realisierung des Mehrwerts) übergriffen, reagierte der Staat mit Reformrhetorik, der Schaffung einer zusätzlichen Krisenreserve und mit z. T. terroristischen Maßnahmen an der Peripherie. Der »periphere« Terror ist nicht Resultat eines »Komplotts« (wie Glucksmann und Pfletschinger/Wenzel für Frankreich bzw. Italien vermuten), aber er repräsentiert ein mobilisierbares und koordinierbares Potential des Systems. Die mögliche Entwicklung zu einem staatsfaschistischen System wird sich deshalb nicht durch einen spektakulären qualitativen Bruch vollziehen, sondern durch eine Akkumulation und Verschärfung terroristischer Maßnahmen. Für eine derartige Entwicklung bietet sich der Begriff *struktureller Staatsfaschismus* an, weil die faschistischen Tendenzen nicht aus einer »Verschwörung« zwischen Staat und faschistischen Organisationen resultieren, sondern aus einer strukturellen, vom Staat vorangetriebenen Transformation des Systems. Struktureller Staatsfaschismus entsteht nicht als Reaktion auf eine manifeste ökonomisch-politische Krise, sondern aus der *Antizipation* der Krise und der Entwicklung kombinierter »friedlicher« und terroristischer Techniken zur Krisenbewältigung. Struktureller Staatsfaschismus wäre somit eine kapitalistische Herrschaftsform zur Umgehung des offenen Faschismus, eine »friedlichere« und »ökono-

mischere« Version des offenen Faschismus, eine Herrschaftsform jedoch, die beim Scheitern in ihrer zentralen Aufgabe, dem antizipierenden Krisenmanagement, jederzeit die Möglichkeit des Übergangs zum offenen Faschismus bereithält.

Anmerkungen

1 Max Horkheimer, »Die Juden und Europa«, in: *Autoritärer Staat*, Amsterdam 1968, S. 8.

2 Vgl. Reinhard Kühnl, *Formen bürgerlicher Herrschaft, Liberalismus – Faschismus*, Reinbek 1971, S. 163. Dabei werden dann Banalitäten formuliert wie etwa: daß die faschistischen Tendenzen in den USA bisher noch nicht in einer »einheitlichen faschistischen Bewegung« zusammengefaßt seien, daß aber kein Zweifel an dem Vollzug einer derartigen Zusammenfassung bestehe, »falls das System einen Bedarf nach Faschismus hat«. Als ob der Faschisierungsgrad eines gesellschaftlichen Systems sich am Grad der Organisiertheit seiner faschistischen Bewegungen ablesen ließe! – Ähnlich »traditionalistisch« argumentiert auch – trotz vieler richtiger Einsichten – Christiane Bucher in: »Vom Standpunkt der großen Kleinmütigkeit zum Standpunkt des kleineren Übels«, *Neues Rotes Forum*, 6/1972, S. 10-26.

3 Als phänomenologische Dimension des Faschismus soll hier verstanden werden: die politische, organisatorische und ideologische Struktur des Faschismus.

4 Zur ausführlicheren Begründung der Notwendigkeit einer historischen, funktionalen und phänomenologischen Bestimmung des Begriffs Faschismus vgl. Manfred Clemenz, *Gesellschaftliche Ursprünge des Faschismus*, Frankfurt 1972, S. 205 ff.

5 Die hier angeführten Funktionen werden im wesentlichen natürlich auch in »Normalzeiten« von parlamentarisch-bürgerlichen Demokratien erfüllt. Auf der funktionalen Ebene bestehen lediglich graduelle Unterschiede zwischen der parlamentarischen und faschistischen Form bürgerlicher Herrschaft.

6 Diese brüchige soziale Basis ergibt sich daraus, daß nicht nur das Proletariat, sondern auch der Mittelstand diszipliniert werden muß. Da der Faschismus ökonomisch nicht die Herrschaft des Mittelstandes, sondern die Festigung der Herrschaft des Großkapitals bringt, fallen trotz partieller Zugeständnisse Anspruch und Realität des Faschismus auch für den Mittelstand erkennbar auseinander.

7 »Der totale Staat ... stellt die totale Inpflichtnahme jedes einzelnen für die Nation dar. Diese Inpflichtnahme hebt den privaten Charakter der Einzelexistenz auf.« Ernst Forsthoff, *Der totale Staat*, Hamburg 1933, S. 42.

7a Terror als *historisch bestimmte* Organisationsform der Gesellschaft heißt hier: Terror zur Disziplinierung primär der proletarischen, darüber hinaus auch der kleinbürgerlichen Massen in einer fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaft. Faschismus als Anwendung universellen externen und internen Terrors ist somit auf eine historisch eindeutige Situation bezogen.

8 Zum Text der Beschlüsse vgl. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 2, 1972, S. 124 f.

8a So jetzt auch die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Neustadt (Weinstraße) vom 22. Februar 1973 zugunsten des DKP-Mitglieds Johanne Jenhart.

9 Über die historischen und strukturellen Voraussetzungen, die zu den »traditionellen« Formen des Faschismus geführt haben, vgl. M. Clemenz, *Gesellschaftliche Ursprünge des Faschismus*, a.a.O.

10 André Glucksmann, »Der alte und der neue Faschismus«, in: A. Glucksmann, A. Geismar u. a., *Neuer Faschismus, Neue Demokratie*, Rotbuch 43, 1972, S. 7-68.

11 A.a.O., S. 27.
12 A.a.O., S. 26.
13 A.a.O., S. 30.
14 Der Terrorismus der imperialistischen Kriege (Indochina, Algerien) wird zwar geschildert, seine Auswirkung auf die interne gesellschaftliche Struktur jedoch nicht systematisch untersucht.
15 A.a.O., S. 25.
16 A.a.O., S. 37.
17 A.a.O., S. 30.
18 A.a.O., S. 44.
19 Beispiele für den Justizterror gegen Intellektuelle sind die Urteile gegen Geismar, Le Dantec und Le Bris; vgl. Jacques Vingtras, »Rote Hilfe und politische Justiz in Frankreich«, in: *Kritische Justiz*, H. 1/1972, S. 26 f.
20 Glucksmann, a.a.O., S. 25.
21 A.a.O., S. 64.
22 A.a.O., S. 51.
23 A.a.O., S. 50.
24 Bernhard Pfletschinger, Gisela Wenzel, *Die präventive Konterrevolution in Italien*, unveröfftl. Manuskript, erscheint 1973 im Trikont-Verlag; vgl. hierzu auch Bernhard Pfletschinger, »Der italienische Neofaschismus«, in: *Blätter f. deutsche u. internationale Politik*, H. 4/1972, S. 366-384.
25 Pfletschinger/Wenzel, a.a.O., S. 3.
26 A.a.O., S. 47, 76.
27 A.a.O., S. 66.
28 A.a.O., S. 67.
29 Die neofaschistische MSI, deren Stimmenanteil bei den Wahlen im März 1972 8,7% betrug, ist nicht ohne weiteres etwa mit der NPD gleichzusetzen. Sie ist eine Partei, die offen den Bürgerkrieg propagiert und sich militärisch darauf vorbereitet. Vgl. hierzu den Spiegel-Bericht über ein Gespräch mit dem MSI-Führer Giorgio Almirante, *Der Spiegel*, 10. 12. 69, S. 116.
30 Bernhard Pfletschinger, »Der italienische Neofaschismus«, a.a.O., S. 373; vgl. Pietro Secchia, *Le armi del fascismo 1921-1971*, Milano 1972. Die Ausstattung z. T. mit schweren Maschinengewehren und Spezialsprengsätzen soll zu 80% aus Nato-Material bestehen, wobei laut Pfletschinger der Hauptverteilersitz in der BRD liegt (Pfletschinger/Wenzel, a.a.O., S. 114).
31 Pfletschinger/Wenzel, a.a.O., S. 114.
32 A.a.O., S. 115.
33 A.a.O., S. 118/9. Dieser Putschversuch wurde von dem Chef des italienischen Geheimdienstes, de Lorenzo, vorbereitet, der kurz vor dem für den Putsch vorgesehenen Zeitpunkt Oberbefehlshaber der Carabinieri wurde. Der Putschversuch wurde aus nicht genau bekannten Gründen abgeblasen. Pfletschinger/Wenzel vermuten internationale Intervention, u. a. durch England, dessen Geheimdienst, wie Veröffentlichungen in einigen englischen Zeitungen wenige Tage vor dem Attentat vom 12. 12. 69 in Mailand nahelegen, ausgezeichnet über die italienischen Verhältnisse informiert ist.
34 A.a.O.
35 A.a.O., S. 3.
36 Ralph Miliband, *Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft*, Frankfurt 1972.
37 A.a.O., S. 354.
38 A.a.O., S. 356.

39 Miliband versucht dies anhand der Politik der französischen Volksfrontregierung unter Léon Blum, der Labour-Regierung nach 1945 und der ersten französischen Regierung nach 1945 (an denen Sozialisten und Kommunisten beteiligt waren) nachzuweisen.

40 A.a.O., S. 357.

41 A.a.O., S. 358.

42 A.a.O., S. 359.

43 A.a.O.

44 A.a.O., S. 359.

45 Johannes Agnoli, Peter Brückner, *Die Transformation der Demokratie*, Frankfurt 1969.

46 A.a.O., S. 41.

47 A.a.O., S. 37.

48 A.a.O., S. 52.

49 A.a.O., S. 53

50 A.a.O., S. 85. Mit einem Satz von Pareto hat Agnoli diese Strategie treffend charakterisiert: »Laßt die Krähen krächzen, seid aber unerbittlich, die Taten zu unterdrükken. Wer sie begehen will, muß wissen, daß die Macht ihn ohne Erbarmen trifft . . .« (a.a.O., S. 86/7).

51 So neuerdings Jürgen Roth in einer außerordentlich informativen Darstellung: *Ist die Bundesrepublik ein Polizeistaat?*, Darmstadt 1972.

52 Vgl. *Neues vom Sozialstaat*, Dokumentation der Roten Hilfe Frankfurt a. M., S. 7-11.

53 Vgl. Francois Perroux, *Feindliche Koexistenz*, Stuttgart 1961; Alvin M. Weinberg, *Probleme der Großforschung*, Frankfurt 1970.

54 Zu Technik und Instrumentarium staatsinterventionistischer Eingriffe vgl. *Staatsmonopolistische Wirtschaftsregulierung – Inhalt, Formen, Methoden*, Marxismus-Digest 1/1970.

55 Diese Sachzwänge müssen nicht notwendig als positiv und wünschenswert deklariert werden. Im Gegenteil: die real nicht zu leugnende Tatsache, daß die Menschen durch diese Sachzwänge weiterhin unterdrückt und gedemütigt werden, legt nahe, sie als – freilich wenig veränderbare – negative und notwendige Konsequenzen zu interpretieren: »Das Recht auf Geborgenheit und das Recht, frei atmen zu können, muß sich gegen die Maßlosigkeit der technischen Entwicklung behaupten, die unserer Kontrolle zu entgleiten droht.« Willy Brandt, Regierungserklärung vom 18. 1. 1973. In der ganzen Rede findet sich nicht der geringste Hinweis, daß diese »Maßlosigkeit der technischen Entwicklung« etwas mit der kapitalistischen Produktionsweise zu tun haben könnte, wie dies etwa in der nahezu gleichzeitig gehaltenen Rede des britischen Oppositionsführers Wilson immerhin angedeutet wird. Vgl. Harold Wilson, Rede vom 20. 1. 73, veröfft. vom Labour Party Information Department.

56 Dieser ohnehin enge Spielraum wird weiterhin eingeschränkt durch die Tätigkeit der supranationalen politischen und ökonomischen Institutionen, z. B. der Europäischen Gemeinschaft. Vgl. auch Wolf Rosenbaum, »Staatsinterventionismus und Wirtschaftsplanung im modernen Kapitalismus«, in Reinhard Kühnl (Hrsg.), *Der bürgerliche Staat der Gegenwart*, Reinbek 1972, S. 9-56.

57 Das zeigte sich exemplarisch in den »wilden« Streiks bei Hoesch und Mannesmann im Februar und März 1973, als Gewerkschaften und Unternehmer gemeinsam die Disziplinierung der Streikenden betrieben. So wurden bei Hoesch die Gründe für die – später rückgängig gemachte – Entlassung der Streikführer von den Gewerkschaften voll akzeptiert.

58 Ausführliches Material hierzu bei Jürgen Roth, *Ist die Bundesregierung ein Polizeistaat?*, a.a.O.

59 Dabei braucht nicht notwendig auf die Haftbedingungen der vermeintlichen RAF-Mitglieder hingewiesen zu werden. Ein jüngstes »unpolitisches« Beispiel: in der Haftanstalt Frankfurt-Höchst erhängte sich am 27. 2. 1973 der Untersuchungshäftling Max K., ein 20jähriger Arbeiter, weil er entgegen seiner dringenden Bitte in Einzelhaft gehalten wurde. Vgl. *Frankfurter Rundschau*, 1. 3. 1973.

60 Zum Hoppe-Urteil, bei dem das Gericht sich – im Gegensatz zur Anklagevertretung – über die vorliegenden objektiven Beweismittel hinwegsetzte, schreibt die *Frankfurter Rundschau* am 28. 7. 1972: »Man hat das ungute Gefühl, daß in Hamburg ein politisches Urteil gefällt worden ist . . . Wer Politik und Kriminalität fein säuberlich auseinandergehalten hat, muß allergisch reagieren, wenn der Eindruck entsteht, daß sich in einem Strafurteil . . . Erwägungen niederschlagen, die mit Straftatbeständen nichts zu tun haben.« Zum Mahler-Urteil schreibt *Der Spiegel* am 5. 3. 1973: »Der Ausweg der Kammerrichter, ihren Urteilsspruch eher auf freie Kombination statt auf harte Beweistatsachen zu gründen . . . wirft jetzt schon einen Schatten auf künftige BM-Prozesse und rührt an bislang unangefochtene Beweisgrundsätze des deutschen Strafprozeßrechts.«

61 *Frankfurter Rundschau*, 1. 3. 1973.

62 Protokoll des Deutschen Bundestages vom 7. 6. 1972, S. 10976.

63 A.a.O., S. 10977.

64 A.a.O., S. 10982.

65 A.a.O., S. 10975.

Heft 12 erscheint im Juni 1973
Einzelheft DM 5,–
Jahresabonnement DM 14,–
zuzüglich Porto

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Rowohlt Verlag

Heft 10 Schwerpunktthemen:

Peter Gorsen
Das Auge des Arbeiters
Anfänge einer proletarischen Bildpresse

Arbeiter-Illustrierte-Zeitung
Eine Dokumentation. Bildmaterial, Texte und Interviews

Texte aus dem Arbeiter-Fotografen

Willi Münzenberg
Aufgaben und Ziele der internationalen Arbeiter-Fotografen-Bewegung

Hermann Leupold
Das Bild – eine Waffe im Klassenkampf

Franz Höllering
Der Arbeiter-Fotograf als Reporter und Künstler

Fragen an Theo Pinkus
über seine Arbeit bei der AIZ

John Heartfield
Krieg im Frieden
Fotomontagen zur Zeit

Heft 11 Schwerpunktthemen:

Kritik der Medienpädagogik

Interview mit Mikis Theodorakis

Diskussion mit A. Kluge und O. Negt über ihr neues Buch

Conditio humana

Ergebnisse aus den Wissenschaften vom Menschen

Neu:

Howard S. Becker

Außenseiter

Zur Soziologie abweichenden Verhaltens

Mit einem Vorwort von Thomas Luckmann, 236 Seiten, DM 24,–

Peter L. Berger

Zur Dialektik von Religion und Gesellschaft

Elemente einer soziologischen Theorie

Mit einem Vorwort des Autors zur deutschen Ausgabe, 212 Seiten, DM 24,–

Max Schur

Das Es und die Regulationsprinzipien des psychischen Geschehens

204 Seiten, DM 22,–

Ilse Schwidetzky (Hrsg.)

Über die Evolution der Sprache

Anatomie — Verhaltensforschung — Sprachwissenschaft — Anthropologie

320 Seiten, DM 34,–

Freud-Studienausgabe — Band VII

Zwang, Paranoia und Perversion

Herausgegeben von Alexander Mitscherlich, Angela Richards, James Strachey †, 364 Seiten, DM 22,–

DIE SIGMUND FREUD-VORLESUNGEN

Neu:

Leo Stone

DIE PSYCHOANALYTISCHE SITUATION

188 Seiten, DM 18,–

Die psychoanalytische Situation – die nach Merkmalen und Kommunikationsregeln streng definierte Beziehung zwischen Analytiker und Patient – wird im Hinblick auf ihren historischen Ursprung und ihre Tragfähigkeit für psychoanalytische Theoriebildung wie therapeutische Praxis untersucht.

S. FISCHER

Staatsgewalt, Reformismus und die Politik der Linken

I. Einleitung
Staatsapparat gleich Repressionsapparat?

Eine politische Analyse des Staatsapparates ist für die Linke dringend notwendig; nichts wäre jedoch schädlicher, als die Reihe der Analysen *über* den Staatsapparat zu vermehren. Seit der RAF-Verfolgung kann die Linke den permanenten Vormarsch der Konterrevolution herunterbeten: der § 129, die vier Gesetze zur inneren Sicherheit, die Zentralisierung und Militarisierung des Polizeiapparates, die Verschärfung des Ausländerrechts, die Hamburger Beschlüsse. Diese Unterdrückungsmaßnahmen wurden in den linken Zeitungen zum Hauptinhalt der staatlichen Politik erhoben: entweder im Sinne einer reinen Progression (»weiterer Schritt zur Aufrüstung für den Klassenkampf von oben«) oder als unabgesetzte Offenbarung eines längst erkannten Wesens (»staatlicher Terror der SPD-Regierung«). Dabei schwanken die Untertöne dieser Analysen und man weiß nie so recht, ob die Stunde der Revolution sich nähert oder die Stunde der Liquidation der Revolutionäre. Als Alarmboten der Unterdrückung vermelden die linken Zeitungen das zukünftige Abschlachten der Arbeiterklasse oder das Berufsverbot für linke Lehrer und Referendare, die Zerschlagung der kommunistischen Organisationen, die Verfolgung der Sympathisanten der RAF. Einerseits wird daraus der banale Schluß gezogen, der kapitalistische Staatsapparat beabsichtige die Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft mit allen Mitteln, oder es wird mit einem Pluralismus aktueller Unterdrückungsziele gerechnet, aus dem sich keine unmittelbaren praktischen Folgen ableiten lassen.

In der Tat hat sich die Linke auf exemplarische Weise in ihrer Praxis nicht an ihre Analysen des Staatsapparates gehalten. Keine Hausbesetzung ist abgesagt worden aufgrund der Militarisierung der Polizei. Keine kommunistische Organisation hat darauf verzichtet, ihre Organisationsarbeit der linken Öffentlichkeit gegenüber propagandistisch hervorzuheben, wiewohl deren Zerschlagung ihrer eigenen Analyse nach anstand und der illegale Kampf eigentlich auf der Tagesordnung war. Kaum eine linke Gruppe oder Organisation hat während der Menschenjagd auf die illegale RAF prinzipiell illegale Handlungen für falsch erklärt. Hinwiederum wurde trotz des »staatlichen Terrors der SPD-Regierung« der »Kampf dem Abbau der demokratischen Rechte des Volkes« propagiert, der ja

zumindest suggeriert, daß der »staatliche Terror« sich noch nicht vollends durchgesetzt hat, vielmehr auf Widerstände stößt, die überhaupt erst einen »Kampf dem Abbau der demokratischen Rechte« (die schließlich noch nicht vollends abgebaut sein dürften) plausibel machen. – Es ist also denkbar ungewiß, welche politischen Schlüsse aus dem Aufbau und der Neuorganisation des staatlichen Repressionsapparates zu ziehen sind. Den linken Analysen zufolge erscheinen die repressiven Maßnahmen des Staatsapparates als eine Lawine in Zeitlupe, wobei es offenbleibt, ob man individuell sich in Sicherheit zu bringen hat, oder ob man mit der bisherigen politischen Tätigkeit einfach fortfährt oder alle Anstrengungen daransetzt, den Widerstand zu organisieren. Die linken Analysen des Staatsapparates leisten jedenfalls eines nicht: zu klären, unter welchen Bedingungen der Kampf gegen den kapitalistischen Staatsapparat zu führen ist.

Die Frage, wie der Staat politisch analysiert werden kann, ist unlösbar verknüpft mit der Frage der Solidarität. Die Analyse kann keine Schreibtischtat sein, sondern allein Ergebnis einer solidarischen Diskussion innerhalb der Linken. Eine Veränderung der linken Politik wird erst möglich sein, wenn die tatsächlichen Erfahrungen der Genossen mit dem Staatsapparat bzw. ihr tatsächliches Verhältnis zu ihm wieder Thema der politischen Diskussion werden. Was verbindet den linken Sozialarbeiter (der sich überlegt, ob er mit seiner Unterstützung von Interessen der Bevölkerung nicht ein Frühwarnsystem der Verwaltung aufbaut) mit dem linken Lehrer (der wegen der Hamburger Beschlüsse sich politisch zurückhält), mit dem Lehrling (der ein Haus mit besetzt hat und die SPD-Reformisten unter Druck setzt, weil ein Polizeieinsatz zu erwarten ist), mit dem linken Arbeiter (der auf der schwarzen Liste steht, weil er in einem anderen Betrieb einer linken Organisation angehörte), mit dem linken Studenten (der mit einer reformistischen Verwaltung die Teilfinanzierung einer Kinderladenarbeit aushandelt)? Sie alle machen unterschiedliche Erfahrungen mit dem Staatsapparat, nicht weil sie Reformisten oder Kommunisten oder Linksradikale oder Spontaneisten sind, sondern weil der Staatsapparat aufgrund objektiver Bedingungen unterschiedlich reagieren muß.

Die Bedingungen für eine solidarische Diskussion zu schaffen, kann nicht die Aufgabe eines Artikels sein, sondern ist das Problem der politischen Praxis selber. Was wir hier einer sehr großen, uns aber unbekannten Leserschaft gegenüber versuchen wollen, läuft darauf hinaus, die linken Analysen seit der RAF-Verfolgung zu konfrontieren mit dem Reformismus. Die Analyse des Reformismus selber wird hier nicht geleistet werden können. Wir können zur Zeit ohnehin nur die Ziele einer Analyse beschreiben: Wie kann die staatliche Repression in die derzeitige Bewegung der Klassengegensätze eingeordnet werden? Wie ist gegenwärtig das Verhältnis von

Reform und Repression zu bestimmen, wenn man nicht geschichtslos die Repression als unveränderlichen Hauptinhalt der Reform, als ihr ewiges Wesen gewissermaßen bloß behaupten will? Welche veränderten Bedingungen sind für den Kampf gegen den kapitalistischen Staatsapparat gegeben angesichts des SPD-Reformismus? – Um diese Fragen zu verdeutlichen, soll ein exemplarisches Beispiel linker Analysen zitiert werden:

»Der Wahlsieg der SPD/FDP-Koalition zeigt zwar, daß die Arbeiterklasse und breite Teile des Volkes die Reaktion ablehnen, aber eine Verbesserung der Kampfbedingungen bedeutet diese Festigung der SPD/FDP-Koalition keineswegs, kann die Bourgeoisie doch unter dem Deckmantel der Reformversprechen und des fortschrittlichen Gehabes ihre Abwehr- und Unterdrückungsmaßnahmen ... umso ungestörter und unauffälliger organisieren, ohne daß jeder Schritt der Reaktion der Monopolbourgeoisie sofort mit einem neuen Aufschwung der Klassenkämpfe und der demokratischen Volkskämpfe beantwortet werden könnte. Die Einleitung dieser Massenkämpfe wird durch die SPD/FDP-Regierung erschwert.« (NRF, 6/72, 59)

Das *Neue Rote Forum* hatte *vor* der Wahl mit der Aufforderung, die Parole »Weg mit dem KPD-Verbot! KPD!« auf die Stimmzettel zu schreiben, zum Wahlboykott aufgerufen. In seinem analytischen Eiertanz *nach* der Wahl spiegelt sich zwar wider, daß mit der Wahl sich die politischen Bedingungen für eine kommunistische Agitation erheblich geändert haben, auf der anderen Seite aber versuchen dieselben Sätze zu beschwören, daß sich nichts geändert hat. Die Arbeiterklasse und »breite Teile des Volkes« sind zwar nach links gerückt. Das wird festgestellt. Andererseits aber ist ein »Deckmantel« gewählt worden, hinter dem die »Abwehr- und Unterdrückungsmaßnahmen« »umso ungestörter und unauffälliger« fortlaufen, was den »neuen Aufschwung der Klassenkämpfe« erschwert. Wobei man sich fragt, was die Abwehrmaßnahmen der Bourgeoisie abwehren sollen, wenn ihr Deckmantel den »Aufschwung der Klassenkämpfe« erschwert. Warum der emsige Aufbau des Unterdrückungsapparates nötig ist, wenn die nach links gerückten breiten Teile des Volkes »auf Reformversprechen und fortschrittliches Gehabe« schon reinfallen? Warum ist die SPD/FDP- Koalition eigentlich gefestigt, wenn sich doch sofort nach der Wahl Flügelkämpfe ankündigten? Ist sie gegenüber den Volksmassen wirklich gefestigt oder scheint sie gefestigt? Wo war im übrigen der »Aufschwung der Klassenkämpfe«, als die »Abwehr- und Unterdrückungsmaßnahmen« noch ohne Deckmantel angewendet wurden, während der RAF-Verfolgung nämlich?

Dieser analytische Versuch des NRF ist nicht nur hilflos, er ist auch unehrlich. Die reformistische Politik wird auf der einen Seite als ein Problem wahrgenommen, auf der anderen Seite weggewischt und als eine bloße Erschwerung der Agitation, als ein Problem, wie Deckmäntel gelüftet werden können, dargestellt. Prinzipiell ungeklärt ist, in welchem Verhältnis eigentlich Repressionen und reformistische Politik stehen. Wenn in

einer scholastischen Darstellung Repression das Wesen ist, Reformversprechen die Erscheinung, dann bedürfte es nur des zündenden Redners, der die Klassenkämpfe einleitet, indem er die Massen hinter die Kulissen blicken läßt und die Staatsmaschine beim Aufbau des Repressionsapparates zeigt. In Wahrheit ergibt sich aus einem derartigen Politikverständnis eher die politische Ohnmacht des sektiererischen Eckenstehers, der marxistisch-leninistischen Kassandra am U-Bahnhof und BILKA-Ausgang, die ständig von neuen volksfeindlichen Akten der sozialdemokratischen Volksverräter kündet, während in der SPD die Debatte über die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien läuft. Dabei zeigt die historische Erfahrung keineswegs, daß eine Verschärfung der Repression automatisch Klassenkämpfe auslöst. Das Gegenteil ist wahr.

Wir glauben jedenfalls, daß das Problem einer revolutionären Strategie auf eine gefährliche Weise verkürzt wird, wenn heute der Repressionsapparat mit seinen Vernichtungsmöglichkeiten kurzerhand mit der gegenwärtig möglichen staatlichen Politik identifiziert wird. Die Stärke des Staates läßt sich eben nicht aus einer Statistik der Polizeiwaffen ablesen. Wer den Reformismus nur als Etikett für geplante Bürgerkriegsmanöver auffaßt und damit Repressionsapparat und staatliche Politik gleichsetzt, kann im Grunde nur vor der Heimtücke der Bourgeoisie warnen oder unmittelbar zum revolutionären Entscheidungskampf aufrufen. Es ist schließlich eine Lebensfrage, wann und unter welchen Bedingungen der Staatsapparat eine derartige Gleichsetzung herstellen kann. Unter diesem Gesichtspunkt ist eine tagespolitische Analyse der Politik des Staatsapparats unbedingt notwendig für eine sozialistische Politik. Eine tagespolitische Analyse hat dabei nicht die allgemeinen Unterdrückungstendenzen mit aktuellen Beispielen zu bekräftigen, sondern muß die tatsächlichen Schwächen des Gegners bloßlegen. – Die Gleichsetzung von Repression und Politik des Staatsapparates führt zu einem unhistorischen Verständnis des Staates. Es wird verkannt, daß damit nichts über den Staat selbst ausgesagt, sondern eine bestimmte geschichtliche Etappe bezeichnet wird, wo entweder die Arbeiterklasse die Machtfrage stellt, oder eine faschistische Situation entstanden ist. – Beides wird ernsthaft nicht behauptet. Es ist aber die Aufgabe einer linken Analyse zu erkennen, welchen politischen Spielraum gegenwärtig die Unterdrückungsinstrumente haben, welchen politischen und gesellschaftlichen Zustand der Reformismus anstrebt. Ganz abgesehen von der Frage, ob nicht nurch den Reformismus selbst die gesellschaftlichen Widersprüche verschärft werden können.

Wenn wir die Gleichsetzung von Verfolgungstendenzen und Unterdrükkungsmaßnahmen mit der Politik des Staatsapparates kritisieren, so geschieht das hier keineswegs in der Absicht, diese Tendenzen etwa zu verkleinern. Aber die Analyse des Staatsapparates hat diese Tendenzen politisch zu bewerten und nicht auf ihre möglichen Opfer zu projizieren. Ein exemplarisches Beispiel, wie in der linken Analyse der Staat zur Schicksalsmacht wird, ist folgendes Zitat. Es handelt sich in diesem Falle um einen Gesetzesentwurf der Landesregierung von Niedersachsen, wonach bei einem Polizeieinsatz in Extremsituationen keine Rücksicht mehr auf Unbeteiligte genommen werden muß. Eine generelle Schießerlaubnis also:

»Gesetzmäßig wird jetzt in Hannover, was zu rechtfertigen Staat und Polizei in den Fällen Georg von Rauch und Thomas Weißbecker nicht gelang: nach der Erschießung festzustellen, daß das Opfer noch nicht einmal eine Waffe mit sich führt.

Von solchen Erklärungsschwierigkeiten sollen Innenministerien und Polizeibehörden in Zukunft verschont werden. Eine Bestimmung des Bereichs der ›Extremsituation‹ existiert nicht, ihrer Auslegung sind keinerlei Grenzen gesetzt.

Was in Niedersachsen verabschiedet wird, wird seine bundesweite Ausdehnung in allernächster Zukunft erfahren. Die Befugnisse der Polizei zum manövermäßigen Auftreten werden von der Monopolbourgeoisie Schritt für Schritt ausgeweitet. Der Zweck solcher Aktionen ist eindeutig: Gewöhnung der Massen an den Polizeiterror, Einschüchterung jedes Einzelnen.« (*Rote Fahne*, Nr. 47, 14. 6. 72)

Zunächst einmal wird als Realität ausgegeben, was in dieser Form erst durchgesetzt werden soll. Die Prozeduren der Durchsetzung eines solchen Gesetzes, die ja zugleich Eingriffsmöglichkeiten beinhalten würden, interessieren in dieser Darstellung überhaupt nicht. Es gibt so etwas wie einen linken Fatalismus: vollständig aufgeklärt, daß man der Monopolbourgeoisie alles zutrauen kann, hält man es gewissermaßen für eine Frage der Zeit, wann sie ihre Pläne »Schritt für Schritt« verwirklicht. – Dieser Gesetzesentwurf jedenfalls ist stillschweigend wieder verschwunden. Für die *Rote Fahne* war das allerdings kein Anlaß, ihren Lesern die Tatsache bekannt zu geben und sie über die Gründe aufzuklären. Eine derartige Staatsapparat-Analyse ist nicht nur unfähig, die tatsächlichen politischen Ergebnisse vorauszusehen. Sie ist auch nicht in der Lage, die tatsächliche Stärke des Feindes zu benennen. Ein derartiger Gesetzentwurf versucht die Gunst der Stunde, die für die Konterrevolution mit der Menschenjagd auf die RAF gegeben war, auszunutzen. Das heißt aber keineswegs automatisch, daß der Staatsapparat im Augenblick es wagen kann, eine schießwütige Polizei gesetzlich und politisch noch zu ermutigen. In Wahrheit ist dieser Gesetzesentwurf ein schlagendes Beispiel dafür, wo die Repressionspolitik des Staates während der RAF-Verfolgung an ihre objektive Grenze stieß.

Wenn wir dieses Zitat als ein zwar extremes aber auch typisches Beispiel für die linken Staatsapparat-Analysen während der RAF-Verfolgung nehmen, so sind eine Reihe prinzipieller Fehler zu benennen:

1. Die politische Konsequenz bei Verwirklichung eines solchen Gesetzesvorhabens wird nicht benannt. Diese Analyse selbst hat die einschüchternde Wirkung, die dem Gesetz unterstellt wird, weil sie offen läßt, ob nun in Passanten hineinschießende Polizisten auf der Tagesordnung stehen, oder ob Polizeiübergriffe und Brutalitäten nur besser gerechtfertigt werden sollen.

2. Es wird überhaupt nicht untersucht, ob es innerhalb des Staatsapparates ohne weiteres möglich ist, ein solches Vorhaben durchzusetzen und später auch anzuwenden. Und es wird überhaupt nicht gesehen, daß – jedenfalls unter den gegenwärtigen Bedingungen – im Staatsapparat kein einhelliges Interesse daran besteht, Polizeistaatszustände »Schritt für Schritt« einzuführen.

3. Diese Tendenz des Staatsapparates wird als bruchloser Aufbau des Unterdrückungsapparates beschrieben, wonach der Staatsapparat nur das Problem der technischen Effizienz hat. Die realen Widerstände gegen eine Unterdrückungspolitik tauchen nur schattenhaft als »Erklärungsschwierigkeiten« auf. Mit der Formel »Erklärungsschwierigkeit« wird unter den Tisch gewischt, daß es bei dem Mord an Georg von Rauch und Thomas Weißbecker eine breite Solidarisierung gegeben hat, daß die Öffentlichkeit mit den Ermittlungsergebnissen linker Organisationen die Verantwortlichen unter Druck gesetzt hat, und daß reine Unterdrückungsstrategen wie Neubauer in ihrer politischen Stellung erschüttert wurden. Eine Darstellung staatlicher Unterdrückungspolitik, die nicht die Erfahrungen des Widerstandes gegen sie aufnimmt, ist reine Panikmache.

4. Die Rolle der Massen wird derart definiert, daß sie Objekt des Unterdrückungssubjektes Staat sind. Was heißt eigentlich »Gewöhnung der Massen an den Polizeiterror«? Werden sich die Massen daran gewöhnen, oder werden sie Widerstand leisten? Wenn sie gewissermaßen in psychologischen Dosen an den Polizeiterror gewöhnt werden sollen, gibt es offenbar Widerstand. Was bedeutet dieser Widerstand? Ist er tendenziell schon gebrochen? Wir wissen inzwischen, daß die Innenministerkonferenzen sehr wohl begriffen haben, daß die Verfolgungspolitik auf Widerspruch in der Bevölkerung stößt. Daran aber muß sich die Politik des Staatsapparates orientieren. Insofern beschwört das Herunterbeten der Unterdrükkungsabsichten nichts anderes als die permanente Ohnmacht der Massen. An diesem Punkt aber verwirklichen solche Analysen eher die Absichten des Staates: sie zeigen keine Möglichkeiten kollektiven Widerstandes auf, sondern provozieren eher eine privatistische Ideologie des Kopfeinziehens.

2. *Die Totalität der Unterdrückungsmaschine legitimiert die politische Defensive der Linken*

Wollte man eine Antwort auf die Frage suchen, warum in der Linken Theorien über den Staatsapparat propagiert wurden, die so ganz offensichtlich in einem Widerspruch zu den praktischen Bedingungen des Kampfes gegen den Staatsapparat stehen, wäre es an sich nötig, die politische Entwicklung der Linken nach der Liquidierung der antiautoritären Revolte zu untersuchen. Dieser Artikel muß sich allerdings auf einige Hinweise beschränken. So viel jedenfalls läßt sich sagen, daß der Begriff vom Staatsapparat weitgehend aus dem politischen Verhältnis linker Gruppen und Organisationen zur RAF resultiert.

Die RAF hatte zum ersten Mal in der Geschichte der »Neuen Linken« das Monopol des Staates auf Gewaltanwendung in aller Öffentlichkeit in Frage gestellt. Es war allen bewußt, daß der Staat diese Herausforderung mit einem Vernichtungsfeldzug beantworten würde. Zugleich war die Linke durch Spaltungen im Zuge der Konkurrenzkämpfe marxistisch-leninistischer Aufbauorganisationen politisch geschwächt. Die Propagierung der Organisationsschemata stand zu den Erfordernissen des illegalen Kampfes in einem flagranten Widerspruch. Mit der RAF-Verfolgung erhöhte sich so automatisch der Legalitätsdruck auf die kommunistischen Organisationen. Die organisatorischen Voraussetzungen, vor allem die spontanen Organisationsformen für Massenaktionen, für Kampagnen, für die Mobilisierung der Öffentlichkeit waren durch die Spaltungsprozesse innerhalb der Linken ruiniert worden, bzw. galten in der Regel als Praktiken spontaneistischer Fraktionen. Unter diesen Bedingungen setzte sich die naturwüchsige Tendenz durch, daß die einzelnen Gruppen weniger darüber nachdachten, wie eine gemeinsame Kampffront gegen die Verfolgungsmaschine aufzubauen sei, sondern viel eher aus ihrem Gruppenegoismus heraus ihr Verhältnis zur RAF und zum Staatsapparat bestimmten. Mit der RAF-Verfolgung nahm jedenfalls erst einmal die Zerrissenheit, die innere Feindschaft und die ideologische Diskriminierung zu. Denn einerseits war durch den illegalen Kampf der RAF und die daraufhin einsetzenden Verfolgungsmaßnahmen die Aktualität des Kampfes gegen den Staatsapparat nicht von der Hand zu weisen, auf der anderen Seite hätte eine solidarische Auseinandersetzung mit der Strategie der RAF auch die Bereitschaft erfordert, die eigene politische Linie zu überprüfen.

Der Versuch linker Organisationen, sich von der angegriffenen RAF zu distanzieren und zugleich zum Widerstand gegen den reinen abstrakten Terror des Staates aufzurufen, mußte notwendig in eine ohnmächtige Nachtrab- und Protestpolitik münden. Im wesentlichen wurden zwei politische Erklärungsmuster angewandt:

1. Die RAF wurde aus den Absichten des Gegners und nicht aus ihrer Praxis heraus beurteilt. Für viele linke Organisationen galt sie nicht mehr als eine politische Gruppe, war kein Teil der Linken mehr (was sich im Grunde erst durch die Verhaftungen und durch die politische Prozeßführung der RAF-Genossen wieder geändert hat). Die RAF war »Vorwand für den Klassenkampf von oben«, war »Handpuppe des Kapitals«, war »Deckmantel für die Zerschlagung kommunistischer Organisationen«, war – möglicherweise – eine vom Kapital finanzierte Provokateurtruppe. Schon bei der Baaderbefreiung schrieb die *Kommunistische Arbeiterpresse* der damaligen KPD/AO:

»Wollen die Gefängnisleitung und der Justizsenator uns im Ernst weismachen, sie hätten seit vierzehn Tagen von den Befreiungsplänen gewußt, seien leider einer Namensverwechslung zum Opfer gefallen? Uns ist klar, daß die Senatsclique durch Spitzel unterrichtet war, um anschließend eine Progromstimmung entfesseln zu können.«

Zwei Jahre später schreibt die *Rote Fahne:*

»Für diese Grundgesetzänderung haben SPD/FDP-Regierung, CDU, die Presse dieser Parteien, die Springerpresse das Schaustück ›Verfolgung der Baader-Meinhof-Bande‹ als Begründung herangezogen. Dieses Schauspiel massenfeindlicher Kleinbürger, die zu Waffen und Bomben griffen, weil sie in ihrem kleinbürgerlichen Pessimismus nicht an die Revolution der Volksmassen glauben konnten, wurde von den anderen Beteiligten, von Bundeskriminalamt, Länderpolizei und Regierungen sofort in ihren Plan eingebaut, neue und wirksamere Waffen für die Bourgeoisie gegen das Volk zu schmieden.« (*Rote Fahne* Nr. 49, 28. 6. 72)

Derlei Argumentationen, die nicht immer in dieser extremen Form, aber mit derselben Struktur entwickelt wurden, arbeiteten einem solidarischen Widerstand entgegen. Wenn die RAF Element im Plan der Konterrevolution war, erübrigt sich eigentlich die Solidarität. Es ist zwar ein nicht eben seltenes Denunziationsargument, von einer Strategie, die einem nicht paßt, zu sagen, sie diene dem Gegner. Was aber mit solchen Analysen – die RAF sei Teil eines Gesamtplanes der Unterdrückung – unterstellt wurde, mußte notwendigerweise die politische Wahrnehmung erschüttern. Bei einer Schlußfolgerung dieser Art war es nicht mehr möglich, die tatsächliche Politik und Stärke des Gegners zu ermessen. Es gehört zur fatalen Ironie linker Politik, daß solche Analysen nicht nur benutzt wurden, um unsolidarisches Verhalten wie bei der Ermordung Georg von Rauchs zu rechtfertigen; sie dienten auch dazu, die Politik marxistisch-leninistischer Organisationen insgesamt zu legitimieren: angesichts der Totalität der Unterdrückungsmaschine, die selbst noch den Terrorismus für sich zu nutzen weiß, ist ein kurzfristiges Aufbäumen der Linken ohnehin sinnlos; allein der langfristige Aufbau der kommunistischen Organisation gibt da eine Perspektive, selbst um den Preis aktueller Ohnmacht.

Das politische Interesse an einer solchen Argumentation läßt sich erken-

nen, wenn man ihre propagandistische Verwertung betrachtet. Die beschworene Totalität der staatlichen Unterdrückung mußte einen Grund haben, der nichts mit der RAF zu tun hat. Die diversen *Roten Fahnen* entwikkelten dementsprechend eine Propagandastruktur, wonach auf der einen Seite das Bild einer stufenlosen Zunahme der Repression erweckt wird, auf der anderen Seite unter der summarischen Kategorie »Zunahme der Klassenkämpfe« punktuelle Kämpfe der Arbeiter aufgeführt werden. Indem derart ein propagandistisches Gesamtbild eines verschärften Klassenkampfes, der auf seine geschichtliche Entscheidung zueilt, vermittelt wurde, sollte auf den Leser ein Organisationsdruck ausgeübt werden. Da es aber der unmittelbaren politischen Wahrnehmung widersprach, die RAF-Verfolgung so ohne weiteres aus den Kämpfen der Arbeiter abzuleiten, war es zugleich auch immer ein Präventivschlag des Staates gegen die künftige Erstarkung der Arbeiterklasse. Damit aber provoziert eine solche Propaganda eher ein gegenteiliges Interesse an anderen, nicht so unmittelbar auf der staatlichen Vernichtungsliste stehenden Kampfformen und Organisationen. Grundsätzlich führte von dieser Propaganda kein Weg zu einem wirksamen politischen Widerstand: stattdessen begann eine inflationäre Entwicklung von Kampfparolen und propagandistischen »Kampffronten«. Während der RAF-Verfolgung wurde zu Kämpfen aufgefordert, wie:

»Kampf der Militarisierung der Polizei«. »Kampf dem staatlichen Terror unter dem Vorwand der ›inneren Sicherheit‹«. »Kampf dem Betriebsverfassungsgesetz«. »Kampf der Illegalisierung kommunistischer Organisationen«. »Kampf dem Abbau der demokratischen Rechte des Volkes«. »Kampf der politischen Disziplinierung fortschrittlicher Gewerkschaftler«. »Kampf dem Berufsverbot für linke Lehrer« etc. etc.

Schon der Pluralismus von »Kämpfen« zeigt deutlich, daß die staatliche Unterdrückungspolitik nicht so ohne weiteres zu »vereinheitlichen« war, daß es da Widersprüche gab. Diese wurden mit dem zweiten Erklärungsmuster für die staatliche Politik von seiten der Linken zwar aufgenommen, aber nicht begriffen.

2. Gegenüber der eindeutigen propagandistischen Ausnutzung der staatlichen Verfolgungswelle versuchte eine Reihe linker Gruppen tatsächlich abzuschätzen, inwieweit sie selbst davon betroffen waren. Die RAF-Verfolgung war für sie der Anfang eines generellen Angriffs auf die Linke. Diese Argumentation hatte zunächst einmal den Nachteil, daß die Verfolgung der RAF als politische Tatsache hingenommen wurde. Während sich die liberale Öffentlichkeit mit den politischen Skandalen und dem offensichtlichen Polizeiterror auseinandersetzte (vgl. die Äußerung von Böll im *Spiegel*), konzentrierte sich die Linke darauf, die künftige Verfolgungstendenz abzulesen. Da es sich um eine umfassende Unterdrückungsstrategie des Staates handeln mußte, kümmerte man sich weniger um den Punkt,

wo gewissermaßen die Schlacht schon entschieden war, sondern um die Verteidigung der eigenen Bastion. Es gab aber schließlich viele Bastionen und verschiedene Praxisbereiche der Linken, die es unmöglich machten, aus der wahrgenommenen Unterdrückungstendenz nun konkrete Kampfmaßnahmen abzuleiten. – Tatsächlich wurde die Methode der staatlichen Repressionspolitik völlig verkannt: nämlich aus einer gesetzlich legitimierbaren Vernichtung einer illegalen Gruppe möglichst weitgehende politische Wirkungen zu erzielen, die Haushalte für den Unterdrückungsapparat aufzustocken und die gesetzlichen Vollmachten zu erweitern. Diese politischen Gesamtfolgen bei der Vernichtung eines Teils der revolutionären Bewegung sind jedoch keineswegs naturwüchsiges Ergebnis.

So haben die *Marxistisch-Leninistischen Hochschulgruppen Berlin* im Februar 1972 in einer Dokumentation 16 »konkrete Maßnahmen des westdeutschen Staatsapparates« benannt, wo »Mobilmachung für den Bürgerkrieg«, »Berufsverbot für Demokraten und Sozialisten« und die »Schmutzigen Geschäfte der Bourgeoisie, Spitzel und Agent Provocateur« in einer Linie aufgezählt werden. Durchweg werden nur Fakten herangezogen, die das Gesamtbild illustrieren. Aber allein schon die Aufzählung der verschiedenen Repressionstendenzen vermittelt indirekt, daß der Staatsapparat mit der RAF-Verfolgung Widersprüche zeigt. Die einzelnen Unterdrückungsansätze widersprechen dem Bild eines einheitlichen Unterdrückungsplanes. Die tatsächlich vorhandenen politischen Widerstände gegen den »Ausbau des Unterdrückungsapparates« werden weggelassen. Gerade sie aber müßten in einer politischen Analyse des Staatsapparates hervorgehoben werden. So wird unter dem Titel »Bundesgrenzschutz als Regierungstruppe« gesagt:

»Der Ruf nach einer zentralen Bundespolizei steht auf der Tagesordnung, nachdem die ›B-M-Gruppe‹ zu gefährlichen Kriminellen hochgespielt worden ist und ihr alle Banküberfälle, Kindesentführungen etc. zugesprochen werden.
Der Chor nach dem BGS ist vielstimmig.« (MLH-Broschüre)

In dem Chor werden Weyer, Genscher und BGS-Generäle aufgeführt. Also die unmittelbaren Interessenten. Kuhlmann, der Vorsitzende der GdP, der während der RAF-Verfolgung seine Polemik gegen den BGS durchgehalten hat, wird nicht erwähnt.

Unter dem Titel »Vorbereitungsmaßnahmen zur Illegalisierung Sozialistischer und Kommunistischer Organisationen« wird die allgemeine Unterdrückungstendenz, die der kapitalistische Staatsapparat *immer* hat, als dessen aktuelle Politik ausgegeben:

»Man möchte sich durch ein Verbot von sozialistischen Organisationen noch nicht die freiheitlich-demokratische Weste beschmutzen.
Statt dessen versucht man durch Verfolgungsjagden auf die B-M-Gruppe und Berufsverbot im öffentlichen Dienst ein Klima zu schaffen, in dem die Kommunisten als schieß-

wütige und jugendverhetzende Kriminelle leichter illegalisierbar werden können. Sagte doch Bundesanwalt Martin, die linksradikalen Gruppen an der FU seien in ihrer Gefährlichkeit der B-M-Bande gleichzusetzen, breiteten sich krebsartig aus und warteten nur auf den Augenblick, um in ähnlicher Weise wie die Meinhof-Bande vorzugehen.« (MLH-Broschüre)

Der politische Inhalt dieser Darstellung wird praktisch durch das simple Wort »noch nicht« verdreht. Das ist aber eben die Frage, warum die »freiheitlich demokratische Weste« für den Staat noch wichtig ist. Die Spekulation über das zukünftige Vorgehen des Staates ist solange sinnlos, wie die Frage nicht ernst genommen wird, die in diesem Passus steckt: Ist der Staat überhaupt in der Lage, zu einer allgemeinen Unterdrückungspolitik überzugehen? Welche Politik konnte der Staat mit der RAF-Verfolgung eigentlich machen?

3. Politische Grenze der Repressionspolitik

Im Gegensatz zu den linken Staatsapparat-Analysen zeichnete sich schon während der RAF-Verfolgung innerhalb des Staates ein deutlicher Widerspruch ab zwischen denen, die die Verfolgung in eine Gesellschaftspolitik überleiten wollten – also hauptsächlich der von der CDU/CSU repräsentierte Flügel der Bourgeoisie – und denen, die in der RAF-Verfolgung die Bewährung des »Rechtsstaates« zeigen wollten. Wenn die Vertreter der SPD Wert darauf legten, daß der »Rechtsstaat« zeigen muß, daß er mit rechtlichen Mitteln mit dem Terrorismus fertig wird, dann lag dem natürlich keine rechtliche Gesinnung zugrunde, sondern die politische Einsicht, daß durch eine allgemeine Repressionspolitik die Staatskrise eher verschärft und nicht gelöst würde.
Eines der wichtigsten politischen Ergebnisse des letzten Jahres ist es, daß trotz Pressehetze und Masseneinsätzen der Polizei es nicht gelungen ist, die RAF in der Öffentlichkeit als Kriminelle, d. h. als vernichtungswürdige Existenzen darzustellen. Auf der Sitzung der Innenminister der Länder vom 27. 1. 1972 betonte der Präsident des Bundeskriminalamts, Herold, insbesondere ein Problem des Polizeieinsatzes: »Aktionen der Polizei müssen immer so abgekapselt werden, daß Sympathisantenpositionen abgedrückt werden können«. Er beklagte, daß eine »erhebliche Klimaverschlechterung durch die überregionalen Medien« eingetreten sei, und erwähnt, daß die Großeinsätze durch ihren Bürgerkriegscharakter auf den Widerstand der Bevölkerung stoßen.

»Die letzte Emnid-Umfrage spiegelt ein Wachsen der Sympathien in Kreisen der Jugendlichen, insbesondere der Lehrlinge und Schüler für die Baader-Meinhof-Bande wider.
Das Solidarisierungsfeld hat sich seit dem letzten Bericht für die Innenministerkonferenz deutlich verbreitert.« (B-M-Report, S. 215)

Trotz einer extremen publizistischen Hetze ist es nicht gelungen, den inneren Zusammenhang zwischen der terroristischen Politik der RAF und dem realen Elend dieser Gesellschaft – der aussichtslosen Existenz der Obdachlosen, der Unterdrückung der Heimzöglinge, der Strafgefangenen – zu zerschneiden. Das Gegenteil war der Fall: durch den illegalen Kampf der RAF nahm das öffentliche Interesse an der Situation unterdrückter Minderheiten eher zu. Da die unerträglichen Bedingungen der alltäglichen Lebenssituation viel zu bewußt geworden sind, konnte die RAF, der Staatsfeind Nr. 1, nicht mehr als Feind der Gesellschaft verkauft werden. Den Analysen vieler linker Organisationen muß entgegengehalten werden, daß eine Massenloyalität mit dem Staatsapparat keineswegs über die Vernichtung einer illegalen Gruppe hergestellt werden konnte. Vielmehr erzeugte der Kampf der RAF die Frage, was an dieser Gesellschaft denn so grundsätzlich falsch sein muß, daß die Mitglieder der RAF ohne Rücksicht auf ihre eigene Existenz in die Illegalität gingen.

»Industrialisierung bedeutet außerdem eine Verminderung der individuellen Freiheit; zwar drohen weder willkürliche Verhaftungen noch Redeverbote, aber der Bewegungsspielraum des einzelnen ist eingeengt. Die Arbeitsteilung in Industrieunternehmen macht den Menschen zum Kleinsträdchen einer riesigen Maschinerie. Arbeitsteilung erfordert Spezialisierung, beim Arbeiter ebenso wie beim Ingenieur und beim Hochschullehrer. Deshalb werden ›Fachidioten‹ gezüchtet, die häufig unfähig sind, mit den kritischen Studenten über ›Marxismus‹ oder über ›Vietnam‹ zu diskutieren.

Spezialisierung führt aber auch zur Unübersichtlichkeit und Undurchschaubarkeit der Verhältnisse. Die Macht der Bürokratie wächst, und mit ihr das Gefühl, den Bürokraten hilflos ausgeliefert zu sein. Die Ohnmacht des einzelnen fördert den Aggressionstrieb, der dann über die verbale Ablehnung der Gesellschaftsform in einigen Fällen sogar zum bewaffneten Kampf gegen die Gesellschaft führt.

Diese Einsichten dienen nicht der Rechtfertigung von Verbrechern, dienen nicht der Entschuldigung von Kriminellen. Aber diese Einsichten helfen vielleicht, sich klarzumachen, daß Polizei und Strafrichter nur Auswüchse beschneiden, aber nicht die Axt an die Wurzel des Übels legen können. Der Staat muß seinen Bürgern durch eine maßvolle Reformpolitik beweisen, daß er die Freiheitsrechte des einzelnen auch in der Massengesellschaft garantieren kann, in der sie jetzt zu verkümmern drohen. Sonst wird es immer wieder Befürworter der gewaltsamen Gesellschaftsveränderung geben.« (*Stern* Nr. 26, 1972)

Diese Äußerung stammt von Nollau, dem Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz, geschrieben zum Zeitpunkt der Verhaftung des sogenannten harten Kerns der RAF.

Die politische Grenze der Repressionspolitik lag in der objektiv gegebenen Notwendigkeit der Reformpolitik. Das ist auch der Grund dafür, daß die CDU bei dem Versuch, eine Law-and-Order-Hysterie zu entfachen, keinen Wahlerfolg erzielen konnte. Sowohl die SPD als auch die FDP stellten in ihrer Wahlkampagne nicht die Repressionspolitik, sondern die »Verbesserung der Qualität des Lebens« in den Vordergrund. In diesem Zusammenhang war es ein politischer Erfolg der RAF, daß der Staat keine neue Iden-

tität von Legalität und Gewaltmonopol herstellen konnte. Statt daß in Zukunft alle Gewaltmaßnahmen des Staates, weil sie vom Staat erfolgen, auch rechtens sind, hat sich in der Öffentlichkeit eine gegenteilige Tendenz niedergeschlagen. Nicht nur, daß die RAF keineswegs mit »rechtsstaatlichen Mitteln« zerschlagen werden konnte, stieß auf zunehmende öffentliche Kritik, sondern das Verhältnis von Repression und Legalität selbst ist problematisch geworden. Die Versuche des Staates, die Genossen der RAF mit Folter und Isolation für die Prozesse zu präparieren, ihre Anwälte aus dem Verfahren rauszuschmeißen, die Untersuchungshaft als verschärfte Strafe zu praktizieren, bringen ihn eher in die politische Defensive. Darüberhinaus sind die Instrumente gesellschaftlicher Unterdrückung, die Knäste, durch die Genossen der RAF Gegenstand öffentlicher Kritik geworden. Statt der Kriminalisierung der RAF ist eher der politische Inhalt der Kriminalität und der Klassencharakter der Strafjustiz öffentliches Thema geworden.

Diese Entwicklung zeichnete sich schon in der Debatte zur inneren Sicherheit am 7. Juni 1972 ab. Der CDU-Abgeordnete Vogel beklagte sich bitterlich darüber, daß die Bundesregierung sich nicht genug bei der Verfolgung der »Sympathisanten der RAF« engagiere, und zitierte Beispiele, wie groß der Kreis derer sei, »die durch Wort und Tat den geistigen Hintergrund geschaffen haben und noch schaffen«:

»Schließlich ein letztes Beispiel für die Verwirrung der Geister, entnommen, Herr Kollege Matthöfer, der April-Nummer der *Gewerkschaftlichen Monatshefte.*
(Zuruf des Abg. Matthöfer.)
Unter der Überschrift ›Mehr Klarheit und konsequente Politik‹ schreibt dort Walter Köpping, der Leiter der Abteilung Bildungswesen der IG Bergbau und Energie, unter anderem den mich jedenfalls sehr nachdenklich stimmenden Satz: ›Fortschritt hat mit Rechtsverletzung, mit Rechtsüberwindung zu tun‹
(Hört! Hört! und Zurufe von der CDU/CSU. – Abg. Matthöfer: Selbstverständlich! Waren denn Streiks nicht einst illegal?)
– Herr Kollege Matthöfer, hören Sie sich den Satz nochmal an: ›Fortschritt hat mit Rechtsverletzung‹ – das ist eine Aufforderung zur Rechtsverletzung – ›mit Rechtsüberwindung zu tun‹.
(Abg. Matthöfer: Natürlich! Es gibt auch eine strukturelle Gewalt der Gesetze, die auf der Seite der konservativen Ausbeuter stehen! – Gegenrufe und Hört! Hört! von der CDU/CSU. – Abg. Dr. Marx [Kaiserslautern]: Laß ihn doch weiterreden!)«

Dieser Wortwechsel ist kennzeichnend für die politische Situation: formelle Legalität kann nicht mehr so ohne weiteres als Generalklausel für Unterdrückung benutzt werden.

Daß der staatlichen Repressionspolitik gegenwärtig eine Grenze gezogen ist, läßt sich an der Entwicklung der letzten Jahre deutlich machen. Die geschichtliche Leistung des Nachkriegsstaatsapparates war es, mit der repräsentativen Demokratie ein politisches Rechtfertigungssystem staatlicher Verwaltungstätigkeit entwickelt zu haben, wonach die Entmündi-

gung der Massen als die gelungene Einbürgerung der Demokratie verkauft werden konnte. Bis zum Jahr 1966/67 war der Nachkriegsstaatsapparat in der Lage, durch Vermögens- und Eigentumspolitik und durch die Mittelstandspolitik bis zu einem gewissen Grad die Verhältnisse der Klassen zueinander zu bestimmen. Der klassenbewußte Arbeiter galt in dieser Zeit als eine historisch überholte Figur, solange die Arbeiterklasse der staatlichen Politik zufolge als zukünftige Mittelklasse behandelt wurde.

Mit den Kämpfen der APO geriet das System der repräsentativen Demokratie in Widerspruch zu den Forderungen der direkten Demokratie und wurde als ein Herrschaftssystem entlarvt. Seit den Septemberstreiks 1969 ist die Arbeiterklasse als Klasse wieder eine politische Tatsache. Selbst wenn seinerseits, in einem linksradikalen Verständnis ›nur‹ ökonomische Forderungen gestellt wurden, war allen Beteiligten klar, daß hier nicht nur eine gesellschaftliche Interessengruppe politisch reagiert, sondern die Klasse selber. Der repräsentative Staatsapparat konnte dieser sich verbreiternden Politisierung der Massen nichts entgegensetzen, als deren Berechtigung bestreiten, sie tendenziell illegalisieren. Aber die Vermassung politischer Straftaten seit Ostern 1968 machte die staatlichen Gewaltapparaturen unbeweglich. Die folgende Amnestie war ein Zeichen dafür, daß ein Richtungswechsel staatlicher Politik auf der Tagesordnung stand. Hinzu kam, daß die Ideologie der Eigentumspolitik mehr und mehr scheiterte, da die allgemeinen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft (der Verkehr, die Wohnverhältnisse, die Gesundheitsversorgung etc.), für die der Staat die Verantwortung trägt, sich eklatant verschlechterten. Am Ende dieses Prozesses ist der Klassencharakter des kapitalistischen Staatsapparates zur öffentlichen Tatsache geworden und mithin seine gesamte politische Funktion in Gefahr geraten. Diese Tendenz ließe sich unschwer durch weitere Beispiele illustrieren. Das politische Ergebnis ist jedenfalls, daß der Gesetzescharakter staatlicher Tätigkeit nicht mehr zur politischen Legitimierung allein ausreicht, weil die herrschende Legalität immer deutlicher als Funktion des Profitinteresses erkannt wird. Damit sind aber auch gleichzeitig die Möglichkeiten, den politischen Kampf zu unterdrücken, eingeschränkt.

Ohne daß mit diesem kurzen Abriß der Reformismus bzw. seine Ursachen hinreichend erklärt sind, läßt sich doch sagen, daß hier die politische Seite der Entwicklung deutlich wird, die eine reformistische Politik nötig macht. Es ist die charakteristische Struktur der reformistischen Politik, daß eingeleitete Reformversuche gegenwärtig noch keineswegs als handhabbare Regierungstechniken benutzt werden können. Zwar ist die reformistische Politik auf der einen Seite notwendig, auf der anderen Seite ist der Staat jedoch keineswegs in der Lage, ohne weiteres zu kalkulieren, wer wieweit mit welchen Mitteln nun reformiert. Vielmehr muß die staatliche Politik bis

zu einem gewissen Grade eine Auseinandersetzung um die Ziele und Ergebnisse reformistischer Programme zulassen. Daraus leitet sich auch die Grenze für eine Repressionspolitik gegenüber der sogenannten antirevisionistischen Linken ab. Der Staat ist keineswegs fähig, das zu tun, was die linken Zeitungen beschwören, nämlich eine Illegalisierung der sozialistischen Organisationen durchzuführen. Denn die SPD/FDP-Regierung begann ihre reformerischen Ansätze, *nachdem* die antiautoritäre Bewegung die gesellschaftlichen Widersprüche in den Bereichen hervorgetrieben hat, wo jetzt reformiert werden soll. Zugleich hat sich die Linke sowohl unmittelbar durch ihre Berufspraxis als auch durch die regelmäßige politische Agitation in diesen Bereichen festgesetzt. Schon aus diesem Grund ist bei jedem Reformversuch die Linke politisch mit im Spiel. Zugleich muß die Linke selbst mit in die Reformen einbezogen werden, will man überhaupt ihrer Realisierung nahe kommen. Der Staatsapparat hat die Menschen nicht, die in seinem Sinne reformieren. Zudem erfolgt der Anstoß und Zwang zur Reform allein aufgrund von Basisaktivitäten. In diesem Punkt muß die SPD/FDP in der Lage sein, diese Aktivitäten zu spalten und reformerisch zu neutralisieren. Insgesamt ist jedoch für den Staatsapparat die Gefahr gegeben, und wird spätestens seit den Hamburger Beschlüssen als solche gesehen, daß schon der geringste reformerische Ansatz an die Dialektik von Reform und Revolution gerät. Um die linken Kräfte temporär nutzen zu können, darf der Staatsapparat keine andere Möglichkeit als die Reform offenlassen. Der Radikalen-Erlaß ist ein deutliches Beispiel dafür, welchen politischen Charakter repressive Maßnahmen heute hauptsächlich haben: sie dienen der Einschüchterung und würden die staatliche Politik selbst in Gefahr bringen, sollten sie auch nur in geringem Umfang durchgeführt werden. Daß der Polizeiminister Genscher jetzt zum Reformminister umgeschminkt wird, ist der plastische Ausdruck dieser Politik.

In den folgenden Kapiteln sollen die Aktualität der reformistischen Politik dargestellt und zugleich ihre Methoden und politischen Voraussetzungen benannt werden. Ziel der reformistischen Politik ist es dabei weniger, bestimmte Reformen durchzusetzen, als vielmehr mittels dieser Politik das Verhältnis Staat/Bevölkerung neu zu bestimmen. Unter diesem Gesichtspunkt wird die Rolle der Bürgerinitiativen, die Politik der Jusos und die Politik reformistischer Teile des Staates beschrieben.

Es folgen drei konkrete Beispiele (aus West-Berlin) für die Dialektik der Reform. Mit dem Hinweis auf Tendenzen innerhalb der Polizei soll gezeigt werden, daß selbst die reinen Repressionsorgane in eine politisch problematische Situation geraten sind und mit der Repression allein nicht ohne weiteres sich legitimieren können. Der Bericht über die Erfahrungen mit einem Versuch der Strafvollzugsreform macht deutlich, daß trotz der Tatsache,

daß jeder Reformismus nur partielle Veränderungen anzielen kann, die Reformpolitik selbst die gesamte Tätigkeit des Staates beeinflußt. Die Analyse der Bildungspolitik schließlich ist darum notwendig, weil die Linke auf diesem Gebiet einerseits die längsten Erfahrungen sowohl mit Repressionen als auch mit Reformen hat, aber auf der anderen Seite mit einem undialektischen Begriff des Reformismus, wonach der wahre Inhalt der Reformen die alsbald folgende Repression sei, politisch in die Defensive geraten ist.

Daß mit der Reformpolitik nicht etwa die Repression aktuell aufgehoben ist, die alltägliche Brutalität des Staates vielmehr zu seinen unveränderbaren Wesensmerkmalen gehört, braucht in diesem Zusammenhang nicht besonders betont zu werden. Das folgende Zitat sollte deutlich machen, daß der Reformismus den grundsätzlichen Unterdrückungscharakter des kapitalistischen Staatsapparates nicht ändert, sondern nur veränderte Durchsetzungsbedingungen schafft:

»Die zuständigen politischen Stellen und Verwaltungsbehörden der Bundesrepublik befassen sich daher seit geraumer Zeit mit der Frage, ob die Organisationen und Gruppen, die bisher solche Proteste und Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg inszeniert haben, nun daran gehen würden und könnten, sich neue Stoßrichtungen für ihre Aktivitäten zu suchen. Aus Andeutungen beteiligter Personen glaubt man ausreichend Anlaß für die Befürchtung zu haben, daß der neue Agitationstrend sich auf den Nahostbereich konzentrieren und dabei in erster Linie gegen Israel richten könnte. Die große Sorge und die außerordentlichen Befürchtungen, die mit einer solchen neuen Stoßrichtung von Protesten und Demonstrationen in der BRD verbunden sein könnten, sind für jeden Bundesbürger voll verständlich. Die innen- und außenpolitischen Folgen, die sich aus derartigen Aktivitäten ergäben, wären unübersehbar und müßten die Bundesrepublik in größte Schwierigkeiten bringen.

Die ersten Überlegungen bei den zuständigen Stellen und Behörden haben bisher noch zu keinen erkennbaren Ergebnissen geführt. Man hofft aber sehr, durch ausreichende Vorbereitungen noch rechtzeitig eindämmende Vorsorge schon in den Erstanfängen treffen zu können. Man rechnet dabei gewiß zu Recht mit dem vollen Verständnis und der breiten Hilfe der überwiegenden Mehrheit der Bundesbevölkerung.« (ppp, 29. Januar 1973)

1. *Bürgerinitiativen – Initiative Bürger?*

Das Problem der reformistischen Politik des Staatsapparates ist für die Linke keineswegs damit gelöst, daß man den Reformismus propagandistisch vernichtet, daß man Reformversprechen und tatsächliche Reformen einander gegenüberstellt. Denn die reformistische Politik selber hat längst den Punkt überwunden, wo eine reine Denunziationsagitation sie noch treffen könnte. Es gehört zur politischen Charakteristik des neuen Reformismus, daß in seinen Programmen eine Politik der Teillösungen bzw. die Hoffnung, mit einer Summe von Teillösungen die Gesellschaft zu verändern, auf das schärfste kritisiert wird. Die Ideologie des gegenwärtigen Reformismus bezieht die Reformismuskritik durchaus mit ein. In der Öffentlichkeit ist nicht mehr so ohne weiteres möglich, was in den 50er und 60er Jahren auf der Tagesordnung stand: »Sozialleistungen« der städtischen oder staatlichen Verwaltungen mit großer Pressepublizität zu propagieren, Statistiken über den »Sozialen Wohnungsbau« zu veröffentlichen, neue Krankenhäuser feierlich einzuweihen etc. Es ist inzwischen in das öffentliche Bewußtsein getreten, daß die Sozialleistungen der öffentlichen Hand an den Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft nichts ändern, vielmehr notorisch hinter den ganz selbstverständlichen Bedürfnissen nach infrastruktureller Ausstattung hinterherhinken. Das Beispiel des Märkischen Viertels ist nicht deswegen in der ganzen Bundesrepublik bekannt geworden, weil es ein besonderer Skandal ist, sondern weil es als ein typisches Produkt staatlicher Wohnungspolitik begriffen wurde.
Die reformistischen Kräfte haben jedenfalls eingesehen, daß die distributiven Verantwortlichkeiten, die der Nachkriegsstaatsapparat an sich gezogen hat, nicht mehr mit einer Publicity von Sozialleistungen der Bevölkerung schmackhaft gemacht werden können. Folglich können sie nicht umhin, die gesellschaftlichen Ursachen der unerträglichen Lebensumstände zu benennen. Darin freilich liegt auch die Konsequenz, die Bevölkerung für eine reformistische Politik unter antikapitalistischen Vorzeichen zu gewinnen. Sie können es sich dabei durchaus nicht leisten, hinter die tatsächliche Tendenz des öffentlichen Bewußtseins und der Politisierung der Bevölkerung zurückzufallen. Die Praxis der Bürgerinitiativen und das Wahlergebnis der Bundestagswahl signalisieren eine veränderte Tendenz im Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten: Die Lebensbedingungen insgesamt sollen verändert werden, bei gleichzeitiger Verteidigung

des historisch erreichten individuellen Lebensstandards. Die Hauptursache für die gegenwärtigen Lebensumstände liegt darin, daß die staatlichen Maßnahmen im Dienste des Kapitals stehen (Kritik am Fetisch »Wachstum«). Dem entspricht eine Tendenz innerhalb der SPD-Stadtverwaltungen, gewissermaßen mit einem politisch stumpfen Antikapitalismus hausieren zu gehen, die Armut der öffentlichen Hand zu beklagen, Bodenspekulation anzuprangern etc. Insbesondere Hans-Jochen Vogel hat gegenwärtig eine gewisse rhetorische Routine entwickelt, diverse Kapitalgruppen »vor den Kopf« zu stoßen. Es ist kein Zynismus, sondern eine durchaus logische Struktur der reformistischen Ideologie, wenn sie die politische Macht des Monopolkapitalismus denunziert, um die Ohnmacht des Staates darzustellen und damit das Engagement der Bevölkerung für den Reformismus plausibel zu machen. Denn den reformistischen Politikern ist die Gefahr einer reformistischen Politik bewußt: Sie könnte von Anfang an mehr neue Widersprüche schaffen als alte glätten. Die Erfahrung zeigt, daß oft

»der Konflikt nicht *Anstoß* sondern *Folge* einer Reformpolitik (war), die sich unfähig zeigte, den Erwartungen und Bedürfnisdefinitionen, die sie selbst zum Teil erst erzeugt hatte, zu entsprechen; stattdessen hat sie Resultate hervorgebracht, die im Lichte ihrer eigenen proklamierten Erfolgskriterien als Scheitern der Reformpolitik und häufig als absolute Verschlechterung der Versorgungssituation gewertet werden müssen.« (Offe, 125)

Der innere Widerspruch des gegenwärtigen Reformismus, eine Politisierung der Bevölkerung zu wollen, auch auf die Gefahr hin, im Entscheidungsfall von ihr überwältigt oder an die Seite der Repression gedrückt zu werden, wird von der marxistisch-leninistischen Politik innerhalb der Linken auf exemplarische Weise verfehlt. Für sie ist der reformistische Einfluß auf die Massen, der »immer noch vorhandene Irrglaube an das ›kleinere Übel‹« der SPD lediglich ein Phänomen der Massenpsychologie, das auf Tricks beruht. So heißt es hinsichtlich der Umweltschutzkampagnen:

»Der ›linke‹ Flügel der SPD versucht immer wieder, mit Parolen wie ›Wir halten fest am Verursacherprinzip‹ seinen reformistischen Einfluß in den Massen zu halten . . .« (*Rote Fahne*, Nr. 31)

Die Bedeutung des Reformismus wird in einem Zug wahrgenommen und geleugnet. Der ›linke‹ Flügel der SPD versucht den reformistischen Einfluß in den Massen zu halten, hat ihn also praktisch schon verloren. Das Gegenteil ist wahr: der ›linke‹ Flügel wird alle Anstrengungen unternehmen, die Bevölkerung zu mobilisieren. So ist denn auch die folgende Passage mehr zur Beruhigung der eigenen Parteigenossen geschrieben:

». . . in voraussehbarer Logik wird die ›linke‹ SPD auch diesmal auf die Logik des Kapitals einschwenken, wie sie in einer Stellungnahme des Verbandes der chemischen Industrie e. V., dem Vertreter der den größten Anteil von Giftstoffen produzierenden Branche zur Umweltfrage ausgeführt ist: Zweifellos hat die Industrie für Unfälle, die durch ihre

Produktion entstehen, so wenig einzustehen wie etwa die Hersteller von Automobilen für Verkehrsunfälle.« (*Rote Fahne*, Nr. 31)

Die »Logik des Kapitals« ersetzt die Reformismusanalyse. Allein, es ist schließlich keine ganz unwichtige Frage, wenn man die Lebenszeit der Betroffenen einbezieht, wann und unter welchen Bedingungen die SPD auf die Logik des Kapitals einschwenkt und was die Logik des Kapitals denn eigentlich ist. Jedenfalls kann nicht von vornherein aus der Profitmaximierung eine allgemeine Logik des Kapitals, der auch die SPD zu gehorchen hätte, abgeleitet werden, wonach das Kapital bestrebt ist, unter Polizeischutz Stadtteile zu vergiften.

Wenn der Reformismus unter gegenwärtigen Bedingungen objektiv gar nicht in der Lage ist, Teilreformen zu verordnen und sie für Veränderung auszugeben, sondern die Bevölkerung für den Reformismus mobilisieren muß, was nur heißen kann, daß er sich an die Spitze der realen Interessenbewegung der Bevölkerung setzen muß, dann ist es von Interesse, eine zunehmende Form politischer Betätigung zu untersuchen, mit der der Reformismus eine dauerhafte Bindung einzugehen hofft: *die Bürgerinitiativen*. Bürgerinitiativen sind das Lieblingskind der Reformisten. Mit Hilfe der Bürgerinitiativen hoffen die Reformisten, sich quasi eine Massenbasis zu erschleichen.

Es fragt sich allerdings, ob die Bürgerinitiativen so ohne weiteres ein kalkulierbares Element für die reformistische Strategie darstellen. Was die Bürgerinitiativen zunächst für unsere Fragestellung interessant macht, ist die Tatsache, daß sie eine weitgehend gesellschaftlich gebilligte, also auch nachmachbare Form von spontanem Interessenkampf darstellen, dessen augenblickliche Bedeutung darin liegt, daß die Bedürfnisse der Bevölkerung sowohl mit der Administration als auch mit den Parteien und den Kapitalinteressen in Konflikt geraten. Wobei dieser Konflikt einen erheblichen publizistischen Verstärkereffekt hat. Mit den Bürgerinitiativen macht die Bevölkerung bis zu einem gewissen Grade eine antikapitalistische Tagespolitik.

Die Konflikte mit der Administration haben wahrscheinlich eine allgemeinere politische Bedeutung, als es die linke Kritik wahrhaben will.

»Demzufolge besteht die Gefahr, daß sich die Bürgerinitiative vertrauensvoll-naiv an staatliche und kommunale Instanzen wendet, in dem Glauben, diese seien ›neutral‹ und könnten die Interessen aller ›Bürger‹ in gleicher Weise vertreten. Verantwortlich für einen Mißstand werden dann die Langsamkeit oder Böswilligkeit eines einzelnen Amtes, Sachbearbeiters, Lehrers oder Repräsentanten gemacht, nicht der Staat als Repräsentant einer Klasse und Ausdruck bestimmter sozioökonomischer Verhältnisse.« (SPK. Nr. 24,2)

Nein, die Widersprüche, in die die Bürgerinitiativen mit der Verwaltung geraten, lassen sich nicht auf enttäuschte Naivität zurückführen. In einer derartigen Kritik wird überhaupt nicht gesehen, daß die anfängliche

Einstellung zum Staatsapparat weniger wichtig ist als die politischen Erfahrungen, die eine Bürgerinitiative mit dem Staatsapparat macht. Aus einer kürzlich hergestellten empirischen Studie über Bürgerinitiativen geht hervor:

»Wenn sich im Laufe des Bestehens der Bürgerinitiativen Veränderungen in der Qualität der Beziehungen zur Verwaltung ergaben, dann entweder zu Kooperation oder zur Gegnerschaft. Neutralität als Endstadium war praktisch ausgeschlossen.« (Zur Rolle und Funktion von Bürgerinitiativen, 44)

Weiterhin sind Bürgerinitiativen aufgrund ihrer informellen Organisation darauf angewiesen, gemeinsame Kampfformen gegenüber der Verwaltung zu entwickeln. Ist die Arbeit der Bürgerinitiative infolge ihrer Zusammensetzung von vornherein auf Kooperation mit der Verwaltung angelegt (das gilt nach der empirischen Studie für die Mehrheit von Advokaten-Gründungen, S. 43), so ist die Mobilisierungskraft einer solchen Initiative beschränkt. Daß die Bürgerinitiativen den »Gratweg zwischen Kooptation und Patronisierung durch die Administration einerseits und Illegalisierung und Repression andererseits einzuhalten haben« (Offe, S. 142), ist keineswegs eine »strukturelle Schwierigkeit«, wie Offe glaubt, sondern viel eher eine politische Chance, praktische Erfahrungen mit dem Staatsapparat zu machen und zugleich einen Begriff von den tatsächlichen politischen Kräfteverhältnissen zu erlangen.

Zwar resultiert die organisatorische Kraft einer Bürgerinitiative daraus, daß sie an einem punktuellen Interesse festhält, welches sehr oft auf die Bewahrung gegebener Lebensverhältnisse gegenüber Bodenspekulation, Sanierungsvorhaben oder Industrieplanung zielt (z. B. Frankfurter Westend, Neues Kreuzberger Zentrum) oder das darauf drängt, daß ein bisher schon ungerechter Zustand nicht noch verschärft wird (z. B. Nahverkehrskonflikte). In diesem Sinne ist es der politische Inhalt der Bürgerinitiativen, eine Grenze zu ziehen, öffentlich zu zeigen, daß es Schwellen gibt, wo die Bevökerung schon aus Gründen der Selbstachtung um ihre Interessen kämpfen muß. Zugleich wird durch die Häufung der Bürgerinitiativen eine historische Grenze gezogen, die die staatliche Tätigkeit bei Planungsverfahren z. B. vor die Alternative stellt, entweder ihre bisherige Praxis mit einer bewußt angesteuerten Zunahme gesellschaftlicher Repression aufrecht zu erhalten oder das Planungsverfahren zu verändern. Das genau ist der Punkt, wo die auf den ersten Blick übertrieben erscheinenden Befürchtungen eine reale Erfahrung in sich tragen:

»Um es deutlich zu sagen: die Bürger müssen gehört werden, aber nicht erst dann, wenn die Verwaltung entschieden hat, sondern vorher . . . Denken Sie bitte daran: Revolutionen werden keineswegs immer von vermeintlichen Revolutionären gemacht. Sie können auch von jenen ausgelöst werden, die notwendigen Reformen den Weg verbauen.« (Heinemann, 26. Mai 1972, Münster)

Die Dominanz eines bestimmten Interesses steht keineswegs im Wider-

spruch zu einer vielfältigen politischen Tätigkeit. Erstens weil Stadtsanierungen, Industrieplanungen, Verkehrsplanungen nicht zufällige Skandale sind, sondern grundsätzlich zum Klasseninhalt staatlicher Tätigkeiten gehören. Die Chance der Bürgerinitiativen liegt ja gerade darin, die politische Interessenkoalition von Parteien, Bürokratie und Kapital, die dem Verwaltungshandeln zugrunde liegt, in die Öffentlichkeit zu bringen. Ein Teil der Bürgerinitiativen, wie z. B. die im Frankfurter Westend, haben es erreicht, diese Interessenkoalition aufzubrechen und die verschiedenen Interessengruppen in einen Widerspruch zueinander treten zu lassen. Wenn die Linke predigt, daß es sich hier nur um Erscheinungsformen handele, und daß dort, wo die Bürgerinitiativen aktiv werden, nicht der Ort der Lösung des Konflikts liegen kann, verfehlt sie den entscheidenden Tatbestand: gerade das – unter Umständen auch bornierte – Festhalten an *einem* Interesse ist es, was die Bürgerinitiativen politisch produktiv macht. Das »vernünftige Interesse«, das »nur recht und billig ist«, ist der Hebel gegen die Stadtverwaltung und ist zugleich die Voraussetzung für die spontanen Kampf- und Auseinandersetzungstechniken. Die Direktheit des Kampfzieles ist zugleich auch die Produktivkraft für die verschiedensten Kampfformen:

»Während auf der Mattscheibe der Kopf des CDU-Vorsitzenden flimmerte, drangen aus dem Lautsprecher die gar nicht glatten Worte eines Unbekannten: ›Wir haben eine total vergiftete Stadt und unsere Kinder keinen Platz zum Spielen. Die öffentlichen Verkehrsmittel reichen hinten und vorn nicht aus. Wohnungen fehlen und die ehemalige Innenstadt gehört nur noch den Banken und Konzernen. Jetzt haben wir die Schnauze voll!‹« (*Spiegel*, 20. Nov. 1972)

Militante Aktionen und Unterschriftensammlungen, Demonstrationen und Grundsatzprozesse, Massenaktionen und Dokumentationen sind im Rahmen der Bürgerinitiativen möglich. Daraus ergibt sich, daß es sinnlos wäre, die Bürgerinitiativen in ein bestimmtes politisches Konzept einzupassen. Vielmehr sind die politischen Inhalte von Bürgerinitiativen nach Zielsetzung, Kampfformen, Zusammensetzung, Agitationsinhalten denkbar verschieden.

›Bürgerinitiative Lärmschutz Nienberge
Schallwellen zertrümmern Fensterscheiben ... Einige Dutzend Familien, die in einer kleinen Gemeinde des Münsterlandes gebaut haben, mußten sich mit einer nahen Trassenführung der Autobahn ›Hansalinie‹ abfinden ...
Nach der Freigabe der Strecke überspülte die Lärmwelle den Wohnbereich, brach in die Mittags- und Sonntagsruhe der Familien ein, riß Kinder und Erwachsene aus dem Schlaf und machte sie reizbar und unausstehlich.
Es mußte etwas geschehen – es ist etwas geschehen!
Am 1.Oktober wurde in der Flachlandgemeinde ein ›Bergfest‹ gefeiert. Entlang der Autobahn ist ein Bergrücken, 800 m lang, 20 m hoch und 100 m breit, entstanden.« (SPK, Nr. 24, 18)

Wie die Autoren berichten, war dies ein Ergebnis der Bürgerinitiative

»Lärmschutz Nienberge e. V.«. Die 57 Mitglieder bildeten mit Einlagen zwischen 250 und 750 Mark ein Grundkapital, das durch Zuschüsse von Gemeinde und Bund bald auf über 40 000 Mark anwuchs; mit Unterstützung einer Baufirmengemeinschaft wurde der Damm errichtet.

Auf der anderen Seite der Konflikt im »Falkenhagener Feld«, einem typischen Neubauvorort mit völlig unzureichender Infrastruktur in Berlin:

Ein Neubauviertel, in diesem Fall das Falkenhagener Feld in Berlin-Spandau, wurde geplant und verwirklicht, ohne daß die Stadtplanung imstande war, rechtzeitig und ausreichend für solche Einrichtungen zu sorgen, die im Sprachgebrauch der Städteplaner fälschlich Wohn*folge*einrichtungen, in Wahrheit aber als Wohnvoraussetzungen anzusehen sind: Kindergärten, Spielplätze, Schulen, Grün- und Erholungsflächen und Kommunikationsstätten. Ab 1969 war praktisch alles vorhandene Bauland vergeben, die vorgesehenen Bebauungsquoten bis zu 30% überschritten, so daß für fehlende Klassenräume und ausreichende Spielplätze kein Gelände mehr vorhanden war. 1971 wurde der Bau der überfälligen vierten Grundschule beschlossen, nachdem die Elternschaft Protestdemonstrationen angekündigt hatte. Als Standort waren ein nicht benutztes Polizeiübungsgelände und ein Kohlenlagerplatz im Gespräch. Dann wurde die Bevölkerung des Falkenhagener Feldes plötzlich mit dem Beschluß der Verwaltung konfrontiert, die Grundschule auf dem größten Kinderspielplatz zu errichten.

In der nun folgenden Auseinandersetzung mit dem Bezirksamt, mit den Parteivertretern, mit dem Senat und insbesondere mit dem Innensenator Neubauer wurde die Bürgerinitiative bewußt falsch informiert, die Verantwortung wurde zwischen Bezirksamt und Senat hin und her geschoben, Mitglieder der Bürgerinitiative wurden diffamiert. Sie unterlag schließlich. Erkenntnis: für den Berliner Senat gibt es eine klare Interessenpriorität – Polizei, Industrieansiedlung und sehr viel später vielleicht Kinderspielplätze. (vgl. Bürgerinitiativen, Arbeitspapiere)

Der Unterschied zwischen diesem und dem oben zitierten Beispiel liegt weniger in dem gegebenen Kampfziel als in dem Prozeß der politischen Auseinandersetzung. Der »Gemeinwesenverein Selbsthilfe Falkenhagener Feld« mußte um eines relativ partiellen Interesses willen sich in eine Auseinandersetzung mit der Berliner politischen Struktur begeben. Ihrem politischen Inhalt nach sind beide Bürgerinitiativen überhaupt nicht vergleichbar. Demzufolge lassen sich abschließende Aussagen über die politische Bedeutung der Praxis unter dem Etikett »Bürgerinitiativen« gar nicht machen.

Die politische Bedeutung von Bürgerinitiativen erschließt sich nicht aus der Verallgemeinerung ihres empirischen Vorkommens. Sie stellen vielmehr einen ganz bestimmten historischen Wendepunkt dar. Wie schon erwähnt, war es eine der spezifischen Leistungen des Nachkriegsstaatsapparates, mit der Vermehrung der distributiven Verantworlichkeiten einen Anspruch auf zureichende Daseinsvorsorge für die Bevölkerung aufzustellen. Den dialektischen Umschlag dieser Entwicklungstendenz stellen die Bürgerinitiativen dar. Sie beuten den Anspruch aus und benennen ihre Forderungen. Scheinbar unpolitische Ziele wie Erhaltung eines Kinderspielplatzes, Erhaltung eines Stadtteiles, Verhinderung einer

Schnellstraße etc. sind in diesem Licht unmittelbar politische Vorgänge. Aus diesem Grund sind aber die Bürgerinitiativen nicht ohne weiteres von einer linken Politik zu verwerten; größere organisatorische Zusammenfassungen verschiedener Bürgerinitiativen würden wahrscheinlich die politische Triebkraft der einzelnen Initiativen zerstören, ohne daß die Kampfbedingungen insgesamt verbessert würden. Allein, die politische Bedeutung der Bürgerinitiativen liegt darin, daß sie *gleichzeitig* den Staat mit den verschiedensten Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung konfrontieren. In diesem Sinne produzieren sie eine zunehmende Politisierung der Lebensverhältnisse. Gerade weil sie isoliert und mit allen Kräften auf ein partielles Ziel zustreben, betreiben sie so etwas wie eine praktische Gesellschaftsanalyse, die von der Öffentlichkeit nachvollziehbar ist. Wenn eine Bürgerinitiative sich gegen den Terror eines neuen Hochofens von Thyssen organisiert, macht sie zugleich die Machtverhältnisse in dieser Gesellschaft evident. Das Machtgefälle Bürgerinitiative – Thyssen ist derartig grotesk, daß es schon wieder Mut einflößt, ähnliches auch einmal zu versuchen. Zugleich werden mit derartigen Initiativen scheinbar neutrale Agenturen und Instrumente des Staatsapparates wie die Justiz, die Kommunalverwaltung etc. aus ihrem ideologischen Schein herausgetrieben und müssen ihren Klassencharakter offenlegen. – Unter diesem Gesichtspunkt können die Bürgerinitiativen nicht so ohne weiteres vom Staatsapparat eingemeindet werden. Da sich aber aus ihnen nicht eine gemeinsame Front entwickeln wird, kann die reformistische Politik auf der anderen Seite die Bürgerinitiativen als politischen Druck umsetzen.

2. *Bürgerinitiativen – bürgerliche Initiativen? Zur Frage des Klassencharakters*

Seit 1970, d. h. zu dem Zeitpunkt, als die Mobilisierungskraft der antiautoritären Bewegung erschöpft war, bildeten sich die Bürgerinitiativen im größeren Maßstab. Zur gleichen Zeit begannen in der SPD die ersten Auseinandersetzungen um die Doppelstrategie der Jusos. Mit den Bürgerinitiativen wurde auf der einen Seite die Front der antiautoritären Bewegung zwischen repräsentativer und direkter Bewegung wieder belebt, auf der anderen Seite wurde unter dem Titel »Bürgerinitiative« eine Form politischer Selbsttätigkeit sogleich öffentlich akzeptiert, weil sie einer radikalen Basisarbeit entgegengesetzt werden konnte. Es war sicherlich das Interesse der Verwaltung und der Parteien, mit den Bürgerinitiativen eine Trennung zwischen Radikalität und verfassungsfeindlicher Tätigkeit auf der einen Seite und politischem Engagement und legitimer Interessenpolitik auf der anderen Seite einzuleiten. Generell läßt sich sagen, daß die

Bürgerinitiativen dieser Erwartung nicht gerecht geworden sind. Einmal sind sie durchaus im Zusammenhang einer linken Basisarbeit entstanden. Zum anderen durchschritten sie selbst einen Prozeß der Radikalisierung, je mehr sich der Kampf gegen die Administration zuspitzte und mit einer Mobilisierung der Öffentlichkeit allein nicht auszutragen war. Dieser Prozeß ist deutlich erkennbar bei der Bürgerinitiative im Frankfurter Westend.

Diese Entwicklung wurde von der Linken seinerzeit nicht wahrgenommen. Es war die Phase der Konkurrenzkämpfe neugegründeter kommunistischer Organisationen. Sowohl der rigide Antirevisionismus als auch die ausschließliche Konzentration auf die Propaganda der Organisation des Proletariats produzierten einen Wirklichkeitsverlust innerhalb der Linken und führten zu einem politischen Desinteresse gegenüber den Konflikten im Reproduktionsbereich, die mit den Bürgerinitiativen aufbrachen. Vielleicht war es auch nicht nur Desinteresse: denn mit der Liquidation der antiautoritären Bewegung wurden insbesondere zwei Tendenzen politischer Praxis gebrochen; unter dem Stichwort »Handwerkelei« wurde eine Basisarbeit denunziert und aufgelöst, deren politische Praxis an den Konflikten im Stadtteil und im Betrieb orientiert war; unter dem Stichwort »Spontaneismus« wurde die direkte Aktion selber kritisiert. Hauptkritikpunkt war, daß beide politischen Praxis- und Kampfformen ohne organisatorische Bedeutung für die Arbeiterklasse und als Ausdrucksformen kleinbürgerlicher Politisierung aufzulösen seien. Mit einer derart rigiden Verwendung des Klassenbegriffs wurden die antiautoritäre Bewegung richtiggehend zerlegt und die mobilisierten Genossen auf ihre gesellschaftliche Herkunft zurückgetrieben. Demgegenüber lag die politische Energie der antiautoritären Bewegung gerade in dem Niederreißen der Klassengrenzen durch die Massenaktionen selber. In den Bürgerinitiativen schien sich eine Wiederkehr der verdrängten antiautoritären Praxis anzukünden, allerdings unter Preisgabe einer radikalen Kampfperspektive gegen den Staatsapparat. Die relativ spät einsetzende linke Kritik an den Bürgerinitiativen beschränkt sich hauptsächlich auf die Klassenzusammensetzung, derzufolge diese als Mittelklasseninitiativen zu gelten haben, und auf das Verwaltungsinteresse an den Bürgerinitiativen.

»Wie der Name sagt, beteiligen sich an solchen ›Bürgerinitiativen‹ meist keine homogenen Bevölkerungsgruppen, sondern Angehörige aus verschiedenen Klassen und Schichten mit durchaus unterschiedlichen Interessen. Wird z. B. ein innerstädtisches Baugebiet saniert, so verliert der Arbeiter hauptsächlich seine billige Wohnung, der besser verdienende Angestellte hauptsächlich die innerstädtische Lage zum Arbeitsplatz und Freizeitangebot und der Kleingewerbetreibende seine Kundschaft. Würde der Arbeiter seinen Protest mit der Forderung nach billigen Wohnungen verbinden wollen, so läge dem Angestellten mehr am Standort und dem Geschäftsinhaber nur an einer Lösung, seinen unrationellen Kleinladen zu erhalten!« (Helga Faßbinder)

»Die Erfahrung zeigt, daß die meistens redegewandten und im Durchsetzungsvermögen trainierten Angehörigen der Mittelschicht sich in solchen Fällen auf Kosten der anderen Beteiligten durchsetzen und so die Bürgerinitiative zu einer Mittelschichtsangelegenheit machen.« (SPK, Nr. 24, 4)

Eine derartige Verwendung des Klassenbegriffs zerstört die notwendigen politischen Erfahrungen. Mit dem Anspruch einer Klassenanalyse wird lediglich der soziologische Tatbestand reproduziert. Aber nicht *daß* Angehörige verschiedener Klassen sich in Bürgerinitiativen betätigen, ist von Interesse, sondern was eine derartige Klassenmischung politisch bedeutet: Wie sich innerhalb der Bürgerinitiativen die Klassenunterschiede entwikkeln; ob sie sich gegenseitig abstumpfen; oder unter welchen Bedingungen sie politisch produktiv werden. Es wäre in der Tat die Aufgabe einer Klassenanalyse, zu untersuchen, inwieweit die Klassenunterschiede durch den Interessenkampf der Bürgerinitiativen in Bewegung geraten. Sicherlich können viele Aktionsformen von Bürgerinitiativen zu läppisch sein, als daß sich Arbeiter aufgrund ihrer Erfahrungen politisch engagieren würden. Bestimmte Tätigkeiten, wie das Erstellen von Dokumentationen, Unterschriftensammlungen usw. und wohl auch der unvermeidliche Zeitaufwand können praktisch nur von den Mittelklassen geleistet werden. Damit ist aber noch keineswegs ein prinzipieller Interessenkonflikt angelegt, der die Bürgerinitiativen notwendig auf bürgerliche Interessen festlegen würde. Mit der Gleichsetzung von politischem Inhalt und empirischer Klassenzusammensetzung wird in der linken Kritik den Bürgerinitiativen ein Zustand unterstellt, den die staatliche Verwaltung gegenwärtig noch erfolglos anstrebt; nämlich eine Kooperation von Bürgerinitiativen und Verwaltungstätigkeit zu erzielen, die erst dann denkbar wäre, wenn die Bürgerinitiativen sich auf Mittelklasseninteressen beschränkten. Dann allerdings wäre die Möglichkeit gegeben, daß sie zu Frühwarnsystemen der Verwaltung werden.

»In einigen Fällen nehmen Bürgerinitiativen dem Staat sogar die Arbeit und Kosten ab (Beispiel: Kinderläden). Sie stopfen Löcher, statt dem Übel auf den Grund zu gehen. Gleichzeitig dienen sie als ›Frühwarnsystem‹ und nehmen bestimmte sozialpolitische Regelungen vorweg. Der Staatsapparat registriert auf diese Weise sich abzeichnende Konflikte eher und kann, um drohende Entwicklungen einzudämmen, scheinbare oder teilweise Befriedigungsmaßnahmen treffen.« (SPK, Nr. 24, 44).

In der Einschätzung der Bürgerinitiativen als »Frühwarnsystem der Verwaltung« kehrt im Grunde die Ideologie von der Allmacht des Staatsapparates wieder. Wovor sollen die Bürgerinitiativen die Verwaltung denn frühzeitig warnen? Vor den Bedürfnissen und Interessen der Bevölkerung? Das könnte für die gewarnte Verwaltung nur den Sinn haben, rechtzeitig zu repressiven Mitteln zu greifen, was wiederum die Frühwarnfunktion der Bürgerinitiativen aufheben würde. Dieses fatale Schielen auf die geheimen Absichten des Staatsapparates unterbindet im Grunde von

Anfang an die politische Auseinandersetzung mit einer derartigen Praxis. Dabei kann man nicht ohne weiteres annehmen, daß sich die Bürgerinitiativen stufenlos vermehren; auf der anderen Seite sind Bürgerinitiativen aus den oben beschriebenen Gründen nicht einfach in die Organisationstätigkeit der Linken einzubeziehen.

1. Sozialdemokratische Verwertung des »politischen Basisdrucks«

Bei der Juso-Politik interessieren uns weniger die offenbaren Widersprüche ihrer Programme – sie sind nicht zuletzt direkte Folge der hemmungslosen Akkumulation linker Theorie. Es soll vielmehr versucht werden darzustellen, unter welchen Bedingungen diese Politik in der Lage ist, Basisbewegungen und Parteipolitik »organisatorisch zu verflechten« und welche Konsequenzen sich daraus für eine revolutionäre Politik ergeben.
In ihren Explikationen verspricht die »Doppelstrategie« vieles: Klassenkampf, Zurückdrängung von Kapitalinteressen, Reformierung der Partei, linke Volkspartei, Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien etc., etc. Das wirkliche Interesse der Jungsozialisten ist aber deutlich genug:

»Das bedeutet gleichzeitig, daß die politische Stärke der Jungsozialisten identisch ist mit der effektiven Artikulation von Bevölkerungsinteressen. Die politische Stabilität von personellen Positionen innerhalb der Partei und den staatlichen Institutionen ist nur auf Grundlage der Mobilisierung gewährleistet.« (Hannover, 55)

Bewegungen an der Basis werden gebraucht für den Positionskampf innerhalb der Partei. Wobei, wie aus diesem Zitat schon ersichtlich, die reale Tendenz von Basisbewegungen weniger wichtig ist als ihre politische Verwertung. Mit dem Ausdruck »effektive Artikulation von Bevölkerungsinteressen« definiert sich der Juso-Politiker gewissermaßen gegen innerparteiliche Widerstände als Sprachrohr von Bevölkerungsinteressen. Wie aber sieht nun tatsächlich das Verhältnis der Jusos zur Basis aus? In den verschiedenen Strategiepapieren wird das Bild einer abrufbaren, aber im wesentlichen politisch leeren Massenspontaneität erweckt. »Aktivierung«, »Mobilisierung«, »Selbstorganisation«, »Gegenmacht« der »Massen«, der »Lohnabhängigen«, der »Wohnbevölkerung«, der »Bürger«, der »Arbeiter«, der »Arbeitnehmer« wird gefordert. Alle diese Begriffe der Massenbewegungen zehren von der Realität, die sie in der antiautoritären Bewegung hatten. In den Strategiepapieren sind sie zu soziologisch starren Erscheinungsformen eines gewissermaßen politisch neutralen Spontaneismus der Massen verkommen. Darin drückt sich aber weniger eine theoretische Schwäche aus als vielmehr das Interesse, eine Technologie des »politischen Drucks« zu entwickeln und politisch zu legitimieren.

»Die Stabilisierung und Politisierung von mobilisierten Bevölkerungsgruppen wird von kurzfristigen punktuellen Erfolgen in der eigenen Interessenvertretung gefördert. Hierbei und bei der Initiierung weiterer Gruppen können die Jungsozialisten wichtige organisato-

rische Hilfe leisten, indem sie die Effektivität der Bevölkerungsgruppe gewährleisten und andererseits den politischen Basisdruck in die Partei und in die staatlichen Institutionen (z. B. Gemeinderäte, Parlament, Verwaltungen) tragen.« (Hannover, 55)

Im Rahmen dieser Formulierung sind Akzentverschiebungen möglich:

»Der Druck von außen auf die Gesamtinstitution hilft ihnen (den Jusos im Apparat) dabei, als Individuen oder als progressive Gruppe innerhalb der Institutionen Rückendekkung für ihre Sachforderungen zu erhalten.« (Was wollen die Jusos, 103)

Hier verkümmert der »politische Basisdruck« zur »Sachforderung«; der programmatische Aufsatz nimmt schon die Selbstzensur bei einem möglichen praktischen Fall vorweg. – Auf der anderen Seite kann sich diese Technologie der Verwertung des politischen Drucks durchaus mit einer zumindest verbalen Reformismuskritik verbinden:

»Antikapitalistischer Kampf im Reproduktionsbereich muß deshalb bedeuten: Die Mobilisierung und Politisierung der vom Konflikt Betroffenen mit dem Ziel, den im Konflikt steckenden Grundwiderspruch deutlich zu machen.
Damit sich kritisches Bewußtsein im praktischen Veränderungswillen festigt, genügt es nicht, nur Agitation zu betreiben. Es muß die praktische Veränderbarkeit der bestehenden Verhältnisse erfahrbar gemacht werden. Diese wird letztlich nur in Aktionen der jeweils Betroffenen selbst erreicht, wobei den Jungsozialisten neben der initiierenden und organisierenden Unterstützungsfunktion auch die Aufgabe zukommt, die Interessen der im Konflikt sich organisierenden Bevölkerungsgruppe mittels der Partei in den öffentlichen Institutionen zu artikulieren und zu vertreten, sowie einer Entpolitisierung entgegenzuarbeiten, die durch das reformistische Anbieten von systemkonformen Teillösungen beabsichtigt wird.« (Berliner Position, 39)

Auch wenn hier die Hoffnung suggeriert wird, es ließe sich auf der Spitze des Interesses der Bevölkerung die Politik der SPD instrumentalisieren, bleibt doch zuvor die Frage ungeklärt, warum derart unkritisch Druck der Basis als »politischer Basisdruck« allemal für eine Parteiarbeit verwertbar gehalten wird. – Grundsätzlich muß bei solchen »strategischen« Formulierungen eine taktisch bewußte Ungenauigkeit in Rechnung gestellt werden: Indem die Rolle der Basis nur politologisch als Interessendruck definiert wird, wird der politische Handlungsspielraum gegenüber der Partei gewahrt. Denn zweierlei ist klar:
1. Derartige Strategiekonzepte haben sich aus den politischen Verhältnissen großer Städte entwickelt, in denen die SPD-Stadtverwaltung am rigidesten die repräsentative Entmündigung der Massen durchsetzte, so daß jeder Interessenkampf an der Basis zu einem Kampf gegen die SPD-Bürokratie sich entfaltet. Zumal in allen diesen Städten die Linke in einer quantitativ wirksamen Breite arbeitet. Deswegen werden an diesen Stellen nicht die realen Interessenkämpfe und Selbstorganisationen an der Basis (vgl. das Georg von Rauch Haus oder die Frankfurter Hausbesetzungen) politisch bewertet, sondern muß notwendigerweise mit einem schattenhaften Begriff von Massenspontaneität operiert werden. Wollte man sich

inhaltlich mit den wirklichen Basiskämpfen auseinandersetzen, ginge die Doppelstrategie, die ja auch eine innerparteiliche Kompromißformel ist, flöten. Es würde auf eine Kampfansage an den lokalen SPD-Funktionärskörper hinauslaufen, demgegenüber die Jusos schließlich ihren politischen Spielraum sichern müssen. Wie ein solcher Konflikt ausgeht, bei der durchweg rechten Presse, zeigt die Auseinandersetzung des Unterbezirksvorstandes München mit Hans-Jochen Vogel. Die Rechten sind durchaus in der Lage, im Streitfalle die Jusos zum Verzicht bzw. zur Zurücknahme sozialistischer Zielvorstellungen in der Öffentlichkeit zu zwingen. Sie sind aber nicht in der Lage, ihre politische Stellung entscheidend zu erschüttern. – Allein mit der taktischen Formulierung der Doppelstrategie ist noch nicht gewährleistet, daß eine »qualitative Veränderung der Institutionen« »durch personelle und organisatorische Verflechtung der Bevölkerungsgruppen mit der Parteiorganisation und mit den Verbündeten innerhalb der Verwaltungen und kommunalpolitischen Gremien« (Hannover, 54) zur Praxis werden kann. So warnt denn das kommunalpolitische Papier:

»Eine ›Strategie‹ freilich, die sich sowohl in Erscheinungsform wie im Wesensgehalt gegen die Partei richten würde, muß konsequent abgelehnt werden (z. B. reine Basisstrategie).« (23/24)

Das heißt, würden sich die Jusos allein auf eine fallweise erfolgende Bündnispolitik mit Basiskämpfen verlassen, ohne Konzepte einer eigenen Basisarbeit anzuwenden, wären sie politisch bald da, wo die SPD-Rechten sie haben wollen: nämlich taktischer Hebel für eine Einheitsfront von unten zu sein, durch die die Partei gespalten werden soll.

2. Weiterhin zehrt die Basisarbeit der Jusos von der Existenz der Linken. Auch hier sind die Jusos weder in der Lage, offen den Unvereinbarkeitsbeschluß anzugreifen, noch können sie auf praktische Bündnisse mit der Linken bei der Basisarbeit grundsätzlich verzichten. Ihr Dilemma ist, auf lokaler Ebene weder mit der Linken gegen die Rathausfraktion kämpfen zu können, noch mit der Rathausfraktion zusammen gegen Basiskämpfe vorgehen zu wollen. Klar kommt das in dem Berliner Positionspapier zum Ausdruck: Einerseits wird gesagt:

»Jungsozialistenstrategie kann nur ein Teil einer sozialistischen Gesamtstrategie sein, in der die Jungsozialisten ihren spezifischen Platz einnehmen.« (32)

Auf der anderen Seite wird im Zusammenhang der Basisarbeit ein linkes, antikapitalistisches Lager konzipiert, wo die Linke nicht als politische Gruppierung, sondern als soziologisch umschriebene Interessengruppe aufgenommen wird:

»Neben den Gewerkschaften und der SPD spielt im Kampf der arbeitenden Bevölkerung für ihre sozialen und politischen Interessen eine vielfältige Zahl weiterer Organisationsformen eine Rolle, – z. B. Bürgerinitiativen, Jugend- und Studentenverbände usw.« (35)

»Jugend- und Studentenverbände« ist offenbar die Linke, der eine Rolle zugebilligt wird im »Kampf der arbeitenden Bevölkerung«. Ähnlich knapp formuliert das Strategiepapier von Hannover: Von der Mobilisierung »aufgrund der konkreten Widersprüche des kapitalistischen Systems (Mieten, Sanierung, Umweltschäden, Berufsausbildung, Hochschulen)« wird gesagt:

»Praktisch wird diese Phase in Bürgerinitiativen, Aktionsausschüssen, Projektgruppen, Basisgruppen, Wohngemeinschaften, Arbeitskreisen, Mieterräten etc.« (54)

Eingemeindet und für Juso-Praxis ausgegeben wird kurzerhand das gesamte Formenspektrum linker Praxis. Daß es in Wahrheit umgekehrt aussieht, daß die Jusos Puffer gegenüber Polizei oder Raumbeschaffer oder Informationslieferanten für die Linken und die Bevölkerung sind, muß nicht weiter ausgeführt werden.

Grundsätzlich sind die Jusos unfähig, eine eigenständige Praxis an der Basis zu entfalten. Dazu sind sie schon aufgrund ihrer organisatorischen Struktur nicht in der Lage. Nach wie vor ist das Hauptmotiv einer SPD-Mitgliedschaft die Karriere innerhalb der Partei und in der Verwaltung. Hauptsächlich sind Angestellte Juso-Mitglieder. Nur ein geringer Prozentsatz von den Jusos ist politisch aktiv, kontinuierliche politische Tätigkeit auf der unteren Ebene wird durchweg nur von den Kreisvorständen und Arbeitsgemeinschaften geleistet. Die Ortsvereinsorganisation widerspricht den Organisationsprozessen einer politischen Gruppe, die eine Praxis an der Basis aufnimmt. Es ist zwar schön, die »Selbstorganisation« der Bevölkerung geflissentlich zu fordern. Allein, die Interessen der Bevölkerung sind nicht politisch neutrales Material, und die Bevölkerung entdeckt nicht erst durch die Jusos ihre Interessen, vielmehr richten sich die Interessen, wenn sie organisatorisch gewendet werden, schließlich gegen die Geschichte der Unterdrückung, Demütigung, Entmündigung durch die SPD-Verwaltung selbst. Partei für die Bevölkerung nehmen hieße für die Jusos, sich gegen die Partei stellen. So liegt denn die naturwüchsige Tendenz der Juso-Politik darin, eher auf der ideologischen Ebene eine prinzipielle Parteikritik zu unternehmen, durch den »Resolutionismus« (Schöfberger): d. h. zu versuchen, linke Resolutionen durch alle Ebenen bis zum Bundeskongreß, dem Traumziel, durchzukämpfen. Basisarbeit heißt für die Jusos weniger solidarischer Kampf mit der Bevölkerung als der Versuch, tatsächliche Kämpfe an der Basis in ein politisches Verhältnis zur Verwaltung und Partei zu bringen. Dies leistet der von den Jusos entwickelte Aktionismus der vernünftigen Interessen.

Die Analyse des Juso-Aktionismus rechtfertigt sich nicht nur dadurch, daß die Jusos mit ihm genug öffentliche Bedeutung gewonnen haben, um zu einer offenen ideologischen Auseinandersetzung innerhalb der SPD überzugehen. Die viel wichtigere Frage ist, inwieweit mit diesem Aktionismus ein neues Verhältnis des Staatsapparats zu den mobilisierten Interessen der Bevölkerung eingeleitet wird.

»Für eine Initiative im gesellschaftlichen Basisbereich ergibt sich folgender idealtypischer Ablauf:

1. *Konfliktauswahl.* Die Jungsozialisten greifen einen latent vorhandenen Konflikt auf. Dabei bieten sich Konflikte an, die zwischen den Bedürfnissen der Bürger und ihrer mangelnden Befriedigung durch die staatliche Exekutive entstehen: z. B. im Wohnungswesen, bei der Stadtsanierung, im primären, sekundären und tertiären Bildungsbereich und bei den Sozialeinrichtungen.«

Vorausgesetzt wird gewissermaßen ein Naturzustand der Gesellschaft, in dem die Jusos befruchtend tätig werden. Mangelnde Bedürfnisbefriedigung durch die Exekutive ist ein zeitliches Phänomen, ebenso wie der häufig erwähnte »Einfluß« von Profitinteressen auf die Kommunalpolitik. Die linke Konfliktstrategie wird dabei als linke Parteiarbeit zum Programm erhoben.

»2. *Informationsbeschaffung.* Über das vorhandene und die benachbarten Konfliktfelder sowie über die Konfliktbeteiligten müssen detaillierte Informationen beschafft und aufbereitet werden.«

Damit wird auch der Verwaltung Information über den »Konflikt« beschafft.

»3. *Mobilisierung.* Die zunächst nur passiv in der Mangelsituation sich befindenden Bürger werden zuerst über den Konflikt informiert. Ihre Rolle und ihr mögliches Verhalten im Konflikt wird aufgezeigt. Die betroffenen Bürger werden am und im Konflikt mobilisiert.«

Ein inhaltlich völlig leerer Begriff von Mobilisierung, der überhaupt nicht berührt ist vom geschichtlich erreichten Stand der Politisierung der Bevölkerung, von dem schließlich diese Mobilisierungstechniken ihre Möglichkeit ableiten. Im Grunde ist Mobilisierung die einfache Negation von Passivität, die bloße Überleitung zur Aktivität. Warum die »Bürger« über den Konflikt informiert werden müssen, ist immerhin eine Frage.

»4. *Aktion.* Es wird versucht, die betroffenen Bürger zu solidarischen Aktionen zu führen, die von ihnen selbst getragen werden und die ein Moment ihrer Selbstorganisation darstellen.« (Was wollen die Jusos, 101)

In allen Strategiepapieren wird zwar ständig beschworen, daß die »Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerung letztlich nur durch die Bevölkerung selbst möglich« ist. Im Beschluß von Hannover wird sogar ein emphatischer Begriff von Selbstorganisation vertreten:

»Selbstorganisation der Bevölkerung in allen Bereichen ist nicht nur ein Mittel zum Zweck der Systemüberwindung, sie ist zugleich ein wichtiges Element eines zukünftigen demokratischen Sozialismus.« (Hannover, 54)

Trotz der Beschwörung der Selbstorganisation als einer »Art herrschaftsfreier Initiative« (Was wollen die Jusos, 102) werden derartige Aktionen gegenüber der Öffentlichkeit und der Partei immer als Jusoarbeit verkauft. Zwar wird die Rolle der Jusos entsprechend verkleinert, um das Selbstorganisationstheorem nicht allzu deutlich fragwürdig werden zu lassen: »die Jusos beraten praktisch und theoretisch« (Kommunalpolitik, 84), die Jusos haben »initiierende und organisatorische Unterstützungsfunktion« (Berliner Position, 39); doch an der Stelle, an der die reine Interessenselbstorganisation, die Betroffenenmobilisation politisch sich entscheiden muß, in der Auseinandersetzung mit der Verwaltung und der Partei, beginnt das spezifische Arbeitsfeld der Jusos. So ist es ihre Aufgabe: »Relativen Erfolg oder Mißerfolg (zu) interpretieren« (Kommunalpolitik, 85).

Der Grundgehalt der Juso-Arbeit an der Basis ist es, 1. von vornherein eine Spaltung zu institutionalisieren zwischen »Selbstorganisation« und »politischer Umsetzung«. Die Perspektive dieses Aktionismus sind nicht Massenkämpfe, sondern Gruppenbildung. Das Ergebnis der Mobilisierung soll allemal die »Gruppe« sein. Deren politischer Inhalt ist »politische Sozialisation«, »Bewußtwerdung« etc. So heißt es denn programmatisch für die Basisarbeit:

»Die Entwicklung dieser basisorientierten Praxis geht von der Annahme aus, der Mensch sei lernfähig.« (Was wollen die Jusos, 101)

Ein unpolitischer Interessenidiotismus von Kleingruppen im Lernprozeß, das ist exakt die Form der »mobilisierten« Bevölkerung, die sich als politischer Druck in der Parteiarbeit umsetzen läßt.

2. Diese Strategievorstellung ist möglich, weil die Basisarbeit der Linken selbst kaum das Niveau punktueller Interessenkämpfe überschreitet. Diese Etappe wird, wie in jeder reformistischen Strategie, gewissermaßen eingefroren und verabsolutiert. So wird in den Doppelstrategie-Formulierungen ganz selbstverständlich von »punktuellen Selbstorganisationen von fallweise Betroffenen« (Hannover, 53) gesprochen. Dabei liegt das Interesse nicht darin, die »punktuellen Selbstorganisationen« zu einer gemeinsamen Front zu vereinigen, sondern ihre »Kontinuität« und »Stabilität« zu sichern. Mit anderen Worten, diese Selbstorganisationen zu ständigen »Partnern« der Verwaltung zu machen, wie es in Berlin von der Senatorin für Familie, Jugend und Sport mit den Sonderprojekten (vom Staat finanzierte und verwaltete Selbsthilfeorganisationen) praktiziert wird.

Auch wenn sich eine derartige Praxis vor der revolutionären Theorie blamiert, hat sie gegenwärtig eine tatsächliche Bedeutung. Die Realität dieser Strategie liegt darin, daß die alltägliche Lebensführung selbst mit

zunehmender Beschleunigung in Widerspruch zu den Lebensumständen gerät, mit anderen Worten, daß die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft selbst zu einem starken antikapitalistischen Motiv der Massen geworden sind. Die SPD hat das früh genug im Wahlkampf mit der Parole der »Verbesserung der Qualität des Lebens« wahrgenommen. Die Wohnverhältnisse, die Sozialisationsbedingungen, die Verkehrsverhältnisse, die gesamte Stadtplanung beschneiden in einem zunehmend kollektiv erfahrenen Maßstab die individuellen Glücksmöglichkeiten, so daß dem Kampf um Lohnerhöhung als Interessenkampf ein anderer politischer Stellenwert zukommt. Denn keine Lohnerhöhung kann auch nur minimal die zerstörerischen Lebensverhältnisse selbst ändern.

Mit der infrastrukturellen Unterversorgung der Reproduktionsbedürfnisse der Arbeitskraft ist ein breiter Konflikt der Massen gegenüber dem Staatsapparat angelegt. Der Anspruch des Staates, die Totalität der Daseinsfürsorge zu garantieren, kollidiert mit den unmittelbarsten und ebenso totalen Ansprüchen der Bevölkerung, in dem Viertel wohnen zu bleiben, das saniert wird, eine ertragbare Verkehrsverbindung zum Arbeitsplatz zu haben, sich erholen zu können, gegen Mietwucher unterstützt zu werden, für die Kinder ausreichend Lehrkräfte zu haben etc. etc. Der Staatsapparat wird weniger als Büttel des Kapitals begriffen denn als die verwaltungsmäßige Form der insgesamt nicht mehr zu ertragenden kapitalistischen Lebensverhältnisse. Gegen diese »Staatskultur«, die die Lebensbedürfnisse bis in den privatesten Bereich hinein beschneidet, unterdrückt, demütigt, verwaltet und befürsorgt, so daß Repression und Fürsorge einen Zusammenhang darstellen (der Mann ist im Knast, die Frau rennt auf die Sozialfürsorge), beinhalten die traditionellen Strategien des Kampfes gegen den Staatsapparat unter der Führung der Partei kaum eine lebendige Perspektive. Denn als Organisator und Vollstrecker der herrschenden Lebensverfassung ist der kapitalistische Staat Adressat und Gegner der Lebensinteressen der Bevölkerung zugleich. Dem entspricht die Gesamttendenz der revolutionären Entwicklung in Westeuropa und in der BRD: die Gleichzeitigkeit und innere Verknüpfung von Stadtteilkämpfen und Betriebskämpfen, die Radikalisierung von Interessenkämpfen im sogenannten Reproduktionsbereich, wobei in diesem Bereich in den letzten Jahren sich eine zunehmende politische Produktivität der Massen zeigt. Gerade in den Stadtteilen sind flexible Aktions-, Kampf- und Widerstandstechniken entwickelt worden. Am Beispiel der Hausbesetzung läßt sich erkennen, welche politischen Triebkräfte dabei sich entfalten. Hier bilden kollektive Lebensorganisation, freiheitliches Leben, Selbstorganisation gegen die Überwältigungs- und Verwaltungstechniken des Staates und direkter Interessenkampf *einen* politische Zusammenhang. Unversöhnlichkeit und Verhandlungsgeschick zugleich bestimmen das Verhalten

c.V. Bibliothek

gegenüber dem Staatsapparat. Wie sehr eine solche Praxis den gegenwärtigen Vorstellungen des politischen Kampfes entspricht, wird am Georg von Rauch Haus deutlich. Es ist nicht nur von Anfang an mit Möbelspenden und Geldspenden aus allen Stadtteilen unterstützt worden, sondern hatte sogleich eine Rolle in der Öffentlichkeit, die es gegen die Springerhetze immun machte, so daß eine von langer Hand vorbereitete Polizeiprovokation Neubauers kläglich scheiterte. Das Rauchhaus konnte nicht als Terrorzentrale verkauft werden, wiewohl die Bewohner an allen militanten Aktionen der Linken sich beteiligten.

Diese Tendenz der Bevölkerung, sich gegen die Lebensverhältnisse an Ort und Stelle zu wehren, sich zugleich gegen die staatliche Lebensverfassung aufzulehnen wie auch zunehmend Forderungen gegenüber dem Staat zu entwickeln, führt zu einer Kampfform, die man als kulturrevolutionären Interessenkampf bezeichnen könnte.

Gerade weil diese Kämpfe noch unentfaltet und vereinzelt sind, wenn sie auch sofort eine große Öffentlichkeit haben, ist es für eine reformistische Politik, wie sie im Rahmen der Doppelstrategie von den Jusos entwickelt wurde, gegenwärtig möglich, die Konflikte zu institutionalisieren. Als Hauptlegitimation der Doppelstrategie taucht in beschwörender Häufigkeit bei den politischen Äußerungen der Jusos eine Formel auf:

»Die Konfliktstrategie muß darüber hinaus auch so angelegt sein, daß Zwischenerfolge möglich sind, die im Bürger während der Initiative ein wachsendes Bewußtsein der politischen Stärke entwickeln.« (Was wollen die Jusos, 102)

Oder: »Damit sich Bewußtsein in praktischen Veränderungswillen fortsetzt, genügt es nicht, verbale Aufklärung zu betreiben: es muß die praktische Veränderbarkeit der Verhältnisse erfahrbar gemacht werden.« (Hannover, 53)

Die praktische Veränderbarkeit erfahrbar machen: genau das ist das Recht der Juso-Politik, das sie so lange behält, bis eine *konkrete* revolutionäre Strategie es ihr nimmt. Die Entlarvungsagitation gegenüber dem Reformismus verfehlt genau diesen Punkt. Nicht weil die Massen Opfer der »Reformillusionen« sind, oder weil sie etwa selber reformistisch sind, korrumpiert sind, ist der Staat erst einmal Adressat ihrer Interessen, sondern weil sie an ihren Interessen festhalten wollen und müssen.

Wenn in dem Kommunalpolitischen Arbeitspapier steht: »Die Kommunalpolitik muß vorrangig die kollektiven Bedürfnisse der Menschen befriedigen« (22), so ist dieser Satz des Gelächters von links gewiß. Was hier kurzerhand der Kommunalpolitik zudiktiert wird, ist im Grunde die Aufgabe, schon mal mit dem Aufbau des Sozialismus anzufangen. Aber die folgende Begründung läßt die gegenwärtige Chance einer Juso-Politik deutlich werden:

»Die Kosten für die Daseinsvorsorge steigen ständig. Sie müssen weitgehend vom einzelnen aufgebracht werden. Lediglich in Bereichen, in denen die Kosten heute schon so hoch sind, daß sie vom einzelnen kaum dauernd getragen werden können (Schulbildung),

oder in denen sie zum finanziellen Ruin des einzelnen führen würden (Krankenversorgung), werden diese Kosten von der Gesellschaft getragen (Schulgeldfreiheit) oder unter den Betroffenen einer bestimmten sozialen Schicht umverteilt (Krankenversicherung). Die Kosten für alle Bereiche der Daseinsvorsorge werden unverhältnismäßig weiter steigen, da sie sehr personalintensiv und kaum rationalisierbar sind.
Aufgabe der Gesellschaft muß es daher sein, dort einzugreifen, wo die Kosten, die zur Abdeckung des Existenzminimums erforderlich sind, so hoch steigen, daß sie das gesamte Einkommen der meisten Gesellschaftsmitglieder beanspruchen.
Die soziale Umverteilung der Kosten muß daher für jede lebensnotwendige Einrichtung so vorgenommen werden, wie dies für Schulen schon lange verwirklicht worden ist. Das Prinzip der Sozialversicherung kann nicht befriedigen, das eine Umverteilung nur innerhalb der einkommensschwachen Schichten vornimmt.
Künftig müssen daher weitere öffentliche Einrichtungen aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden (Gesundheitsfürsorge, Krankenversorgung, öffentlicher Nahverkehr, Sozialeinrichtungen, Kindergärten). Bei anderen kommunalen Einrichtungen (Energie, Wasser, Abfallbeseitigung) müssen in der Tarifgestaltung soziale Grundsätze berücksichtigt werden.« (Kommunalpolitik, 22/23)

Die Tendenz ist, die »Absicherung der Grundbedürfnisse des Menschen« als Aufgabe des Staates zu definieren. Sicher läßt sich sofort einwenden, daß bei allen diesen Juso-Vorstellungen mit einem völlig undialektischen Begriff von Bedürfnis hantiert wird. Die Grundbedürfnisse des Menschen sind für die meisten Juso-Programme lediglich das Produkt mangelhafter staatlicher Versorgung. Zu den Grundbedürfnissen des Menschen gehört es schließlich auch, um sein Recht zu kämpfen, was keineswegs identisch ist mit der Forderung einer Kommunalverwaltung im Interesse der Bevölkerung. Die gegenwärtige politische Bedeutung solcher Programme liegt jedoch darin, daß sie die reale Bewegung des Klassenwiderspruchs nutzen. Wenn nämlich die Lebensbedürfnisse der Massen in breiter Front in Widerspruch zu dem Totalitätsanspruch staatlicher Daseinsverwaltung geraten, so ist erst einmal eine Interessenpolitik, die auf eine Vermehrung der Sozialbürokratie, auf eine Verstärkung der kommunalen Leistungen, auf eine Entscheidungsbeteiligung der Bevölkerung zielt, politisch plausibler als der Kampf gegen den kapitalistischen Staatsapparat. Die Forderung der Jusos nach »Mehr Demokratie« (ist gleich »Mehr Staat«) ist der Quell einer neuen Legitimationspraxis des Staates, die mit der bislang geübten linken Reformismuskritik mitnichten politisch sich erledigen läßt. Denn zugleich sind die Jusos in der Lage, durch eine ständige Produktion von Programmen, »mittelfristigen Zielen«, »langfristigen Zielen«, »aktuellen Forderungen«, »Gesetzesvorschlägen« etc. die Lebensinteressen der Bevölkerung zum Thema von Parteiauseinandersetzungen und Konflikten mit den staatlichen Verwaltungen zu machen. Die Münchner Jusos sind immerhin bis zu der Forderung »Nulltarif für Wohnen und städtische Energieversorgung« gelangt. (An diesem Punkt freilich mußte der SPD-Chefreformer Vogel massiv eingreifen.)

»FORDERUNGEN ZUM MIETEN UND WOHNEN

Ziel der Miet- und Wohnungspolitik muß es sein, die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen nach einer Wohnung zu befriedigen ... Das ist erst möglich, wenn der Wohnungsbau aus dem profitorientierten Markt herausgelöst und in die Daseinsvorsorge eingegliedert wird.

Dazu ist mindestens notwendig,

1. daß bei einem zu steigernden Anteil des Sozialprodukts für den Wohnungsbau Profitmaximierung und Fremdeinfluß ausgeschaltet werden. Dazu können schon kurzfristig in überschaubaren Größen organisierte und untereinander verknüpfte genossenschaftliche Formen dienen. Der Grundstücksmarkt muß für das profitorientierte Kapital unattraktiv gemacht werden;
2. daß die Wohnungspolitik Bestandteil einer umfassenden regionalen und kommunalen Entwicklungsplanung und Städtebauplanung wird;
3. daß Wohnungsmieten die Kostenmieten nicht übersteigen ...
4. daß Mietverträge auf Dauer abgeschlossen werden ...
5. daß ein Mustervertrag gesetzlich vorgeschrieben wird;
6. daß die Mieter an der Verwaltung und Planung der Wohnungsbaugesellschaften beteiligt werden ...
7. daß in den Gemeinden Mieterberatungsstellen zur Wohnraumvermittlung und juristischen Beratung der Mieter eingerichtet werden ...
8. daß der Anteil des öffentlich geförderten Wohnungsbaus so gesteigert wird, daß er kurzfristig mindestens die Hälfte des gesamten Wohnungsbauvolumens erreicht;
9. daß der Wohnraum über die Mindestversorgung hinaus offen wird für die Bedürfnisse der Bewohner (u. a. Kommunikation). Wohnraum muß offen für neue Lebensformen sein ...
10. daß gezielte Maßnahmen ergriffen werden, die verhindern, daß Vermieter Altbauwohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln können ...« (Kommunalpolitik, 88)

Es ist klar ersichtlich, daß in einem solchen Programm die verschiedenen Ziele »systemüberwindender Reformen« sich gegenseitig voraussetzen. »Mieterräte« sind erst möglich, wenn der »profitorientierte Markt« zurückgedrängt worden ist, was erst möglich ist, wenn der Wohnungsbau in der Hand des Staats ist, was erst möglich ist, wenn bei einem »zu steigernden Anteil des Sozialproduktes für Wohnungsbau Profitmaximierung und Fremdeinfluß ausgeschaltet ist«, was erst möglich ist, wenn die Profite überhaupt zum großen Teil in die öffentliche Hand fließen, was erst möglich ist, wenn der Staat überhaupt »demokratisiert« ist, was erst möglich ist, wenn die Bevölkerung massenhaft für ihre Interessen kämpft. Die beiden historischen Subjekte des Reformismus, Staat und Bevölkerung (als »Betroffene«: Mieter, Kranke, Eltern etc.), spielen hier Blindekuh. Der entfaltete Klassenkampf wird vorausgesetzt und andererseits im Sinne der systemüberwindenden Reformen als sich schrittweise zum »demokratischen Sozialismus« steigernde Kommunalpolitik vermieden. Grundsätzlich gilt also die Kritik:

»Im Rahmen der formulierten ›Doppelstrategie‹ von ›Aktivierung der Wohnbevölkerung‹ und ›Veränderung der kommunalpolitischen Institutionen‹ (wird der Anspruch erhoben),

auf der Kommunalebene auftretende Konflikte dort auch wieder zu beseitigen. Dabei wird verkannt, daß die einzelne Gemeinde oder Stadt zwar Erscheinungsort von Konflikten im Reproduktionsbereich, nicht jedoch zugleich auch der Ort der Lösung ist.« (Stadtteilarbeit, 57)

Gleichzeitig sind diese Programme generelle Anweisungen für Jusoaktionen. Daraus entspringen »Aktionen« wie »Aktion kostenlose Wohnungsvermittlung« oder »Aktion Mieterschutz«, wobei das politisch Entscheidende ist, daß in derartigen Aktionen Partei, Verwaltung und »mobilisierte« – besser wohl ein bißchen auf den Trab gebrachte – Bevölkerung in einen politischen Zusammenhang gebracht werden, den es in der repräsentativen Demokratie der 50er und 60er Jahre nicht gegeben hat und nicht geben durfte. Gleichzeitig sind reale Teilerfolge, Einzelschritte eines insgesamt illusionären Programms, möglich. So gibt es aufgrund einer Juso-Initiative in Darmstadt (vom Dezember 1971) inzwischen in Nürnberg, Stuttgart, Heidelberg, Mannheim, Freiburg, Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Ulm, Offenbach, Wattenscheid, Hattingen, Pfungstadt, Ludwigsburg, Dietzenbach, Ottweiler, München, Norderstedt kostenlose kommunale Wohnungsvermittlungen (Juso 1/2, 1973). Sicher sind da auch die Profitinteressen zurückgedrängt (die der Maklerverbände) und Institutionen im Interesse der Bevölkerung geschaffen. Aber der Fortschritt liegt in der politischen Sphäre allein und ändert nichts am wirklichen Elend dieser Gesellschaft. Diese Dimension würde jedoch erst durch eine kommunistische Tagespolitik aufgerissen, für die der Linken im Zustand ihrer Spaltung gegenwärtig alle Voraussetzungen fehlen.

Gerade ihr Aktionismus befähigt die Jusos oftmals, politisch viel richtiger zu reagieren. Einerseits läßt sich sagen, daß aus einer Konfliktstrategie, die eine Bandbreite vom Müllaufsammeln in Erholungsgebieten (Umweltschutz) bis zum Mieterkampf und zur Unterstützung eines wilden Streiks (Hoesch-Streik) hat, nie eine organisatorische Kraft entspringen wird. Darum geht es aber gar nicht. Denn andererseits entsteht die politische Wirkung der Juso-Politik in einer Situation, wo die sekundären und tertiären Folgen des Kapitalismus ins öffentliche Bewußtsein treten. »Das Neue an der Umweltverschmutzung besteht heute nur darin, daß sie nun auch die Mittel- und Oberschicht betrifft« (Galtung). Mit anderen Worten: die Verkehrsverhältnisse, die Zersiedelung der Städte, die mangelnde Infrastruktur, die Bildungssituation bis hin eben zur Umweltverschmutzung haben die Dimension eines gesellschaftlichen Skandals. Es entwickelt sich so etwas wie ein naturwüchsiger Antikapitalismus, in dem die Jugend der Mittelschichten aktiv ist. An der Spitze dieser Tendenz entfalten die Jusos ihre politische Aktivität. Diese Tendenz drängt aber aus sich heraus zu einer reformistischen Politik des Staatsapparates. Ihre Hoffnung lautet: verschärfte Staatskontrolle, Ombudsmänner,

Mitspracherecht, Ausbau der Sozialbürokratie. In einem ganz auf die Aktualität beschränkten Sinne machen die Jusos tatsächlich Gesellschaftspolitik. Für den öffentlichen Skandal kapitalistischer Stadt-, Umwelt- und Lebenszerstörung haben sie einen Namen: die Monopole. Mit einer quasi klassenunspezifischen antimonopolitistischen Front gilt es den Staat unter Druck zu setzen, die Übermacht der Monopole über die Lebensverhältnisse zu brechen. Damit wird der Kapitalismus als Problem der reformistischen Politik verewigt. Gleichzeitig aber hat damit der Staatsapparat wieder die Chance, eine breite Legitimation innerhalb der Bevölkerung zu erreichen.
Diese Tendenz ist gewissermaßen unter Ausklammerung der sozialistischen Linken beschrieben worden, d. h. bei bloßer Verlängerung der augenblicklichen politischen Bedeutung der Linken. Es ist jedenfalls ganz sicher, daß der reformistischen Politik nicht die Spitze abgebrochen wird, wenn die sozialistische Linke ganz auf die Organisation der Arbeiterklasse setzt und dabei ihr Hauptaugenmerk darauf richtet, daß der Antirevisionismus schon in den Organisationsprinzipien für alle Zeiten gesichert ist.

3. Jusoaktionismus und das zukünftige Verhältnis von Legalität und Illegalität

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die aktionistische Basisarbeit der Jusos darauf angelegt ist, die »Selbstorganisation der Betroffenen« abzuspalten von der politischen Verwertung und der Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat, was einerseits die Basisarbeit als Problem verewigt, weil damit verhindert wird, daß sich aus den von den Jusos so geschätzten »latenten Konflikten« ein massenhafter Kampf entfalten könnte; andererseits bedeutet eine solche Basisarbeit, daß die zunehmende Tendenz der Bevölkerung zu antikapitalistischen Interessenkämpfen entpolitisiert wird und der Staatsapparat eine neue Legitimierungstechnik erhält.
Hier soll nun beschrieben werden, inwieweit mit diesem Aktionismus eine bestimmte Form politischen Handelns verallgemeinert wird. Zunächst einmal ist der Aktionismus die logische Konsequenz sowohl der Organisationsstruktur der SPD als auch der Klassenzusammensetzung der Jusos (an erster Stelle Angestellte, dann Studenten, dann Lehrlinge); die Juso-Aktionen sind nicht Ergebnis einer bestimmten Aktionsstrategie mit gemeinsamen Zielen, sondern spontanes Engagement der Kreisverbände aufgrund lokaler Konflikte oder kommunaler Skandale. Meistens erfahren die Landesvorstände nach Beginn einer Juso-Aktion durch die Presse von dieser Initiative. Sobald eine solche Initiative läuft, wird ein großer Teil der Juso-Karteileichen wieder lebendig. Mit den politischen Auseinandersetzungen

auf den höheren Parteiebenen wegen der jeweiligen Aktion erscheinen dann auch die rechten SPD-Mitglieder bzw. die etablierten Jusos und treffen einen funktionierenden Kreisverband mit vollen Kreisvollversammlungen an. Das ist z. T. einer der Gründe, warum die Jusos eine so gewichtige innerparteiliche Position gewonnen haben. Angezielt wird dabei:

»Spektakuläre Aktionen, die zwar eine über die Jungsozialisten und die Partei hinausgehende Öffentlichkeitswirkung haben, aber sich letzten Endes darauf beschränken, den institutionellen Instanzenzug (insbesondere den innerparteilichen Willensbildungsprozeß) in Gang und – erforderlichenfalls – unter Druck zu setzen.« (Was wollen die Jusos, 106)

»Spektakuläre Aktion«: hier ist die politische Verarbeitung schon im Ansatz mitgeplant. Dieser Aktionismus setzt politischen Erfolg mit Erfolg in der Öffentlichkeit gleich. Das nicht zu Unrecht, wenn man die innerparteiliche Wirkung betrachtet. So werden im Anhang der Strategiebeschlüsse, in den Juso-Magazinen und -Veröffentlichungen Selbstdarstellungen und Zeitungsmeldungen über Juso-Aktionen zitiert:

»Aktion für modernes Krankenhaus in Delmenhorst« (12. 8. 71)
(Gegen unhygienische Verhältnisse, Überbelegung, für Klassenloses Krankenhaus)
Aktion »Der Zaun muß weg« (5. 1. 71)
(Ufer des Baldeneysees, Essen, für Spaziergänger [Betroffene!])
Aktion »Brauner Rauch« (4. 9. 71)
(»Bürger wehrt euch« gegen die »Vermehrung der Chargen mit Sauerstoff von 240 auf 720 Chargen pro Monat im Stahlwerk Burbach«)
Aktion Mieterschutz (10. 71)
(Schulung vom 40 Jusos für Mietrecht, Organisation von Rechtsanwälten, nachdem eine Vermieter-GmbH die Mieten nahezu verdoppelt hatte – »Erste Erfolge ... zahlreiche Briefe, in denen die Aktion begrüßt wird, Beitrittserklärung zur SPD«)
(in: Thesen, 16 ff.)

Diese Meldungen ließen sich uferlos vermehren. Quantitativ wird mit dem Juso-Aktionismus der gesamte Praxisbereich der Linken abgedeckt. Es gibt sowohl Unterstützungsaktionen für Lehrlinge als auch internationalistische Kampagnen. Zum Teil liegt diesen Aktionen eine punktuelle Aktionseinheit mit der Linken zugrunde. Die Richtung liegt dabei nicht bei einem Durchkämpfen im Einzelfall, sondern in der Publizität. So ist denn in den ganzen Aktionserfolgsberichten kaum zu entdecken, welche politischen Erfahrungen tatsächlich gemacht wurden, wie sich die Bevölkerung verhielt (außer daß sie Initiativen begrüßte), welche politischen Vorstellungen von den Leuten entwickelt wurden und wie das politische Verhalten der angegriffenen Verwaltungsvertreter und SPD-Funktionäre politisch erklärt und bewertet werden soll. An dieser Stelle heißt es immer, die Verwaltung »mußte verhandeln«, »Senatsvertreter mußte Stellung beziehen«, »Das Bezirksamt wurde gezwungen« etc. Im Stile der Erfolgsmeldung wird z. B. vom Kampf gegen das *Neue Kreuzberger Zentrum*

(NKZ), ein für Berlin typisches Spekulationsprojekt, berichtet (vgl. *Thesen* 21/22). Als politischer Erfolg wird referiert, daß das Bezirksamt taktieren mußte. Verschwiegen wird die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse in Kreuzberg, die aus der Radikalisierung der Bevölkerung resultiert. Verschwiegen wird weiterhin die tatsächliche Rolle der »Stadtteilgruppe Kreuzberg«, von der die konkreten Kampfziele ausgingen. Nicht eine positive Veränderung der SPD nach links war das entscheidende Resultat, sondern daß die SPD insgesamt in Kreuzberg politisch in die Defensive geraten ist, denn mit der Auseinandersetzung um das NKZ hat in der »Kreuzberger Stadtteilgruppe« ein Organisationsprozeß begonnen, der schließlich zur Besetzung des Lehrlingszentrums und des Rauch-Hauses führte. Die Initiative der Jusos ist mit der NKZ-»Aktion« erst einmal verpufft.

In der Tat geht es den Jusos mit den Aktionen nicht um die Aufnahme einer Praxis, sondern darum, die SPD nach links zu drücken. Wenn »Kippen« von SPD-Gremien, d. h. bei Wahlen linke Mehrheiten zu erzielen, als Juso-Taktik, als Teil der Doppelstrategie gilt, wird im Grunde die Gleichsetzung von Parteipolitik und Gesellschaftspolitik beibehalten. Mit dem Unterschied, daß der Bevölkerung die parteipolitische Perspektive zum ersten Mal wieder in der Geschichte der BRD als eine Perspektive zur Durchsetzung kollektiver Interessen eröffnet wird.

Dazu trägt die Aktionsform selber bei. Gewünscht wird: Verstoß gegen die Spielregeln:

»Ein weiteres Kriterium zur Beurteilung der dargestellten (Aktionen) wäre, inwieweit die Aktionen die im System vorgegebenen allgemeinen Rahmenbedingungen und formalen ›Spielregeln‹ sachlicher, zeitlicher und sozialer Art sprengen.« (Was wollen die Jusos, 111) Oder: »Sicherlich kann die provokante Aktion, vorsichtig dosiert, immer als Moment der Selbstbefreiung der Bürger eingesetzt werden.« (103)

Der rein manipulative Charakter solcher Aktionsvorstellungen ist offensichtlich. Zu denken geben aber muß die allgemeine politische Konsequenz solcher Aktionspraktiken. In der antiautoritären Bewegung war die »direkte Aktion« eine Kampfmethode, in der Selbstbefreiung und Kampf gegen den Staatsapparat einen unlösbaren Zusammenhang darstellten. Die Routiniers des Antikommunismus bei Verfassungsschutz und Polizei und mithin der Staatsapparat selber waren nicht zuletzt dieser antiautoritären Kampfform gegenüber ohnmächtig, weil jeder sie anwenden konnte, weil jeder beginnen konnte. Die Suche nach Drahtziehern und Rädelsführern war sinnlos. Aus den direkten Aktionen entsprang eine ungeheure politische Energie, weil sie die eingefrorenen Klassenbeziehungen in der Nachkriegsgesellschaft durcheinander brachte. Es war keine studentische Aktionsform. Sie ging zwar von den Studenten aus, aber Lehrlinge, junge Arbeiter konnten mitmachen, konnten sie selbst praktizieren. Die politi-

sche Produktivität lag in dem Niederreißen der Klassengrenzen. Das war auch der Grund, warum der Staatsapparat lange Zeit unfähig war, das erschütterte Verhältnis von Legalität und Illegalität zu stabilisieren. Die herrschende Legalität hatte bis zum Beginn der antiautoritären Bewegung ja nicht nur den Sinn, die herrschenden Gesetze aufrecht zu erhalten, sondern auch die Rangfolge menschlicher Rechte völlig auf den Kopf zu stellen, wonach eben der Verkehrsfluß wichtiger ist als eine Demonstration, die Bannmeile wichtiger als die Interessen der Massen, die repräsentative Demokratie wichtiger als die Bedürfnisse der Bevölkerung. Mit der Dogmatisierung und Spaltung der linken Bewegung sind die antiautoritären Kampfmethoden nicht weiterentwickelt, sondern liquidiert worden. Stattdessen ist in der politischen Praxis das Klassenschema wieder neu aufgelegt, demzufolge politische Studenten hauptsächlich kleinbürgerliche Studenten sind (deren Kampffeld die Universität zu sein hat), antiautoritäre Lehrlinge hauptsächlich Jugend des Proletariats sind (und sich auch dementsprechend zu organisieren haben), demzufolge linke Lehrer vom Berufsverbot bedrohte Lehrer, linke Sozialarbeiter Sozialarbeiter mit Unterstützungsfunktion für das Proletariat, Gefangene Angehörige des Lumpenproletariats sind. In dem Maße, in dem die Linke in ihrer Organisationsarbeit die gegebenen Klassenverhältnisse reproduziert, wird die Möglichkeit einer gemeinsamen Kampffront und auch die Möglichkeit zerstört, daß jeder aus den Bestimmungen seiner Klassenherkunft und -lage eine gesellschaftliche Praxis entwickelt.
Diesen Zustand quittieren die Jusos ziemlich genau:

»Inzwischen haben sich die Demonstrationen auf einem bestimmten Niveau der begrenzten Regelverletzung eingespielt.« (Was wollen die Jusos, 123)

Sie können selbstverständlich die antiautoritäre Methode der direkten Aktion nur instrumentalisieren, weil die Linke selber diese Kampfform verabschiedet hat, ohne eine neue zu entwickeln, die für alle Mitglieder der Gesellschaft die Vorstellung von Selbstbefreiung und politischem Kampf neu eröffnet. Die politischen Auswirkungen des Juso-Aktionismus liegen darin, daß sie durch ihre Aktionen mit der Illegalität und den staatlichen Repressionen kokettieren, damit aber durch die Aktion selber den Konflikt institutionalisieren. Unter dem Schein von Spontaneität und Selbstbefreiung den »Bürger« zu momentanen Mutproben (Aktion: Betretet den Rasen; Aktion: Der Wald ist für alle da) zu ermuntern, bedeutet noch lange keine Freisetzung von Selbsttätigkeit, sondern bestenfalls eine neue Publicitytechnik oder ungewöhnliche Handlungsmethode.
Genau aus diesem Grund muß eine Praxisvorstellung à la Negt schärfstens kritisiert werden, wonach die Linke hart an der Grenze der Legalität ihren politischen Spielraum zu wahren habe und folglich gegenüber

den Genossen in der Illegalität diesen Spielraum auch verteidigen müsse. Zunächst einmal ist die Frage der Legalität keine Frage der politischen Taktik. Eine politische Praxis ist im Grunde schon ohnmächtig, wenn kalkuliert wird, ob sie am Rande der Gesetzesverletzung sich entlangschieben soll, oder ob sie bewußt die Gesetze durchbrechen soll. Keiner der wirklichen politischen Erfolge der Linken wie etwa bei der Rauch-Haus-Besetzung basiert auf einem derartigen Kalkül.

4. Monopol, Staat und Kommunalpolitik

Die politische Position der Jusos ist, wie wir gesehen haben, gerade an den Stellen am windigsten, an denen eigentlich politische Klarheit herrschen sollte: bei den Strategiebeschlüssen. Die Formulierung der *»Doppelstrategie«* hat keineswegs zu einer Geschlossenheit der Jusopolitik geführt. »Doppelstrategie« ist sowohl ein Reizwort für die Rechten als auch ein Alibi gegenüber den Linken. Sie funktioniert sowohl als taktischer Hebel im personalpolitischen Kleinkrieg, wie sie auch den politologischen Ausdruck einer schwärmerischen Machtpolitik darstellt, die davon träumt, an der Spitze der Interessen des Volkes an die richtigen Schalthebel in Partei und Staatsapparat zu gelangen, um den Einfluß der Monopole zu brechen. Sie dient gegenwärtig sowohl zur Rechtfertigung von karrieristischem Opportunismus als auch zur taktischen Absicherung bei dem Versuch, die SPD auf Linkskurs zu zwingen. Grundsätzlich ist jedoch die Doppelstrategie für den Reproduktionsbereich reserviert, ist also unmittelbare Konsequenz der SPD-Organisationsstruktur. Zwar wird gefordert:

»Die Jungsozialisten setzen sich deshalb dafür ein, daß die SPD langfristig neben ihrer territorialen Organisationsform eine betriebliche Organisation aufbaut.« (Hannover 38)

Es ist aber bezeichnend, daß für eine Organisationsentwicklung der eigenen Partei »langfristig« gesagt wird, wo doch für Ziele wie »Zurückdrängung des Kapitaleinflusses« usw. offenbar mit kurzen Fristen gerechnet wird. Zwar wird für den Produktionsbereich gesagt:

»Die Jungsozialisten verfolgen eine Strategie, die das Ziel hat, eine wachsende Gegenmacht der Lohnabhängigen zu organisieren.« (Hannover, 32)

Aber die Funktion dieser »wachsenden Gegenmacht« ist:

»... der Gewerkschaftsführung durch den Druck der betrieblichen Kämpfe von unten (!) die Handlungsfreiheit (wiederzugeben).« (Hannover, 34)

Das ist natürlich eine absurde Formulierung; da gehen Klassenkampfphantasien und Opportunismus Arm in Arm. Gerade an dieser Stelle aber zeigt sich die objektive Grenze der Doppelstrategie.
Wohl eher läßt sich die Position des Juso-Reformismus aus ihren gesellschaftsanalytischen Ansätzen herausschälen.

»Bei zunehmender Zuspitzung der Widersprüche des Kapitalismus versuchen die Monopole mittels des Staates den Abbau demokratischer Rechte in verstärktem Maße durchzusetzen. Der Staat verliert damit immer offensichtlicher den Schein der Klassenneutralität und wird zum unmittelbaren Gegner einer antikapitalistischen Strategie.
Allerdings kann es in dem Maße, wie sich im Gefolge der Entfaltung von Klassenkämpfen organisierte gesellschaftliche Gegenmacht gegen die Monopole entwickelt, gelingen, durch den Druck der Bevölkerung über den Staat antikapitalistische Reformen durchzusetzen.« (Berliner Position, S. 31)

Die weitgehende Identität mit einer marxistischen Analyse der politischen Ökonomie muß kommentiert werden. Der Grundcharakter dieser Passagen liegt darin, daß die Begriffe der marxistischen Analyse als Benennungen benutzt werden: der Kapitalismus wird benannt, der analysierende Juso, das Mitglied der SPD, verhält sich als frei reflektierendes Subjekt zum beschriebenen Zustand dieser Gesellschaft. Es muß ihm nur die richtige Strategie einfallen, um die Partei zu einer wirksamen Politik zu bringen, durch die diese Verhältnisse verändert werden. Es handelt sich um einen soziologisch kastrierten Marxismus, der hier angewandt wird: der Marxismus ist das Instrument, um den Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital und um spezifische ökonomische Tendenzen zu beschreiben. Für die Sphäre des Staatsapparates und für die politische Sphäre werden andere analytische Instrumentarien benutzt. In dieser Trennung des politischen Kategoriensystems, in der die ideologische Trennung zwischen Politik und Wirtschaft reproduziert wird, liegen die Grundelemente der reformistischen Position der Jusos.
Die reformistische Strategie in der Jusopolitik läßt sich wohl am ehesten entnehmen aus ihren Analysen des Verhältnisses Staatsapparat/Kapital. Um ein »linkes« Dokument zu zitieren: die »Berliner Position« (in »Jungsozialisten in der SPD. Berliner Strategiebeschluß.« Hrsg. vom Landesverband der Berliner Jungsozialisten, Bln. 1973) wird wie folgt umrissen:

»Der heutige Kapitalismus unterscheidet sich von seiner Frühphase dadurch, daß infolge eines Prozesses des Wachstums der einzelnen Unternehmen (Konzentration), aber auch von Firmenzusammenschlüssen (Zentralisation) riesige Großkonzerne (Monopole) entstanden sind, die ökonomisch und auch politisch umfassenden Einfluß ausüben. Das tun sie weitgehend auch unmittelbar auf den Staat, den sie sich zu ihren Zwecken – möglichst hohe Profite einzuheimsen – dienstbar machen.« (S. 5)

Das Verhältnis Staatsapparat–Kapital wird also mit dem Einflußtheorem erklärt. Der Klassencharakter des Staates ist dieser Beschreibung zufolge akzidentiell. Die Monopolisierung wird als das Stadium angesehen, wo die kapitalistische Wirtschaft sich den Staat zu ihren Zwecken unterwirft. Dem entspricht die Formulierung aus dem *Godesberger Programm:*

»Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten (!) Macht gewinnen die führenden Männer (!) der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit

demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht.«

Die alltägliche Natur des kapitalistischen Staatsapparats wird als Skandal einer Usurpation verkauft. Genau diese Analyse ist aber die Quelle des Aufbruchpathos und der strategischen Hoffnungen der Jusopolitik. Die Generaltendenz der Juso-Politikvorstellungen zielt demnach mit einiger Logik auf ein Anheben des Organisationsgrades der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter. Die organisatorische Perspektive liegt in der SPD, auf die auch die spontanen Interessenorganisationen der Bevölkerung grundsätzlich ausgerichtet bleiben sollen. Folglich wird auch kein Unterschied gemacht zwischen »sozialistischer Konfliktstrategie« und einer »interessenspezifischen Konfliktstrategie« (S. 9 und S. 7). Nicht eine politische Organisation der Arbeiter wird angezielt, sondern eine Organisation der Arbeiterinteressen gegenüber dem Staatsapparat. Welches Verhältnis eine solche Organisation zur SPD einzunehmen hätte, wird in allen Strategiebeschlüssen tunlichst nicht benannt. So wird als »Hauptaufgabe für Sozialisten« genannt: »die Aktivierung und Vereinheitlichung der Arbeiterklasse« (S. 5). Beide Begriffe, d. h. in ihrer Kopplung, lassen Klassenkampfvorstellungen mithören: Massenspontaneität und Klassensolidarität. Doch ihrem Inhalt nach verbleiben sie im Rahmen Partei-Wahlvolk.

Es wird hier nicht behauptet, daß sich die Jusos eine naive Vorstellung vom »Zurückdrängen des Profitinteresses« machen. Das Einflußtheorem freilich, wonach das Kapital in Gestalt von Monopolen sich den Staatsapparat zurichtet, ist für die Jusopolitik unverzichtbar. Daher bezieht ihre Analyse nur eine Seite des Staatsapparates ein, nämlich die »Daseinsvorsorge« im weitesten Sinne: die Wohnungspolitik, die Bildungspolitik, die Verkehrspolitik usw. bis hin zur Finanzpolitik. Die Unterdrückungsfunktion des kapitalistischen Staatsapparates, die politische Rolle der Polizei, der Justiz, der Psychiatrie, des Verfassungsschutzes, des Bundesgrenzschutzes ist in den Jusoprogrammen praktisch nicht existent.

Aus dem Gesagten folgt, daß die Jusos im Grunde nur auf einer Ebene eine plausible (nicht wirkliche!) Politik der Zurückdrängung des Profitinteresses entwickeln können: auf der Ebene der Kommunalpolitik. Der Juso-Aktionismus zielt auf die Kommunalpolitik und folgt hier konsequent der Geschichte der Sozialdemokratie. In der Kommunalpolitik ist der Staat vorstellbar als Opfer von Monopolinteressen und mithin potentieller Interessenverwalter der Bevölkerung. Die Plausibilität ergibt sich schlicht aus der notorischen Finanznot der Gemeinden, aus dem daraus resultierenden Versagen gegenüber den zunehmenden kommunalen Aufgaben.

Der Hauptzweck der Aktionsselbstdarstellungen liegt dementsprechend auch darin, die Aktionen so zu schildern, daß sie nicht vermasst, sondern für alle Juso-Kreisverbände leicht anwendbar sind. So wird geradezu eine

politische Technologie der Aktionen entwickelt; werden im kommunalpolitischen Rahmen die »Aktionsfelder« abgesteckt, »Aktionsmodelle« entworfen, technische Hinweise gegeben, Anfangsschwierigkeiten benannt, mögliche Interessengruppen aufgezählt etc. Ein Beispiel:

»Beispiel Mieterhöhung
Ein privates Wohnungsbauunternehmen erhöht für einen ganzen Wohnblock, der mit öffentlichen Mitteln gefördert wurde, mit einer zwölfmonatigen Rückwirkung (gesetzlich möglich!) die Miete. Mögliche Aktionen:
- Mieterversammlungen vorschlagen. Wahl eines Komitees der Mieter vorbereiten. Möglichst nicht versuchen, die Sache allein in die Hand zu nehmen. Die Jusos beraten praktisch und theoretisch.
- Presseerklärung des Komitees. Flugzettel für die bisher nicht aktivierten Mieter. Versuche, die Verwaltung, die Partei usw. zu Stellungnahmen aufzufordern. Zieht sich die Angelegenheit länger hin, Dokumentation zusammenstellen.
- Anregung solidarischer Widerstandsformen (Vorsicht! Außenstehende haben als Nichtbetroffene leicht reden!), Mietzahlung unter Vorbehalt und Nichtzahlung für die zurückliegende Zeit bis hin zur Nichtzahlung der erhöhten Miete.
- Eine angefangene Aktion laufend verfolgen und zu Ende führen. Arbeitnehmer kennen von den politischen Gruppen bisher meist nur spontane Akte; wenn etwas hochgespielt wird, sind sie begeistert dabei. Wenn der Spuk verflogen ist, sind die Betroffenen wieder allein. Von daher besteht ein berechtigtes Mißtrauen, das nur durch kontinuierliche Arbeit zu überwinden ist.
- Die Gegenseite je nach konkreter Möglichkeit auf rechtlicher und politischer Ebene zum Einlenken zwingen. Relativen Erfolg oder Mißerfolg interpretieren.«
(Kommunalpolitik, 74)

Bei dieser Aktionsplanung fällt auf, daß bei allen wichtigen Auseinandersetzungen dieser »Mieterselbstorganisation« die Verhandlungsebene gewahrt bleibt. Ein so geplanter Mieterkampf wird die politische Struktur dieser Gesellschaft nicht erschüttern, sondern korrigieren. Mit der »Selbstorganisation« werden die Mieter zugleich zum Verhandlungspartner, wobei aller Wahrscheinlichkeit nach weniger Angehörige der Arbeiterklasse als Mittelschichtvertreter das Mandat zum Verhandeln erhalten werden. Diese Modelle von Interessenkampf privilegieren nicht die politisch Aktiven, sondern die politisch Beweglichen, die reden und verhandeln können. Diese Aktionsmodelle zielen auf eine neue Struktur kommunaler Lebensverhältnisse:

»›Mehr Demokratie‹ in der Kommunalpolitik heißt – auf mittlere (!) Sicht – die Verwirklichung folgender institutioneller Reformen:
- Neuverteilung der Zuständigkeit zwischen Kommunalparlament und Verwaltung nach Maßgabe der politischen Relevanz der Entscheidung.
- Grundsätzliche Öffentlichkeit (Einsehbarkeit) aller Verwaltungsvorgänge; Öffentlichkeit der Ausschußberatungen, Einsehbarkeit von eingeholten Gutachten und Eingaben von Interessenverbänden.
- Information der Ratsmitglieder über wichtige Verhandlungen mit privaten Interessenvertretern; Rechenschaftslegung der Vertreter der Gemeinde in den Aufsichtsgremien von Unternehmen.

- Offenlegung der Einkommensverhältnisse der Gemeindeparlamentarier. Wer ein öffentliches Amt ausübt, muß klarstellen, in welchen Abhängigkeiten er sich befindet.
- Veröffentlichung der Verbands- und Vereinszugehörigkeit der Gemeindeparlamentarier.
- Änderung der Gemeindeordnungen mit dem Ziel, die Arbeitszeit der kommunalen Wahlbeamten in jedem Fall mit dem Ende der Legislaturperiode des Kommunalparlaments ablaufen zu lassen; jederzeitige Abwählbarkeit der Wahlbeamten.
- Veröffentlichungen von Dokumentationen über die Auswirkungen wichtiger Verwaltungsentscheidungen; Gruppenvorteile, Wertzuwächse (vor allem an Grund und Boden), Umweltbeeinträchtigungen, Nutzen-Kosten-Analysen bei Industrieansiedlungen.
- Mehrjahrespläne für alle Fachbereiche.
- Untersuchungsausschüsse mit der Möglichkeit von Minderheitsvoten.
- Fragestunden und Hearings im Kommunalparlament; eine bestimmte Anzahl von Bürgern muß ein Hearing im Kommunalparlament oder in einem seiner Ausschüsse verlangen können.
- Bildung von Stadtteilräten (Stadtteilparlamenten, Ortsbeiräten) in größeren Städten. Sie sind entsprechend der geschichtlichen und planerischen Entwicklung der Stadtbezirke abzugrenzen und von den Bewohnern dieser Stadtbezirke zu wählen und zu kontrollieren. Ihnen muß ein entscheidendes Mitspracherecht zukommen. Darüberhinaus obliegt es ihnen, strukturelle und bauliche Maßnahmen in Gang zu bringen und über die im Stadtteil vorhandenen sozialen Einrichtungen die Kontrolle auszuüben (z. B. Kindergärten, Altersheime, Schulen).
- Bildung von Fachräten (Benutzerräte) für spezielle, nicht auf Stadtteile begrenzte Fragen, in deren Rahmen die einzelnen Fachbereiche der öffentlichen Verwaltung durch die Mitwirkung der Betroffenen vor der Bürokratisierung bewahrt werden können. (Beispiele: Fachrat für die Krankenversorgung, für Schuleinrichtungen, für Kindergärten, für Wohnungsbau, für Stadtplanung). Diese Fachräte sind mit einem umfassenden Informationsrecht gegenüber der Stadtverwaltung und mit einem Vortragsrecht gegenüber dem Stadtparlament auszustatten.
- Schließlich treten die Jungsozialisten dafür ein, daß die städtischen Gremien die sich bildenden Bürgerinitiativen mit Nachdruck unterstützen, insbesondere durch Bereitstellung finanzieller Mittel und durch Anweisung von Versammlungs- und Arbeitsräumen. Die Einrichtung von Bürgerhäusern als Zentren des öffentlichen und politischen Lebens der Stadtbezirke verstärkt voranzutreiben.
- Die Freistellung der Mitglieder dieser Räte vom Arbeitsplatz muß gewährleistet sein, entsprechend den Mitgliedern der Gemeindeparlamente. Es muß Kündigungsschutz wie für Betriebsräte bestehen.« (Kommunalpolitik, 25)

Was hier an Institutionen und Reformen für eine Demokratisierung der Kommunalpolitik gefordert wird, macht gewissermaßen die Demokratisierung des Staatsapparates zum Lebensinhalt der Massen. Im übrigen wird die »demokratische Verwaltung« die teuerste, die es je gab, da sie noch ihre eigene Kontrolle mitfinanzieren muß. Man stelle sich nur einmal die Tätigkeit eines Angestelltenapparates vor, der ständig die Auswirkung wichtiger Verwaltungsentscheidungen zu dokumentieren hat. Hier ist die Kritik der rechten Reformer à la Vogel an dem Juso-Überstaat durchaus berechtigt. Allerdings nur insofern, als eine andere politische Methode auf die anschaulichste Weise hier sinnvoller ist: die Revolution.

Immerhin haben aber solche Programme eine ziemliche Ähnlichkeit mit den Forderungskatalogen der Studenten zur »Demokratisierung der Hochschule« während der antiautoritäten Bewegung. Es handelt sich hier gewissermaßen um die Fortsetzung der SDS-Hochschulpolitik auf kommunalpolitischer Ebene. Der Rätebegriff wird dabei zu einer reinen verwaltungstechnischen Neuorganisation herabgebracht. Genau in dieser Hinsicht gibt es Initiativen der reformistischen Verwaltung. Die realisierbarsten Momente in diesem Programm sind Interessenvertretungen der Bevölkerung, die in die Verwaltungstätigkeit einbezogen werden. (Sie kosten nichts!)

An dieser Stelle erhebt sich schließlich die Frage, wer eigentlich die Zeit, die Vorbildung und das Interesse haben soll, die Verwaltungsvorgänge einzusehen, die Öffentlichkeit der Ausschußberatungen herzustellen? Wer wird Fachrat? Gewiß, Arbeiter sollen freigestellt werden, das könnte aber allenfalls funktionieren, wenn sie quasi Angestellte der Verwaltung würden, die dann mit Recht ihren Posten verteidigen würden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die »Demokratisierung der Verwaltung« schon in den Ansätzen, in denen sie stecken bleiben wird, ein Privileg der Mittelklassen sein.

Sollte eine derartige reformistische Politik Erfolg haben – und Erfolg haben heißt hier nicht, daß derartige Programme tatsächlich durchgesetzt werden können, sondern daß sich die Bevölkerung mit ihren politisch aktiven Teilen für solche Ziele engagiert –, so wird sich das breite Bündnis von Mittelschichten (linke Intelligenz, Studenten, linke Lehrer, Mediziner, Juristen etc.) und Teilen der Arbeiterklasse (Lehrlinge, Jungarbeiter) in der Perspektive auflösen. Eine solche Mittelstandspolitik würde dem Staat eine neue Legitimation verschaffen.

1. Reformbürokratie auf der Suche nach der Basis

Unsere Frage ist: Was sind die politischen Ziele der Reformbürokratie, welche Alltagsbedürfnisse der Massen nimmt sie auf und wie will sie das Verhältnis kapitalistischer Staatsapparat und Massen verändert sehen. Zu bedenken ist dabei, daß wir die Alltagsbedürfnisse der Massen so weit ernst nehmen müssen, um zu sehen, daß staatliche Reforminitiativen gegenwärtig eine weit größere Breitenwirkung haben als die Ansätze einer revolutionären Selbstorganisation. Nicht das gute Alte hat uns zu interessieren, sondern das schlechte Neue. Nicht die gute alte Revisionismuskritik interessiert, sondern die schlechte neue reformistische Praxis.
Um die oben aufgeführten Fragen zu konkretisieren, werden Papiere aus dem Familienressort der Berliner Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport herangezogen. Die Papiere verallgemeinern eine Verwaltungspraxis der »Sonderprojekte«, deren Etat verschwindend gering ist (3 Mill. DM), wobei die Mehrheit der förderungswürdigen Sonderprojekte auf der Warteliste stehen. Die Papiere interessieren aber weniger deswegen, weil man aus ihnen den quantitativen Umfang staatlicher Reformmaßnahmen ablesen könnte, sondern weil in ihnen ein zukünftiger Widerspruch innerhalb des Staatsapparates formuliert wird.
In einem Papier über die »Weitere Entwicklung von Eltern- (Bürger-) Initiativen im außerfamiliären und außerschulischen Bereich« vom 29. Juni 1972 wird das Verhältnis von staatlicher Verwaltung und reformerischer Initiative folgendermaßen beschrieben:

»Innovation wird im Kompetenzbereich formaler Organisationen (starre vertikale und horizontale Gliederung) erschwert. Im Kompetenzbereich staatlicher Verwaltung wirken sich außerdem die aus der engen Kopplung an das Wirtschaftssystem resultierenden ›Sachzwänge‹ hinderlich aus . . .«

Bürokratisches Eigeninteresse und Klassencharakter des Staatsapparates werden als grundsätzliche Widerstände gegen eine Reform benannt.

»Initiativen, die außerhalb des Kompetenzbereiches staatlicher Verwaltung und großer Interessenverbände entstehen, stellen deshalb ein notwendiges Korrektiv dar für
- den betreffenden gesellschaftlichen Bereich selbst, hier die vorschulische Erziehung,
- die Änderung formaler Organisationen, indem der notwendige Druck von außen hergestellt wird,
- das politische System, indem Gegenmacht mobilisiert wird.«

»Indem Gegenmacht mobilisiert wird.« Das ist eine der klassischen strategischen Kurzformeln der antiautoritären Bewegung. Die zwei routinemäßi-

gen linken Erklärungen tragen nicht weit: zynisches Instrumentalisieren von Massenaktivitäten und Reformismus als Schutthalde der antiautoritären Bewegung (deren politische Programme notwendigerweise in den Reformismus münden mußten, da ihr Klasseninhalt kleinbürgerlich war). Beide Argumente übersehen, daß allein der Begriff der Gegenmacht zumindest einen prinzipiellen Widerspruch zu aller bisherigen Praxis staatlicher Verwaltung impliziert, der nicht so ohne weiteres auf eine zynische Durchsetzungspolitik eines staatlichen Gesamtinteresses reduziert werden kann. Zum anderen ist es eher ein Beweis der Wirkungskraft der politischen Vorstellungen aus der antiautoritären Bewegung, daß sie nach ihrem öffentlichen Ende dennoch Widersprüche fortzeugen. Dabei handelt es sich hier nicht um ein naives Umsetzen antiautoritärer Praxis in einem Bereich der Verwaltung. Vielmehr läßt sich generell sagen, daß die opinion leaders der progressiven Teile einer Reformbürokratie die Erfahrungen der antiautoritären Bewegung ausgewertet haben. Ihre Papiere zeugen zumindest von fortgeschrittenem strategischen Bewußtsein und taktischem Raffinement; es werden weniger soziale Zustände aus einer reformistischen Befriedigungsvorstellung der gesellschaftlichen Widersprüche angegangen, vielmehr sind die politischen Ziele, die solchen Reformkonzepten gegeben werden, taktisch formulierte Elemente einer Konfliktstrategie mit einem inhaltlich unbestimmten Überschuß an grundsätzlicher Gesellschaftskritik.

Es wird nötig sein, die Definition von Staatsapparat zu untersuchen, die einer reformistischen Strategie zugrunde liegt:

»In entwickelten kapitalistischen Gesellschaften wächst der öffentlichen Verwaltung zunehmend die Aufgabe zu, in den Ablauf des wirtschaftlichen Prozesses regulierend einzugreifen (als Konsequenz der Aufhebung des sich selbst regulierenden Marktsystems im Zuge der Kapitalkonzentration und Zentralisation). Stadt- und Regionalentwicklungsplanung wird in dieser Situation zu einem für den Bestand des Systems existenznotwendigen Instrument konjunkturstabilisierender Globalsteuerung und indikativer Strukturpolitik.«

Die Rolle des kapitalistischen Staates bei den Kapitalverwertungsschwierigkeiten und die immanente Notwendigkeit einer Strukturreform werden vorausgesetzt. Damit wird der ganze Komplex der Strukturreform getrennt von den Gesellschaftsreformen. Mit anderen Worten, in diese Reformtheorie geht eine Definition gesellschaftlicher Interessen ein.

»Die enge Kopplung staatlicher Aktivitäten an die spezifischen Bedingungen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertungsprozesse führt dazu, daß bestimmte gesellschaftliche Bedürfnisse vernachlässigt werden ... Solange nämlich in diesem System ökonomische Stabilitätsgarantie und Wirtschaftswachstum vorrangig bleiben, müssen alle jene Bedürfnisse an der Peripherie des staatlichen Aktionsbereiches liegen, die in diesem Sinne keine Sanktionsgewalt für sich mobilisieren und organisieren können: öffentlicher Nahverkehr, physische und vor allem auch psychische Gesundheit, Bildung – insbesondere die emanzi-

patorischen Anteile, Spielbedürfnisse von Kindern, die Lebensbedürfnisse von alten Menschen und Behinderten, Wohnbedürfnisse, soweit sie über den sozialfürsorgerischen Ansatz staatlicher Wohnungsbaupolitik hinausgehen, etc.«

Eine solche Darstellung des kapitalistischen Staatsapparats hat ganz offensichtlich gelernt von den Analysetechniken der Neuen Linken. Dennoch: mit den marxistischen Begriffen wird hier keine marxistische Analyse unternommen, sondern beschrieben. Der Klassencharakter des Staates wird nicht bestimmt. Die Interessen des Kapitals sind »verkoppelt« mit den staatlichen Aktivitäten, die Verbindung ist zwar faktisch vorhanden aber nicht wesentlich. Es gibt eine Rangordnung gesellschaftlicher Bedürfnisse und Interessen, die je nach Organisationsgrad die Aktivitäten des Staates beeinflussen. Die Grenze zwischen einem politischen und einem kritischen Begriff vom Staatsapparat liegt in dem Wort »Peripherie«. Was hier aus der Sicht eines niederen Platzes im staatlichen Haushalt Peripherie heißt, ist im gesellschaftlichen Zusammenhang das Einsatzfeld der Repressionskräfte. An der Peripherie finanzieller Unterstützung beginnt die politische Wirkung des Staatsapparates. – Einer solchen Darstellung des Staatsapparates liegt die Vorstellung einer distributiven Gerechtigkeit zugrunde, die dem Marxismus fremd ist. Daß der Staat unter dem Einfluß des Kapitals steht, wird dem unterschiedlichen Organisationsgrad der Interessen zugeschrieben.

»Betroffene (sind) vor allem:
Die von Planungsmaßnahmen mehr oder minder direkt betroffenen Gruppen oder Individuen, die nicht über Produktions- und Planungsmittel verfügen. Da sie nur über sich selbst, ihre Arbeitskraft und über ihre Bedürfnisse verfügen, besitzen sie den Planungsinstitutionen gegenüber als nicht-organisierte Einzelne keine Gegenmacht . . .«

Es wird mithin unterschieden in »Nur-Betroffene« und »Interessenten«. Die Verwandlung von Nur-Betroffenen in Interessenten ist offenbar das Kernstück einer reformistischen Strategie. Inwieweit solche Konzepte Kurzsichtigkeit oder Zynismus beinhalten, ist hier überhaupt nicht wichtig. Daß ein Konzept einer reformistischen Verwaltung an entscheidender Stelle identisch ist mit einer zentralen Forderung der Linken, nämlich Organisation der Betroffenen, bezeichnet ein wirkliches Problem für eine revolutionäre Strategie und wir sollten uns hüten, mit bequemen Hypothesen derartige Probleme wegzuerklären, bevor sie überhaupt erkannt worden sind. – Zunächst einmal kann gegenwärtig eine Reformbürokratie durchaus mit dem Begriff der »Organisation der Betroffenen« hantieren, weil objektiv die Ansätze von Selbstorganisationen der Massen (Mieter-, Eltern-Kind-Gruppen etc.) ihrem politischen Inhalt nach weder eindeutig Kerne einer Selbstorganisation der Massen noch Interessenorganisationen sind. Solange die Basisinitiativen selbst Organisationen betroffener

Interessen und Organisationen der Betroffenen zugleich sind, weil sie in den meisten Fällen mit einem Konflikt bzw. mit einem verletzten gemeinsamen Interesse beginnen, wird es einer Reformbürokratie möglich sein, mit dem Ziel »Organisation der Betroffenen« Politik zu machen. Daß damit zumindest nicht im Ansatz eine zynische Strategie eingeschlagen werden muß, zeigt die Kritik der »Beteiligung von Betroffenen in einem System technokratischen Verwaltungshandelns«. Es wird jedenfalls die Gefahr formuliert, daß durch die »planmäßige Umstrukturierung der Lebenswelt« eine Planungstechnokratie an einer Beteiligung der Betroffenen interessiert ist, schon allein um zusätzliche Kosten zu sparen und zu verhindern, daß private Investoren durch Bürgerunmut abgeschreckt werden.

»Spontan sich entwickelnde Bürgerinitiativen hätten in diesem System technokratischen Verwaltungshandelns die Funktion von ›Frühwarnsystemen‹, indem sie die Verwaltung auf kritische Toleranzschwellen und Konfliktherde aufmerksam machen.«

Dieser technokratischen Funktionalisierung der Interessenbewegung der Bevölkerung werden »Strategien zu einer Demokratisierung von Planungsentscheidungen« entgegengesetzt. Es werden zwei Modelle genannt, die »der Tendenz nach dahin wirken (könnten), das emanzipatorische Potential in der Gesellschaft zu erhöhen und Gegenmacht zu schaffen«:

a) Das Advocacy-Planning Modell, d. h. staatlicherseits finanzierte (!!) Anwaltsplanung für unterprivilegierte Gruppen (etwa in Sanierungsgebieten), die zunächst Schwierigkeiten haben, ihre Bedürfnisse und Interessen zu artikulieren und sich entsprechend zu organisieren.

Damit wird kurzerhand vorgeschlagen, daß die Senatsverwaltung ihren eigenen Konflikt finanzieren soll. Rechtsanwälte sollen im Interesse der Bevölkerung gegen ein vom Senat geplantes Sanierungsvorhaben vorgehen.

b) Das Modell einer organisatorisch kontrollierten Auslagerung gesellschaftlicher Probleme aus dem staatlichen Kompetenzbereich für Gruppen, die sich selbst organisieren können. D. h. staatliche Finanzierung von Selbsthilfeorganisationen unter weitestgehendem Verzicht auf inhaltliche Kontrolle der Aktivitäten. (Theoretische Grundlage: Disparitätentheorie)

Hier werden die notwendigen Konsequenzen der Veränderung des Verhältnisses Staat-Bevölkerung sehr viel genauer gesehen als in den Doppelstrategie-Konzepten der Jusos, deren Vorstellung von einem Staat, »der vorrangig die kollektiven Bedürfnisse befriedigt«, jedenfalls auf eine unabsehbare Ausdehnung von »Juso-Planstellen« zielt. Wenn man dieses Konzept weit genug interpretiert, wird es jedoch absurd: Die Zurücknahme der Staatskontrolle bei Zunahme der Finanzierung der Bevölkerungsinteressen würde ohnehin (läßt man die politischen Widerstände einmal beiseite) sehr schnell an einen Punkt kommen, wo der Aufbau des

Sozialismus die Gesellschaft einfach billiger zu stehen käme. Auf der anderen Seite soll hier als Verwaltungsrichtlinie verallgemeinert werden, was in Einzelfällen tatsächlich praktiziert wird: im Rahmen der Sonderprojekte werden linke Selbsthilfeorganisationen finanziell gefördert, wobei die effektive Kontrolle sich auf eine formale Berichtstätigkeit reduziert. Diese Übernahme eines reformistischen Alibis in die allgemeinen Verwaltungsrichtlinien ist freilich von der Senatorin Ilse Reichel abgeschmettert worden.

Allein, mit diesem Modell zeichnet sich ein Widerspruch innerhalb des Staatsapparates ab, den der Reformismus notwendig produziert. Da die reformistische Politik, will sie überhaupt einen Machtgewinn verbuchen, die Interessenbewegung der Bevölkerung unterstützen muß, wird sie nicht umhin können, eine linke Stadtteilarbeit partiell zu unterstützen; denn die Linken sind schließlich gegenwärtig diejenigen, die am schärfsten die Interessen der Bevölkerung formulieren. (Der Akzent liegt auf »formulieren«!) Diese Unterstützung mit einer zureichenden politischen Kontrolle zu verbinden, würde den alten Beamten- und Angestelltenapparat bei linken Selbsthilfeorganisationen ins Spiel bringen. Mit anderen Worten, man hätte sofort eine Kampffront, die den reformistischen Ansatz von Beginn an wieder zerstören würde.

Weiterhin ist es für eine linke Selbsthilfeorganisation bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich, sich mit reformistischen Tendenzen praktisch auseinanderzusetzen, wenn sie wirklich die Interessen der Bevölkerung unterstützen will. Denn wenn es gelingt, vom Staat möglichst viel Geld zu kassieren, wird das von vielen durchaus zu Recht als ein politischer Erfolg kollektiver Tätigkeit betrachtet und bedeutet keineswegs das Ende kollektiver Anstrengungen. Zudem resultieren derartige reformistische Tendenzen aus der gesellschaftlichen Praxis der antiautoritären Bewegung. In der Senatsvorlage »Bericht über sogenannte Kinderläden« (Nr. 1776/69) hieß es noch:

»›Kinderläden‹, die nur für eine studentische und intellektuelle Minderheit praktikabel sind, werden vom Senat nicht als modellhaft angesehen und nicht gefördert. Dies gilt insbesondere dann, wenn hinter ihnen die Konzeption steht, daß die Pädagogik nur gleichzeitig mit der Gesellschaft revolutioniert werden kann.«

Inzwischen ist aber nicht zuletzt durch die Praxis der Kinderläden selber die staatliche Misere der Familienfürsorge und die zerstörerische familiäre Erziehung gesellschaftlich bewußt geworden, so daß es im Richtlinienentwurf von 1970 heißt, Kinderläden seien »familien-politisch wertvoll«.

Die »herrschende Meinung« innerhalb der Linken weiß diese reformistischen Tendenzen, in die die linke Basisarbeit zum Teil selber mit einbezogen ist, gegenwärtig nicht zu analysieren. Entweder wird Gruppen gegenüber, die mitmachen, der Korruptionsverdacht erhoben, oder es wird

ein ausgekochter Zynismus des Staates vermutet. Eine politische Perspektive eröffnet sich aber erst dann, wenn untersucht wird, unter welchen Bedingungen der mit dem Reformismus angelegte Widerspruch im Staatsapparat für die Massen politisch wichtig wird. Erst wenn sich eine derartige Basisarbeit quantitativ verbreitert und in eine politische Verbindung zu anderen Interessenkämpfen gelangt, wird sich der Widerspruch zwischen reformistischen und repressiven Tendenzen innerhalb des Staatsapparates verschärfen.

2. Zum Stand der internen Reformdiskussion

Wenn hier die interne Diskussion wiedergegeben wird, so geschieht das im Bewußtsein, daß wir es mit minimalen Ansätzen zu tun haben. Es ist demzufolge nicht Absicht, eine irgendwie zureichende Aussage über die realen gesellschaftspolitischen Chancen der reformistischen Fraktion innerhalb einer Regierung zu machen. Schließlich wird die tatsächliche reformistische Politik immer ein Kompromiß zwischen den reformistischen Tendenzen und den repressiven Techniken des Staatsapparates sein, der von dem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis und vom Stand der Klassenkämpfe her bestimmt wird. Mit dieser Darstellung wird hauptsächlich intendiert, mit einem Staatsapparatsbild aufzuräumen, wonach der Große Bruder eine ausgeklügelte Strategie entwickelt, damit der Kapitalismus auch nach dem Jahr 2000 überleben kann.

Bei diesen progressiven Konzepten soll aber bedacht werden, daß die Reformverwaltungen die schwächsten Ressorts innerhalb einer Regierung darstellen. Den Jusos kann es im Rahmen der Doppelstrategie allenfalls gelingen, linke SPD-Vertreter an die Spitze einer Sozialbürokratie zu bringen. Das Finanzressort, das Innenministerium bleibt in Händen der Rechten und wird über die Ochsentour erworben. Weiterhin ist es der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport unmöglich, eine zusammenhängend begründete Haushaltsforderung für das gesamte Ressort vorzulegen. Das würde sofort als Kampfansage verstanden. So müssen die einzelnen Haushaltsposten einzeln vorgelegt werden, wobei sich der Haushaltsexperte der eigenen Verwaltung durchaus nicht in die Karten blicken läßt.

Weiterhin muß mit dem gegebenen bürokratischen Apparat gearbeitet werden. Ein großer Teil der Beamten ist reaktionär und klebt an seinen Posten. An diesem Zustand kann auch ein »linker« Verwaltungschef nichts ändern. Wenngleich die Senatsverwaltung in den öffentlichen Äußerungen die Organisation der Betroffenen fordert, würde eine tatsächliche Unterstützung der »Betroffenen« im traditionellen Verwaltungsbe-

reich zum Aufstand des Personals führen. So muß bei Konflikten in der Heimerziehung mit einer vorsichtigen Umbesetzung der Stellen gearbeitet werden. Die Tendenz einer reformistischen Politik ist dabei, eine Polarisierung innerhalb der Behörde herbeizuführen und gleichzeitig zu verhindern, daß diese Polarisierung politisch wird, d. h. sie muß versuchen, sich anbahnende Widersprüche in ihrem Verwaltungsbereich zu verschieben.
Dementsprechend kann die reformistische Politik nur praktisch werden, wenn sie neue Verwaltungstätigkeiten einführt, wie bei den Sonderprojekten, wobei die Linken innerhalb der Verwaltung, die linke Sozialwissenschaft und die Linken an der Basis miteinander ins Spiel kommen. Es wäre schon viel gewonnen, wenn diese Situation in die strategischen Überlegungen der Linken einmal Eingang finden würde.
Hauptproblem einer reformistischen Verwaltungsstrategie ist es, daß sie auf der einen Seite mit den gegenwärtigen Selbstorganisationen der Bevölkerung (hauptsächlich Bürgerinitiativen), die ihrer Klassenzusammensetzung nach von Mitgliedern der Mittelklasse dominiert werden, anfangen, aber dennoch Mittel entwickeln muß, die Arbeiterklasse für den Reformismus zu engagieren. Denn nur diese Perspektive würde den Reformismus zu einem wirksamen gesellschaftlichen Instrument machen.

»Von der Vernachlässigung bzw. Unterdrückung bestimmter Bedürfnisse sind in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften auch die sog. Mittelschichten betroffen. Unterschicht definiert sich in dieser Betrachtungsweise dadurch, daß für die Angehörigen dieser Schicht eine Vielzahl von Bedürfnissen in extremer Weise unbefriedigt bleibt. Die Notwendigkeit für eine Fortsetzung mittelschichtbezogener Förderung ergibt sich dann aus den folgenden Gründen:
– Initiativ-Funktion der Mittelschichtangehörigen auch für unterschichtbezogene Projekte,
– Befreiung von den mittelschichtspezifischen Zwängen (Leistungsdruck, Konkurrenzverhalten, Radfahrerprinzip etc.) als Voraussetzung für die notwendige Solidarisierung mit der Unterschicht. Dazu können Elterninitiativen im Bereich der Vorschulerziehung beitragen.
Um die bisherige Benachteiligung aufzuheben, müssen die Förderungsmittel für unterschichtbezogene Projekte jedoch so erhöht werden, daß sich das bisherige Verhältnis umkehrt: Statt bisher Mittelschicht zu Unterschicht etwa 2:1 muß die Förderung zukünftig nach dem Verhältnis Mittelschicht zu Unterschicht 1:2 erfolgen. Das kann aber nicht eine Umverteilung der bisher vorhandenen Mittel bedeuten, sondern eine entsprechende Erhöhung . . .
Wie das Sonderprogramm zeigt, kann die Verwaltung durch gezielte Finanzierungsprogramme auch eine bestimmte Nachfrage ›erzeugen‹. Dabei muß allerdings in Kauf genommen werden, daß sich die Verwaltung scheinbar ›Gegner‹ schafft. Denn gerade die Initiativen, die sich um vom politischen System vernachlässigte Bedürfnisse organisieren, müssen im Gegensatz zu eben diesem politischen System stehen.«

Bei einer derartigen Konzeption kann eine reformistische Verwaltung nicht umhin, mit dem Begründungsverfahren einer prinzipiellen Gesellschaftskritik zu arbeiten:

»Die gesellschaftliche Isolierung der Kernfamilie ist vor allem das Ergebnis der Ausgliederung des gesamten Produktionsbereiches aus dem Familienleben (einschließlich Wohnbereich/Schlafstadt). Die wechselseitigen Abhängigkeiten von Produktions- bzw. Berufsbereich einerseits und Familienleben andererseits wirken sich aber bekanntlich in den verschiedenen sozialen Schichten unterschiedlich auf die familialen Sozialisationsprozesse aus. In den typischen Mittelschichtberufen sind es die vom individualistischen Aufstiegsdenken geprägten Leistungszwänge, die einschränkend auf die Entfaltungsmöglichkeiten der Familienmitglieder zurückwirken, in den unteren sozialen Schichten mehr die Situationszwänge und mangelnde Selbstverwirklichungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz. Dabei ist es für das Selbstwertgefühl und damit auch für die Initiative oder Resignation der Betroffenen besonders bedeutsam, daß die Sozialisationsergebnisse typischer Mittelschichtfamilien (z. B. differenziertes sprachliches Ausdrucksvermögen, Fähigkeit des Umgangs mit Symbolen und abstrakten Vorgängen, Planungshorizont) gesellschaftlich positiv bewertet werden, die Sozialisationsergebnisse von Unterschicht-Familien (z. B. Spontaneität, emotionales Ausdrucksvermögen und damit zusammenhängend eine prinzipiell größere Handlungsbereitschaft sowie das durch den starken Familienzusammenhang bedingte, ausgeprägtere solidarische Verhalten) dagegen regelmäßig negativ.«

Bei diesem Konzept hat die reformistische Verwaltung eine Schwierigkeit, die der linken Stadtteilarbeit durchaus nicht unbekannt ist, nämlich: wie kommt man an die Arbeitereltern ran. Hier setzt nun die eigentliche reformistische Taktik ein. Grundvorstellung ist die langsame Politisierung der Bevölkerung im Zusammenhang der reformistischen Initiativen. Die Stufenleiter zu einer freien Gesellschaft sieht so aus: Mitwirken-Mitbestimmung-Selbstbestimmung. Emphatische Formel für diese Politik ist: »politische Sozialisation«. In der Reichel-Verwaltung hat man begriffen, daß die Organisationsform der Eltern-Kind-Gruppen wegen des unvermeidlichen Zeit- und Diskussionsaufwandes die Angehörigen der Mittelklassen privilegiert. Daher wird ein Konzept von Elternbildung vorgeschlagen, wo gewissermaßen die Arbeitereltern geschult werden sollen, den Staat für ihre legitimen Interessen zu melken. Wichtigster Punkt in diesem Programm ist:

»Mobilisierung der Eltern für ein Engagement im öffentlichen Raum (Beratung bei der Diskussion gemeinsamer Interessen und Bedürfnisse, Aktivierung zur politischen Durchsetzung der formulierten Ziele, z. B. kollektive Aktionen im Erziehungs- und Wohnbereich).«

Wobei darauf hingewiesen werden soll, daß offenbar die reformistische Verwaltung sich gesellschaftlichen Druck allein von einer gesellschaftlichen Praxis der »Betroffenen« verspricht. Mit anderen Worten, daß sie eine reine Interessenforderungspolitik der »Betroffenen« für ohnmächtig hält.

»Eine so verstandene Elternarbeit würde durch den Öffentlichkeitscharakter, den sie durch politische Aktionen zweifellos hat, wiederum weitere Eltern zum gesellschaftlichen Engagement motivieren und sicher auch andere wenigstens teilweise an ihren Erfolgen partizipieren lassen können. Auch damit wäre ein großer Vorteil gegenüber den gleichsam hinter verschlossenen Türen für einen eng begrenzten Teilnehmerkreis stattfindenden herkömmlichen Bildungsangeboten erreicht.«

So wird denn ein »idealtypisches Ablaufmodell für Unterschicht-Elternbildung in einem begrenzten Wohnbereich« folgendermaßen skizziert:

»1. Erforschung der Bedürfnisse (welches Problem ist das dringlichste und betrifft die meisten Angehörigen der Zielgruppe: z. B. keine außerfamiliale Betreuung möglich).
2. Entlastung der Eltern durch professionelle Kinderbetreuung sowie zusätzliche Einzelhilfen materieller Art.
3. Herstellung von emotionalen Beziehungen zwischen den Angehörigen der Zielgruppe und den professionellen Kräften sowie auch zu der Kindereinrichtung durch Einzelgespräche beim Bringen/Abholen der Kinder und durch Hausbesuche.
4. Durchführung von Gruppenveranstaltungen mit praktischem Angebot, gesellige Veranstaltungen oder Gruppenreisen × Herstellung des Kontaktes der Eltern untereinander.
5. Aufzeigen der Gemeinsamkeit der als individuell empfundenen Bedürfnisse und Probleme und Hinterfragen ihrer Ursachen.
6a) Herbeiführen der Einsicht der Eltern in die Bedeutung und den Ablauf von Entscheidungsprozessen in der Kindereinrichtung bis hin zur Selbstverwaltung.
6b) Aufgreifen der über die Kinderbetreuung hinausgreifenden Probleme im Wohnbereich (z. B. Mietpreise und Hinführung zu kollektiven Aktionen.
7. Emanzipation der Zielgruppe von den professionellen Kräften – Reduzierung der Mitarbeit der professionellen Kräfte auf Unterstützung nach den Forderungen, die die Zielgruppe stellt.«

In diesem Modell sind die Vorstellungen von Klassenanalyse, politisierter Soziologie und linksradikaler Basis amalgamiert. Der Witz dabei ist, daß der dogmatische Marxismus-Leninismus mit seiner Reformismuskritik an der Basisarbeit dennoch nicht recht behält. Denn ein derartiges Konzept verrät zugleich, daß selbst der Versuch, die reale Interessenbewegung der Bevölkerung in die Verwaltungstätigkeit zu integrieren, notwendig sich auf die Praxiserfahrungen der Linken beziehen muß. Dieses Konzept ist eher ein Beweis für die reale Bedeutung von Basisarbeit. Unter der Voraussetzung, daß wieder eine funktionierende linke Öffentlichkeit aufgebaut wird bzw. das linke Zeitungswesen vom Verkünden der richtigen Linie herunterkommt, ist es denkbar, daß sich die Kampfsituation gegenüber dem kapitalistischen Staatsapparat verbessert, in dem Maße, wie mit dem Reformismus die inneren Widersprüche des Staatsapparates verschärft werden. Denn wer soll das schöne Modell praktizieren?

»Für professionelle Erwachsenenbildner setzt das nicht nur eine qualifizierte Ausbildung voraus, sondern auch politisches Engagement und die Möglichkeit der rationalen und emotionalen (!) positiven Wertung (besser: emotionale Bindung) der Verhaltensweisen der Unterschicht.«

Mit diesen gewundenen Formulierungen sind offenbar Linke gemeint. Dabei ergibt sich ein Problem, das in der Linken wohl am meisten tabuiert wird, die Frage nämlich, wie die nicht nur unvermeidlichen, sondern zum Teil auch durchaus sinnvollen Interessenkoalitionen linker Basisarbeit und reformistischer Verwaltung politisch zu bewerten sind. Zwei Gesichtspunkte müssen dabei überprüft werden: Einmal braucht die reformistische

Verwaltung für ihre Projekte, Modelle und Experimente die Linken, und zwar nicht in dem Sinne eines bürokratischen Vampirismus. Sie kann aus ihrem eigenen Interesse heraus gar nicht daran interessiert sein, bei derartigen Initiativen linke Anstrengungen gegenwärtig bloß auszunützen oder zu integrieren. All das würde zur Bürokratisierung dieser Initiativen führen. Vielmehr ist die Verwaltung innerhalb bestimmter Grenzen durchaus daran interessiert, daß die Linken innerhalb solcher Initiativen selbst eine politisch umfassende Basisarbeit aufnehmen. Nur wenn aufgrund derartiger Initiativen die Bevölkerung tatsächlich mobilisierit wird und Forderungen stellt, ist im Stellungskampf gegen den rechten Flügel des Staatsapparats ein Machtgewinn zu erzielen.

Das oben zitierte Papier ist weit davon entfernt, zu einer Verwaltungsrichtlinie zu werden. Es bezeichnet aber sowohl die Widerspruchstendenz innerhalb des Staates, die durch die Tätigkeit einer reformistischen Verwaltung provoziert wird, als auch die innere Widersprüchlichkeit einer solchen Tätigkeit selber. Sie muß Sozialisten an sich binden und sich zugleich von ihnen benutzen lassen, um eine öffentliche Legitimation ihrer Tätigkeit zu erhalten.

Auf der anderen Seite brauchen die Linken die reformistische Verwaltung. Erst einmal natürlich dann, wenn sie mit einem sozialistischen Anspruch, aber von politischen Gruppen isoliert, als Angestellte des Staates tätig sind. Wenn sie sich sowohl mit der bornierten Bürokratie als auch mit interesselosen Kollegen auseinandersetzen müssen, sind noch die fragwürdigsten reformistischen Konzepte von »Selbstorganisation« nützlich, um sich den nötigen politischen Spielraum zu verschaffen. Weiterhin: es ist keineswegs ein Anzeichen von Korruption, sondern sinnvoll, wenn konkrete Projekte im Rahmen einer linken Stadtteilarbeit von der Verwaltung finanziert werden. Denn das bedeutet schließlich erst einmal, den Leuten zu ihrem Recht zu verhelfen, sie dahin zu bringen, daß sie Ansprüche stellen, daß sie für ihre Steuern Gegenleistungen fordern. Wenn es eine Pflichtleistung linker Politik ist, »Sozialstaatsillusionen zu zerstören«, Reformversprechen zu entlarven, dann ist das allerdings nur denkbar, wenn die Bevölkerung selbst beginnt, die Reformversprechen auszunützen. Da der einzige Hebel der Verwaltung die Finanzierung bleibt, bemißt sich der Erfolg des Reformismus an seiner Fähigkeit, mit begrenzten Haushaltsmitteln eine möglichst breite Loyalität innerhalb der Bevölkerung zu schaffen. Wenn also massenhaft Geldforderungen erhoben werden, so scheitert daran gegenwärtig jedenfalls weniger der Reformismus, als daß die gesamte staatliche Tätigkeit politisch in die Defensive gerät. Wenn wir sagen, daß mit dem Reformismus ein Widerspruch innerhalb des kapitalistischen Staatsapparates angelegt ist, den zu verschärfen Teil des Kampfes gegen den Staatsapparat sein muß, fragt es sich, welche politischen Kon-

sequenzen sich daraus ergeben. Es kann sicherlich nicht darum gehen, die politischen Probleme von progressiven Vertretern innerhalb der Verwaltung sich zu eigen zu machen. Man wird aber nicht umhin können, ihre politische Stellung nicht einfach nur auszunützen, sondern sie auch so auszunützen, daß sie zugleich gestärkt wird. Ausreichende Erfahrung mit Basisarbeit kann in diesem Zusammenhang leider nicht angeführt werden. Immerhin läßt sich aber soviel sagen, daß eine reine Geldforderungspolitik, die den Reformismus als Gelegenheit betrachtet, möglichst viel abzusahnen, innerhalb kurzer Zeit unter die Kontrolle der Verwaltung geraten wird. Zum Beispiel werden im Rahmen der Sonderprojekte in Berlin »pädagogische Hilfskräfte« finanziert. Sie erhalten 7 Mark pro Stunde. Lohnerhöhung ist durchsetzbar, wäre aber unmittelbar verbunden mit der Einführung von Qualifikationskriterien. Die Sonderprojekte sind vom Senat und den Bezirksämtern teilfinanziert (80%), können auch vollfinanziert werden, geraten dann aber vollständig unter die Kontrolle der Verwaltung. Ziel einer praktischen Auseinandersetzung mit dem Reformismus muß es also sein, an den Reformprojekten die Forderungen der Bevölkerung zu mobilisieren, damit die staatliche Haushaltsgestaltung selbst in die politische Kritik gerät. Erst dann werden die Reformillusionen, die der Staat gegenwärtig erweckt, für ihn selber zu einem politischen Problem. Das allerdings setzt voraus, daß eine punktuelle Interessenkoalition von reformistischer Verwaltung und linker Basisarbeit durchaus angestrebt wird.

3. Beteiligung ohne Rechte – das gegenwärtige Dilemma der reformistischen Verwaltung

Das Dilemma einer reformistischen Verwaltung läßt sich folgendermaßen umreißen:

1. Sie muß mit einem Haushalt wirtschaften, der sich prinzipiell aus der traditionellen Verwaltungstätigkeit ergibt. Zusatztitel fallen demgegenüber kaum ins Gewicht (Prozente für Sonderprojekte).
2. Ein Reformminister verfügt, trotz (oder wegen) der Doppelstrategie der Jusos, kaum über eine genügende Hausmacht, um eine auch nur im entferntesten zureichende Aufstockung des Haushalts durchzukämpfen.
3. Gleichzeitig vermehren sich natürlich von Beginn der Amtstätigkeit eines Reformministers an die Geldforderungen aus seinen Amtsbereichen.
4. Alle inhaltlichen Konzepte machen die gegebenen Ressortgrenzen problematisch. Andererseits ist keine reformistische Aktivität denkbar, die die Ressortgrenzen zu durchbrechen versuchte.

5. Zugleich stößt jede Reform auf den Widerstand des Beamtenapparates im eigenen Haus und in den Bezirksämtern, so daß sich eine reformistische Tätigkeit notwendig auf die Punkte beziehen muß, wo sich die Konflikte Amt/Bevölkerung so weit entwickelt haben, daß mit der Verwaltungsroutine nicht mehr zu arbeiten ist; bzw. sie muß sich auf die Entwicklung von Sonderprojekten und »Modellen« konzentrieren.
Dabei ist es für eine reformistische Verwaltung wichtig, daß sie bis zu einem gewissen Grade den Alibicharakter dieser Förderungsprojekte selbst durchbricht. Denn für ihre politische Position ist nichts gewonnen, wenn sie bei einer begrenzten Förderung von Sonderprojekten mit einer langen Warteliste von Interessenten stehenbleibt. Damit stärkt sie nicht ihre Position, vermehrt vielmehr nur die Konflikte. Grundsätzlich ergibt sich daraus der Zwang, Interessenorganisationen der Bevölkerung zu forcieren, um damit über den Druck »neuer« Interessengruppen eine Aufstockung des Haushalts zu erreichen. Zwei gescheiterte Versuche zeigen das Dilemma: einmal wurde versucht, für Eltern-Kind-Gruppen von der Gruppenförderung abzugehen und die Gruppen nach der Platzgeldregelung zu fördern, wie es beispielsweise bei der Förderung der Wohlfahrtsverbände geschieht. Aber damit hätten die Eltern-Kind-Gruppen nach dem Gleichheitsgrundsatz einen Rechtsanspruch gehabt. Dieser Versuch wurde von der Reichel-Verwaltung selbst blockiert. – Zweitens wurde versucht, für die städtischen Einrichtungen der Familienfürsorge Mitbestimmungsregelungen einzusetzen. Hier funkte der Innensenator Neubauer dazwischen und setzte sofort durch, daß Mitbestimmungsregelungen städtischer Einrichtungen nur vom Senat insgesamt beschlossen werden dürfen. Argumentation: »Die Einführung neuer Mitbestimmungsregelungen darf nicht zur Errichtung rivalisierender Mitbestimmungsstrukturen mit aufgesplitterter Verantwortung führen.« Denn: »In der als repräsentative Demokratie und nach den Grundsätzen der Gewaltentrennung verfaßten Staatsordnung hat die öffentliche Verwaltung aufgrund ihrer Stellung als Exekutive bestimmte Aufgaben zu erfüllen . . . Seine (des Senators) politische Leitungsfunktion setzt eine Verantwortungspyramide in der öffentlichen Verwaltung voraus.«
Was unter diesen Bedingungen an Vorschlägen entsteht, zielt auf eine Institutionalisierung der Interessengruppentätigkeit ohne Rechte gegenüber der Verwaltung. Am deutlichsten läßt sich das an dem Beispiel des »Diskussionsentwurfes über die Beteiligungsrechte von Eltern und Erziehern in Kindertagesstätten« (1972) zeigen. Der Grundgedanke ist ungefähr: Wenn sich die Eltern lang genug beteiligen, werden sie eines Tages auch Beteiligungsrechte erhalten. Dafür sind in dem Diskussionsentwurf fünf Gremien vorgesehen:

»In jeder Kindertagesstätte werden folgende Gremien gebildet:
a) Gruppenelternversammlungen
b) Elternausschuß
c) Gesamtelternversammlung
d) Erzieherkollegium
e) Kindertagesstätten-Ausschuß
Für alle Kindertagesstätten eines Bezirks wird ein Bezirkskindertagesstättenbeirat gebildet.«

Wir zitieren im folgenden aus dem Kommentar einiger Mitglieder der ÖTV und einer Gruppe von Eltern und Erziehern sowie Dozenten des Pestalozzi-Fröbel-Hauses:

»Aus der Anzahl der Gremien läßt sich schon erahnen, welcher ungeheure Arbeitsaufwand für ihr Funktionieren nötig wäre. Eine genaue Berechnung können wir aber erst geben, wenn wir die Gremien genau durchgesehen haben . . .
Es gibt in dem Diskussionsentwurf nur zwei Gremien, die überhaupt Beschlüsse fassen können: das Erzieherkollegium und den Kita-Ausschuß. Nur: worüber kann denn hier beschlossen werden? Zunächst einmal über nichts, was die Ursachen der Misere in den Kitas ändern könnte. Denn dafür braucht man vor allem Geld und Personal, und über dessen Bewilligung kann keines der Gremien beschließen, auch nicht der Kita-Ausschuß. Stattdessen sollen Eltern und Erzieher an dieser Misere auch noch »verantwortlich beteiligt« werden. Diese Art Mitbestimmung dient dem Senat dazu, seine Verantwortung für die unhaltbaren Zustände in den Kitas auf Eltern und Erzieher abzuschieben . . .«

Bei dem öffentlichen Hearing im Frühjahr 1973 ging der Entwurf baden. Sobald die Situation, für die der Reformismus seine Vorschläge entwickelt, auch nur ansatzweise von politisch bewußten Gruppen aus der Bevölkerung bestimmt wird, gerät der Reformismus gegenüber dem wirklichen politischen Interessenkampf in die Defensive: niemand wird sich, wenn es erst einmal um Rechte geht, auf die Prozeduren reformistischen Fortschritts einlassen und den Erwerb von elementaren Rechten gegenüber der Verwaltung als Lebensaufgabe betreiben. Mit anderen Worten: das linke Theorem von der systemstabilisierenden Funktion einer reformistischen Verwaltung verwischt ganz einfach den entscheidenden Tatbestand, daß gegenwärtig jeder Reformversuch nicht die Widersprüche verschleiert, sondern sie offenbart. Damit muß aber die Reform nicht politisch am Ende sein, sondern wird zum Instrument für linke Politik.

V. Drei Beispiele

1. Strafvollzug

BZ, 21. Januar 1969: »Revolte in Tegel: Etwa 200 randalierende Häftlinge hatten sich gestern gegenseitig aus den Zellen befreit. Während in der ganzen Strafanstalt die Sirenen heulten, rotteten sich die wütenden Insassen zusammen und bewarfen das Aufsichtspersonal mit allem, was ihnen in die Hände kam: Eierkuchen, Bestecks, Geschirr, Pantoffeln ...

Ein Beamter wurde im Genick verletzt und wurde von der Feuerwehr ins Krankenhaus gebracht. Die Polizei zog sofort alle verfügbaren Kräfte zusammen. Auch Bereitschaftspolizisten wurden eingesetzt. Aber erst, nachdem etwa 200 Polizisten die Strafanstalt umstellt hatten, gingen sie gegen die Strafgefangenen vor. Innerhalb von 5 Minuten stellten sie die Ruhe wieder her.«

Über ein Jahr später äußern sich in einem Flugblatt die Anführer der Bambule von damals, die ehemaligen Meuterer, die jetzt in der neu eingerichteten sozialtherapeutischen Abteilung in Haus IV untergebracht sind:

»Aus uns Renitenten sind keine angepaßten Engel geworden, dafür aber Menschen, die bereit sind, auch und gerade im Knast zu zeigen, daß die Basis einer vernünftigen Zusammenarbeit auf Vertrauen beruht.

Heute sind wir ein Modellfall, aber wir zeigen Möglichkeiten, von denen eines Tages unsere Nachfolger profitieren werden. Und was diese ganz Schlimmen geschafft haben, müßte doch für die Masse der Gefangenen auch möglich sein.«

Wie wurde aus der gewaltsamen Revolte eine »vernünftige Zusammenarbeit auf Vertrauensbasis«? Wurde dies nur erreicht durch eine institutionalisierte Konfliktregulierung im Sinne der herrschenden Interessen im Bereich des auf Ruhe und Ordnung bedachten Strafvollzugs, sodaß sich ehemals von dem Aufstand begeisterte Linke leicht angeekelt abwenden könnten? Ist da nichts mehr zu holen, ist Haus IV dem Reformismus anheimgefallen, eine Bastion des Gegners geworden?

Tegel, mit 1300 Einsitzenden die größte Strafanstalt Westeuropas, ist seit Januar 1970 in 4 Abteilungen (Häuser) mit je einem Abteilungsleiter, der weitgehende Entscheidungsbefugnis hat, gegliedert.

In den Häusern I, II und III wird, von wenigen Ausnahmen abgesehen (z. B. eine Vorschulstation in Haus I, eine Wohngruppenstation in Haus III), im allgemeinen der alte Regelvollzug durchgeführt.

»... man erzählte mir von den Scheinwerfern, was weiß ich. Dann kam mir das alles so unerhört streng vor. Den tatsächlichen Eindruck, den ich hatte, war nachher: Man ist hier alleine, man wird nicht beachtet, man ist weg, man ist untergetaucht und ist verwahrt,

das war das erste ... Ist doch original asozial, die ganze Anstalt! ... ich setze mich drüben im Lazarett auf die Bank und hab eben bloß die Schwierigkeit, da reinzukommen, ... da laufen 10, 20 Beamte an mir vorbei, ich sitze da. Jeder glaubt, ich würde da mal hingesetzt ... Ich mußte sinnlose Arbeit machen. Tüten kleben, undsoweiter, undsoweiter. Ich habe heute richtige Angst davor, daß ich eben den Stil, den ich mir hier drinne angewöhnt habe, daß der teilweise weitergeht, also mit der Arbeitsauffassung. Also ich bin enttäuscht von dem Knast! ...

Man wird ja schon, wenn er vorne kommt mit seinem Gepäckstück an die Zentrale, dann ist der übliche Spruch von dem Verwalter: ›Führ dich gut, dann hast du's gut, kleb' keine Bilder an die Wand, wir reißen sie wieder runter‹ – und dann gibt's Hausstrafe und dies und jenes. Es wird ja gleich von Anfang an schockiert und wird nur gesagt, das ist verboten, jenes ist verboten, dieses ist verboten. Es wird nicht gesagt, du hast das Recht und das und das Recht und jenes Recht.«

(Dieses und alle folgenden Zitate von Gefangenen stammen aus zwei Sendungen des Hessischen Rundfunks 1971 und 1972).

Die Bambule von 1969 war nur eine von vielen Widerstandsaktionen, mit denen sich die Gefangenen in der BRD und Westberlin gegen diese Zustände zu wehren begannen. Dieser Aufstand wurde zum auslösenden Moment für die Einrichtung einer sozialtherapeutischen Abteilung in Haus IV. Im Januar 1970 entwickelte der Arzt Dr. Kremer gemeinsam mit 20 sogenannten Vollzugsstörern, die als besonders unbeeindruckbar und uneinsichtig galten, ein eigenes Konzept, das innerhalb des Zwangsapparates der Strafanstalt mit einem Minimum an Reglementierung auszukommen versuchte und als wesentlich neues Moment das Prinzip des Gruppenvollzuges implizierte.

Nach 3 Jahren besteht Haus IV aus 8 Stationen:

2 Wohngruppen	mit je 30 Plätzen	Sozialtherapeutische Abt.
1 Wohngruppe	mit je 32 Plätzen	Schulabt.
4 Wohngruppen	mit je 135 Plätzen	Soziales Entlassungstraining
1 Wohngruppe	mit je 22 Plätzen	Suchtabhängige

Diesen etwa 250 »Klienten« stehen insgesamt 2 Ärzte, 5 Psychologen, 4 Sozialarbeiter, 1 Schulleiter mit einem Stab von Lehrern und für jede Station 10 Gruppenbetreuer (= Vollzugsbeamte im Regelvollzug) gegenüber. Die Therapeuten arbeiten nur in den beiden sozialtherapeutischen Abteilungen.

Nach offizieller Darstellung fing man dort nach einer 200jährigen Epoche des Tatvergeltungs- und Verwahrungsvollzuges an, »den Strafvollzug aus der Isolierung herauszuführen und nach dem Sozialstaatsprinzip in ein sozialpolitisches Gesamtkonzept einzufügen.« Ziel dieses behandlungsorientierten Vollzugs soll sein, den Gefangenen zu befähigen, künftig ein Leben in sozialer Verantwortung ohne Straftaten zu führen. Man steht damit in Übereinstimmung mit Tendenzen, die in der westdeutschen Strafvollzugspraxis und -diskussion in den letzten Jahren wirksam geworden sind. So empfahl die Justizministerkonferenz schon Oktober 1969 die

Durchführung einzelner Modellversuche sozialtherapeutischer Gefängnisanstalten, und der gegenwärtig in der Bonner Gesetzgebungsmaschinerie steckende Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes sagt in § 4: »Ein Gefangener kann in eine sozialtherapeutische Anstalt verlegt werden, wenn die besonderen therapeutischen Mittel und sozialen Hilfen einer solchen Anstalt zu seiner Resozialisierung angezeigt sind.« Ob und wann wirklich die endgültige – nicht mehr bloß modellhafte – Einrichtung solcher Anstalten in allen Bundesländern stattfindet, ist allerdings derzeit durchaus noch offen.

Wie kommt nun ein Gefangener in Tegel aus dem Regelvollzug nach Haus IV? Er muß folgende Voraussetzungen erfüllen: Sein Strafrest bis zum Zeitpunkt der Entlassung (normalerweise als $^2/_3$ der verhängten Strafe gerechnet, weil zu diesem Zeitpunkt die Entlassung auf Bewährung möglich ist) darf 12-18 Monate nicht übersteigen; er muß sich einschlägigen Vorbesprechungen und Tests (psychodiagnostische Gruppen- und Einzeltests) und einem sog. Explorationsgespräch unterziehen, zudem als »Eigenleistung« einen ausführlichen Lebenslauf verfertigen. Allgemeines Entscheidungskriterium ist das »Intelligenzniveau«, jedoch »ein Mangel an intellektueller Ausstattung kann durch eine der folgenden Eigenschaften ausgeglichen werden: a) Belastbarkeit, Konzentrationsfähigkeit, b) gute Leistungsmotivation, Anspruchsniveau, c) Gruppenfähigkeit, soziale Ansprechbarkeit, d) Produktivität und Kreativität.

Was ihn dann an Sozialtherapie erwartet, ist Einzelgespräch, Kleingruppenarbeit, dynamisches Plenum, Gemeinschaftsleben, ein obligatorischer Arbeitsbereich, Außenkontakte.

Den Tageslauf schildert ein Insasse von Haus IV so: 7 Uhr Aufstehen – um halb acht gehen die verschiedenen Arbeitskommandos zu den anstaltsinternen Arbeitsplätzen (Tischlerei, Schlosserei, Schuhmacherei, KfZ-Werkstatt usw.), wo sie mit den Häftlingen der anderen Häuser zusammentreffen. Nach dem Arbeitsende gegen halb vier und dem Abendessen beginnt der eigentlich behandlungsorientierte Vollzug: Gespräche in großen und kleinen Gruppen. Es werden Soziogramme gemacht. Die Therapeuten stellen sich einmal in der Woche zu Einzelgesprächen zur Verfügung. Besuch anderer Stationen ist bis 20 Uhr erlaubt. Zur »Freizeitbewältigung« gibt es Möglichkeiten verschiedener Art: Sport, Fernsehen, Ton-Filmgruppe, politische Diskussionen u. ä.

Wie anders der allgemeine Lebensstil gegenüber dem Regelvollzug ist, beschreibt ein Beamter aus Haus IV:

»Ich hab's selber erlebt, daß ein Kollege aus dem Haus II hier mal rüberkam und war so knapp zwei Stunden bei uns vorne im Raum. Ich war alleine hier oben. Er sieht sich so um, was sich hier morgens so abspielt, jeder kommt aus seiner Hütte rausgekrochen und ach, Morgen, Handschütteln, na, gut geschlafen, da wollen wir mal Wasser aufsetzen, eine

Tasse Kaffee trinken und hier Zigarette angeboten. – Der hat bloß dagesessen, für den brach eine Welt zusammen. Das hat man regelrecht gemerkt, obwohl er es nicht gleich gesagt hat. Und nach den zwei Stunden sagt er: ›von den Typen, die ich jetzt hier gesehen habe, wie die sich hier bewegen, um Gottes Willen, ich kenne ihn vom Haus II ganz anders, was habt denn ihr mit dem jemacht?‹« (HR 1972)

Insgesamt heißt Haus IV in Tegel und heißt dort insbesondere Sozialtherapie, zunächst nur auf der Ebene bloßer Beobachtung und Beschreibung: Gemeinschaftslegen statt Isolierung, Behandlung statt bloßer Verwahrung, Diskussion statt Befehlsausgabe, mehr Offenheit zwischen Gefangenen und Beamten.

Dennoch sagt ein Bewohner von Haus IV:

»Du kannst hier so viel reformieren, wie du willst, Knast bleibt Knast, und wir werden immer Gefangene bleiben, oder man müßte hier den ganzen verdammten Knast in die Luft sprengen.« (HR 1972)

Man muß davon ausgehen, daß hier nicht nur gemeint ist: ich bin immer noch eingeschlossen, nicht in Freiheit, immer noch bestimmen andere über mich; so naiv sind die Gefangenen nicht, daß sie nicht Verbesserungen, die wesentliche wären, als solche anerkennen und verteidigen würden. Die Frage ist nur, ob Sozialtherapie und Haus IV tatsächlich eine Veränderung des Wesens des Strafvollzugs bedeuten –: welche Bedeutung wird der Konzeption des Hauses IV von den Beteiligten zugemessen, welche Einflüsse formen den Inhalt der Konzeption und den Verlauf ihrer Entwicklung?

Therapie – für wen?

Die Erwartungen und Zielsetzungen formulieren die Betroffenen und Beteiligten selbst so:

a) Die Gefangenen

Obwohl die meisten Gefangenen vorher kaum eine zureichende Vorstellung von dem haben, was sie in Haus IV erwartet, erscheint ihnen generell eine Verlegung dorthin wegen der größeren Bewegungsfreiheit, wegen des freizügigeren Umgangs mit dem Vollzugspersonal und wegen sonstiger Vergünstigungen erstrebenswert.

»Ich muß da ehrlich sein, ich habe eigentlich gar keine Erwartungen gehabt. Ich habe nur den Vorteil gesehen, großes Fenster, nicht dauernd eingeschlossen und Kontakt mit anderen Leuten.«

»Ja, ich hatte natürlich auch reelle Hilfe erwartet, etwas anderes noch, viel wesentlicheres erwartet, ich habe das, was eben drüben war, drüben war ich ein auffälliger Gefangener und unbequemer Gefangener, und ich habe hier erwartet, daß man das etwas differenzierter betrachtet, nicht so sehr nach der Handlungsweise, also nicht danach geht und sagt, er schreibt Beschwerden, sondern danach fragt, warum schreibt er Beschwerden.« (HR 1971)

»Ja, ick meine, wat soll ich meine Erwartungen an Sozialtherapie, ick meine, als ick hier einjeliefert wurde, hab ick det erste Mal von Sozialtherapie gehört. Ick war wohl een Monat in Haft hier jewesen, und ick merkte, daß det wieder drüben im Knast zu der alten

Lethargie, wieder die alte Durchsetzungskraft durch Jewalt da, indem ick eben meine Aggressionen den Beamten gegenüber, die wiederum Nachteile für mich hatten, und da hörte ick eben davon, daß hier eben eine Station is, wo man praktisch Realitätstraining betreibt, ooch lernen soll, mit Konflikten zurechtzukommen, anders als wie eben mit meinen bisherigen Formen, und dann meinte ick, daß det für mich wichtig wäre, und daraufhin habe ick mich hier vorjemeldet, ein paar Mal, und habe mit Dr. Kremer paar Gespräche geführt, und er bot mir eben an, hier raufzukommen.« (HR)
»Vom Regelvollzug hier rüber zu kommen, war für mich erst mal wichtig, weil man ja in den anderen Häusern die Vorteile des Hauses IV möglichst sehr schmackhaft gemacht kriegt. Und von der Sozialtherapie, da habe ich mir überhaupt nischt vorstellen können und bin ein bißchen abwartend, allerdings ein bißchen euphorisch hier rübergekommen. Weil ick mir sagte, daß Therapie von Psychologen betrieben wird und ick da von juten Ergebnissen gehört habe, allerdings uff anderer Ebene, beispielsweise angelehnt an amerikanische Verhältnisse. Jeder bessere Mensch hat da seinen Psychologen, und der beseitigt die Probleme. Det war eigentlich meine Erwartung davon.« (HR)

b) Der Senat

Der Westberliner Senat sieht einen eindeutigen Schwerpunkt in der Zielsetzung: »Bei einer sozialtherapeutischen Behandlung kommt es entscheidend auf eine arbeitsmäßige Eingliederung der zu Behandelnden an«, und zwar »besonders unter den Gesichtspunkten: Arbeitstraining, Konkurrenzfähigkeit, Umschulung« (Senatsbericht, S. 17). Grundgedanke des durch die »neue Zielvorstellung eines auf Behandlung, aktive Mitwirkung des Gefangenen und auf Resozialisierung ausgerichteten Strafvollzuges« (S. 3) bestimmten Versuchs der sozialtherapeutischen Station ist es so, »die Gefangenen je nach Lage des individuellen Falles früher oder später allmählich auf die Realitäten und Schwierigkeiten ihres künftigen Lebens in Freiheit« (S. 18) vorzubereiten. In dieser Beziehung wird die Sozialtherapie in Haus IV ausdrücklich als »Modellversuch« gesehen. Als wesentlich neu an diesem Versuch wird auch gewertet, daß er innerhalb einer großen Anstalt durchgeführt wird, nicht, wie anderswo im übrigen Bundesgebiet, in gesonderten, ausgelagerten kleinen Anstalten. Für diese Einbeziehung des Experiments in die gesamte Anstalt werden vor allem zwei Gründe genannt: erstens vom Interesse der Sozialtherapie her: »In einer kleinen Anstalt ohne ausreichende Arbeitsmöglichkeiten ... müssen sehr bald Übersättigungsphänomene entstehen, die die therapeutische Arbeit erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen.« Zweitens vom gesamten Strafvollzug aus: »Im Hinblick auf ihren Standort innerhalb einer großen Strafanstalt hatte die Abteilung von Anfang an den Auftrag zu überprüfen, ob und wieweit die dort entwickelten Behandlungsmodelle auch für den Regelvollzug nutzbar gemacht werden können.« (S. 17).
Um dieser Zielsetzung und dem Modellcharakter der sozialtherapeutischen Abteilung gerecht werden zu können, hält es der Senat für richtig

und notwendig, die unmittelbare Ausgestaltung der alltäglichen Praxis im Haus IV zunächst ohne genauere Weisungen den »Fachmitarbeitern« dort zu überlassen. Aber endgültige Entscheidungen behält man sich vor: »Die Senatsverwaltung für Justiz wird dieses Modell weiterhin fördern, sorgsam beobachten und zu gegebener Zeit über Erfolg und Mißerfolg der angewandten Behandlungsmethoden zu entscheiden haben« (Senatsbericht S. 18).

Neben der direkten Erwartung bezüglich der Senkung der Rückfallquoten – die tatsächlich für Haus IV bisher nur etwa 10% gegenüber sonst durchschnittlich 80% beträgt – ist sich der Senat aber auch durchaus eines bestimmten Zusammenhangs zwischen dem Ausgangspunkt des Reformmodells, der Bambule von 1969, und dem Inhalt der Konzeption von Haus IV heute bewußt und bezieht seine Erwartungen auch gerade darauf:

»Von Aufständen, Meutereien und Geiselnahmen, wie sie von repressiv geführten Strafanstalten des In- und Auslandes wiederholt gemeldet werden, ist der Berliner Strafvollzug verschont geblieben. Die bereits erwähnten Unruhen in einigen Häusern haben sich in diesem Umfang nicht wiederholt. Das ist auch auf die sukzessive Einführung behandlungsorientierter Methoden (Dezentralisierung, Einsatz von Gruppenleitern, ständige Zuordnung der Bediensteten zu den einzelnen Stationen und Wohngruppen u. a.) zurückzuführen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß in dem Maße, in dem sich der Gefangene als Träger von Rechten und Pflichten versteht und aktiv an seiner Behandlung mitwirkt, die Gefahr aggressiven und unkontrollierten Verhaltens zurückgeht. Ein behandlungsorientierter Vollzug kann daher einen Beitrag zur Erhöhung der inneren Sicherheit leisten.« (Senatsbericht, S. 24-25).

Man wird bei der Einschätzung solcher Äußerungen berücksichtigen müssen, daß diese mit Sicherheit nicht allein die wirklichen Erwartungen des Senats ausdrücken, sondern gerade vielen an der Arbeit in Haus IV Beteiligten notwendig erscheinen, um das Modell der Sozialtherapie gegenüber denen, die es von einflußreicher Stelle aus zu bekämpfen versuchen, zu »verkaufen«. So sagt z. B. ein »führender Jurist im Berliner Strafvollzug«:

»Wir haben viertausend Jahre Erfahrung im Strafvollzug, und jetzt kommen Sie und wollen uns vormachen, wie man mit diesen Kriminellen umzugehen hat, das ist doch schwachsinnig . . . Das einzige, was diesen Burschen gegenüber Sinn hat, ist Härte, absolute Härte.« (HR 1971)

Beim reaktionären Teil der Bürokratie gibt es aber nicht nur solch plumpe Ablehnungen jeder Veränderung im Strafvollzug, sondern auch eine durchaus positive Einschätzung der Möglichkeiten der Sozialtherapie, die eben deswegen suspekt wird. Das zeigt z. B. ein Telephongespräch zwischen Dr. Kremer und einem Westberliner Staatsanwalt vom Oktober 1970:

»Dr. K.: Herr Staatsanwalt, es handelt sich um den Strafgefangenen B., der jetzt ½ Jahr auf der sozialtherapeutischen Abteilung ist. B. hat außerordentliche Führungsqualitäten und hat sich gut auf der Abteilung bewährt. Seine Lernfähigkeit ist sehr gut. Seine Intelli-

genz hat sich als Folge der therapeutischen Arbeit hier auf der Station sehr gut entwickelt. Ich würde eine bedingte Entlassung befürworten.
Staatsanwalt: Ist B. nicht gerade durch seine bei Ihnen entwickelte Intelligenz jetzt eine erhöhte Gefahr für unsere Gesellschaft geworden?«

Berücksichtigt man auch diese Tendenzen, so ist es durchaus offen, was die Senatsverwaltung, die sich derzeit recht eindeutig für die Sozialtherapie ausspricht, am Ende als Erfolg oder Mißerfolg werten wird.

c) Abteilungsleiter und Behandlungsteam

Die »Fachmitarbeiter« der sozialtherapeutischen Abteilung im Tegeler Haus IV haben ihr Selbstverständnis und ihre Zielsetzung etwa so dargestellt: »Kriminelles Verhalten« wird angesehen als eine unter anderen Formen sozial unakzeptabler, weil nicht realitätsgerechter, Kompromißbildungen bei der Auseinandersetzung von Individuum und Umwelt, die sich im Lauf eines relativ langfristigen Lernprozesses bei der Herausbildung von Bewältigungstechniken entwickelt haben. Die Ursachen für diese Fehlentwicklung lägen in einer Störung der Sozialisation und werden beschrieben als personelle und soziale Faktoren. Die spezifischen Mängel der »Kriminellen« seien dreifach:

»a) eine relativ geringe Anzahl geeigneter Bewältigungstechniken;
b) eine geringe Differenziertheit und Strukturhöhe dieser Verhaltensmuster sowie eine geringe Flexibilität, d. h. ein Mangel an situationsadäquater Verfügbarkeit;
c) eine geringere Stabilität der vorhandenen adäquaten Bewältigungstechniken . . .«

Deshalb komme der Sozialtherapie vornehmlich eine kompensatorische, differenzierende und stabilisierende Funktion zu. Konsequent ergibt sich aus dieser theoretischen Grundlage, daß die Fachmitarbeiter Stellung beziehen müssen gegen die Intentionen des 2. Strafrechtsreformgesetzes, nämlich die Beschränkung der Sozialtherapie im Vollzug auf »bestimmte, nach konventionellem kriminologischen Vorverständnis als Defektpersönlichkeiten klassifizierte Individuen«. Die Fachmitarbeiter der Sozialtherapie

»vertreten im Gegensatz dazu einen empirisch überprüfbaren Standpunkt, der besagt . . ., daß jedes abweichende Verhalten, also auch kriminelles Verhalten, auf Lernstörungen im Sozialisierungsprozeß beruht und damit prinzipiell durch neues, ergänzendes Lernen und durch Verlernen sozial sinnvoll zu verändern ist. Die Ausgliederung einer relativ geringen Anzahl von Straftätern, denen mit massivem therapeutischen Einsatz begegnet werden soll, läßt sich deshalb sachlich, aber auch sozialpolitisch kaum rechtfertigen . . . Weiterhin besteht die Gefahr, daß bei der geforderten Standortverlegung sozialtherapeutischer Einrichtungen der Regelvollzug in seiner überkommenen Struktur verbleibt oder anders ausgedrückt, daß die Sozialtherapeutische Anstalt zum Alibi eines kriminalitäts-reproduzierenden Regelvollzuges werden könnte.«

Dennoch ist die Konzeption vom langsam sich ausweitenden Kern eines neuen Vollzuges im Team keineswegs unumstritten – zumindest in prakti-

scher Hinsicht ist darüber zwischen Abteilungsleiter einerseits und insbesondere den Psychologen andererseits zur Zeit ein heftiger Streit im Gange. Während der Abteilungsleiter, Dr. Kremer, beabsichtigt, schon bald weitere Stationen im Haus IV – insbesondere zwei Stationen des »Sozialen Entlassungstrainings« – in die sozialtherapeutische Praxis miteinzubeziehen und so »in ein erweitertes Modell eines Sozialtherapeutischen Übergangsvollzuges für Mittel- und Langstrafer« überzuleiten, wehren sich die Psychologen dagegen, bei einer solchen Ausweitung auch auf anderen Stationen als der bisherigen Sozialtherapie mitzuarbeiten. Nur schlecht verbirgt sich dahinter ihr Interesse daran, lediglich mit einer überschaubaren Anzahl von Gefangenen arbeiten zu müssen, um nicht die »Wissenschaftlichkeit« ihrer Arbeit zu gefährden, nämlich letztlich »interessante Fälle« studieren zu können, nicht aber zuvörderst den Vollzug voranzubringen und zu verbessern. Als ihnen vorgeworfen wurde, sich in einer »exklusiven Berufsnische« versammeln und sich von allen anderen Vollzugsaufgaben befreien zu wollen, zogen sich die Psychologen auf eine völlig andere Position zurück:

»Wir haben jedoch den Senatsauftrag erhalten, die Wirkweise des therapeutischen Verhaltens und die therapeutischen Verläufe soweit als möglich aufzuhellen und soweit zu formulieren, daß sie den Mindestkriterien wissenschaftlicher Kontrollen genügen . . .« (Sie berufen sich auf den Berliner Psychologie-Professor Holzkamp:) »Das technische Kontrollinteresse muß im humansozialen Bereich keineswegs notwendigerweise mit dem emanzipatorischen Interesse (der Klienten) kollidieren.«

Diese Auseinandersetzung ist insofern wichtig, als sie etwas darüber sagt, wie die Mitarbeiter im Haus IV und ihre Zielvorstellungen sich zu den Bedürfnissen und Problemen der Gefangenen verhalten und wie sie mit diesen umgehen. Zitieren wir noch einmal die Psychologen:

»Sozialtherapie einschließlich intensiver Einzelbehandlung wird nicht für alle Strafgefangenen notwendig und für die Mehrheit nicht möglich sein. Wir sehen unsere Aufgabe gegenwärtig darin, die Klienten herauszufinden, bei denen eine erfolgreiche Behandlung von der oben beschriebenen Intensität des therapeutischen Vorgehens abhängig ist«,

wobei diese »Intensität« am ehesten in der Behandlung per »Einzelgespräch« gewährleistet sein soll.
Abteilungsleiter Dr. Kremer dagegen legt den Schwerpunkt auf die Arbeit in Gruppen; jeder Mitarbeiter sollte danach zwei Intensivgruppen mit 8 und 7 Mitgliedern übernehmen, Einzel- und Gruppentherapie sollen kombiniert werden. Inhaltlich soll

»das technisch-instrumentelle Kontrollinteresse des Therapeuten . . . gegenüber dem emanzipatorischen Interesse nicht überwiegen, sondern die Eigenleistung der Betroffenen . . . soweit wie möglich gefördert werden. In diesem Zusammenhang sollte richtig gesehen werden, daß das Instrumentarium zur Selbstbeteiligung der Klienten wesentlich

erweitert werden konnte (verstärkter Besuchsverkehr, die verschiedenen Beurlaubungsformen, die Möglichkeit des Ausgangs ohne Begleitung, der mögliche Status des Freigängers) . . .«

Das Interesse der Gefangenen

Wir werden davon ausgehen können, daß in der Tat eben dieses »Instrumentarium zur Selbstbeteiligung« erst einmal den Wünschen der Gefangenen selbst entgegenkommt: ihre Erwartungen an Haus IV, weiter oben bereits kurz dokumentiert, zielen zuallererst auf Freiheitsspielräume: mehr Besuch, mehr Ausgang usw. Es läßt sich aber nicht sagen, daß damit die Bedürfnisse der Gefangenen selbst bereits getroffen seien und so die Konstellation etwa wäre: willst Du diese Freiheiten und Vorteile, dann mußt Du Dich dafür der Sozialtherapie unterwerfen. Genau von dieser Konzeption gehen aber letztlich die Psychologen aus, wenn sie die Gefangenen »herausfinden« wollen, die sich für ihre therapeutischen Experimente »eignen«.
Im Gegenteil: die Therapie selbst, die Behandlung, überschneidet sich ebenfalls mit manifesten Bedürfnissen der Gefangenen. Denn sie haben durchaus das Bedürfnis nicht nur nach Kommunikation mit anderen – vor allem Leuten in ähnlicher Situation wie sie selbst, also Mitgefangenen –, sondern auch gerade danach, mittels dieser Kommunikation etwas über diese anderen und damit über sich selbst zu erfahren. Damit wird aber gerade die Gruppe zu der Therapiestätte, die ihnen am meisten bringt: das zeigt sehr deutlich die Äußerung eines Gefangenen, die zugleich sein Verhältnis zu den Psychologen aufdeckt:

»Es sieht doch so aus, die meisten Therapeuten machen am liebsten Einzelgespräche, da kommen sie am besten an, glauben sie. Da, glauben sie, sind sie uns überlegen, weil sie sich besser ausdrücken können. In der kleinen Gruppe fängt das schon an, da sind die Therapeuten nicht mehr so sicher, da kommt es schon darauf an, wer stärker ist. Wenn die Gruppe gut ist, kommt der Therapeut nicht ran. In der großen Gruppe spielt er meistens überhaupt keine Rolle, da gibt die Gruppe an, was gemacht wird. Oft wird der Therapeut so angegriffen, daß er überhaupt nichts mehr sagen kann. Deshalb unterstützen die Therapeuten die Gruppenbildung hier auch nicht so, weil sie Angst vor den Gruppen haben. Sie beschäftigen sich lieber mit dem einzelnen Mann.« (HR 1972)

Ein anderer kommentiert die Sozialtherapie so:

»Ich glaube nicht, daß es Ziel und Zweck der Sozialtherapeutischen Anstalt überhaupt sein kann, den Einzelnen nun unbedingt zu verändern, sondern wirklich, tatsächlich Kriminalität zu bekämpfen. Den Einzelnen zu stärken, das ist alles recht schön und recht grün, ist aber nicht gesellschaftsverändernd. Sind die Therapeuten denn noch so flexibel, um hier herauszukommen, um wirklich die Gesellschaft zu verändern, wollen sie das überhaupt? Ich glaube, das wollen sie doch gar nicht mehr. Indem sie sich jetzt schon zurück-

ziehen, auf diese pseudowissenschaftlichen Begriffe, und sagen, ja, ja, wir machen ja Medizinisches oder Psychologisches, wir arbeiten ja nicht mit normalen Kriminellen, daß sie sich da zurückziehen, das zeigt doch eben ganz deutlich, daß sie eben wirklich nicht Gesellschaftspolitik, das heißt also auch die Kriminalpolitik verändern wollen, sondern daß sie hier, ja eben wie der Gesetzgeber ja will, mit dieser Scheiß-Sozialtherapeutischen Station, ja nichts weiter als ein Psychopathie-Begriff beizubringen und Vollzugsstörer bzw. auffällige Leute reinzubringen . . . Können sie das überhaupt noch hier erreichen, die Therapeuten, etwas zu verändern, etwas zu tun? Dazu müßten sie meines Erachtens sich ganz konkret wieder auf den ursprünglichen Sinn zurückziehen, nämlich die Arbeit direkt mit Kriminellen und nicht mit diesen Psychopathen. Jetzt sind hier viele von denen drin, das ist ein ganz anderer Knast wie am Anfang. Und da müßten wir wieder runterkommen, von diesem pseudowissenschaftlichen Trip, da müssen sie erkennen, daß Kriminalität auch gesellschaftspolitische Ursachen hat.« (HR 1972)

Geht man von dieser Sachlage aus, dann wird klar, daß eine Knastarbeit der Linken keinesfalls an der Konzeption der Psychologen ansetzen kann, die letzten Endes die Vollzugsreform nur zur Vermehrung ihrer Fallstudien ausbeuten und damit schon jetzt auf einer reaktionären Position stehen, die die alltägliche Praxis des Regelvollzugs unangetastet läßt und lediglich das Wissen über Einzelschicksale bereichert.

Die Wünsche der Gefangenen nach mehr Freiheit, mehr Kommunikation, Selbsterfahrung und Begreifen der Ursachen ihrer Kriminalität in ihrer Umwelt sind im Grunde ihre selbstverständlichen Rechte und nicht Gegenstand der Psychologie. Ein sozialpsychologisches Programm, wie es der Abteilungsleiter Dr. Kremer und mit ihm viele der Sozialarbeiter vertreten, gibt gewissermaßen ein Vorgefühl dieser Rechte: Arbeit prinzipiell mit allen Gefangenen, Ausweitung der Sozialtherapie tendenziell auf den gesamten Vollzug, Förderung der Eigenaktivität der Gefangenen. Wer die Gefangenen unterstützen will, wird untersuchen müssen, was im Rahmen dieser Konzeption mit ihren Bedürfnissen, die dort zweifellos ihren Einfluß ausgeübt haben und in sie aufgenommen sind, geschieht.

Selbstverständlich: die Konzeption läuft auf Integration hinaus. Es wird trainiert, geübt, wie man sich draußen in der Gesellschaft zu verhalten hat, es wird dabei vorausgesetzt und nicht angetastet, daß die Gesellschaft dort sich immer noch so verhält wie früher, als sie den »Klienten« kriminell gemacht hat, dem hat man sich zu beugen, anzupassen. Pläne sollen gemacht werden, langfristig, es soll gespart werden; die Eingliederung in den normalen Produktionsprozeß wird per Training vorbereitet, ohne daß darauf vorbereitet wird, daß dieser Produktionsprozeß selbst die Kriminalität produziert, selbst kriminell ist. Es findet eine Anpassung – weg von gesellschaftlich nicht sanktionierter, hin zu gesellschaftlich sanktionierter Kriminalität – statt, »sozial Akzeptables« wird anerzogen, nicht aber gefragt, wer für das Akzeptieren zuständig ist, wer bestimmt, was akzeptabel ist und was nicht. Eine Veränderung der Gesellschaft ist nicht angestrebt, gefordert wird Leistung, und die nicht nur in der Arbeit,

sondern auch noch Phantasie soll geleistet werden, wie Dr. Kremer ausdrücklich formuliert; der große Knast soll akzeptiert werden, um dem kleinen zu entkommen.
Objektiv hat das Alibicharakter, gilt es sowieso nur für ganz wenige Gefangene, spaltet zudem die Gefangenen untereinander in eine mit Psycho-Vokabular angefüllte Elite der »Klienten« und die im Dreck des Regelvollzugs sitzenbleibende Masse der Knastologen; außerdem widerspricht offensichtlich ohnehin jede Rede von einer allgemeinen Behandlung der Gefangenen mit dem Ziel ihrer Wiedereingliederung in die Gesellschaft auch immanent der alten, immer noch relevanten Abschreckungsfunktion von Knast und Entlassenenschicksal.
Sehr Marx-belesene, besonders in Fragen des Lumpenproletariats bewanderte Genossen der »Initiative Strafvollzug Bremen« haben das scharfsinnig erkannt (in: »Perspektiven einer politischen Gefangenenarbeit«, Kritische Justiz 3/1972, S. 253 ff.):

»Nach wie vor liegt der Zweck von Strafe und Strafvollzug vielmehr in ihrer Abschreckungs- und Disziplinierungsfunktion. Sie sollen abschrecken vor Verstößen gegen die bürgerlichen Normen, insbesondere gegen die Eigentumsordnung, und diejenigen disziplinieren, die es gewagt haben, sich der Ausbeutung in den Betrieben zu entziehen ... Die Kapitalistenklasse hat also gar kein Interesse an einer Humanisierung des Strafvollzuges, auch nicht an einer erfolgreichen Eingliederung der Strafentlassenen in die Gesellschaft, weil auch das Schicksal der Strafentlassenen große Abschreckungswirkung hat ... Wenn nun der Staat unter dem Druck der öffentlichen Meinung darangeht, einige Hafterleichterungen mit großem Presseaufwand als grundlegende Reformen des Strafvollzugs zu verkaufen, so hat dies nur mehr reinen Legitimationscharakter und nur den Sinn, die bürgerliche Ideologie vom demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu wahren ...«

Das scheint 100%ig richtig. Aber: Müssen nicht auch die Genossen zur Kenntnis nehmen, was Gesetzgeber, Senat von Berlin und allmählich die Öffentlichkeit schon merken, daß nämlich offensichtlich weder der Knast bisher die Kriminalität einzudämmen, also abzuschrecken vermochte, noch im Knast mit den herkömmlichen Methoden eine Disziplinierung zu erreichen war, sondern weit eher Bambule produziert wurde? Und viel weitergehend: Daß offensichtlich im Ernstfall der Produktionsprozeß, nämlich die Aussicht, arbeiten gehen zu müssen, die Leute so sehr abgeschreckt hat, daß sie lieber kriminell geworden sind und der Schrecken des Knastes dahinter verblaßte?
Merkwürdigerweise sehen die Bremer durchaus im Endergebnis die gleiche Praxis für die Gefangenenarbeit, die auch in Tegel IV praktiziert wird: Arbeitstraining, regelmäßig arbeiten lernen (in Berlin heißt das: »arbeitsmäßige Wiedereingliederung« in den Produktionsprozeß, in dem Artikel der Bremer Genossen: die Deklassierung des Lumpenproletariats tendenziell aufheben, eingliedern, die Deklassierten wenigstens neutralisieren).
In beiden Fällen sind die Gefangenen nichts als Objekte: eine eigene

Subjektivität haben sie nicht – oder sie ist jedenfalls uninteressant –, Kämpfe hat es offenbar noch nie gegeben im Knast. Von den Gefangenen selbst hängt offenbar nichts ab, die Artikulation ihrer Interessen, die Bambule scheinen nichts zu treffen, nichts zu bewegen, nirgendwo hineinzuwirken.
Staatsapparat auf der einen, Proletariat auf der anderen Seite – was jeder von beiden mit den Gefangenen machen kann, hängt allein von ihnen selbst ab, ist eine Frage des Kampfes beider untereinander, nicht eine Frage des Kampfes der Gefangenen, nicht eine Frage ihrer Bedürfnisse.
Bei einer solchen Lage erscheint der Versuch, die Sozialtherapie eben nicht zum Alibi für den beschissenen Regelstrafvollzug in Tegel werden zu lassen, sondern auszuweiten auf diesen selbst, nur »objektiv« als Verschleierung, leeres Versprechen oder Idealisierung.
Uns interessiert mehr und anderes als solche Vokabeln: Wie stehen die Gefangenen selbst zu Kremers Konzeption, wo und inwieweit finden sich darin die Elemente ihres Kampfes wieder, inwieweit haben sie diese Konzeption selbst erkämpft, die ihnen die Möglichkeiten gibt, Erfahrungen zu machen, sich zu entwickeln, ihre Sache voranzutreiben, und inwieweit muß man diese Konzeption verteidigen, den Lernprozeß unterstützen; wo muß man die kämpferischen Elemente in dieser Arbeit der Gefangenen über die ihnen verpaßte Form und Konzeption hinauszutreiben versuchen?

Ihre eigenen Äußerungen dazu sind nicht eindeutig:

»Aber das bringt ihm nun auch einen Vorteil, bisher hat er nur seine negativen Erfahrungen, Lebenserfahrung als Bandit, jetzt kommt noch hinzu, daß er die Gelegenheit hat, sich die nötige Bildung anzueignen.«
». . . was meine Unabhängigkeit stärkt.«
»Das stärkt seine Unabhängigkeit und macht ihn allerdings für die Gesellschaft auch gefährlich, weil er jetzt da erst einmal die Basis bekommt, die ihm vorher ja gefehlt hat, gleichzeitig kommt noch etwas hinzu, daß er innerhalb der Sozialtherapie darauf hingewiesen wurde, was die Fehler eben in der Vergangenheit waren, wenn er das dann abstellt, dann wird er tatsächlich gefährlich für die Leute, in allen Belangen . . .«
»Das heißt ja auch Lernen lernen, und nicht nur ein Buch durchzulesen, daß man das begreift, sondern auch im Leben lernen als sogenannte Perspektive, meine Situation zu erkennen, daraus zu lernen, zu verarbeiten, weiter zu denken, weiter zu sehen, was kann man nun machen . . .«
»Im Moment stehe ich doch praktisch über der Gesellschaft – hier auf der Modellstation genieße ich doch eine besondere Ausbildung, wie jeder einzelne draußen in der Gesellschaft . . .«
»Also, ich meine, wir machen ja hier doch irgendwie eine Persönlichkeitsveränderung durch, wir fangen an, ganz anders zu sprechen und zu reden, wie unsere Umwelt, also unsere direkten Beziehungspersonen uns kennen, und det kommt ja ooch nich immer an, jedenfalls dauert det ne janze Weile, ehe die überhaupt verstehen, oder die die Bemühungen überhaupt machen, uns versuchen zu verstehen. Ick habe det selbst bei mir ooch bemerkt zuhause innerhalb meiner Familie, ick spreche mit einem Mal ganz anders, ick

versuche der Sache uff'n Grund zu gehen, warum und weshalb det eben so is, worüber wir gerade diskutieren und det wollen se nich, ja.« (HR 1971 und 1972)

Ganz offenbar werden in der Sozialtherapie den Gefangenen eine Sprache, Denkformen und zum großen Teil Denkinhalte vermittelt, die sie selbst nur verbal, nicht aber tatsächlich verarbeitet an ihre bisherige Sozialisation anzuhängen vermögen: so fällt in beiden Diskussionen, aus denen wir zitieren, sofort auf, daß die Gefangenen ohne Zweifel über ganze Strecken hinweg ein Vokabular benutzen, das einem psychologischen Universitätsseminar entliehen zu sein scheint, daß sie etwa die Zustände im alten Regelvollzug genau beschreiben können, sehr konkret, jedes Klosettbecken, über den Alltag im Haus IV dagegen nichts Konkretes sagen, sondern auf der Ebene des »es hat mir geholfen«, »ich habe Aggressionen abgebaut« usw. Beurteilungen abgeben: ihr Zusammenhang mit ihrer Vergangenheit wird ihnen tendenziell zerschlagen, sie lernen, ihre Klassenzugehörigkeit zuerst auf der Ebene der Sprache und des Denkens zu verleugnen, eben: rauswollen aus dem Dreck, selbstsicherer werden, sich kennen und kontrollieren wollen, nicht mehr unbewußt reagieren, nicht mehr aufbrausen wollen. Doch ist das nur vordergründig und unmittelbar ein »Bravwerden«, dahinter steckt das richtige Bedürfnis, Fremdbestimmung loszuwerden und sich selbst bestimmen zu können – dies müssen wir unterstützen.

Wir haben einige Betroffene mit den Widersprüchlichkeiten ihrer eigenen Aussagen in diesen Passagen konfrontiert. Sie haben dazu Stellung genommen, haben sich behauptet. Sie haben die These von der Entfremdung von der eigenen Klasse als Ausfluß einer arroganten bürgerlichen Denkweise entschieden zurückgewiesen. Was sie in der »Sozialtherapie« lernen wollen, ist ein Verhalten, eine Handhabe, mit der sie ihre Bedürfnisse durchsetzen können, um auch und vor allem später an ihrem Arbeitsplatz die Möglichkeit zu haben, den begonnenen Erkenntnisprozeß fortzusetzen und danach zu handeln. Für sie hat das, was sie mit Hilfe Kremers machen, einen emanzipatorischen Effekt, sie wehren sich dagegen, wenn man ihnen unterstellt, es würde dort mittels Sozialtherapie Kompensation betrieben.

Es ist schwierig, zum gegenwärtigen Zeitpunkt Bilanz zu ziehen über ein dreijähriges Experiment, zumal sich die konträren Positionen im Haus IV in einer konfliktreichen Auseinandersetzung befinden, in der das staatliche Organ, der Justizsenat, als scheinbarer Schiedsrichter auftritt und letztlich die Entscheidung trifft über die zukünftige Ausrichtung einer Arbeit, die gerade erst begonnen wurde und in Relation zum bis dahin und in der Regel noch immer gehandhabten Strafvollzug eine Wende bedeutet.

Es ist durchaus möglich, daß das Projekt Sozialtherapie im Tegeler Knast zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheitern muß, weil der von einer sich selbst

ernst nehmenden Psychologie notwendigerweise gemachte Versuch einer Ausdehnung auf den ganzen Knast an die Grenzen der derzeit möglichen Knastreform stößt. Aber der Versuch wäre dann doch eher einzuordnen in die Ahnenreihe eines Pestalozzi in Stans und eines Siegfried Bernfeld in Baumgarten, als daß man ihn als »reformistisches« Betrugsmanöver der herrschenden Klasse am Ort der totalen Repression, dem Gefängnis, entlarven könnte. Denn er würde ja nicht am klassenbewußten Widerstand der Proleten im Knast scheitern, sondern am Widerstand der Reaktionäre im Staatsapparat und ihrer wissenschaftlichen Handlanger. Und wer sich an den Bedürfnissen der Gefangenen orientiert, der wird wohl mit dem Sozialtherapie-Konzept politisch arbeiten müssen.

2. Polizei-Reform

Wenn versucht wird, die Frage des »totalen« repressiven Charakters der Staatsgewalt in Bezug zu den von ihr durchgeführten Reformen zu untersuchen, wenn also versucht werden soll zu klären, an welchen Notwendigkeiten und Grenzen staatliche Reformpolitik sich orientieren wird, so kommt der »Reform« des Polizeiapparats als »Knüppel in der Hand der Herrschenden«, also des am offensichtlichsten repressiven Elements, eine besondere Bedeutung zu.

In zweierlei Hinsicht sind von der Erscheinungsform her im Polizeibereich Umwandlungen festzustellen: einerseits im Personalbereich der Polizei selbst in einer Auseinandersetzung um den eigenen Status, andererseits in der Veränderung der Organisationsstruktur der Polizei von oben. Charakter und Form jener »inneren« Auseinandersetzungen zeigen deutlich, daß die Studentenbewegung dabei Pate gestanden hat. Schon während der Studentenunruhen hatten viele jüngere Polizeibeamte oft »mehr Sympathien für die Demonstrierenden als für den Einsatzleiter« (*Aufstand der Ordnungshüter, oder: Was wird aus der Polizei?* rororo aktuell, Dez. 1972). In der Folge bildeten sich innerhalb der Polizei Initiativausschüsse, Kollektive etc., und als bisheriger Höhepunkt muß ein »go in« im Hessischen Landtag gelten. Daß die Öffentlichkeit erst jetzt davon Notiz nimmt, ist dem besonderen Status der Polizei zuzuschreiben, der Öffentlichkeitssuche wesensfremd ist und bisher daran gelegen war, fast jegliche Öffentlichkeit zu verhindern.

Der von der Basis initiierten »inneren« Grundsatzdiskussion, die heute in der Debatte um den »Polizeibeamten als Sozialarbeiter« gipfelt, stehen die von der politischen Führung verordneten Strukturveränderungen gegen-

über. Im folgenden soll versucht werden, anhand von Material aus der Polizeidiskussion zu klären

1. zur Frage »Polizei – Sozialarbeit«: ob eine Reform der Wahrnehmung von Polizeiaufgaben den wesentlich repressiven Charakter der Polizei verändern kann, und

2. was die Veränderung der Struktur im repressiven Bereich selbst, dargestellt an der bevorstehenden grundlegenden Reform der Berliner Polizei (sogenanntes Kneight-Wegenstein-Modell), bedeutet.

a) Polizei als Sozialarbeit: Diskussionen an der Basis

Mit dem Begriff der Sozialarbeit verbindet sich die Vorstellung einer im wesentlichen nicht repressiven, sozialfürsorgerischen Tätigkeit. Der Sozialarbeiter ist nicht unmittelbar staatlicher Befehlsvermittler, er glaubt sich vielmehr den Interessen der von ihm Betreuten unmittelbar, denen des Staates dagegen nur mittelbar verpflichtet. Setzt man Polizei- und Sozialarbeitstätigkeit gleich, so konstatiert man eine wesentliche Einschränkung des repressiven Charakters des »Knüppels in der Hand der Herrschenden« (Klaus Hübner). Eine solche Beurteilung hätte ihre materielle Berechtigung, wenn, in der Terminologie bürgerlicher Empirie, die wesentlichen Tätigkeitsmerkmale von Polizist und Sozialarbeiter einerseits und die daraus resultierenden tätigkeitsbezogenen Wertvorstellungen andererseits übereinstimmen würden.

Die Polizeitheoretiker der Führung beantworten diese Frage selbst mit bezeichnender Klarheit. So Diplom-Psychologe Steffen Hornthal, Wissenschaftlicher Direktor, und Günter Wallat, Polizeirat, Hamburg:

»Überlegungen, die vielleicht zur Klärung beitragen können, müssen sich mit dem Grundprinzip polizeilicher und sozialpflegerischer Tätigkeit befassen, die Voraussetzungen und Konsequenzen nennen. In diesem Zusammenhang mag es auch hilfreich sein, die Entwicklung des Polizeibegriffs zu verfolgen. Sie ist von einer ständig fortschreitenden Einschränkung gekennzeichnet. Von einem Begriff ausgehend, der ursprünglich einen großen Teil staatlicher Tätigkeit umfaßte, ist nach Ausgliederung von Aufgaben (z. B. Baupolizei, Gesundheitspolizei, Meldewesen) ein Aufgabenbestand verblieben, der sich eng an die Begriffe ›Verfolgungspflicht‹ und ›Gefahrenabwehr‹ anlehnt, wobei auch aus dem zuletzt genannten Komplex weite Bereiche anderen Stellen übertragen wurden; die Polizei wird nur mehr subsidiär tätig.

Als Mittel zur Erfüllung der ihr verbliebenen Aufgaben stehen der Polizei im wesentlichen der staatliche Befehl und die Zwangsanwendung zur Verfügung. Sie hat zwar die Möglichkeit – und nimmt sie angemessen wahr – unterhalb der Anordnungs- oder Zwangsschwelle tätig zu werden. Aber auch dies geschieht vor dem Hintergrund der möglichen polizeilichen Anordnung, ist also eher eine Frage der Form.

Dieser Zustand bringt es mit sich, daß der Polizeivollzugsbeamte tätig wird, um staatliche Befehle zu äußern oder Zwang anzuwenden. Hier liegt der eigentliche Kern des Tätigkeitsbereiches. Hier wird auch deutlich, daß ein erheblicher Unterschied zum Tätigkeitsbereich des Sozialarbeiters besteht.

Das persönliche Verhältnis des Polizeivollzugsbeamten zu dem jeweiligen Objekt der

Amtshandlung, dem Bürger, ist in den Situationen, in denen ein staatlicher Befehl formuliert oder Zwang angedroht oder ausgeübt wird, naturgemäß nur in Ausnahmefällen gut oder gar vertrauensvoll. Zweifellos verfügt die Polizei generell über Ansehen und Vertrauen in der Bevölkerung. Der erfahrene Polizeivollzugsbeamte weiß aber auch, daß der Bürger ihm im speziellen Fall der vorläufigen Festnahme, bei der Anordnung einer Blutentnahme, ja schon bei der Verkehrskontrolle häufig verschlossen, ja feindselig gegenübersteht. Der Beamte ist trotzdem gezwungen, immer wieder gerade solche Situationen hervorzurufen, also die Konfrontation mit dem Bürger überall da zu suchen, wo es die polizeilichen Aufgaben erfordern. Dabei lernt er – wie oben bereits ausgeführt – mit solchen Situationen fertig zu werden. Er lernt also, angesichts der Verschlossenheit oder Feindseligkeit des Bürgers so zu verfahren, daß er einerseits Eskalationen vermeidet, andererseits aber seine Aufgabe nicht vernachlässigt. Er erkennt dabei, daß es zwar oft gelingt, die Situation zu entschärfen, meist aber nicht möglich ist, die Vorbehalte des Bürgers zu beseitigen. Dazu ist die Interessenlage beider Seiten auch zu unterschiedlich.
Die Anordnungs- und Zwangsfunktion ist also wenig geeignet, das besondere Vertrauensverhältnis zu begründen und zu unterhalten, ohne das Sozialarbeit mit Erfolgsaussicht nicht geleistet werden kann.
An dieser Stelle ist davor zu warnen, die Anzahl der Fälle polizeilicher Anordnungen oder Zwangsanwendungen den Tätigkeiten gegenüberzustellen, die darüber hinaus anfallen, und daraus zu schließen, daß letztere überwiegen, also bedeutsamer seien. Denn: Es gilt hier einerseits das oben zur Tätigkeit unterhalb der Anordnungs- oder Zwangsschwelle Gesagte, und andererseits ist zu beachten, daß viele Tätigkeiten der Vorbereitung von Anordnungen oder Zwangsmaßnahmen dienen, ihnen also unterzuordnen sind. Zudem wird man bei der Frage, welche Tätigkeit der Polizei am ehesten entbehrlich erscheint, ohne das Ziel – ausreichende Verbrechensbekämpfung und genügende Verkehrssicherheit – zu gefährden, erkennen, daß polizeiliche Tätigkeiten nicht nur gezählt, sondern auch gewogen werden müssen.
Geht man davon aus, daß die sich in Rechtseingriffen äußernde polizeiliche Tätigkeit den Kern des polizeilichen Tätigkeitsbereiches ausmacht, folgert man weiter, daß diese Tätigkeit nicht ohne Wirkung auf die innere Einstellung des Bürgers bleibt, so muß man erkennen, daß Polizeitätigkeit in diesem Sinne und Sozialarbeit kaum vergleichbar sind.
In Zeiten, in denen die Kriminalitätsbekämpfung und die Probleme des Straßenverkehrs im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen, wäre es kaum folgerichtig, Polizeivollzugsbeamte mehr als Sozialarbeiter zu sehen, von ihnen dementsprechend verstärkt die Lösung sozialpflegerischer Aufgaben zu erwarten und sie dadurch ihren Hauptaufgaben zu entziehen. (*Die Polizei*, Jan. 1973)

Durch diese objektiv notwendigen repressiven Tätigkeitsmerkmale werden entsprechende Eigenwertvorstellungen intendiert, die mit denen des Sozialarbeiters in Widerspruch stehen. Untersuchungen liegen dazu aus dem amerikanischen Großstadtpolizeibereich vor. So Robert C. Trojanowicz:

»Das Persönlichkeitsprofil des US-Polizeibeamten läßt erkennen, daß er bevorzugt in einer fest umrissenen Umgebung tätig ist (Ordnung und Bedürfnis nach Routinetätigkeiten), die eine externe Kontrolle erleichtert. Er wird von verinnerlichten Wertmaßstäben geleitet und glaubt, daß diese Wertmaßstäbe von einer höheren Macht kommen (Moralverständnis). Was den Führungsstil anbelangt, so bevorzugt er die weisungsgebende Methode (Dirigismuserwartung), und es ist verständlich, daß er deshalb auch äußere Kontrollen als Motivationsmittel zur Arbeit ansieht. Er weiß was er will, und er ist

entschlossen, ein Ziel, das er sich selbst gesteckt hat, zu erreichen (Ausdauer, Selbstbehauptung). Er erfüllt seine Aufgaben, obwohl ihm dies nicht unbedingt die Zustimmung und Anerkennung der Bürger einbringt, was er im Sinne eines geringen Anerkennungsbedürfnisses persönlichkeitsmäßig verarbeitet. Er beurteilt sich selbst danach, mit welchem Erfolg er den Anforderungen entspricht, wie sie die Gesellschaft in ihren Normen und Gesetzen niedergelegt hat (Rollenkonformität). Entscheidungen werden sehr gründlich vorbereitet (Entscheidungsgründlichkeit). Neben dem Interesse für Technik fällt die Überzeugungstendenz der amerikanischen Schutzleute auf, die sich als Anforderung im täglichen Dienst stellt.« (*The Journal of Criminal Law, Criminology and Police Science*, 1971)

Der Sozialarbeiter ist demgegenüber, wie es seiner unmittelbar weniger repressiven Tätigkeit entspricht, möglichst unabhängig und selbständig und im Kontakt mit seinen Klienten tätig.

Von Teilen der Polizeibasis werden jedoch Ansprüche auf eine Sozialarbeit hin formuliert. Diese Ansprüche stehen im Widerspruch auch mit den durch den objektiven Charakter von Polizeitätigkeit hervorgerufenen Eigenwertvorstellungen. Befehlsbezogene Wertvorstellungen einerseits und Diskussion von unten andererseits sind Ausdruck einer dem Polizeibewußtsein eigenen Ambivalenz, auf die die Polizeiführung reagieren muß. Die Frage nach einer durch eine Polizeireform möglicherweise hervorgerufenen Identität oder Annäherung von Polizei und Sozialarbeit ist somit beantwortet. Grundprinzip von Polizei ist befehlsvermittelte Repression. Hier liegt die objektive Grenze jeder Reform.

Die Diskussion um den sozialarbeiterischen Charakter der Polizei kann keine unmittelbare materielle Verwirklichung in einer Polizeireform finden, sie ist dem ideologischen Bereich zuzuordnen. In diesem Sinne äußert sich letztlich auch die politische Führung der Polizei. So Heinz Schwarz, Innenminister von Rheinland-Pfalz:

»Polizeiliche Prävention wird aber immer darauf gerichtet sein, Gefahren für die Sicherheit der Bürger abzuwenden. Der Polizeibeamte wird deshalb nie seine Rolle gegen die des Sozialhelfers oder Jugendpflegers austauschen können, deren Arbeit andere Zwecke verfolgt und die dafür eine spezifische Ausbildung erhalten. Mit anderen Worten: Die Berufsrollen der sozialen Dienste sind bereits von Fachleuten besetzt. Wer sich von diesen Tätigkeiten stärker angezogen fühlt, sollte Sozialpädagoge werden und nicht zur Polizei gehen, die von der Sache her andere Aufgabenschwerpunkte hat.«

Der latente Konflikt zeichnet sich hier deutlich ab. Die unbestimmte Ablehnung von Teilen der Polizeibasis, zu Klassenkampfaktionen herangezogen zu werden – diese Ablehnung wird beispielhaft deutlich am langen und heftigen Kampf der Gewerkschaft der Polizei gegen den militaristischen Bundesgrenzschutz als Polizeieinheit – wird in der Debatte um die Polizei als Sozialarbeit von der Polizeiführung aufgenommen und mit der Forderung nach Loyalität beantwortet.

»Der Polizeibeamte ist aber auch nicht Mitglied einer caritativen Organisation, er ist nicht Absolvent einer Sozialakademie oder einer kirchlichen Hochschule und für

bestimmte seelsorgerische Aufgaben ausgebildet – sein Aufgabenbereich lautet: Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.« (Willi Weyer, Innenminister von Nordrhein-Westfalen)

b) Polizei als Feuerwehr: Strukturreform von oben

Diesem Essential müssen auch die Änderungen der Polizeistruktur entsprechen. In Hamburg und Berlin werden diese Strukturveränderungen nach einem von der Schweizer Unternehmensberatung Kneight-Wegenstein erarbeiteten Modell vorgenommen. (Vgl. »Organisationsuntersuchung für die Berliner Polizei«, in: *Polizei-Schau*, Berlin 1973.)

Berlin besitzt noch heute im wesentlichen seine Nachkriegspolizeistruktur, d. h. viele kleine Reviere mit Schutz- und möglichst Kriminalpolizei sowie den Bezirken entsprechenden Polizeiinspektionen. Diese Struktur sollte Kriminalitätsverhinderung und Strafverfolgung gewährleisten: Kriminalität verhindern durch umfassende Präsenz (Schutzmann an der Ecke) und Straftäter verfolgen durch Ermittlungen in jeder Strafsache (Sachbearbeiter ermittelt gegen Fahrraddieb). Wirkungen gegenüber dem gesellschaftlichen Problem Kriminalität lassen sich mit solchen auf die Einzeltat nicht ursachenbezogenen staatlichen Eingriffsformen natürlich nur begrenzt erzielen. So sind die oben genannten Ansprüche an einen Polizeiapparat (erfolgreiche Verhütung und Verfolgung von Straftaten) bei dem heutigen Kriminalitätsniveau auch illusorisch.

Die neue Berliner Polizeistruktur ist die Reaktion auf die neue Quantität von Kriminalität. Zwei grundlegende Tendenzen wurden offenbar, denen die neue Struktur zu entsprechen sucht:

a) Schutzfunktionen für den »Staatsbürger« können nicht mehr wahrgenommen werden. Die Vorstellung, Kriminalität könnte durch die Polizei verhindert werden, muß aufgegeben werden.

Die breit angelegte Präsenzstruktur wird aufgehoben. Die Reviere werden aufgelöst. An ihre Stelle treten für ganz Berlin nur 28 Abschnitte (Organisationsuntersuchung, 5.2). Diese Abschnitte gliedern sich in Kontaktbereiche, Büros, die von einem Polizisten verwaltet werden (5.1). Diese Kontaktbereichsbüros können jedoch keine Schutz- und Verfolgungsfunktionen wahrnehmen, sie sind nur zur aktenmäßigen Erfassung von Delikten in der Lage.

Schutzfunktionen sollen konzentriert durch sogenannten »gezielten Streifendienst« wahrgenommen werden (5.1). Dieser »gezielte Streifendienst«, das Aufstellen von Polizeitrupps an bestimmten »gefährdeten« Orten, hat hauptsächlich nur noch demonstrativen Charakter. Dazu die GDP:

»Der neue Begriff ›gezielter Streifendienst‹ läßt an Potemkin denken. Danach sollen die Polizeibeamten im Gruppeneinsatz mal hierhin und mal dahin gefahren und zur Schau

gestellt werden. Der vielbeschworene vertraute ›Schutzmann an der Ecke‹ kommt damit nicht wieder.« (*Deutsche Polizei*, Ausgabe Berlin, B 10)

b) Die Verfolgung von Massenkriminalität wird aufgegeben. So schlägt Kneight-Wegenstein vor:

»Bagatellvorgänge werden künftig von Angestellten im Kriminaldienst ›formularmäßig‹ bearbeitet. Hierzu gehören nicht Ermittlungen, Vernehmungen sowie die Einleitung oder Durchführung strafprozessualer Maßnahmen.
Zu den Bagatellvorgängen gehören Antrags- und Privatklagedelikte sowie Diebstähle, Unterschlagungen und Betrügereien ohne Ermittlungshinweise oder von Ersttätern, soweit der Schaden 100,– DM nicht übersteigt.« (Organisationsuntersuchung, 4.1.1.2)

Die unterste Kripoebene wird von fünf Direktionen gebildet. Von diesen Zentralen aus sollen sogenannte mobile Tatorttrupps nur noch bei lohnenden Straftaten ermitteln.
Die Effizienz des Apparats wird formal dadurch verändert, daß eben die Anforderungen an ihn reduziert werden. Diese globalen Tendenzen machen deutlich, daß zwar nicht die Kriminalität als gesellschaftliches Problem, aber doch die Kriminalstatistik als Realität von der politischen Führung der Polizei begriffen wird. Daß der Polizeiapparat sich an diese Realität anpassen muß, ohne diese Anpassung als Bewältigung ausgeben zu können, ist der Niederschlag der allgemeinen reformistischen Tendenz.
Die Polizeibasis ist in ihrem Selbstverständnis geprägt von der Vorstellung, Sicherheit und Ordnung insgesamt, d. h. auch für die Bevölkerung, aufrechterhalten zu müssen. Der repressive Apparat ist dazu effektiv nicht mehr in der Lage. Die ursächlich bedingten Mißerfolge beim Schutz vor und der Verfolgung von Massenkriminalität lassen den Polizeibeamten an der Wirksamkeit seiner repressiven Handlungsweise zweifeln und ihn nach neuen, nichtrepressiven Handlungsformen, eben denen des Sozialarbeiters suchen.
Die politische Führung kann aber auf das repressive Machtmittel Polizei auch in Hinblick auf gesellschaftliche Auseinandersetzungen nicht verzichten. Um sich das repressive Mittel Polizei widerspruchsfrei zu erhalten, werden die Arbeitsbereiche der Polizei tendenziell aufgegeben, deren Nichtbewältigung zur Forderung der Polizeibasis nach einer Veränderung des repressiven Charakters ihrer Tätigkeit geführt haben, nämlich die Wahrnehmung von Schutz- und Verfolgungsfunktionen gegenüber Massenkriminalität. Indem die Polizei die Aufgaben, die sie mit Repression nicht mehr lösen kann, ausklammert, kann sie als Einsatzgruppe noch eine organisatorische ideologische Geschlossenheit wahren.
Das neue Großstadtpolizeimodell wird zwar, da es die Aufgabe von wesentlichen Teilen des Selbstverständnisses der Polizeibasis beinhaltet, gegen den Widerstand dieser Basis durchgesetzt werden müssen; existiert

es aber erst faktisch, dann könnte der verlorene »Truppengeist« wiederhergestellt werden.
Die Polizei soll in zahllosen kleinen Konflikten nicht mehr tätig werden und somit auch keine Aggressionen auf sich ziehen. Sie soll nur noch dort massiv eingesetzt werden, wo die Bevölkerung sich nicht unmittelbar betroffen fühlt. Damit kann die Polizei mit der stillschweigenden Billigung für ihr gewaltsames Einschreiten rechnen.
Der Konflikt, den das neue Modell beizulegen tendenziell in der Lage ist, bricht jedoch dann wieder auf, wenn auf einer höheren Ebene wiederum ungesetzlichem Verhalten, das gesellschaftliche Ursachen hat, mit polizeilichen Mitteln nicht erfolgreich begegnet werden kann.
Solche Formen ungesetzlichen Verhaltens korrelieren als Ausdrucksformen sozialer Konflikte mit dem Stand der Klassenauseinandersetzungen in der BRD. Eine Zunahme von Klassenauseinandersetzungen mit der damit verbundenen Zunahme ungesetzlichen Verhaltens auf einer Ebene, auf der die Polizei Gefahr läuft, erfolglos zu operieren, wird das neue Polizeimodell selbst wieder in Frage stellen.
Die Polizei muß auf Klassenkämpfe vorbereitet werden; diese Vorbereitung aber widerspricht dem Selbstverständnis von Teilen der Polizeibasis.

3. Bildungsreform-Politik

Im Jahre 1969, also vor der Spaltung der antiautoritären Bewegung, wurde das Berliner Hochschulgesetz verabschiedet. Die Verabschieder dachten es sich als wegweisend für nachfolgende Reformgesetze des Ausbildungssektors. Das »wegweisende« Gesetz kam in bezug auf seine Absicht zu spät. Es traf auf einen Organisierungsgrad der linken Studenten, auf eine Fülle von selbstgeschaffenen Rechten, denen gegenüber die »Rechte«, die das Reformgesetz anbot, blanker Hohn waren. Was sind Drittelparitäten gemessen an Vollversammlungsbeschlüssen?
Den Strukturreformversuchen stand eine linke Bewegung gegenüber, die bereits anhaltende Erfahrungen mit dem Staatsapparat in der Universität und auf der Straße gemacht hatte. Seit dem 2. Juni 67 bestand eine dialektische Beziehung von Massenaktionen und konkreten Forderungen, in denen der Staatsapparat angegriffen wurde und konkrete Rechte erkämpft worden sind. Es hatte sich an der Universität

»ein Wissenschaftsbetrieb (entwickelt), der sich in Themen und Methodenwahl der gesellschaftlichen Implikationen jeweils bewußt (war), auf den positivistischen Wissenschaftsbegriff einer vorgeblichen ›wertfreien Wahrheitssuche‹ verzichtete und statt dessen die

Auswirkungen der eigenen Tätigkeit bedachte und sich von der gesellschaftlichen Relevanz leiten ließ...« (Mathematisch-Naturwissenschaftliche Blätter 14, zitiert aus *FU-Spiegel* 65, Juni/Juli 1968, S. 20)

»Sowohl die Hoffnung, die Universität durch Demokratisierung befreien zu können, als auch die Hoffnungen, Effizienzkriterien im Sinne der herrschenden Bedürfnisse institutionalisieren zu können, erwiesen sich als trügerisch. Die Universitätsreform blieb bereits in der Phase als Strukturreform stecken. Es erwies sich, daß weder die Bedingungen langfristiger Planbarkeit noch die der Kostenminimierung gegeben waren und daß es schon gar nicht möglich war, die Demokratisierung auf ein Niveau zu begrenzen, das Loyalität gewährleistet, jedoch die Logik kapitalistischer Universitätsreform nicht verletzt. Vielmehr erweist sich die Universität als loyalitätsverzehrender Dauerbrenner von Konflikten und dies zu einer Zeit, wo es gerade neuer Mechanismen der Loyalitätserhaltung bedarf...« (Sozialistische Assistenten Zelle, Nr. 2, 1973, S. 5)

Das zwang den Staat schließlich seinerseits zu einer zusammenhängenden politischen Initiative, die von seiten der linken Studenten als klare konterrevolutionäre Maßnahme analysiert wurde. Angesichts der Studentenrevolte war das Hochschulgesetz nicht ein allgemeiner Reformversuch, sondern hatte von Beginn an eine präzise politische Funktion: demobilisierend und spalterisch auf die Studentenbewegung zu wirken und sie damit zu beenden. Dem setzten die linken Studenten die Hoffnung entgegen, daß den disziplinierenden Maßnahmen eine starke Polarisierung folgen werde, die eine weitere Mobilisierung und Politisierung nach sich ziehen müsse. (In diesem Zusammenhang wurde es nicht mehr als ein sinnvolles Ziel gesehen, den AStA zu verteidigen.) Die Konfrontation sollte nicht auf der Ebene der studentischen Vertreter in den Gremien stattfinden, vielmehr sollte dem Reformismus durch sozialistische Organisationen begegnet werden. Diese Position war aber nur so lange haltbar, als es galt, die bloß technokratische Strukturreform zu entlarven, den reformistischen Maßnahmen eine sozialistische Perspektive gegenüberzustellen. Mittlerweile brauchen die repressiven Maßnahmen gegen die Hochschule nicht mehr entlarvt zu werden, sie sind offenes Programm der staatlichen Hochschulpolitik geworden.

Im Wintersemester 1972/73 wurden in Berlin, im zeitlichen Abstand von ca. zwei Monaten, vom Schulsenator der Entwurf für ein neues Prüfungsrecht für Lehrer (Löfflerplan) und vom Senator für Wissenschaft und Kunst ein »Referentenentwurf zur Weiterentwicklung des Hochschulrechts« veröffentlicht. Zu der Neuregelung des Prüfungsrechts für Lehrer schrieb der Westberliner *Abend* (7. 3. 73):

»Staatsexamen für Lehrer wird zum 1. Januar neu geregelt

Die Proteste trieben zur Eile

SPD-Fraktion übernimmt Löffler-Vorlage – Genauer Zeitplan festgelegt

Jetzt geht es schneller voran: Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus beschloß gestern mit Mehrheit, die geplante Neuregelung des Prüfungsrechts für Lehrer im Staatsexamen, von Schulsenator Löffler ausgearbeitet, als eigene Gesetzesinitiative zu übernehmen und ins Parlament einzubringen. Die Änderung der beiden Paragraphen kann

durch diesen taktischen Schachzug noch vor der Sommerpause im Abgeordnetenhaus verabschiedet und bereits zum 1. Januar nächsten Jahres wirksam werden. Die Verwirklichung einer Senatsvorlage hätte länger gedauert.
Gegen die Vorlage von Schulsenator Gerd Löffler hatten die Hochschulen im Dezember und Januar teilweise heftig angekämpft. Extreme Studenten kletterten auf die Barrikaden, riefen zum Streik.
Besonders umstritten sind zwei Punkte: Erstens wollen die linken Kritiker den beiden staatlichen Prüfern in der Vierer-Kommission, die das Staatsexamen durchführt, nicht das materielle Prüfungsrecht zubilligen. Sie sollen nur den formal korrekten Ablauf der Prüfung kontrollieren dürfen. Zweitens wehren sie sich dagegen, daß der Kandidat entgegen der bisherigen Praxis – ein Rechtsanspruch bestand nicht – nur einen der beiden Hochschullehrer in der Prüfungskommission selber wählen darf. Den zweiten Professor wird künftig allein das Wissenschaftliche Landesprüfungsamt in eigener Entscheidung bestimmen.
Ironie des Schicksals: Gerade die massiven Proteste, die die Änderung verhindern sollten, haben die Berliner Sozialdemokraten zur Eile getrieben. Im Wahlkampf Anfang 1975 will man Ruhe an der ›Hochschulfront‹ haben. Deswegen wurde folgender Zeitplan ins Auge gefaßt:
Sommer 1973: Das Abgeordnetenhaus beschließt das Gesetz. Nach einer Übergangszeit von sechs Monaten, damit sich jeder Examenskandidat rechtzeitig darauf einstellen kann, wird es zum 1. Januar 1974 wirksam. Beim ersten Prüfungsdurchgang im neuen Verfahren im Frühjahr 1974 rechnet man mit großen Schwierigkeiten. Im Herbst 1974, wenn der nächste Prüfungsschub aus der PH ansteht, dürfte sich die Unruhe auch noch nicht ganz gelegt haben. Im Frühjahr 1975 dann jedoch im dritten Anlauf würden sich alle an das neue Verfahren gewöhnt haben, so hofft die SPD.
Ein Nebengedanke dieses Zeitfahrplans ist für viele sicher auch, daß dadurch ein oder zwei Prüfungsjahrgänge – allein von der PH jeweils 400, dazu kommen noch die künftigen Studienräte aus FU und TU – nicht mehr so einfach durch das bisher so weitmaschige Prüfungsnetz schlüpfen können. Genau dies ist auch der Grund der teilweise so wilden Ablehnung. Die Extremisten fürchten das Nadelöhr eines echten Staatsexamens, das ihnen die Möglichkeit der Mauschelei und der dogmatisch fixierten marxistischen Einseitigkeit nimmt.«

Das vom Schulsenator vorgelegte Veränderte Prüfungsrecht für Lehrer soll, kommt es so zur Anwendung, wie vom Verfasser und vom Senat geplant, ein Mittel werden, das die vom »Hamburger Erlaß« erhoffte Wirkung tatsächlich erzielt. Es hatte sich für den Staat ziemlich schnell herausgestellt, daß der Hamburger Erlaß nicht durchführbar war. Es war nicht möglich, alle als Sozialisten und Kommunisten verdächtigten Lehrer aus dem Schuldienst zu drängen. Als es nur exemplarisch versucht wurde, solidarisierten sich ganze Lehrerkollegien, Schüler forderten mit ihren Eltern den als beliebt und gut erfahrenen Lehrer in den Schuldienst zurück, selbst die Schulbürokratien machten, in Anbetracht der von den Reformkonzeptionen geforderten Curricula-Veränderungen, ihren Bedarf an einsatzbereiten »linken« Lehrern geltend.

»Die Abwehrfront soll vorverlegt werden. Nicht erst bei der Einstellung, sondern schon bei der Prüfung will man die Linken treffen.« (Uwe Wesel, *Spiegel*, 19. 2. 73)

Das Staatsexamen wird zum politischen Prüfungsverfahren. Ein durch die

Prüfung gefallener Student wird es schwerer haben, die Öffentlichkeit zu mobilisieren; wer sollte sich mit einem möglicherweise hervorragenden Lehrer, der den Schülern vorenthalten wird, solidarisieren?
Der Referentenentwurf des Senators für Wissenschaft und Kunst soll »im Gesamtzusammenhang mit der Weiterentwicklung des Hochschulrechts« stehen.

»Sinn der Überprüfung des Universitätsgesetzes ist es, Ergänzungen dort vorzunehmen, wo – wie etwa im Bereich der Hochschulplanung – die bisherigen gesetzlichen Regelungen noch nicht ausreichen, oder Korrekturen anzubringen, wo eine erkennbare Fehlentwicklung festzustellen ist, die in der Praxis die angestrebte Hochschulreform eher behindert als fördert. Abgeordnetenhaus und Senat von Berlin waren sich im übrigen bei der Verabschiedung des Universitätsgesetzes darüber im klaren, daß sich angesichts der weitreichenden Reformen bei der Anwendung des Universitätsgesetzes Unklarheiten, Hindernisse und andere Probleme ergeben würden, die dann im Zuge einer Überprüfung behoben werden müßten.«
»Die Hochschulen haben in unserer Gesellschaft wegen ihrer Aufgaben in Lehre und Forschung einen durch das Grundgesetz besonders geschützten Status. Das macht sie aber nicht zum Staat im Staate, sondern ergibt die Verantwortung des zuständigen Senators gegenüber dem Parlament.
Hier bringt der Entwurf notwendige Klarstellungen.«

»Fehlentwicklung, Unklarheiten, Hindernisse und andere Probleme« sind wohl die Begriffe dafür, daß die Universität mit einer technokratischen Hochschulreform nicht zu befrieden war, da sich »große Teile der Studentenschaft« mit den »unbestreitbaren Mängeln unserer Gesellschaft wie an der Hochschule selbst nicht abfinden können« (Dohnanyi, Bundesbildungsminister, zitiert im *Spiegel*, 19. 2. 73).
Regelstudium, numerus clausus, Fachidiotenproduktion, institutionalisierte Staatsaufsicht und Staatsinterventionsmöglichkeit sind die Intention des Referentenentwurfs. Ist aber die Hochschule nach wie vor der Ort, wo sich künftige Lehrer sowohl politisieren als auch für ihre spätere Berufsperspektive organisieren, so wird sie für die gesamte Bildungsreform der Initiator ständig neuer Konflikte und Widersprüche sein; die Bildungsreform wird, wie viele andere Reformversuche, auf der einen Seite überhaupt erstmal Ansprüche, Vorstellungen und Forderungen bei denen, für die da reformiert werden soll, in Gang setzen und auf der anderen Seite allenfalls halbe Lösungen anbieten können. Schon heute herrscht in der Bildungsreform die Gleichzeitigkeit von Reformoptimismus und Liquidierung des ersten umfassenden Reformversuches. Am 9. 3. 73 berichtete die *Frankfurter Rundschau*,

– daß sich an der Münchner Universität »eine praktisch totale Zulassungssperre« anbahnt,
– daß an der Bremer Universität künftig der »Staatsvertrag« »über die Vergabe von Studienplätzen« entscheidet, dessen praktische Konsequenz die Erschwerung der Zulassung von Arbeitern ohne Abitur (durch Begabtenprüfung) an die Universität ist,

– daß der Bildungsrat zu Gunsten regierungsabhängiger Kommissionen aufgelöst werden soll.

Eine Woche später wird an der gleichen Stelle über ein »Neues Schulverfassungsgesetz für Hamburg« berichtet.

»Das neue Gesetz, das vom zuständigen Schulsenator G. Apel (SPD) ausdrücklich als ›das fortschrittlichste Schulverfassungsgesetz in der ganzen Bundesrepublik‹ bezeichnet wurde, räumt den Hamburger Schülern noch weitere, weitgehende Rechte ein: Eine Konferenz, die sich drittelparitätisch aus Lehrern, Eltern und Schülern zusammensetzt, entscheidet über Teilnahme an Schulversuchen, über die Stunden-, Pausen- und Hausordnungen, über die Anerkennung von Schülerarbeitsgemeinschaften sowie über Schulverweise.
Außerdem ›gibt das neue Gesetz die Möglichkeit, einen schwachen Schulleiter abzulösen‹, Rektoren werden nur auf 10 Jahre berufen und haben eine zweijährige Probezeit.«

Aus dem Gegensatz von »mehr Staat, weniger Autonomie« für die Hochschulen und »demokratischer Schulverfassung« für den Sekundarbereich kann nicht auf das Ende der Bildungsreformpolitik geschlossen werden. Die Gleichzeitigkeit beleuchtet vielmehr die Widersprüchlichkeit der Bildungsreformpolitik.
Da die technokratische Hochschulreform die politischen Studenten nicht entpolitisierte, da es nicht gelang, durch Gremienpolitik die sozialistischen Studentenorganisationen auszutrocknen, und da die Studieninhalte nicht neu definiert wurden, konnte auch gegenüber der »breiten Studentenschaft« die technokratische Umorganisierung der Universität nicht legitimiert werden. Der Reformismus hat die allgemeine politische Rechtfertigung (z. B. emanzipatorische Wissenschaft) für die Hochschulreform preisgegeben und sich gleichzeitig der Bildungsreform im Schul- und Vorschulbereich zugewandt.

a) Warum ist die reformistische Politik des Staates nach wie vor ein ungelöstes Problem der linken Politik?

Während die linken Organisationen den »Kampf dem Abbau der demokratischen Rechte des Volkes« einleiten, verkünden die Reformisten »das Zeitalter der gesellschaftlichen Zunahme an Emanzipation«. Ist mit dem »Kampf dem Abbau der demokratischen Rechte des Volkes«, dem »Abwehrkampf« gegen die Repressionen die Forderung nach »Chancengleichheit« schon auf den reformistischen Hund gekommen? Oder wird die Reformpolitik durch jenen vielfältigen »Kampf« aus den Angeln gehoben?
In den Bildungsreformideologien erscheinen die Klassenwidersprüche als »soziale Ungleichheit«, die durch »Chancengleichheit« ideologisch ausgeglichen werden sollen.

»Darum planen die Reformer eine Gesamtschule, die die Gleichheit der Chancen durchzusetzen verspricht: durch ein wohlerwogenes Maß an individueller Förderung in einem gemeinsamen, *von den gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten nicht beherrschten Rahmen.*« (Hentig, S. 14).

»Ziel der Erziehung im Elementarbereich darf nicht sein, die Kinder technokratisch besser auf ihre Rolle in der vom Profitstreben geprägten spätkapitalistischen Industriegesellschaft vorzubereiten. Es sind vielmehr Methoden zu entwickeln, die Kinder befähigen, später aktiv an der Veränderung der Gesellschaft im Sinne ihrer Demokratisierung mitzuarbeiten.« (*Was wollen die Jusos?*, S. 156/7)

»Echte Chancengleichheit für alle (ist aber) mit der Neuorganisierung allein ... noch nicht garantiert.« (Ebd., S. 152)

Strukturelle und organisatorische Neuordnung wird bei den Jusos sehr weitgehend formuliert:

– die materielle und inhaltliche Förderung der Arbeiterkinder muß Vorrang genießen;
– Sackgassen-Ausbildungswege sind auszuschließen,
– es soll die Möglichkeit bestehen, eine zu einem bestimmten Zeitpunkt abgebrochene Ausbildung (z. B. nach einigen Jahren Produktionserfahrungen) wieder fortzusetzen, den persönlichen Ausbildungsbedürfnissen muß – unter Anerkennung des gesellschaftlichen Auftrags der Schule – ohne die Konsequenzen persönlicher Nachteile nachgegangen werden können;
– Lernbarrieren (wie z. B. Versetzungszeugnisse) sollen entfallen;
– zwischen den Schulen und der gesellschaftlichen Umwelt soll der notwendige Kontakt gesichert werden. (»Die Chancenungleichheit ist gewachsen« [über den Juso-Entwurf für »Bildungspolitische Leitsätze«], FR, 5. 3. 73)

Die Urheberschaft der antiautoritäten Bewegung ist leicht erkennbar in Formulierungen wie »Ich-Stärke statt unkritischer Anpassung«, »Selbstbestimmung statt Manipulierbarkeit«, »Solidarität und konstruktive gruppenbezogene Leistung statt konkurrierendes Leistungsverhalten« und »jedem ein höchstes Maß an Selbstbestimmung und Selbstentfaltung«.

Für die Linke existieren diese Ideologien nicht mehr. Für sie wird die »schrittweise Zunahme der Repressionen« zur propagandistischen Plattform. Die Auseinandersetzung mit dem Reformismus erscheint politisch nicht mehr wichtig, da die reformistische Politik durch materialistische Analysen und die gesamtgesellschaftliche Perspektive der Reformpolitik als Potemkinsches Dorf entlarvt worden sind. Ungelöst bleibt für die Linke jedoch, welche aktuelle Politik sich daraus ergibt. Deshalb bleibt es den Reformisten überlassen, welche sozialistischen Forderungen sie in ihre »Demokratisierung durch Reformen«-Ideologie aufnehmen. Die Sprachlosigkeit der Linken verschafft den Reformisten den vollen Mund.

Für das Volk sind die repressiven Maßnahmen an der Universität nicht ihre gesellschaftliche Realität. Für eine Familie, deren jüngstes Kind in die Vorschule kommt und dadurch vielleicht nicht auf der Hilfsschule landet, wie zwei seiner drei älteren Geschwister, ist diese Möglichkeit ein Fortschritt, egal ob gleichzeitig an der Universität der generelle numerus clausus eingeführt wird. Auch wenn sich die Lebensumstände nicht

tatsächlich verbessern, gibt das Volk sein Interesse an Teilfortschritten nicht auf, die im Rahmen der reformistischen Politik sichtbar werden.
Die linke Politik ist gegenüber der sich mit radikalen linken Theoremen schmückenden Ideologie und Strategie der Reformer heute nicht mehr die über die reformistischen Grenzen hinausschießende Spitze, die vorantreibende Kraft; mit ihren ständigen lamentohaften Verweisen auf die schlimmen Begleiterscheinungen gebärden sich Kommunisten vielmehr wie Liberale.
Entlarvung, wenn sie zu dem Propagandainstrument linker Politik wird, wie in den Studentenstreiks des Wintersemesters 72/73 in Berlin, macht die staatliche Repression zum Mittelpunkt der eigenen Politik und treibt diese selbst in die Defensive. Es ist richtig, die Repressionen öffentlich zu machen und die Tendenzen eines Referentenentwurfs aufzudecken, aber es ist nicht durchhaltbar mit dem ständigen Verweis auf ihre Totalität. Die staatliche Absicht, Ruhe an der Universität zu haben, vorweg zu nehmen, um daraus den Kampf und die Mobilisierung zu begründen, ist auf die Dauer wirkungslos. Daraus ergibt sich nur ein Abwehrkampf, eine Erhaltung des politischen Status quo an einem gesellschaftlich isolierten Ort. Mit dem reinen Abwehrkampf gegen den Löfflerplan verliert man den Kampf gegen den Entwurf schon ein Jahr, bevor er Gesetz geworden ist.
Um den Löfflerplan, das neue Prüfungsrecht für Lehrer »vom Tisch zu fegen«, hätten sich die Studenten mit den Hochschullehrern und sogar mit deren Kampf um ihre Privilegien verbünden müssen. Diese allerdings schwankten zwischen der Furcht vor dem Autoritätsverlust, den sie durch die ständige Kritik der Studenten in den Seminaren erleiden, und der Furcht vor der Beschneidung ihres Privilegs, prüfen zu dürfen, durch den Senat. Die von den Studenten aufgestellten Parolen »Wer lehrt, der prüft« und »Keine Einschränkung des Tutorenwesens« wurden jedoch mit keiner weiteren Politik verbunden als mit dem allgemeinen »demokratischen Abwehrkampf« unter der Parole »Kampf dem Abbau . . .«.
Auch die Widersprüche zwischen Staatsapparat und Universitätsbürokratie, die z. B. in der Kontroverse Löffler-Wesel sichtbar wurden, haben die Linken nicht genutzt; im Gegenteil, die Universitätsbürokratie wurde von ihnen ebenso vehement entlarvt wie der Senat.
Der linken Entlarvungspolitik zufolge treffen die Angriffe des Staatsapparates nicht die »Ideale« der Reformpolitik, sondern werden zum Wesen der Reform selbst: repressive Politik ist danach der eigentliche Kern der reformistischen Politik. Unter dieser Perspektive ist jede Repression gleichwertig: ob ein Assistent nicht prüfen darf oder ein Staatsvertrag eingeführt wird, jedesmal wird das demokratische Recht des Volkes abgebaut. Logisch zieht jede Maßnahme den gleichen »Kampf dem Abbau« nach sich. Die Qualität der Repression wird nicht mehr benannt, die

Mobilisierung verkommt zum Ritual. Aus diesem Dilemma ergibt sich auch die Antwort auf die folgende Frage:

b) Warum wurden die sozialistischen Kräfte durch die gegen sie eingesetzten Repressionen offenbar in die politische Defensive gedrängt?

Das Verhältnis der linken Organisationen zur reformistischen Politik ist bestimmt von der selbst auferlegten Notwendigkeit, die mit den Reformen verbundenen Illusionen durch deren ständige Entlarvung zu zerstören. Den Begründungszusammenhang für »Staatseingriffe und Aufsichtsverfahren« sieht man darin,

»daß die Universitätsbürokratie bei der Durchführung dieser Maßnahmen im Auftrag des kapitalistischen Staatsapparates handelt . . ., daß hinter jeder einzelnen Maßnahme der Universitäts- und Staatsbürokratie die Logik des Monopolkapitals steht . . .« (KSV, Soz. Hochschulpol.)

In der offiziellen Stellungnahme der marxistisch-leninistischen Hochschulgruppe der Ökonomen an der FUB zum Referentenentwurf des Berliner Senators für Wissenschaft und Kunst heißt es:

»Den Illusionen der Verwirklichung (von) Forderungen im Rahmen der gesellschaftlichen Verhältnisse ist dadurch entgegenzuwirken, daß die Hochschulreform nicht als Antwort auf die inneren Schwierigkeiten dargestellt wird . . .«

Die staatlichen Maßnahmen gegen die Universität sind also nicht Antwort auf die tatsächliche Unmöglichkeit, die Universitäten zu befrieden,

»sondern erwachsen aus den Veränderungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses und sind nur mit einer Veränderung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse realisierbar.«

Mit dieser scheinbar objektiven Ableitung, mit der Berufung auf das alles durchdringende Kapital wird hier jede Widersprüchlichkeit und damit Angreifbarkeit weganalysiert. Dem steten Blick auf das Wesen des Kapitalismus erscheinen die politischen Krisen des Kapitalismus nur noch in verschwommener Form. Tatsächlich wird die Bildungsreform keine Widersprüche lösen, sondern sie noch verschärfen und in die Bildungsbürokratie hineintragen.
Solange die studentische Linke keine wirkliche Auseinandersetzung mit den Hoffnungen und Bedürfnissen, die im Augenblick auf die reformistische Politik gesetzt werden, führt, werden 1. die gezielt gegen sie gerichteten Repressionen nicht zur Polarisierung und breiten Solidarisierung führen und werden 2. die Linken, als Schlaumeier, denen bestenfalls der Alleinbesitz der allgemeinen Wahrheit zuerkannt wird, ohnmächtig dem reformistischen Treiben zusehen müssen.

c) Warum werden die verbreiteten reformistischen Ansätze von der linken Hochschulpolitik nicht genutzt?

Zitieren wir, warum die linke Hochschulpolitik – dem »Marxismus-Leninismus« zufolge – diese Ansätze nicht nur nicht nutzen kann, sondern auch gar nicht nutzen soll:

»Aus der Einschätzung der Studenten als Zwischenschicht ergibt sich die Zielrichtung unserer (der MLHÖK) Hochschulpolitik; unsere Hauptaufgabe wird darin bestehen, Teile der Intelligenz (Studenten) für ein Bündnis mit dem Proletariat zu gewinnen.«
»Da die Intelligenz jedoch keine homogene Schicht darstellt, wird das Bündnis nur Teile umfassen, differenziert nach ihrer Stellung im Arbeits- und Verwertungsprozeß des Kapitals.«
»Die Stoßrichtung unserer Politik wird die Offenlegung der objektiven Interessen der Studenten sein. Wir werden die Widersprüche, die konstitutiv für die Studentenbewegung sind, den Studenten vom Standpunkt des Proletariats erklären, in der Totalität des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital einordnen, um so den ideologischen Abspaltungsprozeß eines Teils der Studenten von der Bourgeoisie voranzutreiben. Die materiellen Bedingungen für unsere Politik sind durch die direkte Regulierung der Ausbildung durch den Staat im Interesse des Kapitals gegeben.« (Sozialistische Hochschulpolitik, S. 25)
»Grundlage der Kritik der bürgerlichen Ausbildungsinhalte und -ziele ... wird der wissenschaftliche Sozialismus sein. Wir begreifen ihn jedoch nicht als selbständige Parole der Massenagitation, sondern der wissenschaftliche Sozialismus schafft nur die Voraussetzungen für eine massenhafte und fundierte Kritik an der bürgerlichen Wissenschaft.«
»Die Aufdeckung der konkreten Auswirkungen der technokratischen Hochschulreform ... verbunden mit einer systematischen Aufklärung der Studenten über den Charakter des kapitalistischen Systems, einer Bündnispolitik, die ständig aufzeigt, daß diese innerhalb eines kapitalistischen Systems nicht erfüllt werden können, sondern eine grundlegende Veränderung der Produktionsverhältnisse erfordert, die nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse erreicht werden kann.« (MLHÖK, Positionspapier)

Also Erziehung »für ein Bündnis mit dem Proletariat« durch »Offenlegung der objektiven Interessen der Studenten«, »die Totalität des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital«, »den ideologischen Abspaltungsprozeß ... von der Bourgeoisie«, »die Kritik an der bürgerlichen Wissenschaft«, »die Aufdeckung der konkreten Auswirkungen der technokratischen Hochschulreform«, »Aufklärung ... über den Charakter des kapitalistischen Systems«, *»eine Bündnispolitik, die die berechtigten Forderungen der Studenten aufgreift und ständig aufzeigt, daß diese innerhalb eines kapitalistischen Systems nicht erfüllt werden können!«* Der Entlarvungszwang und die Bündnisschichtpolitik haben es den linken studentischen Organisationen unmöglich werden lassen, sich spontan solidarisch zu verhalten.
Die Bündnisschicht führt den Kampf in drei Etappen:
1. Sie verkündet, daß ein neuerlicher Angriff des Monopolkapitals auf die Lebensbedingungen geplant ist.
2. Sie klärt für das Proletariat die richtige Position und grenzt sich scharf

von allen anderen ab; so gestärkt kämpft sie tapfer anstelle der Arbeiterklasse.
3. Am Ende ist die Entlarvung des Kapitals und seiner Handlanger wieder einmal eindrucksvoll gelungen und der geordnete Rückzug wird angetreten.
Das läßt sich an einem Beispiel zeigen: am »Kampf gegen die BVG (Berliner Verkehrs-Gesellschaft) Tariferhöhungen« im März 1972. Der KSV organisierte an den Universitäten »ein praktisches Bündnis mit der Arbeiterklasse durch die Bildung von Studenten- und Schüler-Aktivs«. In das Bündnis reihten sich »alle fortschrittlichen Studenten und Schüler« ein. »Sie leisteten Agit-Prop-Arbeit«, wobei sie die Kampfkomitees (die auf den »Arbeiterrunden der KPD gegründet« wurden) unterstützten. In Diskussionen mit den Kampfkomitees, Vertretern der KPD und des KSV »festigten sie sich ideologisch«. Nächster Schritt:

»Die Aktivs grenzten sich gegen die Rote Punkt Politik ab, die nicht die Kämpfe entwikkeln kann, sondern nach dem Motto ›Wir helfen uns selbst, bis der Staat uns hilft‹ über die Organisierung von (studentischen) Mitfahrdiensten gerade verhindern, daß die Massen in den Kampf miteinbezogen werden. So schürt die Rote Punkt Politik, ähnlich wie die Forderung nach dem Nulltarif, Sozialstaatsillusionen und hilft mit, den Klassencharakter dieses Staatsangriffs auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu verschleiern.« (RPK 158, 10. 3. 72)

Massenhaft solidarisches Handeln, wie bei der Rote-Punkt-Aktion in Hannover 1969, wird hier als »studentisch« und »Sozialstaatsillusionen schürend« diffamiert, jede »Selbsthilfe-Aktion« als »Sozialstaatsillusion« entlarvt. »Studentisch« wird zum diffamierenden Adjektiv, es kennzeichnet ein Hindernis für die Beteiligung der Massen am Kampf für ihre Interessen. Dagegen wird eine Politik beschrieben, deren Leistung »eine große Agitationsarbeit« und die »Entlarvung« des »Sozialdemokratischen Senats als Diener der Monopole« ist (RF, Nr. 38).
Wenn Solidarität zum »gefährlichen Gift der Sozialstaatsillusion« wird, wird die Entlarvungspolitik zur Verhinderungspolitik, die jeder emanzipatorischen Bewegung außerhalb und damit auch innerhalb der Arbeiterklasse in den Rücken fällt. Die »proletarische« Linie dieser Politik ist die: Aufstellen von Forderungen in Parolen, Verwirklichung aber erst nach der Revolution! Alles andere heißt, sich »Freiräume« erkämpfen und damit der »Illusion« auf den Leim gehen, innerhalb des Kapitalismus könne man seine Forderungen auch nur partiell durchsetzen.

Denn: »Die anderen unterdrückten und ausgebeuteten, gegen das Monopolkapital rebellierenden Klassen und Schichten, mit denen das Proletariat sich verbünden muß, um den Kampf gegen den Kapitalismus siegreich führen zu können, bekämpfen nicht den Kapitalismus als ganzes, sondern kämpfen für die Erhaltung bestimmter Privilegien und Sonderinteressen innerhalb des Kapitalismus.« (KSV, Soz. Hochschulpol., S. 115)

Und: »Wer selbständige demokratische Forderungen aufstellt . . . verbreitet nur die Illusionen über den Charakter des bürgerlichen Staates.«

Aus Angst, Illusionen über die Wirklichkeit zu erwecken, verbietet man sich jede wirkliche Handlungsmöglichkeit.
Selbst mit der Forderung »Keine Schließung des Rauch-Hauses« wird die Warnung verbunden:

»Wir dürfen aber nicht glauben, daß wir uns in diesem System ›Freiräume‹ erkämpfen können, in denen wir nicht von Ausbeutung und Unterdrückung betroffen sind. Unser Abwehrkampf ist nicht gegen einen einzelnen Kapitalismus gerichtet, sondern gegen die Kapitalistenklasse und ihre Handlanger im Senat und in der Regierung.«

Damit wird der konkrete Kampf um die Durchsetzung von Interessen angesichts der wahren Größe des Gegners zum defensiven Stellungskampf.

d) Warum kann es sich der Staatsapparat erlauben, die Hochschulreform auf ordnungsrechtliche Hochschulorganisierung zurückzuschrauben?

Weder durch sich verstärkt durchsetzende Kapitalinteressen noch mit einem erstarkten Staatsapparat allein kann begründet werden, warum es sich der Staatsapparat gegenwärtig erlauben kann, an den Hochschulen ungeschminkt aufzutreten. Die Kapitalinteressen waren 1968 nicht geringer und der Staatsapparat nicht schwächer (es gab noch eine große Koalition), und an Instrumenten fehlte es ihm auch nicht (schließlich waren die Notstandsgesetze gerade verabschiedet worden).
Die Schwäche der linken Politik erklärt sich vielmehr aus ihrer Schwäche gegenüber der reformistischen Politik. Die linke Hochschulpolitik ist mit der richtigen Erkenntnis, daß es eine Fiktion war zu glauben, die bloße Ausdehnung der Revolte könne eine revolutionäre Situation schaffen, nicht weitergekommen.
In dem, was gegenüber der »voluntaristischen Handwerkelei« der Studentenbewegung soviel politischer und bewußter sein sollte, verschwand das konkrete, tagespolitische gesellschaftliche Interesse hinter »beispielhaften« Kampagnen. Nach einer Springerkampagne und der Forderung nach einer Volksuniversität war das ein enormer Rückschritt. Die Hochschulpolitik selber verkam zur Organisierung von Schulungskursen und sozialistischen Studienseminaren. Angesichts einer derartigen Hochschulpolitik, die nicht mehr als dies wollte, konnte der Staatsapparat den Versuch machen, die Interessen der Studenten als besondere (»sich Privilegien und Freiräume schaffen«) einzustufen und ein allgemeines Interesse (»die sollen mal studieren, wo die Ausbildung soviel kostet«) gegen sie auszuspielen.
Tatsächlich ist die Politik der linken Studentenorganisationen, die den

Sieg über den Reformismus in ihrer Propagandaschlacht gegen dessen »Illusionen« erringen und die Repression als seinen eigentlichen Kern analysieren, keine Politik mehr, von der die bundesrepublikanische Wirklichkeit betroffen werden könnte, sondern ihre radikalen Forderungen sind zu besonderen, eben von Studenten aufgestellten Forderungen geworden. Der Konflikt an der Universität hat nicht mehr gesamtgesellschaftlichen Charakter wie beispielsweise bei der Springerkampagne, er ist zum Konflikt der Hochschulen geworden, der baldmöglichst bereinigt werden soll.

VI. Schluss
Probleme der Politik der Linken

Wir haben in den vorhergehenden Artikeln gegen ein bestimmtes Schema linker Analysen und Agitation polemisiert, da die »Entlarvungsagitation«, die die Permanenz der Unterdrückung durch den staatlichen Gewaltapparat beschwört, unserer Ansicht nach keineswegs ein zufälliges Produkt des linken Dogmatismus ist, sondern eine strukturelle Schwäche der linken Politik insgesamt bezeichnet. Indem der Aufbau des Unterdrückungsapparates zum Wesensgehalt staatlicher Politik erklärt wird, verbaut man sich die Möglichkeit, die staatlichen Repressionsmaßnahmen in die derzeitige Bewegung der Klassengegensätze einzuordnen und begibt sich der Chance, die strategischen Voraussetzungen für eine revolutionäre Politik überhaupt zu erkennen. Der alte Lehrsatz, daß der bürgerliche Staat immer die Alternative des Faschismus hat, ist leer und falsch, weil es darum geht, danach zu fragen, wann und unter welchen Voraussetzungen er eine solche Alternative hat oder eben nicht hat. Eine Analyse, die 1930 die Konzentrationslager vorausgesagt hätte, wäre keine politische Analyse gewesen, sondern Prophetie. Denn willentlich oder unwillentlich beinhaltet jede Aussage über den kapitalistischen Staatsapparat zugleich eine Aussage über die Stärke oder Schwäche des revolutionären Lagers. Nimmt man die »Entlarvungsagitation« beim Wort, so ist ihr politischer Inhalt widersprüchlich: Angesichts des stetigen Ausbaus der Gewaltapparate und der zunehmenden Repression wäre die Stunde des Volksaufstandes gegeben; anderseits wird in den »übermächtigen« Staat die politische Schwäche der Linken projiziert und damit einer genaueren Überprüfung entzogen. Angesichts der Handgranaten der Polizei und der Panzerwagen des Bundesgrenzschutzes scheint sich die Frage zu erübrigen, wie stark die revolutionäre Linke ist. Die Antwort ist gewissermaßen durch die staatliche Gewaltapparatur schon gegeben: Die Linke ist nicht stark genug. Aber eine solche Antwort ergibt keinen Sinn.

Eine linke Politik, die allein auf die Entlarvung der Natur des kapitalistischen Staatsapparates aus ist, muß notwendigerweise die politische Wahrnehmung ruinieren. So ist der Kampf gegen den Staatsapparat gegenwärtig jedenfalls zu einer routinehaften starren Tätigkeit linker Berufspolitiker verkommen, die sich an einer Unzahl von Kampffronten und -zielen abarbeiten. Indem gewissermaßen die absoluten Unterdrückungsmöglichkeiten des Staates »bekämpft« werden (»Kampf der Militarisierung der Polizei«), wird das Bewußtsein der politischen Ohnmacht in der politischen Arbeit mitgeschleppt, ohne wirklich aufgeklärt zu werden. Denn die poli-

tischen Kriterien dafür, was als Niederlage und was als Erfolg zu bewerten ist, verschwimmen in dem Maße, in dem der praktische Kampf gegen den Staatsapparat Zielvorstellungen unterworfen wird, die den Kampf gegen die Totalität des Staates meinen und damit die geschichtlich erkämpften Möglichkeiten der Linken bei weitem überschreiten. Aber gerade dieser Möglichkeiten sollte die Linke sich wieder bewußt werden.

Wie kann dem Realitätsverlust einer Entlarvungspolitik entgegengearbeitet werden? Wie kann die Linke sich die Erfahrung ihrer tatsächlichen politischen Möglichkeiten verschaffen? Indem die Methode der Entlarvung konsequent als Waffe gegen die Agenten des Staatsapparates eingesetzt wird, die für repressive Maßnahmen verantwortlich sind. Allgemeine Politik der Entlarvung staatlicher Unterdrückung und die Entlarvung bestimmter Personen – in der Absicht sie zu stürzen, sie aus der Regierung herauszubrechen – schließen sich dabei gegenseitig aus. In dem einen Fall ist Entlarvung ein Propagandamittel, mit dem die Übermacht des Staates reproduziert wird, in dem anderen ein konkretes Kampfmittel, das von sich aus zur Mobilisierung drängt, und gerade weil es sich gegen die Tätigkeit bestimmter Politiker richtet, in der Lage ist, die aktuelle Unterdrükkungsfunktion des Staates selbst anzugreifen. Aber gerade von einer konkreten Entlarvungspolitik ist die Linke gegenwärtig sehr weit entfernt. – Der politisch Verantwortliche für die Ermordung Georg von Rauchs im Dezember 1971 war der Berliner Innensenator Neubauer. Die Berliner Linke hatte ausreichendes Material in der Hand, um den politischen Beweis zu führen. Die Forderung »Weg mit Neubauer« stieß aber auf den Widerstand der organisierten Linken. Für sie war diese Forderung zu personalistisch. Es schien kein sinnvolles politisches Ziel zu sein, eine »Charaktermaske« des Staatsapparates zu stürzen. Einer abstrakten Entlarvungspolitik sind politische Erfolge gegen den kapitalistischen Staatsapparat theoretisch nur in der Stunde der revolutionären Erhebung denkbar. Damit ist aber eine solche Praxis unfähig, eine Strategie des langandauernden Kampfes zu entwickeln; vielmehr dazu verurteilt, den langandauernden Aufbau der Organisation als Lebensaufgabe zu betreiben. Darüber hinaus: wenn die Entlarvung der repressiven Natur des Staates grundsätzlich als politischer Erfolg angesehen wird, führt eine solche politische Theorie zu der absurden Konsequenz, die größtmögliche Repression als die vollständige Niederlage des Staates begreifen zu müssen.

Wir hatten anfangs erwähnt, daß eine solche Politik aus dem Legitimationsbedürfnis der miteinander konkurrierenden kommunistischen Organisationen entspringt. Dabei ist eine Schwierigkeit zu benennen: Der Forderung, bei einer Analyse des Staatsapparates die politischen Kräfteverhältnisse zu erkennen, kann man gegenwärtig wahrscheinlich nur phänomenologisch gerecht werden. Denn bis zu einem gewissen Grade sind die

gegenwärtig bestimmenden Organisationen innerhalb der Linken durchaus in der Lage, die allgemeinen Vorstellungen von revolutionärer Politik zu beeinflussen. Sie sind aber nicht fähig, die tatsächlichen Kräfte des revolutionären Lagers zu mobilisieren. Daher kritisieren wir mit der Entlarvungspolitik eine Praxis, die nur vermittelt etwas mit der sich entwickelnden Praxis der Linken zu tun hat. Man kann zwar behaupten, und hat dabei die unmittelbare Erfahrung für sich, daß die politische Macht der Linken ungleich stärker ist, als die Politik der linken Organisationen es wahr haben will. Sinnvoll wird eine solche Behauptung aber erst, wenn sie dazu führt, das tatsächliche Verhältnis der gesamten Linken zu der reformistischen Politik zu klären.

Unsere These ist, daß die Linke in dem Maße, in dem sie auf die Repressionsmaschine starrte und die Repressionen zum aktuellen Hauptinhalt der Politik des Staatsapparates erklärte, der reformistischen Tendenz innerhalb des Staatsapparates half, eine gesamtgesellschaftliche Politik zu entfalten. Aber nicht nur daraus resultiert die politische Blindheit. Sie hat ihren Grund auch darin, daß der Reformismus im bestimmten Sinn der politische Nachlaßverwalter der antiautoritären Bewegung ist. »Die gesetzliche Reformarbeit hat eben in sich keine eigene, von der Revolution unabhängige Triebkraft, sie bewegt sich in jeder Geschichtsperiode nur auf der Linie und solange, als in ihr der durch die letzte Umwälzung gegebene Fußtritt, oder, konkret gesprochen, nur im Rahmen der durch die letzte Umwälzung in die Welt gesetzten Gesellschaftsform« (Rosa Luxemburg, 114). Das Unvermögen, sich mit den politischen Ergebnissen der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen, erklärt wahrscheinlich, warum die politischen Erben der antiautoritären Bewegung es bislang der Mühe nicht wert gefunden haben, die reformistische Politik zu analysieren. Daß die reformistische Politik antiautoritäre Strategieelemente verwertet, ist dabei kein Beweis für deren reformistischen Charakter. Im Gegenteil. Allein die radikalen Momente einer bestimmten revolutionären Phase treiben den Reformismus an. Es ist nur logisch, daß die reformistische Politik einen bestimmten historischen Stand der Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Staatsapparat umzuarbeiten versucht und als Grundlage eines neuen Verhältnisses Staat–Bevölkerung benutzen will. Der Reformismus übernimmt dabei im wesentlichen zwei Elemente der antiautoritären Bewegung:

1. Die Praxis des kollektiven Lernens (gemeinhin als »Lernprozeß« in das allgemeine politische Vokabular eingegangen) wird umgearbeitet in »politische Sozialisation«. Politische Sozialisation ist die Generalrechtfertigung einer Vielzahl von Programmen, staatlicher Finanzierung und Entwicklung neuer Institutionen. Der Lernprozeß setzte seinerzeit den dialektischen Zusammenhang von Aufklärung und Massenaktion voraus.

In dem Maß, in dem die Massenaktionen mit konkreten Aktionszielen und konkreten Gegnern zurückentwickelt wurden zu einer eher rituellen auf Quantität abzielenden Demonstrationspraxis, werden keine gemeinsamen Erfahrungen über die tatsächlichen Kräfteverhältnisse mehr gemacht. Das ist die Chance des Reformismus, ein Programm gesellschaftlicher Veränderung zu entwickeln, wo Geduld als die wesentliche Tugend der politischen Arbeit erscheint. Allein bei Basiskämpfen gerät das mühevolle Schleichen des reformistischen Fortschritts in Konflikt mit dem revolutionären »Wir wollen alles! Wir wollen es jetzt!«

2. hat der Reformismus die antiautoritäre Konfliktstrategie übernommen. In ihr sah er die Chance, mit Hilfe einer punktuellen Mobilisierung bzw. durch ein partielles Wachrütteln der Bevölkerung politischen »Druck« in Partei, Rathausfraktion bzw. Regierung hineinzutragen. Das manipulative Element dieser Konfliktstrategie, nämlich anhand akuter Konflikte zu mobilisieren und dabei nicht zu fragen, ob erst einmal die Leute statt revolutionärem Kampf lieber ihr Recht haben wollen, kommt in der reformistischen Funktionierung voll zum Tragen. Die Stationen des wirklichen Elends dieser Gesellschaft sind für den Reformismus die gegebene Argumentationsplattform im Kampf um die Aufstockung der Haushalte für die Sozialbürokratie. Dieser Tendenz kommt eine politische Entscheidung entgegen, die – vor dem Ende der antiautoritären Bewegung – von der gesamten Linken noch gemeinsam getroffen wurde: die Liquidierung der Randgruppenstrategie, aus der keine neue praktische Perspektive mehr entwickelt wurde. Mit dieser Liquidierung hat die Linke sich erst einmal der Wahrnehmung beraubt, daß die gegenwärtigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im Reproduktionsbereich in Erscheinung treten.

Die politische Schwäche der linken Politik gegenüber dem Reformismus liegt in dem unaufgeklärten Verhältnis zur eigenen antiautoritären Geschichte. Die reformistische Verwertung antiautoritärer Ziele und Freiheitsvorstellungen läßt sich solange nicht wirklich durchbrechen, wie innerhalb der Linken eben diese Ziele und Freiheitsvorstellungen der politischen Zensur unterliegen. Der Verlust der eigenen geschichtlichen Realität macht den Reformismus zu einem realen Problem für die linke Politik.

Aber auch in diesem Zusammenhang wird der Reformismus nicht als zynisches Herrschaftsinstrument verstanden werden können. Denn er ist keineswegs eine historische Maske, sondern auch die Reaktion darauf, daß die Massen im zunehmenden Maße gegenüber dem Staat politisch initiativ werden. Die Bürgerinitiativen sind nicht zu Unrecht die »APO des kleinen Mannes« genannt worden. In ihnen wirkt als charakteristisches Bewegungselement antiautoritäre Politik fort: nicht die Forderungen selbst sind radi-

kal oder revolutionär, aber daß die Forderungen jetzt erfüllt werden müssen, daß die üblichen politischen Entscheidungsmechanismen nicht mehr gültig sind für diesen Augenblick, das Durchhalten des aktuellen Konfliktes – dies alles leitet einen radikalisierenden Lernprozeß innerhalb der Bevölkerung ein.

Eine linke Politik, die das Verhältnis Staat–Bevölkerung, das der Reformismus anzielt, nicht zu nutzen weiß, es nicht als Widerspruch zu entfalten versteht und statt dessen einen hauptsächlich propagandistisch orientierten »Kampf« gegen den Staatsapparat bloß entgegensetzt – worunter wohl auch die Propaganda militanter Einsätze gehört – wird zum Sektendasein verkommen. Der oben erwähnte Realitätsverlust bei linken Analysen staatlicher Politik hat in diesem Zusammehnag noch einen anderen Aspekt: Realitätsverlust hat ja etwas zu tun mit dem Festhalten einer ganz bestimmten Realitätserfahrung oder -erwartung. Die Unfähigkeit innerhalb der Linken, die geschichtliche Natur des Reformismus, d. h. das Fortwirken der eigenen politischen Praxis zu erkennen und zugleich die wirkliche Kritik bzw. die Kritik der Wirklichkeit an der antiautoritären Revolte produktiv aufzunehmen, hat ihren Grund vielleicht darin, daß sich die Linke nach wie vor schwer tut, ein historisches Privileg aufzugeben: nämlich im Feuer einer gesellschaftlichen Initiative die Verhältnisse wenn nicht zum Tanzen, dann zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte zum Zucken gebracht zu haben. Um es klar zu sagen: es ist der Avantgardeanspruch der linken Politik, der sich zwar nicht mehr gegenüber der sich ausdehnenden Politisierung und Spontaneität der Massen aufrecht erhalten läßt, aber gegenüber einer beschworenen und ständig entlarvten staatlichen Unterdrückungspolitik immerhin noch behauptet werden kann.

Die tatsächliche Schwäche oder Stärke der revolutionären Linken in der Phase der reformistischen Politik läßt sich wahrscheinlich erst dann in Erfahrung bringen, wenn der Avantgardeanspruch historisch liquidiert wird.

Diese Artikel wurden von Mitgliedern der Roten Hilfe West-Berlin erarbeitet.

Der Beitrag »Strafvollzug. Tegel Haus IV – Reform im Knast« stammt von Gisla Burkhardt und ist von der Kursbuch-Redaktion in den Kontext eingefügt worden.

Alle reden von den Jusos, hrsg. vom Bundesvorstand der Jungsozialisten, Bonn 1972
Autorenkollektiv TH Aachen, Bedingungen und Perspektiven der Stadtteilarbeit, 3. Auflage, hrsg. vom Sozialistischen Büro Offenbach, 1972
Der Baader-Meinhof-Report, Mainz 1972
Bürgerinitiativen, Schritte zur Veränderung?, hrsg. von H. Grossmann, Frankfurt 1971
Bürgerinitiativen. Arbeitspapiere Nr. 4, November 1972, hrsg. vom Pädagogischen Zentrum Berlin
N. Gansel, Überwindet den Kapitalismus oder Was wollen die Jungsozialisten, Reinbek 1971 (rororo aktuell)
H. v. Hentig, Systemzwang und Selbstbestimmung, Stuttgart 1969
K. Hübner, Die Polizei auf dem Weg zum neuen Selbstverständnis. In: Die Polizei im Lande NW. Januar 1972
Jungsozialisten Informationsdienst, hrsg. vom Bundesvorstand der Jungsozialisten Bonn
JS-Magazin (Zeitschrift der Jungsozialisten in der SPD), Januar 1971
Juso, (Zeitschrift der Jusos in der SPD), Nr. 11/12, 1972
Jungsozialisten in der SPD (Berliner Strategiebeschluß), hrsg. vom Landesvorstand der Berliner Jungsozialisten, Berlin 1973
Kommunalpolitik für wen?, Arbeitsprogramm der Jungsozialisten, Frankfurt 1971
R. Luxemburg, Politische Schriften 1, Frankfurt 1967
Marxistisch-Leninistische Hochschulgruppen Berlin, Militarisierung und Zentralisierung des Staatsapparats, Berlin 1972
Neues Rotes Forum, Sondernummer Nov. 1972
C. Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt 1972
Der Polizeibeamte als Sozialarbeiter: Realität oder Fiktion? In: Die Polizei, Januar 1973
Problem 8, Langzeitprogramm, hrsg. vom Bundesvorstand der Jungsozialisten, Bonn
SK, das sozialistische Nachrichtenmagazin, Nr. 22, 1972
Sozialistische Hochschulpolitik, Plattformen, Grundsatzerklärungen, Berlin 1972
Sozialpolitische Korrespondenz, Nr. 24, 1972
Zur Rolle und Funktion von Bürgerinitiativen in der BRD und Westberlin, Bericht einer Forschungsgruppe an der Freien Universität Berlin (Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung in Verbindung mit dem Fachbereich Politische Wissenschaften), 1973

FISCHER TASCHENBUCH WISSENSCHAFT

HOFFMANN UND CAMPE

KRITISCHE WISSENSCHAFT

Dieter Nohlen

Chile — Das sozialistische Experiment

432 Seiten. Pb. 34,— DM.

Demokratie und Sozialismus in einem Entwicklungsland. Dieses Buch informiert über das interessanteste Experiment sozialen Wandels von heute. Es analysiert Voraussetzungen, Modell und Praxis der Revolution Allendes, Konflikte und Perspektiven. Eine Zwischenbilanz, die bereits die Wahlen vom März 1973 einbezieht.

Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek

Die DDR — Politik, Gesellschaft, Wirtschaft

260 Seiten. Pb. 17,80 DM.

Die DDR ist keine »Zone« mehr. Dieses Buch vermittelt auf wissenschaftlicher Grundlage das Wesentliche über das politische System und das Selbstverständnis der DDR heute — ein Beitrag zur Urteilsbildung über Deutschlands »Sozialistische Demokratie« und die »deutsche Frage«.

READER

Udo Bermbach/Franz Nuscheler (Hrsg.)

Sozialistischer Pluralismus

Texte zur Theorie und Praxis sozialistischer Gesellschaften.
452 Seiten. Pb. 32,— DM.

In diesem Reader wird erstmals die Vielfalt der gegenwärtigen Diskussion zu unterschiedlichen Organisationsentwürfen sozialistischer Gesellschaften dokumentiert.

Wolf Grabendorff (Hrsg.)

Lateinamerika — Kontinent in der Krise

Ca. 430 Seiten Pb 32,— DM.

Dieser Reader mit Beiträgen lateinamerikanischer und deutscher Sozialwissenschaftler untersucht die zentralen Entwicklungsprobleme dieses Kontinents. Die Arbeiten vermitteln einen Einblick in den internationalen Forschungsstand und in die aktuelle innerlateinamerikanische Diskussion.

Horst Holzer/Karl Steinbacher (Hrsg.)

Sprache und Gesellschaft

464 Seiten. Pb. 29,50 DM.

Die Texte dieses Readers gelten dem Verhältnis von Soziolinguistik, Gesellschaftstheorie und Bildungspolitik. Sie geben Einblick in Voraussetzungen, Implikationen und Folgen wissenschaftlicher Analysen des Zusammenhangs von Sprache und Gesellschaft.

Stephan Voets (Hrsg.)

Sozialistische Erziehung

Texte zur Theorie und Praxis.
240 Seiten. Pb. 16,80 DM.

Dieser Reader enthält Quellentexte und Beiträge zu marxistischer Erziehungstheorie und -praxis, zu ihrer Entwicklung in Geschichte und Gegenwart kapitalistischer und sozialistischer Staaten

STANDPUNKT

Axel Kuhn

Das faschistische Herrschaftssystem und die moderne Gesellschaft

157 Seiten. Pb. 10,— DM.

Ausgehend von einer Bestandsaufnahme der nunmehr fünfzigjährigen Faschismusdiskussion entwickelt der Autor eine Typologie der Faschismustheorien. Er setzt sich mit den Faschismustheorien politischer Herkunft ebenso kritisch auseinander wie mit der Totalitarismus- und Mittelstandstheorie. Dabei versucht er soziologische und psychologische Ansätze aufzugreifen und die Ergebnisse der historischen und politischen Wissenschaften zu berücksichtigen.

Wolfgang Schmidbauer

Die sogenannte Aggression

Die kulturelle Evolution und das Böse.
160 Seiten. Pb. 10,— DM.

Schmidbauer zeichnet ein Bild der modernen Aggressionsforschung von der vergleichenden Tierbeobachtung bis zu den Experimenten mit angeblichen »Aggressionszentren« im menschlichen Gehirn, von der Kulturanthropologie bis zur Psychoanalyse. Er setzt sich mit den Theorien Freuds und Adlers ebenso kritisch auseinander wie mit denen von Mitscherlich, Lorenz und Hacker.

Bodo Zeuner

Veto gegen Augstein

Der Kampf in der Spiegel-Redaktion um Mitbestimmung.
241 Seiten. Pb. 12,80 DM.

Das Buch ist ein Erfahrungsbericht. Er versucht darzustellen und zu resümieren, wie eine Gruppe von linksliberalen und sozialistischen Journalisten in einem großen kapitalistischen Pressebetrieb für Mitbestimmung und innere Pressefreiheit kämpfte, welche Fehler sie machte, welche Teilerfolge sie errang und warum sie letztlich mit ihrer Strategie gescheitert ist.

eva titel:

NEU

Studien zur Gesellschaftstheorie

Niels Beckenbach,
Hans-Joachim Braczyk,
Sebastian Herkommer, Thomas Malsch,
Rüdiger Seltz, Heiner Stück

Klassenlage und Bewußtseinsformen der technisch-wissenschaftlichen Lohnarbeiter

Zur Diskussion über die „Technische Intelligenz".
244 Seiten, kartoniert ca. 15,– DM
ISBN 3 434 20045 2
Ein Beitrag zur Klärung der Klassenlage und der Bewußtseinsformen der technisch und wissenschaftlich qualifizierten Lohnarbeiter, der von den Veränderungen in der Sozialstruktur, der Zunahme der Lohnarbeit und dem widersprüchlichen Phänomen der Verwissenschaftlichung der Produktion ausgeht.

Gregorio Bermann

Eine neue Medizin für die Massen — Sozialpsychiatrie in China

Aus dem Spanischen von Thomas Lorenzen.
Ca. 250 Seiten, kartoniert ca. 18,– DM
ISBN 3 434 20048 7
Ein Bericht, der nicht nur einzigartige Informationen über die Sozialpsychiatrie in China enthält, sondern auch durch deren Einordnung in den Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung ein überaus plastisches Bild von China nach der Revolution vermittelt.

Wolfgang Littek

Industriearbeit und Gesellschaftsstruktur

Zur Kritik der Industrie- und Betriebssoziologie.
147 Seiten, kartoniert ca. 12,– DM
ISBN 3 434 20046 0
Eine Analyse der akademischen Industrie- und Betriebssoziologie und der Nachweis, daß sie den gesellschaftlichen Bedingungen der industriellen Arbeit kaum Rechnung trägt.

Eduard Parow

Die Dialektik des symbolischen Austauschs

Versuch einer kritischen Interaktionstheorie.
Mit einem Vorwort von Klaus Dörner.
Ca. 168 Seiten, kartoniert ca. 15,– DM
ISBN 3 434 20047 9
Die sozialen Umgangsformen, die die gesellschaftlichen Normen (Leistung, Erfolg, Konkurrenz, Tausch usw.) uns auferlegen, beschneiden unsere Möglichkeiten zur Kommunikation. Eduard Parow führt diese Einengungen und Zwänge auf interne Verhaltenswidersprüche und gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse zurück und versucht, eine kritische Theorie des Rollenverhaltens und der Identitätsentwicklung in Umrissen zu entwickeln.

12/73

eva
Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt am Main

Literatur und Politik in der

Sammlung Luchterhand

Taschenbücher

Hilde Domin
Nachkrieg und Unfrieden
DM 7,80 (Bd. 7)

Georg Fülberth
Proletarische Partei und bürgerliche Literatur

Die Kulturpolitik der SPD in der Epoche der II. Internationale war durch das allgemeine politische Dilemma dieser Partei gekennzeichnet: den Versuchen, marxistische Kategorien für eine Kritik bürgerlicher ästhetischer Kultur zu entwickeln, stand eine rückhaltlose Rezeption bürgerlicher Bildungsgüter gegenüber. Die Grenzen des Marxismus der II. Internationale, vor allem die undifferenzierte Trennung von Basis und Überbau, beeinträchtigten auch die Anfänge einer marxistischen Literaturtheorie. Zugleich wurden immer wieder Forderungen nach einer spezifisch sozialistischen Literatur artikuliert, die unbeachtet blieben oder starken Widerstand hervorriefen. Die Probleme einer Übernahme bürgerlicher ästhetischer Normen durch die Sozialdemokratie, der Notwendigkeit einer „kulturellen Desintegration", das heißt die Lösung des Proletariats von der Ideologie der Bourgeoisie, sowie der Beziehungen von „klassischem Erbe" und den kulturellen Aufgaben der Arbeiterbewegung waren Gegenstand heftiger Kontroversen in der Parteipresse, auf dem Gothaer Parteitag 1896 und in der Bremer SPD 1905. Der Versuch auf Operationalisierung von Literatur für den Klassenkampf muß als Teil der allgemeineren politischen und ideologischen Situation
Sammlung Luchterhand

DM 7,80 (Bd. 60)

Max von der Grün
Menschen in Deutschland (BRD)
DM 4,80 (Bd. 94)

Helga Gallas
Marxistische Literaturtheorie
DM 9,80 (Bd. 19)

Enzensberger, Nitsche Roehler Schafhausen (Hrsg.)
Klassenbuch 1
Ein Lesebuch zu den Klassenkämpfen in Deutschland 1756-1849
DM 7,80 (Bd. 79)

Enzensberger, Nitsche Roehler Schafhausen (Hrsg.)
Klassenbuch 2
Ein Lesebuch zu den Klassenkämpfen in Deutschland 1850-1919
DM 7,80 (Bd. 80)

Enzensberger, Nitsche Roehler Schafhausen (Hrsg.)
Klassenbuch 3
Ein Lesebuch zu den Klassenkämpfen in Deutschland 1920-1971
DM 7,80 (Bd. 81)

»Kein auf Repräsentanz bedachter Entwurf, sondern eine vorläufig unersetzbare, vorbildlich angeordnete und dokumentierte Sammlung von Materialien zu einer Sozialgeschichte, die so schnell nicht geschrieben oder gar für den „Gebrauch an Schulen zugelassen" werden wird.«
Lothar Baier, WdR

Franz Jung
Der Torpedokäfer
DM 9,80 (Bd. 56)

Franz Jung
Joe Frank illustriert die Welt
Die roten Jahre 1
DM 9,80 (Bd. 89)

Franz Jung
Die Eroberung der Maschinen
Die roten Jahre 2
DM 7,80 (Bd. 96)

Heinrich Vogeler
Das Neue Leben
DM 7,80 (Bd. 103)

Mit der auf 9 Bände konzipierten umfassenden detaillierten Darstellung über die während des Faschismus im Exil entstandene deutsche Literatur wird dieses von der bundesrepublikanischen Germanistik ignorierte, literarisch wie politisch wichtige Gebiet erstmals umfassend vorgestellt.

Hans-Albert Walter
Deutsche Exilliteratur 1933-1950
Bedrohung und Verfolgung bis 1933
Band 1 DM 9,80 (Bd. 76)

Hans-Albert Walter
Deutsche Exilliteratur 1933-1950
Asylpraxis und Lebensbedingungen in Europa
Band 2 DM 9,80 (Bd. 77)

Sammlung Luchterhand

Nicos Poulantzas
Klassenkampf und Repression – Einige Hauptzüge des kapitalistischen Staates

Die Demarkationslinie zwischen dem Verhältnis des Staats zu den herrschenden Klassen und seinem Verhältnis zu den beherrschten Klassen kann einen Leitfaden bei der Untersuchung dieses Staats bilden. Der kapitalistische Staat weist die Eigentümlichkeit auf, daß die spezifisch politische Klassenherrschaft, in Form eines politischen *Verhältnisses* herrschende *Klassen*/beherrschte *Klassen*, in seinen Institutionen selbst keineswegs präsent ist. In diesen Institutionen geht alles so vor sich, als ob der Klassen»kampf« nicht existierte. Dieser Staat ist organisiert als politische Einheit einer Gesellschaft mit divergierenden ökonomischen Interessen, nicht Klasseninteressen, sondern Interessen von »Privatpersonen«, ökonomischen Subjekten: dies betrifft das Verhältnis des Staats zu der Isolierung der sozio-ökonomischen Verhältnisse, die zum Teil sein eigener Effekt ist. Aufgrund dieser Isolierung weist die politische Funktion des Staats eine charakteristische Ambivalenz auf, je nachdem, ob er es mit den herrschenden Klassen oder den beherrschten Klassen zu tun hat.

1. Im Hinblick auf die beherrschten Klassen besteht die Funktion des kapitalistischen Staats darin, ihre politische Organisierung zu verhindern, die ihre ökonomische Isolation aufheben würde, indem er sie in dieser Isolation festhält, die zum Teil durch ihn selbst bewirkt ist. Diese Funktion wird auf besondere Weise ausgeübt, die es erlaubt, diesen Staat radikal von anderen Staaten zu unterscheiden, z. B. von dem der Sklaven- oder der Feudalgesellschaft, der die politische Organisation der beherrschten Klassen dadurch festlegte, daß er schon in seinen Strukturen die Klasse der Sklaven oder der Leibeigenen durch *öffentliche Statuten* institutionell fixierte, d. h. die politische Klassenunterordnung institutionalisierte – »Kastenstaaten«. Der kapitalistische Staat hingegen hält die politische Desorganisation der beherrschten Klassen aufrecht – einerseits dank dem Isolierungseffekt, den er auf die sozio-ökonomischen Verhältnisse ausübt, andererseits dank dem Nutzen, den er aus diesem Effekt zieht, indem er sich als die Einheit des Volks-als-Nation ausgibt, das aus politischen Personen, privaten Individuen besteht. Diese Funktion wird also dadurch erfüllt, daß man den beherrschten Klassen ihren Klassencharakter verschleiert und sie, als beherrschte Klassen, zugleich in spezifischer Weise aus den staatlichen Institutionen ausschließt.

2. Im Hinblick auf die herrschenden Klassen hingegen bemüht sich der Staat ständig um ihre Organisation auf politischer Ebene, indem er ihre ökonomische Isolation aufhebt, die auch hier sein eigener Effekt wie der des Ideologischen ist.

Dieser Hauptwiderspruch des kapitalistischen Staats, »Volksstaat-Klassenstaat«, welcher der tatsächliche (Klassen-)Aspekt seines inneren Widerspruchs, »privat-öffentlich« ist, ließe sich wie folgt beschreiben: er hat die Funktion, die beherrschten Klassen politisch zu desorganisieren, während er die herrschenden Klassen politisch organisiert; die beherrschten Klassen (als Klassen) aus sich auszuschließen, während er die herrschenden Klassen (als Klassen) einschließt; sein Verhältnis zu den beherrschten Klassen als Repräsentation der Einheit des Volks-als-Nation zu bestimmen, während er sein Verhältnis zu den herrschenden Klassen als Verhältnis zu politisch organisierten Klassen bestimmt; kurz, dieser Staat existiert als Staat der herrschenden *Klassen,* gerade weil er den Klassen»kampf« aus sich ausschließt. Der Hauptwiderspruch dieses Staats besteht nicht so sehr darin, daß er sich einen Staat des ganzen Volkes »nennt«, während er doch ein Klassenstaat ist, sondern streng genommen darin, daß er sich gerade in seinen Institutionen darstellt als »Klassen«staat (Staat der herrschenden Klassen, zu deren politischer Organisation er beiträgt) einer Gesellschaft, die institutionell als nicht in Klassen geteilt fixiert ist; daß er sich darstellt als ein Staat der bürgerlichen Klasse und darunter versteht, daß das ganze »Volk« zu dieser Klasse gehört.

Der kapitalistische Staat und die Interessen der beherrschten Klassen

Dieses erste Merkmal des kapitalistischen Staats folgt in den kapitalistischen Gesellschaftsformationen aus der spezifischen Autonomie des politischen und des ökonomischen Kampfs, der politischen und der ökonomischen Macht, der politischen und der ökonomischen Klasseninteressen. Der kapitalistische Staat unter hegemonialer Klassenführung repräsentiert *unmittelbar* nicht die ökonomischen Interessen der herrschenden Klassen, sondern ihre *politischen Interessen:* er ist das Zentrum der politischen Macht der herrschenden Klasse – als Organisationsfaktor ihres politischen Kampfs. Gramsci bringt dies gut zum Ausdruck, wenn er feststellt: »Das staatliche Leben wird begriffen als ständiges sich Bilden und Überwinden unstabiler Gleichgewichtsverhältnisse... zwischen den Interessen der Hauptklasse und denen der untergeordneten Klassen. Überwiegen die Interessen der herrschenden Klasse, so nur bis zu einem gewissen Punkt, ohne den Grad des grob ökonomisch-korporativen Interesses zu erreichen.«[1] In diesem Sinn enthält der Staat in seinen Strukturen ein Spiel,

das innerhalb der Grenzen des Systems eine gewisse Garantie der ökonomischen Interessen einiger beherrschter Klassen erlaubt. Das ist sogar ein Teil seiner Funktion, insofern diese Garantie in Übereinstimmung bleibt mit der hegemonialen Vorherrschaft der herrschenden Klassen, d. h. in bezug auf diesen Staat mit der politischen Konstituierung der herrschenden Klassen als Repräsentanten eines Allgemeininteresses des Volks. Es stimmt, daß der Begriff des kapitalistischen Staats eine spezifische Funktion der *politischen Ideologie* impliziert, eine Form der Macht, die auf einem besonders organisierten und gelenkten »Konsensus« der beherrschten Klassen beruht: freilich beschränkt sich das Merkmal des kapitalistischen Staats, von dem hier die Rede ist, nicht nur auf die ideologische Normung. Der Begriff des Allgemeininteresses des »Volks«, ein ideologischer Begriff, der jedoch ein institutionelles Spiel des kapitalistischen Staates deckt, bezeichnet ein *reales Faktum:* dieser Staat erlaubt, gerade aufgrund seiner Struktur, die Garantie der ökonomischen Interessen einiger beherrschter Klassen, auch wenn sie möglicherweise kurzfristig den ökonomischen Interessen der herrschenden Klassen zuwiderlaufen, jedoch mit ihren politischen Interessen, mit ihrer hegemonialen Vorherrschaft vereinbar sind.

Das führt uns zu einer simplen Schlußfolgerung, die nicht oft genug wiederholt werden kann. Diese Garantie der ökonomischen Interessen einiger beherrschter Klassen seitens des kapitalistischen Staats kann nicht als Begrenzung der *politischen Macht* der herrschenden Klassen aufgefaßt werden. Es stimmt zwar, daß sie dem Staat *durch den politischen und ökonomischen Kampf der beherrschten Klassen* aufgezwungen wird: doch dies bedeutet lediglich, daß der Staat kein Klassenwerkzeug, sondern der Staat einer Klassengesellschaft ist. Der Klassenkampf in den kapitalistischen Formationen impliziert, daß diese staatliche Garantie der ökonomischen Interessen einiger beherrschter Klassen innerhalb der Grenzen, die der Staat dem Kampf unter hegemonialer Klassenführung aufzwingt, *als Möglichkeit* besteht. Diese Garantie bezweckt gerade die politische Desorganisierung der beherrschten Klassen, sie ist zuweilen das für die Hegemonie der herrschenden Klassen unabdingbare Mittel in einer Gesellschaft, in der der eigentlich politische Kampf der beherrschten Klassen möglich ist. Anders gesagt, je nach der konkreten Lage läßt sich immer eine *Demarkationslinie* ziehen, diesseits derer diese Garantie der ökonomischen Interessen beherrschter Klassen seitens des kapitalistischen Staats das politische Verhältnis der Klassenherrschaft nicht nur nicht unmittelbar in Frage stellt, sondern sogar ein Element dieses Verhältnisses bildet.

Es ist dies in Wahrheit ein *besonderes* Merkmal des kapitalistischen Staats, aufgrund der spezifischen Autonomie des politischen Überbaus und der ökonomischen Instanz, der politischen und der ökonomischen Macht. In

den »früheren« Gesellschaftsformationen, in denen das Verhältnis der Instanzen keine solche Form annahm, war eine »ökonomische« Forderung seitens der beherrschten Klassen – z. B. die Abschaffung eines Status, einer Auflage oder eines Privilegs – meist eine politische Forderung, welche das System der »Obrigkeit« selbst betraf: Rosa Luxemburg hat zu Recht bemerkt, daß der ökonomische Kampf gewissermaßen ein unmittelbar politischer Kampf war, je nach dem Inhalt dieser Begriffe in diesen Formationen.[2] Diese Forderungen der beherrschten Klassen konnten nur in dem geringen Ausmaß befriedigt werden, in dem sie mit den ökonomisch-politischen Interessen der herrschenden Klassen vereinbar waren, die Macht des Staats nicht in Frage stellten. Im Fall des kapitalistischen Staats kann die Autonomie des Politischen gestatten, die ökonomischen Interessen einiger beherrschter Klassen zu befriedigen, indem er eventuell die ökonomische Macht der herrschenden Klassen einschränkt und notfalls ihre Fähigkeit bremst, ihre ökonomischen Interessen kurzfristig zu realisieren, allerdings unter der einen Bedingung – die im Fall des kapitalistischen Staats *möglich* geworden ist –, daß ihre politische Macht und der Staatsapparat intakt bleiben. So repräsentiert in jeder konkreten Lage die autonom gewordene politische Macht der herrschenden Klassen in ihren Beziehungen zum kapitalistischen Staat *eine Grenze, diesseits derer eine Einschränkung der ökonomischen Macht dieser Klassen jene nicht berührt.*

Das dem kapitalistischen Staat eigentümliche Merkmal, das Allgemeininteresse einer national-populären Gesamtheit zu repräsentieren, ist somit keine bloße verlogene Mystifikation, insofern dieser Staat in der Tat, diesseits der genannten Grenzen, einige ökonomische Interessen einiger beherrschter Klassen befriedigen kann; mehr noch: er kann dies tun, ohne daß die politische Macht davon betroffen würde. Im übrigen liegt es auf der Hand, daß sich diese Grenze der hegemonialen Vorherrschaft nicht ein für allemal ziehen läßt: sie hängt ab sowohl vom Verhältnis der kämpfenden Kräfte wie von den Staatsformen, der Aufteilung der staatlichen Funktionen, den Beziehungen zwischen ökonomischer und politischer Macht, dem Funktionieren des Staatsapparates.

Die politische Macht scheint also in diesem Staat auf einem *unstabilen Gleichgewicht des Kompromisses* zu beruhen. Präzisieren wir:

1. *Kompromiß* in dem Maße, in dem diese Macht, die einer hegemonialen Klassenherrschaft entspricht, den ökonomischen Interessen einiger beherrschter Klassen Rechnung tragen kann, die möglicherweise dem kurzfristigen ökonomischen Interesse der herrschenden Klasse zuwiderlaufen, ohne daß dies die politischen Interessen tangiert;
2. *Gleichgewicht* in dem Maße, in dem diese ökonomischen »Opfer«, die

durchaus real sind und damit erst das Gleichgewicht schaffen, als solche nicht die politische Macht in Frage stellen, die gerade die Grenzen dieses Gleichgewichts festsetzt;
3. *Unstabil* in dem Maße, in dem diese Grenzen des Gleichgewichts durch die politische Lage festgesetzt sind.
Somit wird deutlich, daß dieses Gleichgewicht, nach dem Bild der Waage, in keiner Weise irgendeine *Äquivalenz* der Macht zwischen den bestehenden Kräften anzeigt: man darf diese Bedeutung des Gleichgewichts nicht mit derjenigen verwechseln, die Marx und Engels ihm geben, wenn sie von der Autonomie des Staats in solchen Fällen sprechen, wo die Klassen im politischen Kampf oder im Verhältnis des politischen Kampfs zum ökonomischen Kampf im Begriff sind, sich die Waage zu halten. Das Gleichgewicht, von dem hier die Rede ist, verweist auf die Komplexität und die Verschiebung der Machtverhältnisse im Rahmen des kapitalistischen Staats, auf die Kräfteverhältnisse des ökonomischen Kampfs innerhalb der Grenzen, welche die politische Macht festsetzt. In diesem Sinne sagt Gramsci: »Die Tatsache der Hegemonie setzt ohne Zweifel voraus, daß den Interessen und Tendenzen der Klassen, über welche die Hegemonie ausgeübt wird, Rechnung getragen wird; daß ein gewisses Gleichgewicht des Kompromisses entsteht und die Führungsgruppe Opfer ökonomisch-korporativer Natur bringt. Aber zweifellos berühren dergleichen Opfer und Kompromisse nicht das Wesentliche . . .«[3]
Ein *doppeltes* Merkmal also des kapitalistischen Staats: einerseits impliziert seine Autonomie gegenüber dem Ökonomischen je nach dem konkreten Kräfteverhältnis die Möglichkeit einer »sozialen« Politik, die Möglichkeit ökonomischer Opfer zugunsten einiger beherrschter Klassen; andererseits ermöglicht es gerade diese Autonomie der institutionalisierten politischen Macht, die ökonomische Macht der herrschenden Klassen zu beschneiden, ohne jemals ihre politische Macht zu bedrohen. Darin liegt z. B. das ganze Problem des sogenannten *Wohlfahrtsstaats*, der in Wahrheit nur ein Terminus ist, der die Form der »Sozialpolitik« eines kapitalistischen Staats im Stadium des staatsmonopolistischen Kapitalismus verschleiert. Die politische Strategie der Arbeiterklasse hängt in jeder konkreten Situation von der adäquaten Interpretation dieser Grenze ab, die das Gleichgewicht der Kompromisse fixiert und die Demarkationslinie zwischen der ökonomischen und der politischen Macht bildet.
Diese »Sozialpolitik« des kapitalistischen Staats ist als Hohlform bereits im *Kapital* vorgezeichnet, insbesondere in den Texten des ersten Buchs über die *Fabrikgesetzgebung*, wiewohl es sich in diesem Fall nur um unechte Opfer handelt, die in Wahrheit dem ökonomischen Interesse des Kapitals entsprechen.[4] Deutlicher dargestellt ist sie in den *Klassenkämpfen in Frankreich* anläßlich der Februarrepublik, einem historischen Beispiel

des kapitalistischen Staats, der hier als »Republik, umgeben von sozialen Institutionen« auftreten mußte, sowie im *Achtzehnten Brumaire* bezüglich des »Sozialcäsarismus« von Louis Bonaparte. Im übrigen liegt es auf der Hand, daß diese »Sozialpolitik« des Staats nichs mit einer *Intervention* des Staats in die Produktionsverhältnisse im strengen Sinn zu tun hat – das ist ein ganz anderes Problem; was ich hier meine ist dies, daß der Typus des kapitalistischen Staates, wie er sich im *Kapital* abzeichnet, die innerhalb der Grenzen seiner Strukturen bestehende Möglichkeit einer »Sozialpolitik« impliziert, deren Verwirklichung und Modalitäten selbstverständlich von dem konkreten Kräfteverhältnis im Klassenkampf abhängen. So kann diese »Sozialpolitik«, auch wenn sie eventuell reale ökonomische Opfer bedeutet, die den herrschenden Klassen *durch den Kampf der beherrschten Klassen auferlegt* werden, in keinem Fall, insofern sie innerhalb dieser *Grenzen* wirkt, die Strukturen des kapitalistischen Staatstypus in Frage stellen.

Der kapitalistische Staat und die Gewalt

Die besondere Funktion des kapitalistischen Staats erlaubt es auch, das Funktionieren der »Stärke«, der »Repression« oder der »Gewalt« im Rahmen dieses Staats zu bestimmen. In der Tat läßt sich der Staat keineswegs auf einen Gewaltapparat oder ein Gewaltinstrument in den Händen der herrschenden Klasse reduzieren. Dieses Element der Gewalt erscheint als ein *allgemeines* Merkmal des Funktionierens des Klassenstaats. Dennoch ist es sinnlos, auf der Tatsache zu insistieren, daß die Institutionen der Klassenherrschaft, weit entfernt, von irgendeinem Kräfteverhältnis, einer psychosozialen Konstellation abgeleitet zu sein, diejenigen sind, die dieser Repressionsgewalt ihr konkretes Funktionieren in einer bestimmten Formation zuweisen.
Was ist nun unter Repressionsgewalt zu verstehen, diesem reichlich vagen Begriff, der nur dann nützlich sein kann, wenn man ihn spezifiziert? *Er bezeichnet in Wahrheit das Funktionieren bestimmter Institutionen organisierter physischer Repression wie der Armee, der Polizei, des Strafvollzugssystems* usw. Diese gesellschaftlich organisierte Repression ist eines der Merkmale *jedes Machtverhältnisses*. Der Begriff der Stärke läßt sich somit weder theoretisch von den Machtverhältnissen isolieren – z. B. unter dem Begriff der *Mächtigkeit* – noch in der Weise ausdehnen, daß er allgemein – z. B. unter dem Begriff der *Gewalt* – die Positionen der Herrschaft und der Unterordnung bezeichnet, welche die gesellschaftlichen Klassen in den Verhältnissen der Klassenherrschaft einnehmen.
Es ist also wichtig, das konkrete Funktionieren der organisierten physi-

schen Repression im Fall desjenigen Staates zu erfassen, der einer hegemonialen Klassenherrschaft entspricht. Gramsci hat auf das Problem hingewiesen; er betrachtet dieses Funktionieren als einen »mit Waffen erzwungenen Konsensus« und sieht in der Hegemonie – dem Konsensus über die »Führung« des Staats – ein »Komplement« des Gewaltstaats, weil der Hegemoniebegriff bei ihm fälschlich die Strukturen des Staats mit umfaßt. Diese Bemerkungen stecken eine Frage ab, ohne im entferntesten eine Antwort anzudeuten: in Wahrheit ist dieser »mit Waffen erzwungene Konsensus« ein allgemeines Merkmal von Machtverhältnissen. Aufgrund der Stellung des Staats in einer Gesellschaftsformation – ideologische Funktion usw. – weisen die politischen Herrschaftsverhältnisse den Charakter der Legitimität auf, der gerade das Funktionieren der organisierten physischen Repression erlaubt. Was man häufig als *Polizeistaat* bezeichnet und was unter bestimmten Umständen eine besonders intensive Aktion der repressiven Institution anzeigt, ist in Wahrheit kein Herrschaftstypus, der sich von demjenigen unterscheidet, welcher der hegemonialen Klassenherrschaft entspricht: wenn eine solche Aktion in diesem Rahmen auftritt, bezieht sie sich auf sein historisch determiniertes Funktionieren ...

Die wissenschaftliche Untersuchung des kapitalistischen Staats kann den Platz bezeichnen, den jenes »Gewalt«element einnimmt, spezifiziert als organisierte physische Repression. In dieser Hinsicht besteht das charakteristische Merkmal dieses Staats darin, *daß er das Monopol der organisierten physischen Repression innehat,* und zwar im Unterschied zu anderen Gesellschaftsformationen, in denen Institutionen wie die Kirche, die Feudalmacht usw. parallel zum Staat das Privileg ihrer Ausübung besaßen. Die organisierte physische Repression nimmt somit einen eigentlich politischen Charakter an. Sie wird zum alleinigen Privileg der politischen Macht, ihre Legitimität hat von nun an Teil an der des Staats: sie zeigt sich als eine »konstitutionalisierte Gewalt« und untersteht der normativen Reglementierung des »Rechtsstaats«. In diesem Sinne besitzt der kapitalistische Staat das Monopol der *legitimen* Gewalt, unter Berücksichtigung der Veränderungen der Legitimität.[5]
Diese Konzentration der Gewalt in den Händen des Staats scheint somit der Autonomie der Instanzen in der kapitalistischen Produktionsweise zu entsprechen sowie der Tatsache, daß den politischen Institutionen des Staats ein öffentlicher Charakter und den Institutionen, die diese Gewalt in anderen Formationen ausüben, vom Staat selbst ein privater Charakter zugeschrieben wird. Die Ausübung der physischen Repression ist von nun an dadurch legitimiert, daß sie als dem Allgemeininteresse des Volks-als-Nation entsprechend dargestellt wird: die Legitimität bezieht sich hier ausschließlich auf den Staat. Die repressive Organisation soll der

Kontrolle der öffentlichen Meinung unterstehen – siehe z. B. die Institution der Schwurgerichte usw. –, und es ist kein Zufall, daß die ersten theoretischen Abhandlungen über die Organisation der Polizei eben diejenigen sind, welche den Begriff des »Rechtsstaats« prägen.[6] Kurz, im kapitalistischen Staat erscheint die organisierte physische Repression, wie Marx sagte, in »nacktem« Zustand, insofern sie einerseits ihrer außerpolitischen Rechtfertigung beraubt und andererseits in die Institutionen des Klassenvolksstaats eingebettet ist.

Und daß der kapitalistische Staat das legitime Monopol der organisierten physischen Repression innehat, scheint auch mit der spezifischen Autonomie der Instanzen verbunden zu sein, dem Charakteristikum einer von der kapitalistischen Produktionsweise beherrschten Formation, die dem Staat seinen Platz zuweist. Mehr noch: dieses Charakteristikum des kapitalistischen Staats ist *im Funktionieren der kapitalistischen Produktionsweise, so wie sie Marx* im Kapital *beschreibt, selbst impliziert.* Ich sage impliziert, denn auch dieses Charakteristikum des Staats ist darin als Hohlform vorgezeichnet. Das Funktionieren dieser »reinen« Produktionsweise scheint nur in dem Maße möglich, in dem die organisierte physische Repression nicht unmittelbar von den Agenten im Bereich der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse ausgeübt wird, sondern dem Staat vorbehalten ist. Hauptsächlich diesen Sinn haben die Analysen von Marx über die kapitalistische Produktionsweise – insbesondere die »Abwesenheit von *Gewalt*« in der Ökonomie dieser Produktionsweise – und nicht, wie man oft glaubte, den Sinn einer Nichteinmischung der staatlichen Repression in die *gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse* dieser Produktionsweise, einer Repression, die in Wahrheit ständig darin präsent ist und die wiederum nicht mit der Einmischung oder Nichteinmischung des Staats in *die Struktur der Produktionsverhältnisse* verwechselt werden darf. Dieses Merkmal des kapitalistischen Staats deutet somit nicht an sich auf irgendeine Verringerung der Repression, sondern auf das reale und bedeutsame Faktum, daß der Staat bei der monopolistischen Ausübung dieser Repression ständig versucht, sie als dem Allgemeininteresse des Volks konform darzustellen. Und zwar insofern sie in den verfassungsmäßigen und rechtlichen Grenzen im modernen Sinn des Worts ausgeübt wird, was übrigens oft auch geschieht.

Aus dem Französischen von Eva Moldenhauer

Anmerkungen

1 Antonio Gramsci, *Philosophie der Praxis. Eine Auswahl*, Frankfurt 1967, S. 328.
2 Rosa Luxemburg, »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften«, in: *Ausgewählte Reden und Schriften*, Berlin 1951, S. 202.
3 A.a.O., S. 311.
4 Vgl. zu diesem Punkt Paul M. Sweezy, *Theorie der kapitalistischen Entwicklung*, Köln 1959, S. 277 f.
5 Somit kann man unbedingt der These Max Webers zustimmen, der zufolge der Staat unter anderem dadurch charakterisiert ist, daß er das Monopol der legitimen Gewalt innehat, insofern man ihr als Objekt den *kapitalistischen Staat* zuweist.
6 Insbesondere das 1832 erschienene Buch von R. v. Mohl mit dem nachdenklich stimmenden Titel: *Polizeiwissenschaft nach den Grundsätzen des Rechtsstaats*.

Achten Sie auf Reihe Hanser

Elias Canetti,
Die gespaltene Zukunft
Aufsätze und Gespräche.
Band 111. 144 Seiten.
7.80 DM.

Dietger Pforte/Olaf Schwencke (Hrsg.),
Ansichten einer künftigen Futurologie
Zukunftsforschung in der zweiten Phase. Band 112.
244 Seiten. 9.80 DM.

Walter Kempowski,
Haben Sie Hitler gesehen?
Deutsche Antworten.
Nachwort von Sebastian Haffner. Band 113. Etwa
112 Seiten. 6.80 DM.

Hans Günther (Hrsg.),
Marxismus und Formalismus
Dokumente einer literaturtheoretischen Kontroverse.
Aus dem Russischen
von Karla Hielscher u.a.
Band 115. Etwa 176 Seiten.
11.80 DM.

Günter Bruno Fuchs,
Reiseplan für Westberliner anläßlich einer Reise nach Moskau und zurück
Handbuch für Einwohner
Nr. 2. Band 114. Etwa
144 Seiten. 7.80 DM.

Leo Kofler,
Aggression und Gewissen
Grundlegung einer anthropologischen Erkenntnistheorie. Band 116.
208 Seiten.
9.80 DM.

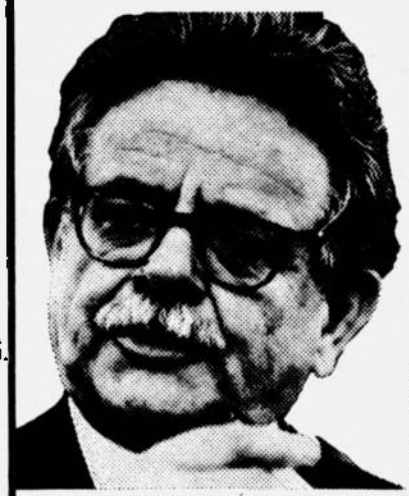
Eine andere Verteidigung?
Alternativen zur atomaren Abschreckung. Aus der Arbeit der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler.
Band 118. Etwa 128 Seiten.
6.80 DM.

Jürgen Kolbe (Hrsg.),
Neue Ansichten einer künftigen Germanistik
Band 122. Etwa 256 Seiten.
Ca. 9.80 DM.

Tadeusz Rózewicz,
Der Tod in der alten Dekoration
Erzählung. Aus dem Polnischen von Peter Lachmann. Band 117. Etwa
136 Seiten. 9.80 DM.

Helmut Eisendle,
Handbuch zum ordentlichen Leben
Oder: Ein Testinstrument zur Prüfung der Anpassung an das Durchschnittsidealverhalten. Band 119.
Etwa 136 Seiten.
7.80 DM.

Karl Heinz Bohrer,
Der Lauf des Freitag
Die lädierte Utopie und die Dichter. Eine Analyse.
Band 123. Etwa 128 Seiten.
Ca. 6.80 DM.



Elias Canetti,
Masse und Macht
Band 124/125. Je Band
etwa 288 Seiten.
Je Band 8.80 DM.

REIHE HANSER KOMMUNIKATIONSFORSCHUNG

Helmut H. Diederichs,
Konzentration in den Massenmedien
Systematischer Überblick zur Situation in der BRD.
Band 120. Etwa 262 Seiten.
14.80 DM.

Karl Held,
Kommunikationsforschung – Wissenschaft oder Ideologie?
Materialien zur Kritik einer neuen Wissenschaft.
Band 121. Etwa 192 Seiten.
Ca. 8.80 DM.

Brigitte Heinrich
Intervention und Integration
Zum Verhältnis von Staat und Ökonomie im Spätkapitalismus

Die Diskussion des Staatsinterventionismus geht zurück auf die dreißiger Jahre, auf die im Anschluß an den »schwarzen Freitag« an der Wallstreet ausgebrochene Krise, die sich in alle kapitalistischen Länder ausbreitete und von der viele Marxisten den automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus erwartet hatten. Friedrich Pollock schrieb damals: »Was zu Ende geht, ist nicht der Kapitalismus, sondern nur seine liberale Phase«.[1] »Ein unabweisbarer Zwang, ihn durch ein anderes Wirtschaftssystem zu ersetzen, besteht rein wirtschaftlich nicht.«[2] Allgemeiner formulierte dies Henryk Grossmann einige Jahre später: »Kein ökonomisches System«, erklärte er, »wie schwach es auch immer sein mag, bricht ›automatisch‹ zusammen; es muß gestürzt werden.«[3]

1. Lehren aus der »großen Krise«

Die Weltwirtschaftskrise hatte mit aller Deutlichkeit offenbart, daß der marktwirtschaftlich organisierte Kapitalismus nicht mehr über die Selbstheilungskräfte verfügte, die die vorangegangenen »konjunkturellen Rückschläge« als bloße Unterbrechungen der Prosperität oder als notwendige Weichen für »gleichgewichtige Wachstumsprozesse« erscheinen ließen. Die rasche Entwicklung des Kapitalismus hatte zur ungeheuren Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Produktivität geführt, neue Industriezweige waren entstanden und hatten neue Bedürfnisse geschaffen. Gleichzeitig machten sich die Wandlungen bemerkbar, die sich innerhalb der Grundstruktur kapitalistischer Warenproduktion vollzogen hatten und die in dieser selbst angelegt sind. Die Konzentration des Kapitals ersetzte die Konkurrenz der Privatunternehmer durch oligopolistische und monopolistische Formen des Wettbewerbs. Auch innerhalb des industriellen Produktionsprozesses selbst hatte sich eine Anzahl qualitativer Veränderungen, wie Automatisierung, Arbeitszerlegung, Normung und Standardisierung etc., durchgesetzt. Die gesamte Entwicklung stand darüber hinaus im Zeichen sich verschärfender Klassenkämpfe zwischen Kapital und Arbeit und des Zusammenschlusses der Lohnabhängigen zu politischen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen. Die in der Krise riesenhaft

angewachsene Massenarbeitslosigkeit, verbunden mit steigender Unterauslastung der Produktionsanlagen, Überkapitalisation, Inflation, der Ruin breiter Teile der gesellschaftlichen Mittelschichten, der Zusammenbruch des Goldstandards und schließlich das Ausbleiben des spontanen, endogenen Wiederaufschwungs – dies waren Anzeichen einer tiefgreifenden und überzyklischen Systemkrise, die in den dreißiger Jahren die düstere Perspektive einer säkularen Inflation eröffneten. Diese Krise des Kapitalismus verlangte nach Erklärung und Abhilfe.

In der Krise kulminierte der alle kapitalistische Produktion auszeichnende Widerspruch, daß einerseits durch den gesellschaftlichen Charakter der Produktionsweise alle Produzenten in einen tendenziell weltweiten arbeitsteiligen Zusammenhang einbezogen werden, der die Entfaltung der Produktivkräfte und des gesellschaftlichen Reichtums ermöglicht, daß andererseits die private Aneignungsweise dominiert und die Produzenten von der Fülle des gesellschaftlichen Reichtums ausschließt. Infolgedessen bleibt die Konsumfähigkeit der Massen immer hinter den technischen Möglichkeiten der Produktion zurück, das Kapital wächst sehr viel schneller als die Möglichkeiten seiner Verwertung. Infolge technischen Fortschritts und künstlich geschaffener Bedürfnisse strebte das akkumulationsbereite Kapital seine Schranken zu überwinden, durch Expansion über den heimischen Markt hinaus und durch Erschließung fremder Länder mit neuen Betätigungsfeldern, die von der Massenkonsumkraft des Binnenmarktes unabhängig sein sollten. Der Hunger nach Verwertungsmöglichkeiten »jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel ... (Sie) hat durch die Exploitation des Weltmarktes die Produktion und die Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet.«[5] Grundlage dieser Expansion waren Extraprofite in den nicht-kapitalistisch entwickelten Ländern und im auswärtigen Handel, die Überproduktion in den Industrieländern, in denen profitable Anlagemöglichkeiten sich tendenziell zu verringern schienen. Mit dem Ausbau der Kriegsindustrie wurde die militärische Zwangsgewalt des Staates erstmals in doppeltem Sinn in den Dienst ökonomischer Notwendigkeiten gestellt – als neues Betätigungsfeld für akkumulationsbereites Kapital und als Mittel zur Absicherung kapitalistisch-imperialistischer Interessen.

Die Weltwirtschaftskrise löste nicht nur eine radikale Wandlung innerhalb der Wirtschaftspolitik der Industriestaaten aus, die im New Deal Roosevelts ihre erste praktische Anwendung fand und die sich in umfangreichen Strukturwandlungen des Kapitals fortsetzte. Sie hat auch die Krisen- und staatstheoretische Diskussion neu belebt und die Frage nach den Möglichkeiten der Regelung von Produktion auf der Basis der bestehenden Wirtschaftsordnung gestellt. Friedrich Pollock wies damals darauf hin, »daß diese Krise mit kapitalistischen Mitteln überwunden werden kann und daß

der ›monopolistische‹ Kapitalismus auf zunächst unabsehbare Zeit weiter zu existieren vermag«.[4] Der Ausblick auf den circulus vitiosus einer sich rapide verschärfenden Depression ließ kontinuierliche Staatseingriffe als einzige Möglichkeit zur Stabilisierung des Gesamtsystems erscheinen. John Maynard Keynes gab durch die Entwicklung einer Krisenökonomie der bis dahin tastenden Praxis staatlicher Konjunkturpolitik ein Konzept, das die kapitalistische Produktionsweise nicht ernstlich angriff, sondern vielmehr absicherte und die Fortsetzung des Wirtschaftsprozesses unter den Bedingungen weiter zunehmender Vermachtung ermöglichen sollte. Dem Staat fiel nach Keynes die Aufgabe zu, Einkommen umzuverteilen, um die Konsumentennachfrage zu stärken, den Zinsfuß niedrig zu halten, um Kreditaufnahmen zu verbilligen, und neue Anlässe für Investitionen zu schaffen. Durch mittels »deficit spending« finanzierte Staatskäufe sollten gegebenenfalls private »Investitionslücken«, Folge unkalkulierbarer Profitrisiken bei tendenziell sinkenden Kapitalprofiten, ausgefüllt werden, durch staatliche Geld-, Steuer- und Ausgabenpolitik sollte der krisenanfällige Investitionsgütersektor zentraler Lenkung unterworfen und so die Kapitalverwertung aus ihrer Abhängigkeit von Masseneinkommen und Massenkonsum gelöst werden.

2. *Wandlungen in der Rolle der Staatsbürokratie*

Während der halbfeudale, absolutistische Staat bei der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals eine aktive Rolle gespielt hatte, waren nach der Eroberung der politischen Macht durch die Industriebourgeoisie die staatlichen Interventionen in ihrem Umfang abgebaut und die Staatsgewalt auf ihre technischen Funktionen reduziert worden. D. h. in der Phase des Konkurrenzkapitalismus des 19. Jahrhunderts war der Staat festgelegt durch die objektiven Zwänge entwickelter kapitalistischer Warenproduktion im Hinblick auf die ökonomischen Erfordernisse der Produktion selbst sowie deren ideologische Begründung, den »freien« und »gerechten« Tausch. Der Staat beschränkte sich also auf die Funktion allgemeiner Ordnungsgarantien (Militär, Justiz, Polizei) und schuf so auf der Basis strikt neutraler Finanzpolitik die Bedingungen für private Kapitalakkumulation.

Im Unterschied zu allen vorkapitalistischen Klassengesellschaften waren die bestandssichernden Rechtfertigungsmuster in der gesellschaftlichen Grundstruktur des Konkurrenzkapitalismus selbst verankert. Der Äquivalententausch räumte allen Warenbesitzern scheinbar gleiche Chancen ein und legitimierte damit zugleich die faktische Ungleichheit, die Abhängigkeit und die in ihr enthaltenen ökonomischen Zwänge, die sich im

Gefolge und auf der Basis der Trennung der Produzenten von den materiellen Bedingungen der Produktion nicht nur reproduzierten, sondern sich in eklatanter Weise verschärfen sollten. Die Bourgeoisie des klassischen, gefestigten Kapitalismus konnte wegen eben dieser Verinnerlichung der Tauschverhältnisse auf den direkten Gebrauch der Staatsgewalt weitgehend verzichten und seine Funktion auf ein Minimum an Sicherheits- und Infrastrukturaufgaben reduzieren. Der Staat in den klassischen Ländern uneingeschränkter bürgerlicher Herrschaft war der »schwache Staat«.[6] Obwohl eine im heutigen Sinne ökonomisch-interventionistische Politik seitens des Staates nicht stattfand, war jedoch der liberale Staat politisch durchaus nicht immer als »Nachtwächterstaat« zu bezeichnen. »Der liberale Staat war immer so stark, wie die politische und soziale Situation und die bürgerlichen Interessen es erforderten. Er führte Kriege und schlug Streiks nieder, er schützte seine Investitionen mit starken Flotten, er verteidigte und erweiterte seine Grenzen mit starken Heeren, er stellte mit der Polizei ›Ruhe und Ordnung‹ her. Er war stark genau in den Sphären, in denen er stark sein mußte.«[7] Besonders dadurch, daß es der Arbeiterklasse gelang, ihre ökonomische Depravierung politisch umzusetzen, wurde der Staat zu immer stärkeren Interventionen gezwungen. Diese Interventionen hatten selbst dann, wenn sie gegen herrschende Interessen durchgesetzt werden mußten, in der Regel stabilisierende Folgen.[8]

Während nun in den vorkapitalistischen Gesellschaften der Vergangenheit ebenso wie in zahlreichen frühkapitalistischen Systemen der Gegenwart mächtigen Staatsbürokratien die Funktion zufällt, die Bourgeoisie zu stärken, Bedingungen für kapitalistisches Wachstum herzustellen und die Industrialisierung durch staatliche Initiativen voranzutreiben, hat der planmäßige Einsatz des Staatsinterventionismus in spätkapitalistisch-imperialistischen Systemen gänzlich andere Funktion, nämlich die, »einen Kapitalismus, der vom Stadium der Reife in das des Zerfalls eingetreten ist, am Leben zu erhalten und ihm noch ein gewisses Wachstum zu sichern«.[9] Dabei geht es nicht um die Verstaatlichung der Produktion, sondern um die staatliche Lenkung des Privatkapitalismus und um die Mobilisierung politisch-administrativer Schutzgarantien für die expansivsten Industriezweige bei Erweiterung ihres Exploitationsfeldes. Damit hat sich die Rolle der Staatsbürokratie innerhalb des kapitalistischen Reproduktionsprozesses ähnlich fundamental gewandelt wie die Grundstruktur kapitalistischer Warenproduktion.

Dabei erlangte der gesamte Entwicklungsprozeß immer mehr politischen Charakter. Nicht nur hatte der historische Bruch von 1917 zu einer entscheidenden Veränderung innerhalb der Weltwirtschaft geführt, indem die Sowjetunion aus dem imperialistischen Block ausgebrochen war und

den lohnabhängigen Massen in den Industrieländern wie in den frühkapitalistischen Entwicklungsgesellschaften der sogenannten Dritten Welt die Denkbarkeit einer Alternative zur kapitalistischen Ausbeutung und imperialistischen Herrschaft demonstrierte; durch die Weltwirtschaftskrise waren darüberhinaus eine ganze Anzahl von Ländern an den Rand der Revolution gedrängt worden. Damit wurden die Schwierigkeiten der Konsolidierung überholter Herrschaftsstrukturen durch den rein ökonomischen Automatismus zunehmend mit dem Emanzipationsinteresse der lohnabhängigen Bevölkerung und dem Auftreten der Arbeiterklasse als selbständiger politischer Kraft verknüpft. Deshalb ist es nicht zufällig, daß für Lukács 1923 die Katastrophentheorie der Gesellschaft der dauernde Anstoß für den proletarischen Erkenntnisprozeß ist: »Das Proletariat ist... zugleich Produkt der permanenten Krise des Kapitalismus und Vollstrecker jener Tendenzen, die den Kapitalismus zur Krise treiben.«[10]

3. Interpretationen zum Wesen des Staates

Dieses politische Element machte eine ebenso politische Reaktion von seiten des Kapitals notwendig. Durch bloßen Rückgriff auf die Orthodoxie, bei dem nicht die entscheidende Rolle dieses politischen Faktors ins Zentrum gerückt wird, kann man die neuen Probleme und die morphologische Neuheit der internationalen Situation nicht in den Griff bekommen.

Lenin hatte den Staat als Konsequenz der »Teilung der Gesellschaft in Klassen«[11] und als »Maschine zur Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Klasse über eine andere«[12] charakterisiert und gefolgert, daß unabhängig von den verschiedenen Regierungsformen in der historischen Praxis das Wesen des Staates das gleiche bleibe: »Die Form der Herrschaft des Staates kann verschieden sein: Das Kapital äußert seine Macht auf die eine Weise dort, wo die eine Form, und auf eine andere Weise, wo eine andere Form besteht, aber dem Wesen nach bleibt die Macht in den Händen des Kapitals, gleichviel, ob es ein Zensuswahlrecht gibt oder ein anderes, ob es sich um eine demokratische Republik handelt; ja, je demokratischer sie ist, um so brutaler, zynischer ist die Herrschaft des Kapitalismus.«[13] Die These vom Klassencharakter des kapitalistischen Staates ist der Kern der marxistischen Staatstheorien: »Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet«.[14] Selbst wenn man in diese Bestimmung des *Kommunistischen Manifests* die Unterscheidung von kurz- und langfristigen Kapitalinteressen und die zwischen einzelnen Kapitalfraktionen einbezieht, um die Basis für eine differenziertere Theorie des spätkapitalistischen Staates

zu schaffen, muß man bedenken, daß diese traditionelle marxistische Auffassung an die historischen und kategorialen Voraussetzungen des Konkurrenzkapitalismus geknüpft war. Was Marx und Engels für ihre Zeit beschrieben haben, überträgt nun aber das Autorenkollektiv des Instituts für Gesellschaftswissenschaften des ZK der SED fast bruchlos auf die viel komplexere Wirklichkeit spätkapitalistischer Gesellschaften – »Das entscheidende Instrument, mittels dessen die ökonomisch herrschende Klasse auch die politische Herrschaft ausübt, ist der Staat.«[15] – und übersieht dabei die Grenzen administrativer Planung im Spätkapitalismus. Bezogen auf den Einzelfall liest sich das so: »In der BRD stellt der Staat als Instrument der ›mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse . . .‹ seinem Klasseninteresse nach die Diktatur der Monopolbourgeoisie dar.«[16]
Niemand bestreitet, daß einzelne Kapitalisten, Kapitalfraktionen, beziehungsweise die Klasse der Kapitalbesitzer insgesamt infolge ihrer ökonomischen Macht und auch im Zuge der personellen Verflechtung von Wirtschaftsunternehmen und staatlichen Institutionen Einfluß auf staatliche Entscheidungen ausüben können. Jener Ansatz jedoch reduziert die umfassenden und in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen wirksamen Herrschaftsmechanismen und die Vielfalt staatlicher Funktionsbereiche auf »ein einfaches – durch die herrschende Klasse nach Belieben zu manipulierendes – Werkzeug oder Instrument«.[17] Statt dessen wäre der Klassencharakter des bürgerlichen Staates auf die Formbestimmung kapitalistischer Warenproduktion zurückzuführen, die sich in der Objektivierung und Mystifikation aller gesellschaftlichen Verhältnisse äußert, und die Frage zu stellen, inwieweit der in den Reproduktionsprozeß einbezogene Staat die Determinanten des Verwertungsprozesses selbst verändert hat.

Die ökonomischen Grundlagen der Entwicklung zur Theorie und Praxis des Staatsinterventionismus wie auch des autoritären und totalitären Staates liegen im wesentlichen auf der Linie der Wandlung der kapitalistischen Gesellschaft, die von dem auf der freien Konkurrenz der selbständigen Einzelunternehmer aufgebauten Handels- und Industriekapitalismus zum modernen Kapitalismus der Oligopole führt, in dem die veränderten Produktionsbedingungen eine alle Macht mobilisierende Staatsgewalt erfordern. Der »starke Staat« läßt die Grundstruktur des Liberalismus, dessen ökonomischer Träger der Einzelkapitalist war und als dessen Fundament die freie Verfügung des Privatunternehmers über die Produktionsmittel und die staatlich-rechtlich garantierte Sicherheit dieser Verfügung angesehen wurde, weitgehend unangetastet.[18]
Man könnte den Staat charakterisieren als Produkt der »Verselbständigung gewisser Überbautätigkeiten und ihrer Vermittlung mit der materiellen Produktion«[19], d. h. als einen Apparat, der das Ziel verfolgt,

die gegebenen Produktionsverhältnisse aufrechtzuerhalten und die Kontinuität der Herrschaft der Bourgeoisie im internationalen Maßstab zu sichern. Damit wird die Rolle der Staatsadministration als »Schiedsrichter« zwischen konkurrierenden Interessen verschiedener Kapitalfraktionen in Frage gestellt. Da Privateigentum und Konkurrenz die Vertretung eines wie immer bestimmten Gesamtinteresses durch einzelne Fraktionen des Kapitals ausschließen, ist die Tendenz zur Zentralisation der politischen Macht in den Händen eines autonomen Apparates verbunden mit einer Verselbständigung der Staatsbürokratie gegenüber den Bedürfnissen der Einzelkapitalien zum Zweck einer Sicherung von Reproduktionsbedingungen überhaupt. Daher ist der Staat »weder als bloßes politisches Instrument noch als vom Kapital aufgehobene Institution« zu begreifen, sondern als »besondere Form der Durchsetzung der gesellschaftlichen Existenz des Kapitals, neben und außer der Konkurrenz«, d. h. als besondere Einrichtung, »deren Handeln nicht von der Notwendigkeit der (eigenen) Mehrwertproduktion bestimmt ist«, die aber »gleichzeitig auf der unangetasteten Grundlage des Kapitals den immanenten Notwendigkeiten nachkommt, die das Kapital vernachlässigt«.[20]

4. *Erfordernisse ökonomischer und politischer Systemsicherung*

Obwohl also dieser Staat in den vielfältigen Ausprägungen des Interventionismus genetisch aus der ökonomisch determinierten Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft ableitbar ist, ist dennoch seine heutige faktische Wirksamkeit geltungsmäßig *nicht mehr allein* durch eine Kritik der politischen Ökonomie erfaßbar. Andererseits sichert aber gerade die mangelnde Rationalität der Staatsverwaltung die Durchsetzung von organisierten Teilinteressen. Je mehr die Bewältigung der Widersprüche des Kapitalismus – Widersprüche zwischen Arbeit und Kapital, zwischen arm und reich, zwischen Abhängigen und Herrschenden, zwischen privaten und öffentlichen Bereichen – administrativ angegangen wird, desto mehr verwandelt sich der ökonomische Krisenzyklus in eine Art »politische Dauerkrise«[21], was zu einer direkten Verknüpfung des Problems interventionistischer Effizienz und dessen der politischen Legitimität führt. Damit tritt aber neben das zentrale Systemproblem des staatlich organisierten Kapitalismus, das ökonomische Problem der Kapitalverwertung, ein weiteres, nämlich einmal die für den Bestand des Systems unabdingbare Unterstützung durch die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft im Innern zu sichern, zum anderen imperialistische Aktivitäten zu legitimieren.
Loyalitätssicherung weist zurück auf das Erfordernis, die Ungleichverteilung von Macht und ökonomischem Reichtum innerhalb einer Gesell-

schaft im weitesten Sinne – innerhalb eines Systems – als legitim darzustellen und damit gegen Kritik und Veränderungen abzusichern. Unter den Bedingungen des Spätkapitalismus hat staatliche Tätigkeit daher vielfältigen Anforderungen widersprüchlicher Art zu genügen. Das Tätigwerden der Staatsbürokratie im Interesse reibungsloser Kapitalverwertung sowie die Rolle des Staates als Gendarm des sich tendenziell ausdehnenden Klassenkampfes, diese beiden Elemente, die nicht zu trennen sind, bilden schon »seit Beginn der imperialistischen Epoche ein auf gegenseitige Bedingung und Wechselwirkung aufgebautes einheitliches System«.[22] Da es fraglich geworden ist, ob sich ein Herrschaftssystem auf die Dauer durch einen lückenlosen Apparat von Zwang und Gewalt, durch staatliche Repression allein wird aufrecht erhalten lassen, ergibt sich neuerdings mehr und mehr die Notwendigkeit, die Unterstützung oder Zustimmung der Bevölkerung oder zumindest ihrer politisch relevanten Gruppen zu gewinnen. Die Sicherung von Massenloyalität wird damit gleichsam zur komplementären Bedingung staatlicher Interventionen zur Stabilisierung des Gesamtsystems. Für die Erfordernisse spätkapitalistischer Wirtschaftsprozesse wird damit die Regelung politisch-sozialer Konflikte mit zur vorrangigen Aufgabe. Die wachsende Zuständigkeit des Staates für tendenziell alle gesellschaftlichen Bereiche resultiert aus diesen beiden zentralen Systemproblemen, der Notwendigkeit des ökonomischen Krisenmanagement und der politischen Kanalisierung von Klassenkonflikten. Das Spezifische am Spätkapitalismus ist jedoch die Gleichzeitigkeit von unmittelbar ökonomischer Intervention des bürgerlichen Staates, energisch betriebener Entpolitisierung breiter Schichten der Bevölkerung und Einsatz des staatlichen Repressionsapparates bei nicht integrierbaren Konflikten, dies alles im Zeichen des Mythos von der technologisch begründeten allmächtigen Wirtschaft, die angeblich dem »Allgemeininteresse« dient und den Wohlstand ununterbrochen steigert.

5. Administratives System und ökonomisches Krisenmanagement

Konkret besteht die veränderte Rolle des spätkapitalistischen Staates hinsichtlich des ökonomischen Krisenmanagement darin, daß er nicht mehr fallweise und unter dem Druck wechselnder Kapitalfraktionen in Wirtschaftsabläufe interveniert, sondern zunehmend die Position einer zentralen Steuerungs- und Kontrollinstanz einnimmt, deren planmäßige und kontinuierliche Aktivitäten Voraussetzung für reibungslose Kapitalverwertungsprozesse sind. Der Bedeutungszuwachs der staatlichen Administration, der neben der ökonomischen Globalsteuerung eine Vielfalt struktureller Anpassungsmaßnahmen (wie Einkommens- und Sozialpolitik,

Wettbewerbspolitik) sowie die Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte obliegt, war in den vergangenen Jahrzehnten durch überproportional ansteigende Staatsausgaben begleitet. (Der Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt stieg von 15 Prozent im Jahre 1913 bis Ende der fünfziger Jahre auf über 40 Prozent[23].)

Die administrativ organisierte Vergesellschaftung der Produktion erfordert also, daß wachsende Teile des Sozialprodukts dem Verwertungsprozeß entzogen werden. Dies geschieht durch direkte und indirekte Besteuerung, durch Zölle und Kreditaufnahmen seitens des Staates. Dem entsprechen auf der Ausgabenseite eine Vielzahl für die Regelung des Wirtschaftsprozesses relevanter Staatsfunktionen, die generell das Ziel haben, jene Resultate ökonomischer Prozesse zu garantieren, die sich unter den veränderten Bedingungen nicht mehr automatisch herstellen. Diese Leistungen bestehen sowohl in Ausgaben zur Schaffung der Voraussetzungen kapitalistischer Produktion (Infrastrukturausgaben und andere Formen zur Sozialisierung privater Kosten, Ausgaben zur Schaffung spezifischer Investitionsstrukturen und zur Sicherung bestimmter notwendiger Ressourcen sowie des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts) als auch in der Übernahme von externen Effekten und Folgekosten und schließlich in der systemkonformen Absorbierung von Surplus-Kapital und nicht absorbierbarer Arbeitskraft durch Transferzahlungen.[24] Bei diesen Ausgaben handelt es sich um jene Teile des öffentlichen Sektors, die in einem komplementären Verhältnis zum Kapitalverwertungsinteresse stehen, die also als Investitionsausgaben weder in Konkurrenz mit der privaten Wirtschaft stehen, noch als Konsumausgaben für unproduktive Zwecke den Anteil der Profite am Sozialprodukt schmälern. Der Schwerpunkt staatlicher Aktivität der letzten Jahrzehnte lag auf dem Gebiet öffentlicher Ausgaben für militärische Rüstung und Infrastrukturprojekte, womit häufig die relative Stabilisierung des Nachkriegskapitalismus erklärt wird.

Die erwähnten fiskalpolitischen Maßnahmen insgesamt haben die Funktion, die Bedingungen für eine geregelte Fortsetzung des Akkumulationsprozesses zu schaffen. Auf der anderen Seite beeinträchtigen sie jedoch den privatwirtschaftlichen Akkumulationsprozeß dadurch, daß Wertbestandteile der Produktionssphäre entzogen und im kapitalistischen Sinne »unproduktiv« verwendet werden. Verbunden damit sind zahlreiche Umverteilungsprozesse (z. B. Einkommensumverteilung durch Steuer- und Subventionspolitik, veränderte Einkommensstrukturen infolge der Substitution privater Investitionen durch öffentliche Arbeiten etc.), die mit widersprüchlichen und unter bestimmten Umständen konflikterzeugenden Folgeproblemen im Zusammenhang mit dem eventuellen Verlust von Unternehmerloyalität (Steuer- und Kapitalflucht etc.) verbunden sein können. Ebenso kann der Umstand eintreten, daß Strukturaufwendungen im »na-

tionalen Allgemeininteresse«, z. B. Aufwendungen zur Sicherung der internationalen Bestands- und Konkurrenzfähigkeit der nationalen Kapitale, Abschöpfungen in der Produktionssphäre in einem derartigen Umfang erfordern, daß die kurzfristige Stabilisierung des Wachstums gefährdet wird.[25]

Konflikte werden in dem Maße manifest, als es einerseits immer schwieriger wird, sozialen Gruppen oder Kapitalfraktionen »Zugeständnisse« zu machen oder sie zu subventionieren, ohne gleichzeitig andere Gruppen, Branchen, Industriezweige zu benachteiligen, während andererseits auch schon Maßnahmen im Rahmen der Politik der langfristigen Systemstabilisierung den Konflikt zwischen dem vielbeschworenen Allgemeininteresse und jeweils betroffenen Partialinteressen heraufbeschwören können. Während staatliche Wirtschaftspolitik primär auf das ökonomische Krisenmanagement und die langfristige Sicherung der herrschenden Produktionsweise sich ausrichtet, begünstigt sie doch in erster Linie zugleich die dominierenden Wirtschaftszweige und damit die mächtigsten Kapitalfraktionen, d. h. die Wachstumsindustrien (vor allem Schwerindustrie, Automobil- und Chemische Industrie) und den Exportsektor. Anders ausgedrückt: Wenn der Staat ganze Produktionszweige oder einzelne Unternehmen, wie die privatwirtschaftlich nicht mehr rentabel arbeitenden Schlüsselindustrien, in eigene Regie übernimmt (und eventuell später wieder reprivatisiert), dann bedeutet dies – ebenso wie die Sanierung in Schwierigkeiten geratender Privatunternehmen, die ausdrückliche Garantie von Profiten beispielsweise bei Staatsaufträgen oder bei der Übernahme von Export- und Investitionsrisiken durch den Staat oder die Gewährung von Steuervorteilen und -nachlässen – dann bedeutet dies nichts anderes, als daß Verluste sozialisiert und Profite privatisiert werden. Von politisch motivierten Ausnahmen abgesehen ist dies ein durchgängiges Prinzip staatsinterventionistischer Praxis.

Krisen und Konflikte – häufig als Folgeprobleme des ökonomischen und sozialen Krisenmanagement auftretend – sind deshalb nicht mehr allein herzuleiten aus der Dynamik der Produktionsweise, obwohl sie auf die ökonomische Systemproblematik zurückverweisen, sondern aus dem Unvermögen des politischen Systems, ökonomische Krisen zu kompensieren. Dieses Unvermögen folgt aus den widersprüchlichen Imperativen, denen staatliche Politik in allen Bereichen ausgesetzt ist: Sie hat die dysfunktionalen Folgen privater Produktion zu organisieren, ohne den Primat privater Produktion antasten zu können. Daraus ergibt sich die wachsende Bedeutung eines politisch-sozialen Konfliktmanagement als Problem der Systemerhaltung. Diese Konstellation jedoch beschert dem Staat ein doppeltes Dilemma.

6. *Das legitimatorische System*

Die Ideologie des Äquivalententauschs als Rechtfertigung privater Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel hat durch den Monopolisierungsprozeß und die staatliche Dauerintervention ihre systemstabilisierende Wirkung eingebüßt. Die aus den staatlichen Interventionen folgenden Konflikte erfordern nun einerseits, daß die vom Verwertungsinteresse determinierten staatlichen Aktivitäten der Legitimierung enthoben bleiben. Andererseits bedingt der kontinuierliche Funktionszuwachs des Staatsapparates einen permanent steigenden Legitimationsbedarf. Die Problematik von Loyalitätsbeschaffung besteht nun darin, daß einem System zur Anerkennung verholfen werden soll, das die Möglichkeit nicht einräumt, es auf seine Legitimität hin zu befragen. Die Legitimität eines Herrschaftssystems jedoch ist die Grundbedingung seiner Stabilität. Der spezifische Mechanismus, über den Legitimität hergestellt wird, besteht in einer Vielzahl von Maßnahmen zur Sicherung von Loyalität. Das bedeutet, daß Legitimität tendenziell durch Loyalität ersetzt wird, wobei Systemloyalität ein Bündel von Verhaltensweisen meint, deren gemeinsames Charakteristikum in ihrer Konformität mit dem System liegt. Entsprechend geht es bei der Legitimitätssicherung moderner Massendemokratien nicht darum, die Politik den Idealen spätbürgerlicher Gesellschaften (Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung) anzugleichen, sondern nurmehr darum, sich eines Verhaltensmodus in der Bevölkerung zu vergewissern, der ein reibungsloses Funktionieren des Herrschaftssystems gewährleistet. Damit wird, angesichts der Anfälligkeit des Systems für explosive Gesellschaftskrisen, die Integration politisch-sozialer Konflikte immer mehr zur vorrangigen Aufgabe des spätkapitalistischen Staates. Dies bedingt einmal den Einsatz eines umfassenden Manipulationsapparates zur Herstellung die bestehende Gesellschaftsordnung bejahender »Staatbürger«, zur Integration der lohnabhängigen Bevölkerung als Konsumenten und »Sozialpartner«, und andererseits Anstrengungen, Klassenbewußtsein abzubauen und Klassensolidarität systematisch zu verringern, am Arbeitsplatz (durch Spaltung der Arbeiterschaft mittels neuer Lohnformen und durch künstliche Aufrechterhaltung des Gegensatzes zwischen einheimischen Arbeitern und Arbeitsemigranten), im privaten Reproduktionsbereich und im »öffentlichen« Leben (Konzertierte Aktion, Einkommenspolitik, Mitbestimmungs- und andere Beteiligungsmechanismen). Als Beispiel für die sozialintegrative Abwehr von Konflikten kann man die quasipolitische Lohnstruktur anführen. Indem die Oligopole (analog der quasiadministrativen Kontrolle der Preisbewegungen auf den Warenmärkten) quasipolitische Kompromisse mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse aushandeln, erhält die Ware

Arbeitskraft in den für die wirtschaftliche Entwicklung zentralen Industriezweigen des monopolistischen und des öffentlichen Sektors einen politischen Preis. Da gesteigerte Lohnkosten unschwer auf die Preise abwälzbar sind, können die Tarif»partner« in einer breiten Kompromißzone agieren. Der auf der Grundlage dieses partiellen Klassenkompromisses entschärfte Konflikt wird durch seine Folgen – Dauerinflation und Krise der staatlichen Finanzen – in andere Bereiche verlagert.

Drohenden oder manifesten Loyalitätsdefiziten wird im wesentlichen durch ein vielfältiges Angebot an Partizipationschancen zu begegnen versucht: Diese Beteiligungsmechanismen (Wahlen und Mitbestimmung auf verschiedenen anderen Ebenen des Willensbildungsprozesses) knüpften an den Anspruch des politischen Systems, sich auf den Willen seiner Mitglieder zu beziehen. Doch schon die Wahlen sind, da die parlamentarische Opposition in ihrem Verhältnis zum Gesellschaftssystem grundsätzlich »loyale Opposition« ist, deren Ziele zwar von denen der jeweiligen Regierungspartei verschieden sind, aber dennoch mit den grundsätzlichen Systemerfordernissen übereinstimmen, selbst zum loyalitätssichernden Mechanismus geworden.[26] Durch zusätzliche Partizipationschancen lassen sich Forderungen leichter entradikalisieren, die Repräsentationschance macht ihre Nichtdurchsetzung erträglicher. Die systemkonforme Integration wird vor allem dadurch gewährleistet, daß Partizipation, zugleich ein sensibles Instrument zur frühzeitigen Diagnose von Konfliktbereichen, darauf zielt, Entscheidungen herbeizuführen, die ohnehin notwendig gewesen wären (z. B. Umweltschutz). Die Beteiligung von Gesellschaftsmitgliedern ist für das System nur in dem Maße von Bedeutung, als sie zur Loyalitätssicherung beiträgt, und auch nur in dem Maße tolerierbar, als sie Loyalität ausdrückt. Insofern sie von vornherein als politisches Material aufbereitet und der Manipulation zugänglich gemacht wird, degeneriert politische Beteiligung zur entpolitisierten Mitbestimmung.

7. *Repressive Systemverteidigung*

Während die Mechanismen der Loyalitätssicherung darauf abzielen, soziale Konflikte in integrierbare Reformen umzumünzen, stellt sich das Problem der Systemerhaltung heute zunehmend als Problem der Abwehr gegenüber nichtintegrierbaren Elementen der kapitalistischen Sozialstruktur. Adressaten des staatlichen Gewaltapparates waren nach dem Zweiten Weltkrieg nicht die organisierte Arbeiterschaft, nicht die Gewerkschaften und nicht die radikalen Arbeiterparteien. Dagegen haben militante Konflikte – militant gemessen an der Verwendung nicht-institutionalisierter Kampfmittel und der Proklamation nicht-integrierbarer Kampfziele –

zugenommen: Studenten-, Schüler- und Gefängnisrevolten, Ghetto-Aufstände und radikale Bürgerinitiativen. Während Lohnstreiks sich selten über ihre ursprüngliche Thematik hinaus politisierten, waren die nichtintegrierbaren Konflikte von höchster Brisanz für das Gesamtsystem, insofern die Industriearbeiterschaft in französischen, italienischen und neuerdings amerikanischen Großbetrieben solche Impulse aufnam, auf ihre Arbeitssituation anwandte und betriebliche Herrschaftsverhältnisse antiautoritär in Frage zu stellen begann.
Dies hat zur Folge, daß der spätkapitalistische Staat Maßnahmen zur Entschärfung gesellschaftlicher Konflikte mit Versuchen, sie gewaltsam zu unterdrücken, daß er Intervention und Interventionsverzicht kombiniert. Dem Widerspruch zwischen dem repressiven »starken Staat« (Notstands-, Polizei-, Werkschutz-, Ausländergesetze, Bundesgrenzschutz, Verfassungsschutz, Geheimdienste) und dem Programm der »Sozialpartnerschaft« entspricht auf der Ebene des ökonomischen Krisenmanagement der von »Planung« bzw. Globalsteuerung und »Freiheit« des Privatkapitals.

8. Internationale Herrschaft

Elemente dieses Widerspruchs finden sich auch in den Beziehungen der imperialistischen Länder zu den unterentwickelten Ländern der Dritten Welt. Zwar ist ein direkter funktionaler Zusammenhang zwischen militärischen Interventionen in der Dritten Welt und den ökonomischen Bestandsvoraussetzungen der imperialistischen Länder ebensowenig herstellbar, wie die komplexen Formen spätkapitalistischer Herrschaft allein mit Kriterien der Politischen Ökonomie zu erfassen sind.
Zum einen haben in der imperialistischen Praxis der jüngsten Vergangenheit Interventionen stattgefunden, die sich unmittelbar ökonomisch nicht begründen ließen (Vietnam), auf der anderen Seite sind militärische Interventionen unterblieben, wo handfeste ökonomische Interessen auf dem Spiel standen (ITT-Chile). Es kann daher nicht darum gehen, das Ausbrechen irgendeines Landes aus dem imperialistischen System als bestandsgefährdendes Moment spätkapitalistischer Ökonomie zu werten. Zwar vermögen »zwei, drei, viele Vietnams ...« die ökonomische Reproduktionsbasis des Imperialismus einzuengen. Aber weder läßt sich aus einer Befreiung der Dritten Welt der notwendige Zusammenbruch spätkapitalistisch-imperialistischer Länder zwingend herleiten, noch kann die Wahrscheinlichkeit einer Aufhebung des internationalen Ausbeutungsverhältnisses behauptet werden, solange überhaupt kapitalistisch-industrialisierte Staaten existieren.
Das heißt jedoch nicht, daß die ökonomischen Interessen und Maßnahmen

zu ihrer Unterdrückung an Bedeutung verlören. Die Strategien der imperialistischen Länder haben vor allem den Sinn, Emanzipationsprozesse zu verhindern, als deren Konsequenz die Gefährdung der kapitalistischen Hegemonie antizipiert wird. Die Lösung von Konflikten durch militärische Aggression scheint seltener zu werden, da offene, gewaltsame Interventionen langfristig Konflikte verschärfen, anstatt sie zu integrieren. Einerseits werden internationale Herrschaftskonflikte durch komplizierte militärische und ökonomische, zudem in sich widersprüchliche Bündnissysteme entpersonalisiert. Andererseits hat die permanente Interventionsdrohung durch den Ausbau eines umfassenden internationalen Netzes von Militärstützpunkten und die Perfektionierung des Vernichtungspotentials tendenziell die Funktion direkter Interventionen übernommen. Die bevorzugte Methode zur Sicherung der kapitalistischen Hegemonie ist heute allerdings nicht mehr die Intervention, sondern die möglichst weitgehende Integration des zu beherrschenden Landes in das Bündnissystem selbst. Deshalb werden in den abhängig gehaltenen Ländern zunehmend loyale Regierungen lanciert und mit dem notwendigen Repressionsinstrumentarium gegen Befreiungsbewegungen von revoltierenden Arbeitern, Bauern und Studenten ausgestattet (Waffenlieferungen, Entsendung ausländischer »Berater«, Ausbildung von Armee und politischer Polizei, Kollaboration der Geheimdienste usw.). Dabei sind die jeweiligen Herrschaftsformen von Kriterien imperialistischer Effizienz bestimmt. Die »Demokratie« des philippinischen Typs wird beispielsweise als vom Imperialismis »inszenierte«[27] Form internationaler Herrschaft charakterisiert. Analog könnte man die nach dem Militärputsch in der Türkei mittels umfassender Terroraktionen errichtete Herrschaft als »inszenierten Faschismus« (in Anlehnung an die Interpretation des amerikanischen Bombenterrors in Vietnam als »äußerer Faschismus«[28]) bezeichnen, weil dort faschistische Massenorganisationen vom Ausland (genauer durch den von US-Kapital kontrollierten Ölkonzern Aramco) initiiert und finanziert wurden, deren Massenbasis mit dem Erstarken imperialistischen Einflusses dortselbst in Zusammenhang steht.

Den vielfältigen Formen imperialistischer Ausbeutung entsprechen also komplexe Formen imperialistischer Herrschaft: In dem Maße, in dem es den spätkapitalistisch-imperialistischen Staaten gelingt, die gewaltsame Unterdrückung von Befreiungsbewegungen den von ihnen unterstützten Regierungen der betreffenden Länder zu überlassen, können sie selbst auf militärische Interventionen verzichten, ohne daß die kapitalistische Hegemonie gefährdet wird.

1 Pollock, F., »Bemerkungen zur Wirtschaftskrise«, in: *Zeitschrift für Sozialforschung*, II, 1933, S. 350.
2 Pollock, F., »Die gegenwärtige Lage des Kapitalismus und die Aussichten einer planwirtschaftlichen Neurordnung«, in: *Zeitschrift für Sozialforschung*, I, 1932, S. 16.
3 Grossmann, H., »The Volutionist Revolt against Classical Economics«, in: *The Journal of Political Economy*, Chicago III, 1943, S. 520.
4 Marx/Engels, »Manifest der Kommunistischen Partei«, in: *Ausgew. Werke*, Bd. I., S. 29.
5 Pollock, F., »Die gegenwärtige Lage . . .«, S. 16.
6 Mandel, E., *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt 1972, S. 434.
7 Neumann, R., »Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft«, in: ders., *Demokratischer und autoritärer Staat*, Frankfurt 1967, S. 31.
8 Vgl. Habermas, J., *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Neuwied/Berlin 1968, S. 161.
9 Mandel, E., *Marxistische Wirtschaftstheorie*, Frankfurt 1968, S. 522.
10 Lukács, G., *Geschichte und Klassenbewußtsein*, Neuwied/Berlin 1970, S. 113.
11 Lenin, W. I., »Über den Staat«, *Ausgew. Werke*, Bd. III, Berlin 1966, S. 295.
12 Lenin, W. I., a.a.O., S. 296.
13 Lenin, W. I., a.a.O., S. 303.
14 Marx/Engels, a.a.O., S. 28.
15 Reinhold, O., u. a., *Der Imperialismus der BRD*, Frankfurt 1971, S. 179.
16 ebd.
17 Zit. nach Poulantzas, N., »Das Problem des kapitalistischen Staates«, in: *Kritische Justiz* 1971, Heft II, S. 206.
18 Vgl. Marcuse, H., »Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung«, in: Bauer, O., u. a., *Faschismus und Kapitalismus*, Frankfurt 1968, S. 53.
19 Mandel, E., *Der Spätkapitalismus*, a.a.O., S. 432.
20 Altvater, E., »Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus«, in: *Probleme des Klassenkampfs*, Nr. 3.
21 Hirsch, J., *Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System*, Frankfurt 1971, S. 54.
22 Mandel, E., *Der Spätkapitalismus*, a.a.O., S. 435.
23 Vgl. Ellwein, T., *Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1965, S. 31.
24 Vgl. Offe, C., »Krisen des Krisenmanagements: Elemente einer politischen Krisentheorie«, in: Jänicke, H., *Herrschaft und Krise*, Opladen 1973, S. 217 f.
25 Vgl. ebd.
26 Vgl. Kirchheimer, O., »Deutschland oder der Verfall der Opposition«, in: ders., *Politische Herrschaft*, Frankfurt 1967, S. 58-91.
27 Redaktion Yurtsever, »Antiimperialistischer Kampf in der Türkei«, in: *links*, Nr. 42, 1973, S. 13.
28 Vgl. *Le Monde* vom 7. 1. 1973.

Politik Gesellschaft Geschichte

Sozialanthropologie
Hrsg.: H. G. Gadamer, P. Vogler
4071 / DM 12,80

Frans van der Ven:
Sozialgeschichte der Arbeit
3 Bände
4082-84 / je DM 4,80 u. 5,80

Frits Kool, Werner Krause:
Die frühen Sozialisten
2 Bände
4102, 4103 / je DM 4,80

Flugblätter der Revolution
1848/49
Hrsg.: Karl Obermann
4111 / DM 5,80

George Lichtheim:
Imperialismus
4112 / DM 4,80

Arbeiterdemokratie
oder Parteidiktatur
Hrsg.: Frits Kool, E. Oberländer
2 Bände
4114, 4115 / je DM 5,80

Robert F. Lamberg:
Die Guerilla in Lateinamerika
Theorie und Praxis eines
revolutionären Modells
4116 / DM 5,80

Karl Herman Tjaden:
Soziales System
und sozialer Wandel
4127 / DM 9,80

Hans Peter Dreitzel:
Die gesellschaftlichen Leiden
und das Leiden an der Gesellschaft
Vorstudien zu einer Pathologie
des Rollenverhaltens
4128 / DM 10,80

dtv

Deutscher Taschenbuch Verlag

Rolf Schwendter
Modelle zur Radikaldemokratie
160 S., broschiert, DM 14,–

Inhalt: Über Demokratie · Exkurs über Eliten · Über Modelle · Dezentralisierungsmodell · Rotationsmodell · Teammodell · Konkurrenzmodell · Informationsmodell · Persönlichkeitsmodell · Modell der Interaktionsrente · Grenzeffektivitätsmodell · Gegenseitige Vermittlung der Modelle.

Richard u. Hephzibah Hauser
DIE KOMMENDE GESELLSCHAFT
Handbuch für soziale Gruppenarbeit u. Gemeinwesenarbeit.
Aus dem Englischen von Elisabeth Siegel. 512 Seiten.
Broschur 34,– DM.

...stellt der Wirklichkeit das Bild einer menschlicheren Gesellschaft gegenüber, die Entfremdung, lähmende Apathie, frustrierten Willen zum Handeln, ausbrechende Gewalttätigkeit und enggelebtes Leben überwinden kann.

PETER HAMMER VERLAG

Camilo Castaño
UND SEI ES MIT GEWALT
Die Revolution in Guatemala.
Mit 16 Exempeln von Heinz Rudolf Sonntag und einem Nachwort von Gerhard Debus.
108 Seiten. Broschur 8,– DM.

Julio Cotler / H. R. Sonntag
Der Fall Peru
›Nasserismus‹ in Lateinamerika zur Überwindung der Unterentwicklung DM 20,–

W

Thomas S. Szasz

Geisteskrankheit – ein moderner Mythos?

Grundzüge einer Theorie des persönlichen Verhaltens. Aus dem Amerikanischen von Thomas M. Höpfner. 315 Seiten. Leinen DM 36,–

«Szasz ist ein mutiger und klarer Denker von großer Intelligenz und Bildung; seine Ansicht, die Geisteskrankheit werde als Teil eines strategischen Machtkampfes mißbraucht, ist wichtig und stichhaltig.» New York Times Book Review

«Soweit die Allmacht der Psychiater zu einem Bedürfnis und Mythos unserer Zeit wurde, ist es tatsächlich am Platz, auch die Geistesart und die Interessenlage der Psychiater genauer zu untersuchen und ihrer Macht Grenzen zu setzen. Ein Psychiater wie Dr. Thomas Szasz, der diese Analyse unternommen hat, ist nicht nur ein Rebell, sondern auch ein Pionier.» François Bondy

In jeder Buchhandlung

bei Walter

Seit Februar 1973 erscheint:

LEVIATHAN

Zeitschrift für Sozialwissenschaft

Herausgeber:
Klaus Horn
Claus Koch
Wolf-Dieter Narr
Claus Offe
Dieter Senghaas
Winfried Vogt

Redaktion:
Claus Koch

Diese neue Zeitschrift behandelt die Hauptprobleme der heutigen sozialwissenschaftlichen Diskussion: Staat und Planung, Wachstum und Infrastruktur, Arbeitsökonomie und technischer Fortschritt, Bürokratie und Technokratie. Mit interdisziplinärer Zielsetzung vertreten die sechs Herausgeber von der Politischen Wissenschaft und der Nationalökonomie bis zur Soziologie und Sozialpsychologie die wichtigsten sozialwissenschaftlichen Einzeldisziplinen.

Bezugspreise:
Studentenabonnement
DM 30,– jährlich
Normalabbonement
DM 40,– jährlich
Einzelheft DM 12,–

LEVIATHAN erscheint vierteljährlich. Jedes Heft hat ca. 144 Seiten und ein Format von 15,5 × 22,6 cm. Fordern Sie unseren ausführlichen Prospekt an: 4 Düsseldorf, Postfach 1507. Bestellungen bitte an Ihre Buchhandlung oder direkt an den Verlag.

BERTELSMANN UNIVERSITÄTS-VERLAG

rororo aktuell

Größte deutsche politische Taschenbuchreihe
Ober 100 Bände sind erschienen

Herausgegeben von Freimut Duve

Marios Nikolinakos **Politische Ökonomie der Gastarbeiterfrage** (1581 · DM 3,80)

Robert L. Heilbroner **Im Namen des Profits oder Fahrlässigkeit als Unternehmensprinzip** Berichte zur Wirtschaftskriminalität in den USA (1650 · DM 4,80)

Brigitte Heinrich · Jürgen Roth **Partner Türkei oder Foltern für die Freiheit des Westens?** (1600 · DM 3,80)

Richard Parker **Der Mythos von der Mittelschicht** Ein Armutszeugnis der Wohlstandsgesellschaft (1652 · DM 4,80)

Hugo Ritter **Verrat an der sozialen Marktwirtschaft?** Wirtschaftspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit (1608 · DM 3,80)

Dierk-Eckhard Becker · Elmar Wiesendahl **Ohne Programm nach Bonn** oder Die Union als Kanzlerwahl-Verein (1606 · DM 3,80)

Karin Günther-Thoma · Regina Henze Linette Schönegge **Kinderplanet oder Das Elend der Kinder in der Großstadt** (1602 · DM 3,80)

Autorenkollektiv Polizei Hessen · Universität Bremen **Aufstand der Ordnungshüter oder Was wird aus der Polizei?** (1596 · DM 4,80)

Jörg Richter (Hg.) **Die vertrimmte Nation oder Sport in rechter Gesellschaft** (1547 · DM 3,80)

Marcio M. Alves **Brasilien – Rechtsdiktatur zwischen Armut und Revolution** (1549 · DM 4,80)

Autorenkollektiv Presse **Wie links können Journalisten sein? Pressefreiheit und Profit** Vorwort Heinrich Böll (1599 · DM 3,80)

Heinz Rudolf Sonntag
Der Staat des unterentwickelten Kapitalismus*

Lenins Satz »Die Frage des Staates gewinnt gegenwärtig besondere Bedeutung sowohl in theoretischer als auch in praktisch-politischer Hinsicht«[1] hat seine Aktualität nicht eingebüßt. Seit dem Erscheinen von *Staat und Revolution* bis in die Mitte der sechziger Jahre sind zwar – im Umkreis der bürgerlichen wie in dem der historisch-materialistischen Sozialwissenschaft – unzählige Arbeiten über das Politische, über den Staat und über die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft verfaßt worden. Wenige davon gehen aber in der Argumentation und in den Schlußfolgerungen über Lenins Ansatz und die Thesen von Marx und Engels hinaus. Daß die bürgerlichen Sozialwissenschaften als Vermittler ideologischen, d. h. falschen Bewußtseins an der Frage des Staates kein Interesse haben, liegt auf der Hand: Ihnen ist der Staat in erster Linie ein »Komplex formaler Institutionen«, die »empfänglich sind für verschiedene Inhalte«[2], auf jeden Fall keine kritisch zu hinterfragende Einrichtung, vielmehr ein Gefäß, in welchem das »allgemeine Interesse«, auch »Gemeinwohl« genannt, bestens aufbewahrt ist.[3] Damit hat es denn auch seine Logik, daß die bekannten politikwissenschaftlichen oder politologischen Studien wie die Untersuchungen der politischen Soziologie sich mit partiellen Problemen wie Regierungslehre, Verwaltungs»wissenschaft«, Elitenforschung, Wählerverhalten, Parteienstruktur und dergleichen befassen, ja die Wissenschaft vom Politischen hauptsächlich als Lehre von der Verwaltung verstanden wissen wollen und das Problem des Staates – als der spezifischen Institution des Politischen, als eine der ausschlaggebenden Einrichtungen in der von Widersprüchen geprägten Dynamik der Gesellschaft – schlicht unter den Tisch fragmentieren.[4]

Daß die historisch-materialistische Sozialwissenschaft den Staat vernachlässigt hat, liegt an zwei Sachverhalten. Einerseits hat die Katechisierung des Marxismus-Leninismus fast jede originelle theoretische Bemühung, so auch die um den Staat, verhindert oder, wenn sie sich geltend zu machen versuchte, unterdrückt und nur wenig mehr als sterile Wiederholungen hervorgebracht, welche die Realität des Spätkapitalismus weder erkennen noch auf den Begriff bringen können.[5] Andererseits – und nicht zuletzt als Reaktion darauf – ist die wachsende Komplexität der Beziehungen zwischen Ökonomie, (Klassen-)Gesellschaft und Staat überbewertet, d. h. statt als spezifische Erscheinungsform in der Entwicklung des Kapitalis-

mus als qualitativ (mehr oder weniger) Neues, etwa als »politisches System« gefaßt worden.[6] Beide Male wird das eigentliche Problem weitgehend ausgeklammert und der Staat zum Objekt entweder wohlfeiler oder obsoleter Spekulationen. Damit hat die historisch-materialistische Sozialwissenschaft wichtige theoretische und strategische Fragestellungen beiseite geschoben. Der Theorie wurde ihr emanzipatorischer Kern herausoperiert und der Kampf der ausgebeuteten Klassen ins politische, *wenngleich nicht ins ökonomische,* Niemandsland verwiesen.

Allerdings wird in den letzten Jahren ein neues Interesse am Staat sichtbar.[7] Das hat mehrere Gründe. Die wissenschaftliche Aufarbeitung des Faschismus, die endlich die anekdotische Vergangenheitsbewältigung sowie seine Erklärung als isoliertes Überbauphänomen hinter sich läßt und ihn als ein Problem des Staates der kapitalistischen Produktionsweise unter besonderen Entwicklungsbedingungen faßt[8]; die Erfahrung der Zerbrechlichkeit bestimmter staatlicher Institutionen und von Regimeformen in so ungleichen Situationen wie – etwa – der griechischen von 1964, der französischen von 1968 und der italienischen in den letzten zehn Jahren; die neue Diskussion über die Strategie der Arbeiterklasse jenseits von sozialdemokratischem Revisionismus und Imitation des orthodoxen Kommunismus; die Beschäftigung mit dem verwirklichten Sozialismus in seinen verschiedenen Gestalten und den von ihm hervorgebrachten Staatsformen – diese und andere Sachverhalte haben das Interesse am Staat wieder geweckt. Typisch ist, daß es sich einbettet in die Versuche, den theoretischen Gehalt des historischen Materialismus als kritische Theorie der Gesellschaft neu zu erarbeiten und so ihren Realitätsverlust infolge der Bindung an Manualismen und Katechismen zu überwinden.

Die aus dieser neuen »Lektüre« des Staatsproblems hervorgegangenen Arbeiten klammern gleichwohl explizit oder implizit bestimmte Staatstypen und Regimeformen aus und beschränken sich entweder auf die theoretischen Abgrenzungen des Staates in der kapitalistischen Produktionsweise (ohne den unterentwickelten Kapitalismus mehr als verbal zu streifen[9]) oder auf den Staat des hochentwickelten Kapitalismus[10]. Besonders der Staat des unterentwickelten Kapitalismus[11] ist bisher kaum einer ernsthaften wissenschaftlichen Analyse unterzogen worden. In aller Regel beschränken sich die Studien auf allgemeine Hinweise, auf formelhaftes Repetieren von »Wahrheiten« (die überdies an anderen Gesellschaftsformationen entdeckt und begrifflich konkretisiert worden sind) und auf Anleihen bei bürgerlichen, zumal System-Theorien, während die sich entfaltende historisch-materialistische Theorie der Unterentwicklung noch zu sehr damit beschäftigt scheint, die Basisphänomene, also die Prozesse der Produktion, der Distribution und der aus ihnen entstehenden Beziehungen zwischen den Klassen zu untersuchen. Dabei werden Fragen von grund-

sätzlicher Bedeutung (einstweilen?) übergangen: Was bedeutet die politische Unstabilität in den unterentwickelten Gesellschaften? Welche Faktoren lösen sie aus? Ist sie ein Zeichen für die Stärke oder für die Schwäche des Staates der Unterentwicklung? Weiter: Welche Klassen üben wie die Herrschaft aus? Welche unterstützen sie dabei? Wie steht der Staat konkret zum Klassenkampf? Oder: Wie ist die institutionelle Struktur des Staates oder das Politische mit den übrigen Instanzen, der Ökonomie und der Ideologie[12], vermittelt? Welche Rolle spielt er im Geflecht der Beziehungen zwischen den Instanzen?

Könnten diese und ähnliche Fragen oberflächlich noch als theoretische Gschaftlhuberei angesehen und zurückgewiesen werden – nach dem Motto: »Der Staat ist das Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klassen und damit basta!« –, müssen ihre strategische Bedeutung und ihre taktische Tragweite unmittelbar einleuchten: Was kann eine revolutionäre Bewegung mit dem Staat der Unterentwicklung, so sie ihn einmal erobert hat, anfangen? Kann sie überhaupt etwas mit ihm anfangen oder muß sie ihn zerschlagen? Darf eine revolutionäre Bewegung an den Mechanismen des Staates der Herrschenden, etwa an Wahlen, teilnehmen oder gilt nur die totale Konfrontation? Die Unkenntnis der Rolle und der Realität des Staates hat nicht selten dazu geführt, daß schwere politische Fehler begangen worden sind. Denn es genügt natürlich nicht, den Staat als Machtinstrument der organisierten herrschenden Klassen zu denunzieren und zu meinen, damit habe sich alles erledigt. Die Rolle des Staates und seine Struktur müssen schon konkret dargelegt und analysiert werden.

Aber nicht bloß für die historisch-materialistische und revolutionäre Theorie der Unterentwicklung ist die Untersuchung des ihr entsprechenden Staates wichtig. Sie erlaubt zugleich, wenn auch häufig nur implizit und auf dem Wege der »negativen Analogie«, Rückschlüsse auf den Staatstyp des entwickelten Kapitalismus, zeigt dessen Grenzen auf und setzt ihm einen Staatstyp gegenüber, der ihm verbunden und fremd zugleich ist.

Im Folgenden wird versucht, einige Überlegungen zum Staat der kapitalistischen Unterentwicklung zu systematisieren und begrifflich zu fassen. Dabei wird die Frage der empirischen Haltbarkeit der Thesen nur gestreift, sie ist späteren Untersuchungen vorbehalten. Angemerkt sei gleichwohl, daß einige Länderstudien[13] einen gewissen Grad an empirischer Evidenz vermuten lassen. Aus irgendeiner Quelle schöpft eben der Sozialwissenschaftler seine Schemata und Begriffe, manchmal sogar aus der Wirklichkeit selbst. Daß diese Wirklichkeit in meinem Fall die lateinamerikanische Unterentwicklung ist, schränkt möglicherweise die Reichweite der Überlegungen ein und verlangt sicherlich nach dem exakteren Vergleich mit der Unterentwicklung in anderen Teilen der sogenannten

Dritten Welt; *grundsätzlich* bedeutet das aber keine Widerlegung des im Folgenden Gesagten: schließlich ist die Tatsache, daß der hochentwickelte Kapitalismus exemplarisch an einer einzelnen Gesellschaftsformation, etwa den USA oder Frankreich, analysiert wird, auch kein Hindernis für generalisierende Aussagen über ihn.

Prämissen

»In Europa entstanden, breitete sich der Kapitalismus innerhalb eines Jahrhunderts über die ganze Welt aus... Der unbegrenzte industrielle Aufschwung der westlichen Welt war nur auf *Kosten* der sogenannten unterentwickelten Welt möglich, die er zur Stagnation oder gar zu rückläufiger Entwicklung verdammt hat. Ein dreiviertel Jahrhundert nach dem Beginn des imperialistischen Zeitalters sehen sich die Vereinten Nationen zu der Feststellung gezwungen, daß, trotz aller Pläne einer Hilfe für die unterentwickelten Länder, *die reichen Länder immer* reicher und die armen Länder immer ärmer werden.«[14] Denselben Tatbestand subsumiert Ribeiro unter dem Begriff der »historischen Eingliederung« oder »Aktualisierung« aller Zivilisationen der Erde durch den Merkantil- und später den Industriekapitalismus[15] und zeigt, daß diese »größte Bewegung historischer Eingliederung der Geschichte ... die Stämme zerstörte und zur Dekulturation von Millionen von Indios und Negern führte.« »Diese integrierte sie als untergeordnete Klassen in ein neues wirtschaftliches System. Es entwickelten sich extrem unterdrückerische Bedingungen der Zwangsakkulturation.«[16]

Das will sagen: Entwicklung und Unterentwicklung hängen eng zusammen, sind die zwei Seiten desselben historischen Prozesses. Denn die Entwicklung der heute hochentwickelten kapitalistischen geht, wenigstens zu einem nicht unbeträchtlichen Teil, zu Lasten der Unterentwicklung der heute unterentwickelten Gesellschaften, wie auch der Erhalt der Entwicklung in den entwickelten Gebieten der Welt objektiv die Aufrechterhaltung der Unterentwicklung impliziert, solange die kapitalistische Produktionsweise dominiert. Die Unterentwicklung als Prozeß und die Unterentwicklung als Struktur sind unlösbar mit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden. Denn ihre Merkmale: die Heterogenität der ökonomischen Struktur[17] und damit die sektorialen Ungleichheiten in der Produktivität, die Deformation und die Abhängigkeit von außen[18], sind im Verlauf der weltweiten kapitalistischen Akkumulation herausgebildet worden, innerhalb dessen sich das System internationaler Arbeitsteilung als ökonomisch rationales etabliert hat: »Die Theorie der Unterentwick-

lung und der Entwicklung kann nur die der Kapitalakkumulation in weltweitem Maßstab sein.«[19]

Innerhalb des globalen Prozesses Entwicklung-Unterentwicklung hat sich eine multisozietäre Totalität[20] herausgebildet, die als solche ernstgenommen werden muß, wenn man die kapitalistische Produktionsweise im Gesamtzusammenhang verstehen will. Das gilt natürlich, wie der Begriff schon andeutet, nicht nur für die ökonomische Instanz. Auch der Kampf zwischen den gesellschaftlichen Klassen ist weltweit geworden. »Der Widerspruch besteht nicht mehr zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat eines jeden isoliert betrachteten Landes, sondern zwischen der Weltbourgeoisie und dem Weltproletariat.«[21] Auch die politische Instanz weist die *Tendenz* auf, weltweit zu werden, d. h. sich in eine einzige innerhalb des Dominanzbereichs der kapitalistischen Produktionsweise zu verwandeln und als solche zu festigen. Das bedeutet, daß die internationale Verflechtung des Politischen, ein Resultat der Globalisierung der kapitalistischen Produktionsweise, die Staatlichkeit des Politischen in den einzelnen Gesellschaftsformationen *tendenziell* immer mehr zurückdrängt zugunsten einer umfassenden Weltstaatlichkeit, welche den internationalen Organisationen – sowohl den politischen wie den ökonomischen und ideologischen – eine immer größere Bedeutung zuweist.[22] *Auf lange Sicht* ist der imperialistische Superstaat kein Alptraum, sondern eine wirkliche Möglichkeit.

Solche theoretischen Auffassungen sind natürlich nicht neu. In den Imperialismus-Theorien sind sie vorgebildet. Nur haben die sich weit mehr darauf konzentriert, die strukturellen Voraussetzungen des Imperialismus in den ihn betreibenden Gesellschaften zu untersuchen, als darauf, seine Auswirkungen innerhalb der Struktur der unterentwickelten Gesellschaften auszumachen. Diese rückten zunehmend ins wissenschaftlich-theoretische, weil vorher ins praktisch-politische Interesse, als die Entkolonialisierung großer Gebiete der unterentwickelten Welt nach dem Zweiten Weltkrieg sich mit den Anstrengungen anderer, politisch längst unabhängiger Teile der sogenannten Dritten Welt zu autonomer wirtschaftlicher Entwicklung verbanden. Eine Zeitlang blieben die Strukturen der Unterentwicklung das Spielfeld bürgerlicher Sozialwissenschaften, ihre historisch-materialistische Analyse ist relativ jung. Die »klassischen« Imperialismustheorien, die von vielen Theoretikern und Politikern weiterhin verfochten werden, müssen denn diese Versuche mit größtem Mißtrauen verfolgen, weil sie allzu kurzsichtig die Abhängigkeit mit Ausbeutung gleichsetzen und weitreichende Konsequenzen der Abhängigkeit für die Struktur des Kapitalismus der Unterentwicklung nicht wahrnehmen können.[23]

Inhärent ist der Theorie der Unterentwicklung als Theorie der weltweiten Kapitalakkumulation[24] eine Theorie des Gesamts der unterentwickelten

Gesellschaftsformationen. Diese hat zur Aufgabe, die spezifischen Prozesse der Akkumulation und erweiterten Reproduktion von Kapital unter den Bedingungen der Unterentwicklung zu untersuchen, sie in den einzelnen geografischen Bereichen und Gesellschaftsformationen miteinander zu vergleichen, ihre Bedeutung für das Gesamt der Struktur zu erkunden und daraus Rückschlüsse für eine mögliche Typologie zu ziehen. Daß dabei immer die Verbindung mit dem Kapitalismus als weltweit verbreitete Produktionsweise, also die Abhängigkeit von den Zentren oder Metropolen, berücksichtigt werden muß, zeigt schon die oberflächliche Beobachtung. Allerdings ist es sachlich, somit theoretisch und methodologisch höchst fragwürdig, das Kriterium der Abhängigkeit zum einzig bestimmenden oder hauptsächlichen auszurufen. Das bedeutete nämlich, strukturelle Phänomene in den unterentwickelten Gesellschaften zu übersehen, die, wenngleich sie vielleicht *in letzter Instanz* auf die Abhängigkeit zurückgeführt werden können, doch eine eigene Dynamik entwickelt haben und die sozioökonomischen Prozesse mitbestimmen.[25]

Wenn man, Poulantzas folgend, unter der Produktionsweise »eine spezifische Kombination verschiedener Strukturen und Praktiken« versteht, »die in ihrer Kombination als gleich viele Instanzen oder Niveaus, kurz als gleich viele regionale Strukturen dieser Produktionsweise erscheinen«[26]; wenn eine konkrete Gesellschaftsformation »durch die besondere Artikulierung – vermittels eines Index der Dominanz und Überdeterminierung – ihrer verschiedenen Niveaus oder Instanzen«[27] gekennzeichnet ist, leuchtet es ein, im Hinblick auf die kapitalistische Unterentwicklung eine Besonderheit zu konstatieren. Sie besteht darin, daß die Unterentwicklung weder eine Produktionsweise *sui generis* ist, noch nur eine Gesellschaftsformation oder eine Reihe von gleichen Gesellschaftsformationen ausmacht; dasselbe gilt übrigens, *mutatis mutandis*, für den hochentwickelten Kapitalismus. Wenn man nicht auf das Konzept des Kapitalismus der Peripherie oder der Unterentwicklung überhaupt verzichten will[28], muß er als ein Sonderfall der kapitalistischen Produktionsweise verstanden werden. Daß man auf das Konzept verzichten sollte, leuchtet weder aus politischen noch aus theoretischen Gründen letztendlich ein. Will sagen: Der hochentwickelte und der Kapitalismus der Unterentwicklung sind zwei Sonderfälle der kapitalistischen Produktionsweise. Als solche sind sie zwar miteinander verbunden, insofern sie bestimmten allgemeinen Gesetzen unterliegen und in ihrer Dynamik von bestimmten allgemeinen Widersprüchen bestimmt sind. Darüber hinaus bildet jedoch jeder Sonderfall spezifische Widersprüche aus, welche seine Dynamik von der des anderen Sonderfalls unterscheiden. Wie der hochentwickelte Kapitalismus als Sonderfall der kapitalistischen Produktionsweise sich in verschiedenen Gesellschaftsformationen konkretisiert und dabei je besondere Formen annimmt, kon-

kretisiert sich der Kapitalismus der Peripherie als Sonderfall der kapitalistischen Produktionsweise in verschiedenen und je besonderen Gesellschaftsformationen. Das leuchtet theoretisch ohne weiteres ein. Und daß die politische Einheit der sogenannten Dritten Welt aus dem Blickwinkel einer emanzipatorischen Strategie als solcher verstanden und bewahrt werden muß, wird auch dadurch nicht widerlegt, daß in den verschiedenen Gebieten, die ihr zugehören, unterschiedliche strategische und besonders taktische Konzeptionen angewandt werden müssen.
Die Frage hat also zu heißen: Was ist das Spezifische am Kapitalismus der Peripherie? Was macht ihn zu einem Sonderfall der kapitalistischen Produktionsweise? Die bisherigen Arbeiten über die Theorie der Unterentwicklung sind auf hohem Abstraktionsniveau bei geringer empirischer Evidenz[29] angesiedelt worden oder besitzen eine große empirische Evidenz und gar kein Abstraktionsniveau noch -vermögen. Überdies orientierten sie sich zu sehr an einer Instanz der Struktur, meist am Ökonomischen, weshalb sie nicht zu einer Gesamttheorie kommen konnten. Inzwischen sind viele Vorarbeiten geleistet. Der Versuch, Mosaiksteine einer Theorie der Unterentwicklung vorzustellen und die Beziehungen zwischen Unterbau und Überbau in den Griff zu bekommen, wird durch sie gerechtfertigt.

Bausteine einer Theorie der Unterentwicklung

Auf den ersten Blick könnte man sich mit einer allgemeinen Beobachtung zufrieden geben. Wie die einzelnen Gesellschaften des hochentwickelten Kapitalismus höchst unterschiedliche kulturelle Traditionen, historische Entstehungsprozesse, Sprachen, Rassen und Institutionen aufweisen und dennoch mit Hilfe einer »besonderen« Theorie[30] als Konkretisierungen *einer* Spielart der kapitalistischen Produktionsweise angesehen werden können, ja diese ihre Subsumption unter jene Theorie geradezu notwendig ist, um sie verstehen zu können[31], so weisen auch die Gesellschaftsformationen des unterentwickelten Kapitalismus trotz aller Verschiedenheiten gemeinsame Merkmale auf, die sie als Konkretionen des Sonderfalls »unterentwickelter Kapitalismus« der kapitalistischen Produktionsweise erscheinen lassen. Diese gemeinsamen Merkmale beziehen sich auf die ökonomische Instanz: die wesentlichen Produktionsmittel befinden sich in privater Hand oder werden von einem den herrschenden Klassen und ihren Interessen auf den Leib geschneiderten Staat kontrolliert, die imperialistischen Zentren üben eine starke Dominanz aus, der industrielle Sektor ist relativ schwach entwickelt, die Persistenz nicht- oder vor-kapitalistischer gesellschaftlicher Organisationsformen der Arbeit (oder Pro-

duktionsverhältnisse) bewirkt eine strukturelle Heterogenität. Die Untersuchungen der Wirtschaftswissenschaftler weisen diese strukturelle Gleichheit der ökonomischen Instanz des Kapitalismus der Unterentwicklung oder der Peripherie zur Genüge nach.[32] Auch in der Klassenstruktur gibt es Ähnlichkeiten und sogar Gemeinsamkeiten: die Bedeutung des ausländischen Managements als Fraktion der herrschenden Klasse, der spezifische Charakter der intermediären Sektoren, die Marginalität (die allerdings unterschiedlich ökonomisch produziert wird und deshalb in den einzelnen Gesellschaften unterschiedliche Gestalt annimmt – je nach der vorherrschenden geschichtlichen Entfaltung der Produktions- und Distributionsprozesse also agrarische, manufaktur-industrielle, industrielle, technologische, tertiäre Marginalität oder eine Mischform aus mehreren dieser »Marginalitäten« sein kann), der mehr oder weniger geringe Umfang des industriellen Proletariats u. a. m. Darcy Ribeiro und andere haben schließlich darauf hingewiesen, daß die Entstehungsprozesse der heute unterentwickelten Gesellschaften als Prozesse der historischen Eingliederung in den Merkantil- bzw. Industriekapitalismus strukturell gleich verlaufen sind, daß die verschiedenen Modernisierungen im technologischen, assoziativen und ideologischen Bereich der kapitalistischen Produktionsweise die unterentwickelten Gesellschaften allemal als »Reflexmodernisierungen« erreicht haben, daß trotz der unterschiedlichen kulturellen Traditionen, Rassen und Sprachen und unter Zuhilfenahme einer darauf aufbauenden Typologie demzufolge von der strukturellen Gleichheit der Unterentwicklung ausgegangen werden darf[33].

Mit diesem ersten Blick kann sich die historisch-materialistische Theorie gleichwohl nicht begnügen, da er wohl strukturelle Ähnlichkeiten und sogar Gleichheiten, aber nicht das Kernproblem sehen kann. Dieses besteht – gerade weil es sich beim unterentwickelten Kapitalismus um einen Sonderfall der kapitalistischen Produktionsweise handelt – in der besonderen Form der Akkumulation und erweiterten Reproduktion des Kapitals. Hier müssen die Bausteine zu einer Theorie der Unterentwicklung zuerst gesucht werden.[34]

Historisch gesehen, sind alle heute unterentwickelten Gesellschaften (mit Ausnahme einiger weniger afrikanischer und asiatischer Staaten) Kolonien gewesen. Die Gesellschaftsformationen *vor* der Kolonialisierung werden durch diesen Prozeß ihrer Eigenständigkeit beraubt, in eine technologisch überlegene Gesellschaftsformation eingebracht und bilden fortan einen Bestandteil derselben. Bis sie sich die politische Unabhängigkeit erkämpfen und wieder als eigene Gesellschaftsformationen konstituieren, bilden sie mit dem jeweiligen sogenannten Mutterland eine Gesamtheit, welche nur als solche verstanden werden kann. Die Akkumulation von Kapital in ihr war einheitlich: Das akkumulierte Kapital floß samt und sonders in die

Wirtschaft der Kolonialmacht, die daraus ein Minimum für die Reproduktionskosten der Kolonie abzweigte. Die Instrumente der Akkumulation in der Kolonie bestanden in nicht- oder vor-kapitalistischen Produktionsverhältnissen oder gesellschaftlichen Organisationsformen der Arbeit; denn diese erlaubten eine größere Mehrwertschaffung, allerdings nur unter den spezifischen Bedingungen der Kolonie; die Sklaverei, das Zwangsarbeitssystem der »encomienda«, verschiedene Formen feudaler Knechtschaft sind also nur im kolonialen Teil der Gesamtstruktur »lohnende« und deshalb zu erhaltende Organisationsformen der Arbeit, während in der Metropole solche Produktionsverhältnisse zunehmend zugunsten »reiner« Lohnarbeit zurückgedrängt werden. Solange die Form der Kapitalakkumulation in den Kolonialmächten vornehmlich oder ausschließlich die ursprüngliche war, also noch keine eigentlich kapitalistische erweiterte Reproduktion stattfand, bestand kein struktureller Unterschied zwischen den beiden Teilökonomien der Gesamtheit. Als dagegen in den Metropolen unter dem Einfluß der »industriellen Revolution«[35] die kapitalistische Kapitalakkumulation sich endgültig durchsetzte (oder – was auf dasselbe hinausläuft – die Abhängigkeit der kolonialen Teilökonomie nicht mehr eine direkte war, sondern von den alten Kolonialmächten, etwa Spanien und Portugal, nur noch politisch vermittelt wurde, weil deren Wirtschaften sich neuen herrschenden Zentren hatten unterwerfen müssen[36]), wurde der Widerspruch zwischen den beiden Teilökonomien tendenziell größer. Das äußerte sich in der Akzentuierung der Ausbeutung der kolonialen Ökonomien (und in ihrer partiellen Transformation in einen zusätzlichen Markt für kapitalistische Industriewaren), ohne daß damit die ursprüngliche Kapitalakkumulation in weltweitem Maßstab verschwunden wäre. Als in den Kolonien sich erste Formen kapitalistischer Akkumulation und erweiterter Reproduktion etablierten, also mit Beginn der imperialistischen Phase des Weltkapitalismus, waren die kolonialen Ökonomien in das weltweite System internationaler Arbeitsteilung voll eingegliedert, während sie vorher in einem vom merkantilen Kapitalismus etablierten System sozusagen »naturwüchsiger« Arbeitsteilung sich befanden (das für ihre autonome Entwicklung natürlich nicht weniger schädlich war). Auf jeden Fall blieben die Kolonien in jeder Hinsicht, in der Ökonomie, in der Klassenstruktur und im politischen System, Teile der Gesellschaftsformationen der Kolonialmächte. An diesem Tatbestand änderte auch die Andersartigkeit von Rasse und Sprache, Kultur und Tradition ihrer Bewohner nichts: sie waren »externes Proletariat«[37], die intern Herrschenden Mitglieder der herrschenden Klasse der Metropolen.

In dem Moment, in dem eine Kolonie ihre politische Unabhängigkeit erkämpft und erlangt hat, konstituiert sie sich wieder als eigene Gesellschaftsformation. Das bedeutet, daß die bisher von außen oktroyierte

Ausbeutung nun intern organisiert werden muß. Gleichzeitig bleibt aber die Ökonomie der früheren Kolonialmacht oder einer anderen Metropole strukturell eng verbunden. Jene Notwendigkeit und dieser Sachverhalt bringen eine neue Form der Akkumulation und erweiterten Reproduktion von Kapital hervor, die sozusagen zweigleisig ist. Auf der einen Seite wird weiter Kapital für die dominierende Ökonomie (oder die dominierenden Wirtschaften) akkumuliert, d. h. der aus einer erhöhten Mehrwertrate stammende Profit in die Metropolen transferiert; der Prozeß der ursprünglichen Akkumulation dauert weltweit gesehen an. Auf der anderen Seite muß ein Prozeß interner Akkumulation und erweiterter Reproduktion von Kapital beginnen, der, selbst wenn er in seinem Volumen noch so gering ist, den Erhalt und die innere Expansion der geschaffenen Gesellschaftsformation zum Ziel hat.[38] Neben die ursprüngliche Akkumulation, die ausschließlich nach außen gerichtet ist, muß eine innere Akkumulation und erweiterte Reproduktion treten, die zwar immer noch das Kapital als weltweites gesellschaftliches Verhältnis konsolidiere, aber zugleich die interne Struktur der wiedergeschaffenen Gesellschaftsformation festigen. Diese zweigleisige Akkumulation-Reproduktion hat also – methodisch-theoretisch – das Kapital-Verhältnis als weltweites einerseits und das Kapital-Verhältnis als an eine Gesellschaftsformation gebundenes andererseits als Grundlagen. *Wichtig ist, daß die Kapitalakkumulation nach außen dominant ist und den Formen der inneren erweiterten Reproduktion ihren Stempel aufdrücken kann.* – Die lateinamerikanischen Gesellschaften, die sich schon vor der Etablierung des weltweiten Systems internationaler Arbeitsteilung auf kapitalistisch-rationaler Basis von ihren Kolonialmächten unabhängig gemacht hatten, erfuhren den Prozeß der Rekonstitution als eigene Gesellschaftsformationen (damit der Etablierung der zweigleisigen Akkumulation-Reproduktion des Kapitals) mit einer Phasenverschiebung nach rückwärts. Die machte ihn um so schwieriger, als die vorher gültigen Formen der nahezu ausschließlichen ursprünglichen Akkumulation eine interne Akkumulation und Reproduktion so sehr eingrenzte, daß diese letztere kaum die Bedürfnisse der wiedergeschaffenen Struktur befriedigen konnte.

Jede konkrete Analyse einer unterentwickelten Gesellschaftsformation würde die empirische Evidenz der Zweigleisigkeit des Kapital-Verhältnisses belegen. Im Falle der *vor* der imperialistischen Phase des Kapitalismus unabhängig gewordenen Gesellschaftsformationen der »Dritten Welt« ist ihr konkreter Ausdruck die fast *totale* Außensteuerung der nationalen Ökonomie durch eine Metropolen-Wirtschaft. Als Beispiel könnte jede der lateinamerikanischen Gesellschaften stehen. In Venezuela oder in Columbien etwa wird nach der Erringung der Unabhängigkeit der abgeschöpfte Mehrwert weiterhin in die Metropole transferiert, für die interne Akkumu-

lation-Reproduktion bleibt praktisch nur übrig, was als Gewinn in die Taschen der einheimischen herrschenden Klassen fließt. Im Falle der *in* der imperialistischen Phase des Kapitalismus unabhängig gewordenen ehemaligen Kolonien ist zwar eine größere interne Akkumulation-Reproduktion festzustellen, sie ist aber begrenzt durch die *partielle* Außensteuerung der Ökonomie (die – natürlich – in der Dynamik der internen Wirtschaft institutionell festgemacht ist). Das könnte am eindeutigsten etwa an Zaire (dem ehemaligen Belgischen Kongo), aber auch in Indien und anderen Staaten aufgezeigt werden. Die konkrete Ausformung der Zweigleisigkeit des Kapital-Verhältnisses im Kapitalismus der Unterentwicklung hängt also, mit anderen Worten, *auch* vom Zeitpunkt der Erringung der politischen Unabhängigkeit, d. h. der Eingliederung in das kapitalistisch-rational organisierte System internationaler Arbeitsteilung ab.

Diese besondere Zweigleisigkeit der Akkumulation-erweiterten Reproduktion von Kapital konstituiert in letzter Instanz die strukturelle Heterogenität der heute unterentwickelten Gesellschaften. Denn obwohl auch für die erweiterte Reproduktion von Kapital die nicht- oder vor-kapitalistischen Produktionsverhältnisse einiges hergeben können, tun sie dies nur in geringem Umfang, sei es, weil die aus ihnen resultierenden Produkte direkt außerhalb der eigenen Ökonomie vermarktet werden und das realisierte Kapital gleich ins Ausland transferiert wird (Agrarexportwirtschaft oder Enklaven-Wirtschaft des Exports von Bodenschätzen), sei es, weil die Produkte erst gar nicht auf den Markt kommen (Subsistenz-Wirtschaft), sei es, weil die ausländischen Kapitalisten das Land mit einem Teil ihrer Gewinne erhalten. Mit den Bemühungen zur Industrialisierung (die manchmal auch in die koloniale Phase fallen können) werden kapitalistische Produktionsverhältnisse eingeführt, die hinfort innerhalb der Gesamtstruktur mit den vorhandenen nicht- oder vor-kapitalistischen Organisationsformen der Arbeit koexistieren. Das bedeutet gleichwohl nicht, wie Córdova zu Recht anmerkt, eine Aufteilung der Gesellschaftsformation in verschiedene »Teilgesellschaften«, also keine modifizierte Dualismus-These.[39] Vielmehr ist die Analyse der koexistierenden Produktionsverhältnisse und der in ihnen sich vollziehenden Prozesse der Akkumulation und erweiterten Reproduktion ein notwendiger Schritt, um ihre Kombination verstehen und damit das Gesamt der Struktur erfassen zu können.

Abgesehen von dieser Zweigleisigkeit des Kapital-Verhältnisses (das ja immer als gesellschaftliches verstanden werden muß[40]), weist die erweiterte Reproduktion ebenfalls besondere Merkmale auf, welche – konstituiert von jener Zweigleisigkeit – dieser einen spezifischen Rhythmus verleihen. Die strukturelle Heterogenität der Wirtschaft der Unterentwicklung bewirkt, daß die erweiterte Reproduktion in Sektoren stattfindet, die

ungleich entwickelt sind: Zu ihr tragen die Sektoren bei, in denen nicht- oder vor-kapitalistische Produktionsverhältnisse und ein niedriger Entwicklungsstand der Produktivkräfte bestehen (und deren Beitrag mehr oder weniger umfangreich ist, heute aber tendenziell abnimmt), als auch solche, die schon weitgehend oder auch hochentwickelte kapitalistische gesellschaftliche Organisationsformen der Arbeit und einen höheren Entwicklungsstand der Produktivkräfte aufweisen (und deren Beitrag heute tendenziell zunimmt). Die Reproduktionszyklen in den einzelnen Sektoren sind durchaus unterschiedlich, variieren je nach der besonderen Kombinationsstruktur, welche die Unterentwicklung in der konkreten Gesellschaftsformation (also die konkrete Entwicklung der Unterentwicklung) während der kolonialen und nachkolonialen Zeit ausgebildet hat, und schwanken zudem je nach dem Grad der Unterwerfung des Reproduktionsprozesses unter den der ursprünglichen Akkumulation auf weltweiter Ebene. Das ändert gleichwohl nichts an der Tatsache, daß eine Theorie des Kapitalismus der Peripherie als Sonderfall der kapitalistischen Produktionsweise die Besonderheit des Reproduktionsmodus und -zyklus in Rechnung stellen muß[41], wie sie ja auch die Zweigleisigkeit des Kapital-Verhältnisses nicht übersehen darf.

Dies sind, nach meiner Meinung, die entscheidenden Merkmale der kapitalistischen Unterentwicklung in der ökonomischen Instanz. Sie verhindern einen autonomen Entwicklungsprozeß, weil sie die Akkumulation und erweiterte Reproduktion im *Interesse der eigenen Ziele* verhindern, insofern sie dauernden Kapitalverlust zur Folge haben. Es ist relativ unwichtig, ob die so erzeugte Wirtschaftsstruktur »verzerrt« (»distorsionée« nach Amin[42]) oder »unterindustrialisiert« oder noch anders genannt wird. Diesseits der Begriffe steht die Realität, und die ist so und nicht anders strukturiert. Überdies bringt das hier vorgeschlagene Schema auch die Abhängigkeit auf einen neuen Begriff und löst sie aus der Schwammigkeit, die ihn lange eigentlich im Vorfeld sozial-wissenschaftlicher Theorie angesiedelt hat. Es gibt zudem Hinweise für die Klassenanalyse, weil es die »Agenten« (Poulantzas) der verschiedenen Teilstrukturen und Sektoren an den Akkumulations- und Reproduktionsprozessen festzumachen erlaubt. An der Analyse des Staatsproblems kann das Schema eine erste Feuerprobe bestehen.

Das Verhältnis von Unterbau und Überbau in der Unterentwicklung

Es sind, wie gesagt, die drei Instanzen des Ökonomischen, des Politischen und des Ideologischen, deren Zusammenwirken die Besonderheit jeder Produktionsweise bestimmt[43]. Sie sind untereinander dialektisch verbun-

den, so daß nichts, was in einer geschieht, die anderen unberührt läßt. Die Verbundenheit darf man sich gleichwohl nicht mechanisch vorstellen, als ob alles, was an Praktiken in der politischen oder der ideologischen Instanz vorkommt, vom Ökonomischen eindeutig ableitbar, also bloß sein »phänomenaler Ausdruck« wäre: »Es handelt sich weder um eine lineare Kausalität noch um eine Ausdrucksvermittlung noch um eine Analogie-Korrelation.«[44] Allerdings dominiert das Ökonomische die anderen Instanzen *letztlich*, d. h. es determiniert sie »in dem Maße, wie es dieser oder jener Instanz die dominierende Rolle zuschreibt«[45]. Die Kombination der drei Instanzen in der kapitalistischen Produktionsweise ist dadurch gekennzeichnet, daß zumal die ökonomische und die politische eine relative Autonomie aufweisen: »In der kapitalistischen Produktionsweise (existiert) eine homologe Beziehung zwischen dem Eigentums- und dem Verhältnis der wirklichen Appropriation: Sie installiert sich dank der Trennung des direkten Produzenten und der Produktionsmittel im zweiten Verhältnis... Aus dieser Trennung, die aus dem Arbeiter selbst ein Element des Kapitals und aus der Arbeit eine Ware macht, resultiert der Charakter des Ökonomischen dieser Produktionsweise als Prozeß der Mehrwertschaffung. Diese Kombination determiniert eine spezifische Autonomie des Politischen und des Ökonomischen.«[46] Das Ökonomische behält allerdings die Dominanz *in letzter Instanz* bei.

Die Frage ist, ob diese Beziehungen zwischen Unterbau und Überbau so auch auf die Unterentwicklung bezogen werden können. Allgemein gesehen, müßte sie bejaht werden. Denn da es sich beim Kapitalismus der Peripherie wirklich um einen Sonderfall der kapitalistischen Produktionsweise handelt, muß die Beziehung zwischen den drei Instanzen ähnlich sein und der entsprechen, die für jene charakteristisch ist. Es muß also eine relative Autonomie der Instanzen bei gleichzeitiger Dominanz des Ökonomischen in letzter Instanz bestehen. Die Frage, auf die es nunmehr ankommt, ist, ob der unterentwickelte Kapitalismus, wie auch der hochentwickelte, eine besondere Form der Beziehung ausbildet.

Es ist versucht worden zu zeigen, daß der Kapitalismus der Peripherie durch die Zweigleisigkeit des Kapital-Verhältnisses und der daraus resultierenden strukturellen Heterogenität gekennzeichnet und vom hochentwickelten Kapitalismus unterschieden ist. Das legt die Annahme nahe, daß die Gesetze, welche die Beziehungen der drei Niveaus in der kapitalistischen Produktionsweise regeln, zwar auch für den unterentwickelten Kapitalismus gelten, daß es aber darüber hinaus Gesetzlichkeiten gibt, die jene Beziehungen spezifisch ausgestalten. Diese stehen mit denen der kapitalistischen Produktionsweise in Verbindung und sind ihnen untergeordnet, verleihen dem Gesamt der internen Struktur aber eine eigene Dynamik. Das gilt für die Zeit seit der endgültigen Etablierung des Kapita-

lismus der Peripherie, d. h. seit der Eingliederung der durch ihn geprägten Gesellschaftsformationen in das kapitalistisch rational organisierte System internationaler Arbeitsteilung, und findet seinen klarsten Ausdruck in jenen Gesellschaften, welche sich zu diesem Zeitpunkt schon als eigene wiederkonstituiert hatten, also den lateinamerikanischen, kann aber auch an den übrigen nachgewiesen werden. Diese Gesetzlichkeiten können an dem besonderen Charakter der erweiterten Reproduktion im unterentwikkelten Kapitalismus und an der »Fortdauer der ursprünglichen Akkumulation« (S. Amin) im Weltmaßstab festgemacht werden[47]. Sie sind eine Folge des besonderen Charakters der ökonomischen Instanz.

Das ökonomische Niveau des unterentwickelten Kapitalismus ist in seiner Autonomie sozusagen kastriert, weil es der weltweiten Kapitalakkumulation von jeher unterworfen ist und von ihr bestimmt wird. Das gilt sowohl für seine modernen als auch für seine »traditionellen« Sektoren. Diese Fremdbestimmung des Ökonomischen läßt sich an zahlreichen Indices ablesen und spiegelt die Zweigleisigkeit des Kapital-Verhältnisses wider. Es orientiert sich in seiner Dynamik nicht in erster Linie an den intern hervorgebrachten Widersprüchen der Struktur, der es als Instanz angehört, sondern bekommt diese von außen oktroyiert, weil einige seiner wesentlichen Gesetze die der kapitalistischen Produktionsweise und damit die des Sonderfalls sind, der sie weltweit dominiert: des hochentwickelten Kapitalismus. Die Fremdbestimmtheit des Ökonomischen ist innerhalb der Wirklichkeit des unterentwickelten Kapitalismus historisch und strukturell angelegt.

Dieser als »Abhängigkeit« oder »Dependenz« gekennzeichnete Tatbestand[48] reduziert die Dominanz des Ökonomischen. Wie der Erhalt der Beziehungen, welche die Fortdauer der ursprünglichen Akkumulation weltweit festschreiben, die Stärkung des Politischen (und des Ideologischen) braucht, so ist auch der Erhalt der besonderen Form der erweiterten Reproduktion des Kapitals im Kapitalismus der Peripherie von einer Stärkung des Politischen (und des Ideologischen) abhängig[49]. Das folgt aus der strukturellen Schwäche des Ökonomischen. Sie bedeutet nicht, daß das Politische *in letzter Instanz* dominant würde – diese von Poulantzas »Determination« genannte Dominanz verbleibt, wie in allen Produktionsweisen und ihren Gesellschaftsformationen, beim Ökonomischen. Sie bedeutet, daß das Ökonomische dem Politischen *auf Dauer* die wesentliche Rolle zuschreibt. Ein Wechsel in dieser Rollenzuweisung, wie er in der Geschichte des hochentwickelten Kapitalismus gang und gebe und deshalb in der Theorie der kapitalistischen Produktionsweise angelegt ist, findet im unterentwickelten Kapitalismus nicht statt. Infolge der Fremdbestimmtheit des Ökonomischen ist die Form des Zusammenspiels der Instanzen auf Dauer festgelegt, dem Politischen die führende Rolle zuge-

schrieben.[50] Viel mehr als jemals im heute hochentwickelten Kapitalismus wird das Politische zum Zentrum der Klassenkämpfe, weil es das eigentliche Zentrum der Widersprüche der gesamten Struktur ist. Seine Dominanz *auf Dauer* bringt es mit sich, daß es zum eigentlichen und ausschließlichen Ordnungszentrum einer Struktur wird, deren Zusammenhalt und interne Expansion immer von außen gefährdet ist.

Es könnte scheinen, als ob die Dauer-Dominanz des Politischen im Kapitalismus der Unterentwicklung ihre Entsprechung fände in der Dominanz des Politischen in der Phase des Monopolkapitalismus. Tatsächlich vertreten einige Autoren wie André Gunder Frank[51] die These, der Kapitalismus der Peripherie habe von Anfang an monopolistische Züge aufgewiesen. Das würde den Anschein der Analogie noch verstärken. Ohne die Diskussion über den monopolistischen Charakter des unterentwickelten Kapitalismus aufzugreifen, ist zu sagen, daß die Zuweisung der führenden Rolle in ihm an die politische Instanz durch die ökonomische eine Folge der Fremdbestimmtheit, d. h. der strukturellen Schwäche derselben ist, während der gleiche Vorgang in der Phase des Monopolkapitalismus gerade aus der Stärkung der ökonomischen Instanz resultiert, die eine Intervention des Politischen notwendig macht. Die Analogie ist eine rein formale, die Begründung für einen scheinbar gleichen Vorgang vollkommen anders.

Ein Wort zum Charakter der ideologischen Instanz. »Ihre gesellschaftliche Funktion besteht nicht darin, den Agenten (der Struktur – HRS) eine *zutreffende, wahrheitsgetreue Kenntnis* der Gesellschaftsstruktur zu vermitteln, sondern nur darin, sie auf irgendeine Weise in ihre praktischen Tätigkeiten, welche die Struktur erhalten, zu integrieren.« Deshalb hat sie notwendig zur Aufgabe, »die tatsächlichen Widersprüche zu verschleiern, eine relativ kohärente Argumentation *zu rekonstituieren*, welche den ›Lebenserfahrungen‹ (›au vécu‹ im Original – HRS) der Agenten als Horizont dient.«[52] Das gilt ebenso für den Kapitalismus der Unterentwicklung. Die herrschende Ideologie ist die Ideologie der Herrschenden. Es gibt zahllose Mechanismen, sie durchzusetzen. Viele davon sind an die politische Instanz gebunden. Das ist in den verschiedenen Produktionsweisen und ihren Gesellschaftsformationen klar nachweisbar. Im unterentwickelten Kapitalismus ist es noch sichtbarer, weil die relative Stärkung der Autonomie des Politischen (infolge der Schwächung des Ökonomischen für die interne Struktur dank ihrer Fremdbestimmtheit) auch die Ideologie berührt: sie muß sich ganz dem Politischen einfügen, tendenziell zur Einheit mit ihm werden. Da die Ordnung der Struktur nur durch die Dauer-Dominanz des Politischen erhalten wird, ist die Legitimierung der Struktur, als letzter Sinn der ideologischen Instanz, an das Politische gebunden. Das wird besonders deutlich, wenn man die Tendenz des Ideo-

logischen im Monopolkapitalismus beobachtet, sich zunehmend am »Ökonomizismus«[53] zu orientieren und in »Technokratismus«[54] zu verwandeln: Im Kapitalismus der Unterentwicklung werden solche Elemente unterderhand politisch, auch wenn sie scheinbar ökonomisch verpackt sind, wie etwa der Technokratismus.[55]

Auch die politische und die ideologische oder die politisch-ideologische Instanz ist der Beeinflussung von außen, d. h. der Abhängigkeit unterworfen. In diesem Falle schwächt das ihre relative Autonomie gleichwohl nicht, sondern verstärkt seine Dauer-Dominanz. Einmal geht die Beeinflussung von außen auf die politisch-ideologische Instanz nicht auf den Abbau der Eigenständigkeit und damit der Wirksamkeit derselben für die Struktur aus, sondern will diese gerade stärken. Ihr Ziel ist also anders als im Falle der Fremdbestimmung des Ökonomischen. Zum andern ist die politisch-ideologische Instanz als dauernd dominante im prekären Gleichgewicht und damit in der internen Dynamik der Struktur viel zu sehr festgemacht, als daß sie durch die Beeinflussung eine andere Verformung erfahren könnte als zu ihrer Stärkung.

Diese besondere Beziehung zwischen Unterbau und Überbau gilt, wenn ich richtig sehe, auf dem vorgeschlagenen Abstraktionsniveau für alle unterentwickelten Gesellschaftsformationen, weil sie Teil des Kapitalismus der Peripherie ist. Ihre konkrete Ausformung hängt von vielen Faktoren ab. Der historische Prozeß, den die jeweilige heute unterentwickelte Gesellschaftsformation in der Zeit vor der Kolonialisierung durch eine der Metropolen, während der Kolonialzeit und nach der Erringung der politischen Unabhängigkeit durchlaufen hat, spielt ebenso eine Rolle wie die jeweilige kulturelle Tradition, die spezifische Kombination verschiedener Formen der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, die konkrete Gestalt der Zweigleisigkeit des Kapitalverhältnisses und der Reproduktionsmodus und -zyklus. Die Unterbau-Überbau-Beziehung ermöglicht also eine weitere Typologie, welche die früher vorgeschlagene ergänzt und konkretisiert.

Der Staat der Unterentwicklung

»Die politischen Strukturen einer Produktionsweise oder einer Gesellschaftsformation – das, was man als politischen Überbau (oder als das Politische – HRS) bezeichnet – bestehen in der institutionalisierten Macht des Staates.«[56] Das gilt für jede Produktionsweise und für jede Gesellschaftsformation, deren ökonomische Instanz eine Aufteilung in Klassen hervorgebracht hat und wegen ihrer Komplexität keine rudimentäreren Formen der politischen Herrschaft mehr zuläßt. Die globale Funktion des

Staates besteht also darin, den Instanzen einer Produktionsweise oder einer Gesellschaftsformation die innere Kohäsion zu verleihen: »Gerade deshalb hat der Marxismus den Staat als ›Ordnungs‹faktor, als ›Organisationsprinzip‹ ... in dem Sinne konzipiert, daß er die Niveaus der Gesamtstruktur und, insofern diese ein System ist, ihr globales Gleichgewicht reguliert.«[57] Daraus ergeben sich zahlreiche besondere Funktionen des Staates, die auf die verschiedenen Instanzen bezogen sind. Sie alle sind der globalen Funktion untergeordnet.[58] Gerade weil der Staat Kohäsionsfaktor der Gesamtstruktur ist, verkörpert er in sich am klarsten die Unversöhnlichkeit ihrer Widersprüche: Er wird zum eigentlichen Ort der Austragung der Klassengegensätze, zum eigentlichen Instrument der Herrschaft einer Klasse über die anderen. Lenin paraphrasiert Marx: »Der Staat (ist) ein Organ der Klassen*herrschaft*, ein Organ zur *Unterdrückung* der einen Klasse durch die andere, ist die Errichtung derjenigen ›Ordnung‹, die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft.«[59] Wiewohl Kohäsionsfaktor der Gesamtstruktur gleich Verkörperung der Widersprüche und Klassengegensätze, muß der Staat durch die Abwesenheit des Klassenkampfs bzw. seine Domestizierung in institutionellen Rahmen und konstitutionellen Spielregeln gekennzeichnet sein. Das weist in jeder Produktionsweise besondere Formen auf und variiert nicht zuletzt nach dem Gewicht der einzelnen Instanzen innerhalb der Struktur, d. h. danach, welcher Instanz vom Ökonomischen die dominante Rolle zugeschrieben worden ist. Daraus ergibt sich eine Formbestimmtheit des Staates in dem Sinne, daß seine besonderen Funktionen in den einzelnen Instanzen der konkrete Ausdruck seiner globalen Funktion werden.

Im Kapitalismus der Unterentwicklung wird der politischen Instanz die Dominanz *auf Dauer* zugeschrieben, ist das Politische das entscheidende Niveau innerhalb der Gesamtstruktur. *Alle* Widersprüche konzentrieren sich dort, weil sie auf keinem anderen Niveau überdeckt, verschleiert oder gelöst werden können. Das impliziert eine besondere Gestalt des Staates, die nicht bloß in seiner Genese angelegt ist, sondern in der Dynamik der Gesamtstruktur ständig reproduziert wird. Denn der Staat des Kapitalismus der Peripherie entsteht einmal in einer besonderen historischen Situation: Mit der Wiederherstellung der ehemaligen Kolonien als eigene Gesellschaftsformationen nach der Erringung der politischen Unabhängigkeit wird ein Staat gegründet, der sich bald von den Intentionen seiner Gründer (die meist einen vorhandenen Staatstyp, nämlich den des entwikkelten Kapitalismus, nachahmen) loslöst und seine besondere Gestalt annimmt. Zum andern muß der Staat die Kohäsion der Struktur immer neu garantieren, obwohl, und gerade weil diese, zumal in ihrer ökonomischen Instanz, sich nicht autonom entfalten kann und deshalb auch die

Einheitlichkeit einer vornehmlich internen Dynamik nicht erreicht, also eigentlich nicht »kohäsionsfähig« ist. Ein solcher Staatstyp ist mit dem des entwickelten und hochentwickelten Kapitalismus nur bedingt vergleichbar, wenn es auch formale Ähnlichkeiten gibt.

Der Staatstyp des unterentwickelten Kapitalismus ist der *Ausnahme-* oder *Notstandsstaat in Permanenz*. Seine konkrete Gestalt, seine Genese und seine Funktion wollen die folgenden Bemerkungen kurz beleuchten. Zu betonen ist besonders hier noch einmal, daß ich mich in erster Linie auf die empirische Evidenz der Unterentwicklung in Lateinamerika stütze. Das schließt allgemeine Schlußfolgerungen nicht aus. Es kann nämlich argumentiert werden, daß der Staat der Unterentwicklung in Lateinamerika sich am weitesten fortgebildet hat, weil die Gesellschaftsformationen dieses Kontinents sich zuerst von der politischen Kolonialisierung freigemacht und weil die besonderen Bedingungen ihres Wiederentstehens in der vorimperialistischen Phase des Weltkapitalismus den Staatstyp der Unterentwicklung dort noch besonders programmiert haben.

Der Staat des Übergangs von der kolonialen zur politisch unabhängigen Situation muß aus zwei Gründen ein Ausnahmestaat sein. Erstens sind mit diesem Übergang politische Kämpfe großen Ausmaßes verbunden, die eine Mobilisierung der gesamten Gesellschaft implizieren; und in der Tat beobachten wir selbst in Gesellschaften, deren politische Unabhängigkeit relativ »friedlich« errungen wurde, umfangreiche Massenbewegungen. Diese Mobilisierung verschärft den Klassenkampf, ja sie verlagert ihn jetzt eigentlich erst nach innen. Das erfordert einen Staat, der die innere Unruhe der Gesellschaft dominieren kann, und damit für ihn eine institutionelle Struktur, die jederzeit »einsatzbereit« ist, zumal das Machtmonopol der Herrschenden sich erst noch etablieren und nach einer Legitimation suchen muß. Zweitens muß die ökonomische Struktur neu programmiert werden. Bisher war sie ausschließlich auf die Akkumulation nach außen angelegt. Jetzt muß ein Prozeß interner Akkumulation einsetzen und die spezifische erweiterte Reproduktion beginnen. Das ist nur mit einem Staat zu leisten, welcher der politischen Instanz unverzüglich die entsprechende Durchschlagskraft verleiht. Obwohl die neuen Herrschenden sich bemühen, so etwas wie einen Normalstaat, d. h. den Staatstyp des Kapitalismus, zu errichten, stirbt dieser Versuch an den Umständen: Die innere Unstabilität der Struktur, durch die Fremdbestimmtheit des Ökonomischen ausgelöst, macht dem Normalstaat rasch den Garaus.

Das ist im Falle der lateinamerikanischen Republiken nach der Eroberung der politischen Unabhängigkeit besonders eindringlich zu zeigen.[60] Das »Unternehmen« des Unabhängigkeitskampfes gehorchte dem Wunsch einer ökonomisch mächtigen Klasse, deren Beziehungen zu ihrer »Mutter«klasse, der herrschenden der Kolonialmacht, sich gelockert hatten,

durch die Loslösung von dem politisch immer noch herrschenden, ökonomisch längst unbedeutend gewordenen Kolonisator die Herrschaft so zu etablieren, daß sie das Geschäft allein machen konnte. Diese Klasse weist zwei Fraktionen auf: die latifundistische, d. h. die der Großgrundbesitzer, und die Import-Export-Handelsherren. Die zahlenmäßig wenig umfangreichen intermediären Sektoren und die unterdrückten Klassen mußten für diesen Kampf zwar mobilisiert, nach dem Sieg aber rasch wieder in das neue Ausbeutungssystem gezwungen werden. Überdies fällt die Unabhängigkeit in eine Zeit, in welcher die ursprüngliche Akkumulation im Weltmaßstab noch fast »rein« war. Das erschwerte die Aufgabe, einen Prozeß interner Akkumulation in Gang zu bringen und den Reproduktionszyklus auszulösen. Der Staat mußte also einerseits den Ansprüchen und Erwartungen der mobilisierten beherrschten Klassen gegenüber intransigent sein und andrerseits eine Neuordnung des Ökonomischen, seine Konstituierung als eigene Instanz, unter der extrem ungünstigen Bedingung seiner nahezu ausschließlichen Fixierung nach außen vornehmen. Die Folge war, daß der angestrebte und manchmal errichtete »Normalstaat« der repräsentativen Demokratie rasch in den Ausnahmestaat umkippte. Dieser konnte eine Militär- oder eine Zivildiktatur sein – entscheidend war, daß seine institutionelle Struktur den Zusammenhalt der neuen Gesellschaftsformation garantierte.

Die Abfolge der Diktaturen und der anderen Regimeformen des Ausnahmestaats wurde durch zwei Elemente bestimmt: durch das personalistische des »Caudillismo« und durch das der Unversöhnlichkeit der Gegensätze zwischen den Herrschenden, den intermediären Sektoren und den unterdrückten Klassen. Der »Caudillismo« ist eine überbauhafte Manifestation des Fortbestandes von vor- oder nicht-kapitalistischen Verhältnissen, die Gefolgschafts- und sogar (bis ins späte 19. Jahrhundert) sklavistische Beziehungen aufrecht erhielten. Die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze ist dadurch bestimmt, daß die strukturelle Möglichkeit, neben den Bedürfnissen der herrschenden Klasse auch noch die der intermediären Sektoren und, wenn auch in geringerem Umfang, die der unterdrückten Klassen zu befriedigen, durch die Fortdauer der beinahe totalen Unterordnung des Ökonomischen unter die zentrischen Wirtschaften und durch die besondere Form der erweiterten Reproduktion, also im Kern durch die Zweigleisigkeit des Kapital-Verhältnisses, eingeschränkt, wenn nicht überhaupt zerstört war.

Im Verlauf des späten 19. Jahrhunderts, vor allem mit der Eingliederung der lateinamerikanischen Gesellschaften ins weltweit kapitalistisch rational organisierte System internationaler Arbeitsteilung, gliedern sich dem »bloc au pouvoir«[61] aus den Fraktionen der Großgrundbesitzer und der Handelsherren allmählich zwei weitere Fraktionen ein: die des Finanzka-

pitals und die des Industriekapitals. Waren die Interessen der Großgrundbesitzer und der Handelsherren noch miteinander zu versöhnen, so galt das nicht mehr für die des Finanz- und Industriekapitals im Hinblick auf die vorher existierenden Fraktionen des bloc au pouvoir. Denn die Durchsetzung ihrer Interessen ging notwendig auf Kosten der anderen. Damit war ein neues Element ins Spiel gekommen, das den Ausnahmestaat weiter fortschrieb. Bisher war er als Legitimations- und Unterdrückungsinstrument gegenüber den intermediären Sektoren und den unterdrückten Klassen eingesetzt und in seiner Eigenschaft als Ausnahmestaat durch die besondere Gestalt des Ökonomischen geprägt worden. Jetzt wurde der Kampf um die Durchsetzung ökonomischer Interessen zwischen den Herrschenden zum Kampf um den Staat und dieser damit von einem weiteren Element der Unstabilität imprägniert, das seinen Ausnahmecharakter noch akzentuieren mußte. Die Veränderung der Hegemonie innerhalb des bloc au pouvoir hat eine Transformation des Staatswesens zur Folge. Die Abfolge der verschiedenen Fraktionen in der Hegemonie wird fortan von den geschaffenen Abhängigkeiten vom Weltmarkt mit bedingt.

Weder im frühen noch im späten 19. Jahrhundert wird die Marginalisierung der unterdrückten Klassen vom System überwunden. Auch bleibt der Interessengegensatz zwischen den Fraktionen der herrschenden Klasse einerseits und den intermediären Sektoren andrerseits konstant, wenngleich sie zahlenmäßig schwach und politisch nicht organisiert waren[62]. Beide Sachverhalte tragen dazu bei, daß das institutionelle Gefüge des Staats sich nicht zu einer Institutionalität hin entwickeln kann, welche durch die Abwesenheit des Klassenkampfs gekennzeichnet wäre. Der Staat wird – mit anderen Worten – nicht zu einem Volksstaat, seine Institutionen sind weit zerbrechlicher, die Notstandsgesetze werden zu den einzig und dauernd gültigen. Denn der Ausnahmestaat kann nicht leisten, was die Voraussetzung eines Volksstaats wäre: die »Versöhnung« der Klassengegensätze innerhalb einer (fiktiv) egalitären politischen Ordnung. Hinzu kommt, daß die politischen Parteien bloße Instrumente im Dauerkampf um den Staat sind, also nie repräsentieren, wen sie zu repräsentieren vorgeben, und daß die Herrschenden sich Machtapparate einrichten, die parallel zum Staat Herrschaft ausüben (etwa, um zu garantieren, daß die Interessen einer Fraktion auch dann berücksichtigt und realisiert werden, wenn eine andere Fraktion die Hegemonie ausübt).

Dieser Ausnahmestaat in Permanenz[63] wird im Verlauf der weiteren Entwicklung der Unterentwicklung noch mehr akzentuiert. Das ist beispielsweise zu Beginn des 20. Jahrhunderts abzulesen, als die intermediären Sektoren und Teile der unterdrückten Klassen, zumal das Industrieproletariat, mit eigenen Organisationen in das politische System einbrechen und Teilhabe an ihm verlangen. Damit wird die Marginalisierung

großer Bevölkerungsteile unmöglich. Als Alternative hätte sich angeboten, die Transformierung in den Volksstaat jetzt vorzunehmen. Das hätte vorausgesetzt, daß die Gesamtstruktur die Durchsetzung partieller Interessen der unterdrückten Klassen erlaubt hätte. Da sie aber nicht einmal die divergierenden Interessen der Fraktionen der herrschenden Klasse versöhnen kann, weil die besondere Form des Kapital-Verhältnisses dies ausschließt, da zudem den Interessen der Herrschenden die der intermediären Sektoren antagonistisch gegenüberstehen, verwandelt sich der Einbruch der unterdrückten Klassen und der intermediären Sektoren in ein zusätzliches Element der Unstabilität des Staates und damit der Festigung seines Notstands-Charakters. Jeder Kampf zwischen den Klassen wird zum politischen, stellt die Machtfrage, weil z. B. die ökonomische Instanz die Bedürfnisse der unterdrückten Klassen nicht oder nur in sehr geringem Umfang befriedigen kann[64], weil – ein anderes Beispiel – die herrschende Klasse in ihrer doppelten Funktion als Sachwalter der Interessen der Metropolen *und* Klassen innerhalb der Struktur den Interessen der intermediären Sektoren nicht Rechnung tragen kann. Die Umwälzung der Struktur wird zur Voraussetzung für die dauernde und wirksame Verbesserung sogar der materiellen Lebensbedingungen, der Klassenkampf ist ständig auf den Staat als Objekt gerichtet. Der Zusammenbruch ist nur zu vermeiden, die Fortschreibung der Herrschaft der Herrschenden nur zu leisten durch die Perpetuierung des Ausnahmestaats, durch die Errichtung des Ausnahmestaats in Permanenz.

Seine Genese sagt bereits einiges über seine Struktur und seine besondere Funktion aus. Beides ist in erster Linie dadurch bestimmt, daß die ökonomische Instanz – aufgrund ihrer Fremdbestimmtheit – in ihrer Dominanz für die Gesamtstruktur geschwächt ist und der politischen die Dauer-Dominanz zugeschrieben hat. Das Ökonomische ist weitgehend der autonomen Gestaltung entzogen, der Abhängigkeit unterworfen und gehorcht in seiner Dynamik den Gesetzen des entwickelten Kapitalismus, die ihm eigene Gesetzlichkeiten aufzwingen – Krisen etwa werden *immer* (und nicht erst in der Phase des Monokapitalismus) von außen induziert. Das Ökonomische kann den Fortbestand der Struktur nicht einmal partiell oder zumindest so bestimmen, daß es die anderen Instanzen anweise, es kann die Widersprüche nicht unter dem Mantel einer wie immer gearteten »Rationalität« verdecken. Diese Schwächung der ökonomischen Instanz korrespondiert mit der Stärkung des Politischen, das zum Ordnungsfaktor der Struktur wird, zum einzigen Kohäsionsfaktor des Kapitalismus der Unterentwicklung, zumal die ideologische Instanz ihm untergeordnet ist. Der Stärkung der relativen Autonomie des Politischen entspricht die Unstabilität des Staates. Er muß auf Dauer die Kohäsion und die Reproduktion der Gesamtstruktur gewährleisten. Deshalb verlangen

die verschiedenen Phasen ihrer Entwicklung seine ständige Umformung.

Die Beziehungen und die Kämpfe zwischen den Klassen spielen sich im Kapitalismus der Peripherie ständig in der politischen Instanz ab, werden zu politischen, selbst wenn sie ökonomische zu sein scheinen. Das gilt sowohl für die Auseinandersetzungen der Fraktionen des bloc au pouvoir als auch für die zwischen diesem und den intermediären Sektoren und den eigentlich ausgebeuteten Klassen. Innerhalb des bloc au pouvoir akzentuieren sich die gegensätzlichen Interessen dergestalt, daß sie, obwohl objektiv versöhnlich, zu scheinbar unversöhnlichen werden: Die Kontrolle über den Staat wird zur Kontrolle der gesamten Struktur, ihres Status und der Richtung ihrer Entwicklung. Der Interessengegensatz ist ökonomisch unterdeterminiert, also ein echt politischer. Zwischen dem bloc au pouvoir und den intermediären Sektoren gibt es einen – allerdings ökonomisch determinierten – Gegensatz: Die Durchsetzung der Interessen der Herrschenden gleich welcher Fraktion macht tendenziell die Realisierung der Interessen der intermediären Sektoren unmöglich[65]. Das nimmt in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung der Unterentwicklung besonders krasse Formen an, weil eine Entwicklung im Interesse der intermediären Sektoren in dem Maße immer unmöglicher wird, wie das kapitalistische Weltsystem, auch in seinen peripheren Bereichen, zu einem monopolistischen wird. Deshalb verlieren die mittleren Schichten auch zunehmend ihren Charakter als die Herrschenden stützende soziale Kräfte. Schließlich: der Gegensatz zwischen den herrschenden Fraktionen bzw. dem bloc au pouvoir als Ganzem und den unterdrückten Klassen ist auch ein politischer. Das verdeutlicht eine einfache Überlegung: Die lohnabhängigen Massen sind im Kapital-Arbeit-Verhältnis des unterentwickelten Kapitalismus nicht so »gut aufgehoben« wie im entwickelten Kapitalismus, denn die Fremdbestimmtheit des Ökonomischen verhindert nicht nur die Steigerung der Reallöhne, sondern schließt sogar aus, daß die ausgebeuteten Klassen in dem Sinne höhere Reproduktionskosten für ihre Arbeitskraft beanspruchen können, in dem diese für den Erhalt des Systems notwendig sind (Konsum der Lohnabhängigen), da ein Teil des geschaffenen Mehrwerts auf mannigfache Weise in die Metropolen abfließt und für die interne Akkumulation, erweiterte Reproduktion und Bedürfnis-Befriedigung der gesamten Gesellschaft nicht verfügbar ist. Der Kampf um ökonomische Verbesserungen wird zu einem politischen. Den Beweis dafür stellen die Gewerkschaften: In aller Regel sind sie politische Apparate *des Staates* zur Gängelung der beherrschten Klassen, also Instrumente, die den Klassenkampf entschärfen sollen; wenn sie zu wirklichen Vertretern der ausgebeuteten Klassen werden, verwandeln sie sich fast zwangsläufig in revolutionäre Bewegungen, die über kurz oder lang die Frage nach dem

Staat stellen müssen[66]. Endlich ist in vielen Fällen nicht einmal der Schein gewahrt, daß die Unterdrückten an der Herrschaft partizipieren, wie es im hochentwickelten Kapitalismus zunehmend der Fall ist.[67]

Der Ausnahmestaat ist, Poulantzas zufolge, das Ergebnis einer politischen Krise. Das gilt für die kapitalistische Produktionsweise allgemein. Ihr Sonderfall, der unterentwickelte Kapitalismus, ist im Gegensatz zu dem anderen Sonderfall, dem hochentwickelten Kapitalismus, dadurch gekennzeichnet, daß die politische Krise in ihm permanent ist. Der besondere Charakter der Klassenbeziehungen provoziert ständig neue politische Krisen. Die Folge ihrer Permanenz ist die Dauerkrise des institutionellen Systems, der Ausnahmestaat in Permanenz. Die Institutionen müssen so beschaffen sein, daß sie jederzeit verändert werden können. Die konkreten Formen der Veränderung und ihre Umstände sowie den Zeitpunkt bestimmt die jeweilige Konjunktur der Dauerkrise. Die Unstabilität der politischen Verhältnisse im Bereich des unterentwickelten Kapitalismus ist letztendlich nur ein Beweis für die Stärke des Staates, für die Dauer-Dominanz des Politischen innerhalb der Gesamtstruktur.

Alle kennen die äußeren Erscheinungsformen des Ausnahmestaats in Permanenz: ein Staat, dessen Repression immer brutal und dem Gewalt niemals als »verhältnismäßiges« Mittel erscheint; Militär- und Zivildiktaturen; Fassaden demokratisch-repräsentativer Institutionen, die übergangen werden, wann immer es notwendig ist. Will sagen: Die jeweiligen hegemonialen Fraktionen des bloc au pouvoir tauschen die Regimeformen aus, wie es ihnen paßt, und handhaben die Instrumente des Staatsapparates gemäß ihren Interessen, ohne Rücksicht nehmen zu müssen. Die besondere Dominanz des Politischen und die ihr verbundene Stärke des Staates verleihen ihm Formen, die dem Normalstaat der kapitalistischen Produktionsweise und ihres Sonderfalls, des hochentwickelten Kapitalismus, fremd sind. Trotzdem halten sie ihm den Spiegel vor. Sie lassen sich nicht auf vereinfachende Formeln bringen, sondern verlangen ihre konkrete Analyse.

In der gegenwärtigen Phase des Monopolkapitalismus wird, so scheint es, der Ausnahmestaat in Permanenz noch weiter akzentuiert. Die ohnedies vorhandene Intervention des Staates in allen Lebensbereichen wird auch im unterentwickelten Kapitalismus zunehmend ergänzt durch seine Intervention im ökonomischen Bereich. Das kann bedeuten, daß der Ausnahmestaat noch brutalere Formen annimmt, daß die Tendenz auf die Errichtung weiterer Militärdiktaturen im Stil von Brasilien und Indonesien geht. Es kann aber auch bedeuten, daß sich neo-populistische Regimeformen durchsetzen. Letztlich wird die Form des zukünftigen Ausnahmestaats der Unterentwicklung davon abhängen, wie sich ihr zweigleisiges Kapital-Verhältnis in der Zukunft entwickelt, wie die Stagnations- und sogar

Regressions-Krisen, die von außen induziert werden, sich im Innern der Struktur auswirken, und wie die Elemente der Struktur und ihre Agenten, die sozialen Klassen, darauf reagieren. Es scheint mir festzustehen, daß der Ausnahmestaat in Permanenz schon jetzt *der* Staatstyp des unterentwikkelten Kapitalismus ist[68] und daß er sich vollkommen in die Tendenz zum Weltweitwerden des Politischen einfügt.

Einige der aus diesen Überlegungen resultierenden strategischen Schlußfolgerungen liegen auf der Hand, andere bedürfen weiterer Dikussion. Sinn behält gleichwohl die Einschätzung von Lenin: »Alle früheren Revolutionen haben die Staatsmaschinerie vervollkommnet, man muß sie aber zerschlagen, zerbrechen.«[69] Das gilt wahrscheinlich ganz besonders für den Staat des Kapitalismus der Peripherie.

Anmerkungen

* Dieser Versuch, einige Probleme der politischen Theorie der Unterentwicklung zu systematisieren und begrifflich zu fassen sowie Ansätze zu einer Theorie des Staates der Unterentwicklung vorzuschlagen, beansprucht weder Endgültigkeit noch Vollständigkeit. Er will zur Diskussion anregen und beitragen. Genossen und Kollegen bitte ich um Kritik, Einwände und Anmerkungen (Apartado Postal 51. 927, Caracas 105/Venezuela). – Ein erster Entwurf dieses Essays wurde auf Einladung des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg vorgetragen. Die Diskussion mit den dortigen und anderen Kollegen hat mir sehr geholfen. Harry Hermanns (Konstanz) und Klaus Meschkat (Concepción/Chile) haben Teile dieser Arbeit gelesen und kritisch kommentiert. Ihre Fehler und Ungereimtheiten gehen ausschließlich auf meine Kappe.

1 W. I. Lenin, *Staat und Revolution*, in *Werke*, Bd. 25, Berlin 1960 (Dietz Verlag), S. 395.

2 L. Maitan, »Notwendigkeit des revolutionären Bruchs«, in Coletti/Libertini/Maitan/Magri, *Über Lenins »Staat und Revolution« – heute*, Berlin 1970 (Merve Verlag), S. 38.

3 Vgl. etwa und nur als *ein* Beispiel J. Freund, *L'essence du politique*, Paris 1965 (Editions Sirey), S. 555: »Der Staat ist eines der möglichen historischen Gebilde ..., durch welches eine Kollektivität ihre politische Einheit behauptet und ihr Schicksal erfüllt, d. h. sich zu einem kohärenten und gemeinsamen Willen macht.« Vgl. aber auch S. 558 ff.

4 Zur Kritik an dieser Position vgl. Ralph Miliband, *Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft*, Frankfurt, 1972 (Suhrkamp), passim.

5 Vgl. zur tieferen Analyse und Kritik dieser Position die ausgezeichnete Arbeit von L. Magri, »Für einen neuen Realismus«, in Coletti/Libertini/Maitan/Magri, a.a.O., bes. S. 52 ff.

6 Einige Autoren halten sich zwischen beiden Positionen auf, ohne damit zur Klärung der theoretischen Probleme endgültig beizutragen, obwohl partielle Lösungen angedeutet und einsichtig gemacht werden; vgl. etwa Claus Offe, »Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme«, in

Kress/Senghaas, *Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme*, Frankfurt 1972 (Fischer Taschenbuch Verlag), S. 135 ff.

7 Besonders die Arbeiten von Ralph Miliband, op. cit. und von Nicos Poulantzas, *Pouvoir politique et classes sociales*, 2 Bde., Paris 1971 (Maspero) und die mir leider nicht zugängliche Arbeit von Ernest Mandel, *Theorie des Spätkapitalismus*, Frankfurt 1973 (Suhrkamp) sowie, spezifisch für Lateinamerika, Marcos Kaplan, *El Estado en el Desarrollo y la Integración de América Latina*, Caracas 1969 (Monte Avila) zeigen das exemplarisch.

8 Vgl. dazu insbesondere Manfred Clemenz, *Gesellschaftliche Ursprünge des Faschismus*, Frankfurt 1972 (Suhrkamp) und Nicos Poulantzas, *Fascisme et dictature. La troisième Internationale face au fascisme*, Paris 1970 (Maspero).

9 So Poulantzas, *Pouvoir politique*, passim.

10 So Miliband, a.a.O., passim.

11 Statt »unterentwickelter Kapitalismus« könnte es auch »abhängiger Kapitalismus« heißen. Ich ziehe den ersteren und den Begriff des »Kapitalismus der Peripherie« vor (und werde beide benutzen), weil sie, wie später zu zeigen sein wird, mehr als bloß eines seiner Merkmale benennen. Zugegeben wird, daß diese Vorliebe insofern willkürlich ist, als *alle* seine Merkmale *in letzter Instanz* möglicherweise auf die Abhängigkeit zurückgeführt werden können.

12 Ich halte mich hier an die Einteilung von Nicos Poulantzas, *Pouvoir politique*, Bd. 1, S. 8 ff., ungeachtet einiger grundsätzlicher Bedenken. – Darcy Ribeiro, *Der zivilisatorische Prozeß*, Frankfurt 1971 (Suhrkamp), S. 30 ff. teilt ähnlich ein.

13 Vgl. zumal Marcos Kaplan, a.a.O., Kap. 2; Monica Peralta Ramos, *Etapas de Accumulación y alianzas de clases en la Argentina (1930-1970)*, Buenos Aires 1972 (Siglo XXI); Darcy Ribeiro, *El Dilema de América Latina*, México 1971 (Siglo XXI); Octavio Ianni, *O colapso do populismo no Brasil*, Rio de Janeiro 1968 (Civilizacao Brasileira); Aníbal Quijano, »Nationalism and Capitalism in Peru: A Study in Neo-Imperialism«, in *Monthly Review*, Juli/Aug. 1971 (Bd. 23, Heft 3); José Fernando Ocampo, *Domino de Clase en la Ciudad Colombiana*, Medéllin 1972; Teodoro Petkoff, *Socialismo para Venezuela?*, Caracas 1970 (Domingo Fuentes); Julio Cotler/Heinz Rudolf Sonntag, *Der Fall Perú*, Wuppertal 1971 (Peter Hammer).

14 Ernest Mandel, *Marxistische Wirtschaftstheorie*, Frankfurt 1968 (Suhrkamp), S. 452 (Hervorhebungen im Original).

15 Vgl. Darcy Ribeiro, *Der zivilisatorische Prozeß*, a.a.O., S. 122 ff.

16 Ebd., S. 129.

17 Vgl. zu diesem Begriff Armando Córdova, »Fundamentación histórica de los conceptos de heterogeneidad estructural«, in *S - Del Subdesarrollo al Socialismo*, Nr. 3 (Juli/Aug. 1972), S. 8 ff.

18 Vgl. Samir Amin, *L'accumulation à l'échelle mondial*, Paris – Dakar 1971 (Anthropos – IFAN), S. 25. Siehe auch André G. Frank, »The Development of Underdevelopment«, in *Monthly Review*, Nr. 4 (1966).

19 Amin, a.a.O., S. 30. – Leider kann ich hier nicht weiter auf das Problem eingehen, ob die Unterentwicklung nicht viel eher mit einer Theorie des ungleichen Austausches erklärbar ist; ich verweise daher bloß auf A. Emmanuel, *L'échange inégal*, Paris 1972.

20 Vgl. zu diesem Begriff Armando Córdova, *Hacia una Teoría de los Conjuntos Multisocietarios como Base de Interpretación del Subdesarrollo*, Caracas (Instituto de Investigaciones – Universidad Central de Venezuela) 1972 (vervielf.).

21 Amin, a.a.O., S. 35.

22 Vgl. dazu auch L. Magri, a.a.O., S. 53 ff.

23 Vgl. Franz Hinkelammert, »La Teoría Clásica del Imperialismo, el Subdesarrollo y

la Accumulación«, in *Cuadernos de la Realidad Nacional*, Nr. 4 (Juni 1970), S. 137 ff.

24 Ich sollte vielleicht sagen, daß die Existenz des sozialistischen Lagers in dieser kurzen Zusammenfassung nicht berücksichtigt wird, weil ich nicht sehe, daß es ihm bisher in nennenswertem Umfang gelungen wäre, die Gesetze der weltweiten kapitalistischen Kapitalakkumulation zu durchbrechen oder auch nur zu modifizieren.

25 Vgl. zu dieser Kritik Fernando Henrique Cardoso, *Notas sobre o estado atual dos estudos sobre dependência*, Sao Paulo 1972 (CEBRAP), vervielf., wie auch Darcy Ribeiro, *Der zivilisatorische Prozeß*, a.a.O., passim.

26 Nicos Poulantzas, *Pouvoir Politique*, Bd. 1, S. 8.

27 Ebd., S. 11.

28 Das scheint Klaus Peter Wallraven, »Zur Morphologie von Entwicklungsländern«, in Kress/Senghaas, *Politikwissenschaft*, a.a.O., S. 383 ff. vorzuschlagen, wobei er freilich vergißt, daß auch der Verzicht auf ein umfassendes Konzept dieses unterderhand wiederherstellt, und sei es als Theorie der Vereinzelung.

29 Das gilt sogar für eine so bahnbrechende Arbeit wie die von André Gunder Frank, *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*, Frankfurt 1969.

30 Ich benutze den Begriff hier im Sinne von Nicos Poulantzas, *Pouvoir politique*, Bd. 1, S. 11.

31 So argumentiert Ralph Miliband, a.a.O., S. 7 ff.

32 Vgl. etwa Samir Amin, a.a.O., S. 339-376, Ernest Mandel, a.a.O., S. 474-501 und andere, aber auch die Studien »bürgerlicher« Ökonomen wie Gunnar Myrdal und Albert O. Hirschmann.

33 Vgl. Darcy Ribeiro, *Der zivilisatorische Prozeß*, a.a.O., S. 144 ff. sowie S. 156 ff.

34 Die folgenden Überlegungen lehnen sich zum Teil an die von Samir Amin, a.a.O., an und werden von Monica Peralta Ramos, a.a.O., passim weitgehend bestätigt.

35 Vgl. zu diesem Begriff Darcy Ribeiro, *Der zivilisatorische Prozeß*, a.a.O., S. 143 ff.

36 Die neuen Metropolen wurden England und Frankreich.

37 Vgl. zu diesem Begriff Darcy Ribeiro, *Der zivilisatorische Prozeß*, S. 138 ff.

38 Denkbar ist gleichwohl auch, daß die frühere Kolonialmacht diesen Erhalt für eine gewisse Zeit garantiert – die früheren Kolonien Frankreichs in Westafrika scheinen ein Beispiel dafür abzugeben. Daß das aber auf Dauer so bleiben kann, darf füglich bezweifelt werden.

39 Vgl. Córdova, *Fundamentación histórica*, a.a.O., S. 19.

40 Vgl. dazu den (außer dem *Kapital*) immer noch aufschlußreichsten Text von Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie*, Berlin 1953 (Dietz), S. 149 ff., insbesondere den Abschnitt »Formen, die der kapitalistischen Produktion vorausgehen«, S. 375 ff.

41 Ernest Mandel, a.a.O., S. 345 weist zu Recht darauf hin, daß auch im entwickelten Kapitalismus die erweiterte Reproduktion seinen Entwicklungsgesetzen folgt und »von allen konkreten Bedingungen des Ablaufs der kapitalistischen Produktionsweise« abhängt. Vgl. auch Monica Peralta Ramos, a.a.O.

42 S. Amin, a.a.O., Kap. 2, Sektion III, passim.

43 Die folgenden Überlegungen lehnen sich in ihrem allgemeinen Teil an die von Nicos Poulantzas, *Pouvoir Politique*, Bd. 1, S. 5-29, an.

44 Ebd., S. 8.

45 Ebd., S. 9.

46 Ebd., S. 28.

47 Eine ausführliche Diskussion dieser Gesetze muß zukünftigen Arbeiten vorbehalten bleiben.

48 Vgl. zu diesem Begriff und den von ihm bezeichneten Sachverhalt besonders Fernando Henrique Cardoso / Enzo Faletto, *Dependencia y Desarrollo en América Latina*, México 1969 (Siglo XXI) und Héctor Silva Michelena / Heinz Rudolf Sonntag, *Universidad, Dependencia y Revolución*, México 1970 (Siglo XXI).

49 S. Amin, a.a.O., S. 32 und passim weist auf den ersten Aspekt der Dominanz des Politischen hin, Darcy Ribeiro, *El Dilema de América Latina*, a.a.O., S. 170 ff. auf den zweiten.

50 Ähnliches weist Nicos Poulantzas, *Pouvoir Politique*, Bd. 1, a.a.O., S. 166 ff. für die Übergangsperiode zwischen Feudalismus und Kapitalismus auf. Diese Analogie darf gleichwohl nicht dazu verführen, den unterentwickelten Kapitalismus als schlichte Übergangsphase zum entwickelten Kapitalismus zu verstehen.

51 André Gunder Frank, *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*, a.a.O., passim.

52 Nicos Poulantzas, *Pouvoir politique*, Bd. 2, S. 27-28.

53 Vgl. zur Charakterisierung des Ökonomizismus Nicos Poulantzas, *Fascisme et dictature*, a.a.O., S. 38 ff.

54 Vgl. dazu S. Amin, a.a.O., S. 32 und die allseits bekannten Arbeiten der Sachzwang-Autoren Helmut Schelsky und Jacques Ellul.

55 Ein treffliches Beispiel dafür gibt die derzeitige christdemokratische Regierung Venezuelas ab. Aber auch die sogenannten »Entwicklungsdiktaturen« nach brasilianischem, bolivianischem und indonesischem Muster gehören hierher.

56 Nicos Poulantzas, *Pouvoir politique*, Bd. 1, S. 38.

57 Vgl. ebd., S. 40-41.

58 Vgl. ebd., S. 50 f.

59 Lenin, a.a.O., S. 399.

60 Die folgenden Thesen basieren teilweise auf Darcy Ribeiro, *Las Américas y la Civilización*, Buenos Aires 1969, 3 Bde. (CEAL); ders., *El Dilema de América Latina*, a.a.o.; Celso Furtado, *La Economía Latinoamericana desde la Conquista Ibérica hasta la Revolución Cubana*, Santiago 1969 (Editorial Universitaria); Gustavo Beyhaut, *Süd- und Mittelamerika II. Von der Unabhängigkeit bis zur Krise der Gegenwart*, Frankfurt 1965 (Fischer Taschenbuch Verlag) und auf die schon früher zitierten Länderstudien.

61 Vgl. zu diesem sehr nützlichen Konzept Nicos Poulantzas, *Pouvoir politique*, Bd. 2, S. 125 ff.

62 Mit Ausnahme Chiles – vgl. René León Echaiz, *Evolución histórica de los Partidos Políticos de Chile*, Buenos Aires – Santiago 1971 (Francisco de Aguirre), bes. S. 35 ff. und Heinz Rudolf Sonntag, *Revolution in Chile. Der schwierige Weg zum Sozialismus*, Frankfurt 1972 (Fischer Taschenbuch Verlag).

63 Zum Begriff Ausnahmestaat vgl. Nicos Poulantzas, *Fascisme*, a.a.O., passim.

64 Die zunehmende »Marginalität« ist ein Index für diesen Tatbestand, ebenso die Tendenz zur Senkung der Reallöhne der Arbeiter während der letzten Jahre.

65 Das erklärt auch, daß ein Teil der intermediären Sektoren bereit zu sein scheint, sich an politischen Bewegungen gegen die herrschenden Klassen zu beteiligen.

66 Vgl. Hans Füchtner, *Die brasilianischen Arbeiter-Gewerkschaften. Ihre Organisation und ihre politische Funktion*, Frankfurt 1972 (Suhrkamp).

67 Vgl. L. Magri, a.a.O., S. 66.

68 Dafür gibt es so schöne Beispiele wie die praktische Zerstörung von »Musterdemokratien« in bestimmten unterentwickelten Gesellschaften, etwa in Uruguay.

69 Lenin, a.a.O., S. 418.

Wird in unseren Gefängnissen gefoltert?

Wir erheben gegen das Strafjustizsystem der BRD den Vorwurf der Folter. Gefoltert werden Menschen, die in Gefängnissen sitzen. Untersuchungshaft soll nach der Strafprozeßordnung nur dem Zweck dienen, eine Flucht des Verdächtigen und eine Verdunkelung des Sachverhalts zu verhindern. Der Vollzug der Untersuchungshaft der BRD geht weit über das hinaus, was zu diesem Zweck notwendig ist.
Unter Folter verstehen wir: totale Isolation innerhalb der Gefängnisse über Monate und Jahre – Verbot der Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen – Sonderhof – psychiatrische Zwangsbehandlung. Die totale Isolation wird vervollständigt durch Post- und Besuchsverbote (ausgenommen Verwandte), politische Zensur bei Zeitungs- und Bücherbezug. Maßnahmen dieser Art sind geeignet, Häftlinge zu zermürben und zu zerstören.
Diese Untersuchungshaftpraxis gegen Menschen, die nach rechtsstaatlicher Ideologie bis zu ihrer rechtskräftigen Verurteilung als unschuldig gelten, widerspricht den elementarsten Menschenrechten und entlarvt den terroristischen Charakter des Strafrechtssystems. In einer nach demokratischen Grundsätzen funktionierenden Öffentlichkeit hätte sich schon längst Protest erheben müssen. Die Sonderbehandlung politischer Gefangener hat in letzter Zeit aber ein solches Maß an Terror erreicht, daß alle, die wissen, was in deutschen Gefängnissen geschieht, nicht länger schweigen können, ohne mitschuldig zu werden.
Auch Straf- und Untersuchungsgefangene, die ursprünglich nicht als politische Häftlinge inhaftiert wurden, die Gefangenschaft jedoch als Unterdrückungsmittel politisch begreifen gelernt haben, werden der gleichen Isolation ausgesetzt wie politische Gefangene. Die Isolationsfolter wird zur Disziplinierung eingesetzt gegen jeden, der im Gefängnis gegen die fortdauernden Mißstände opponiert.
Die von dieser unmenschlichen Haftpraxis Betroffenen können nicht selbst an die Öffentlichkeit appellieren. Sie sind in ihren Zellen vereinzelt und von der Öffentlichkeit abgeschirmt. Ihnen steht nur das Mittel des Hungerstreiks zur Verfügung.
Deshalb haben sich in mehreren Städten der BRD und in Westberlin *Komitees gegen die Folter in deutschen Gefängnissen* gegründet, die die Öffentlichkeit über die rechtsstaatswidrige Praxis des Haftvollzuges aufklären und dahin wirken wollen, daß diese Praxis beendet, daß vor allem die Isolationsfolter aufgehoben wird.
Alle, die mit uns der Meinung sind, daß diese Haftpraxis mit den Grundsätzen unserer Verfassung unvereinbar sind, fordern wir auf, sich mit unseren Forderungen zu solidarisieren, in unseren Komitees mitzuarbeiten und Informationen über deutsche Gefängnisse zur Verfügung zu stellen.

Komitees gegen die Folter in den Gefängnissen der BRD und Westberlins.

Kontaktadresse: Jürgen Roth, 6 Frankfurt/Main, Hermannstraße 8

Anmerkungen der Redaktion

Manfred Clemenz ist Professor im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt. Er hat unter anderm über Wissenschaftstheorie, Imperialismus und Faschismus gearbeitet und beschäftigt sich zur Zeit mit Problemen einer materialistischen Sozialisationstheorie und ihrer didaktischen Umsetzung.

Das Buch von *Nicos Poulantzas*, dem unser Vorabdruck entnommen ist, erscheint als Athenäum-Fischer-Taschenbuch im Herbst 1973, © Athenäum Verlag, Frankfurt/M. Wir danken dem Verlag für die Abdruckgenehmigung.

Brigitte Heinrich ist Mitarbeiterin der Zeitschrift *Diskus*. Arbeitet vor allem auf dem Gebiet der Imperialismus-Analysen. Politische Arbeit u. a. im Zusammenhang mit der Trikont-Gruppe.

Heinz Rudolf Sonntag ist Professor für Entwicklungs-Soziologie. Lebt in Caracas und hat bis vor kurzem an der dortigen Universität gelehrt. Zur Zeit arbeitet er aktiv beim venezolanischen MAS (Movimiento al Socialismo) mit.

Kursbuch 32 Erscheint im Juli 1973

Ökologie und Politik oder Die Zukunft der Industrialisierung

Aus dem Inhalt:
S. R. Eyre, Man the Pest. Eine Frage des Überlebens
Hans Magnus Enzensberger, Zur Kritik der politischen Ökologie
Kleines Methodologisches Glossar
Paul und Anne Ehrlich, Bevölkerungskontrolle: Kontrolle der Bevölkerung
Steve Weissman, Die Bevölkerungsbombe ist ein Rockefeller Baby
Schwarzes Autorenkollektiv, Ökologie und Macht
Martin Gellen, Der öko-industrielle Komplex in den USA
Jun Ui, Japanischer Kapitalismus – Die Avantgarde der Katastrophe
Elisabeth und Tor Inge Romören, Marx und die Ökologie

Eine neue,
experimentelle
Literaturrichtung,
auch für die Schule

texte und theorien
Herausgegeben von Siegfried J. Schmidt,
164 Seiten, kartoniert DM 9.80.
ISBN 3-7627-2016-9

Konkrete Dichtung experimentiert mit der Sprache, macht die Sprache selbst zum Thema. Die Sprache hört auf, nur Medium zu sein.
Konkrete Dichtung entzieht sich den eingeübten Wünschen an gut gebotener Information, an Erbauung, Tiefsinn, Spannung und Erschütterung. Vielmehr legt sie den Nerv der gesellschaftlichen Kommunikation bloß: die Sprache, die aus einem selbstverständlichen Instrument plötzlich zu einem verstummenden Objekt wird, das keine Anleitung zu ersprießlichem Gebrauch mehr mit sich führt.
Konkrete Dichtung experimentiert im Grenzgebiet zwischen Sprachkunstwerk und bildender Kunst, sie stellt die alten Bestimmungen über den zuverlässigen Gebrauch künstlerischer Mittel in Frage und bemüht sich, ästhetische Gesamtprozesse in Gang zu setzen, die Theorie und Produktion, Rezeption und Interpretation als gleichberechtigte Faktoren in sich aufheben und den „Leser" zum Mitdenken, zur Kritik, zur eigenen Produktivität herausfordern wollen.
Das Buch bringt Textbeispiele und theoretische Erörterungen, zwei Faktoren dieses ästhetischen Prozesses. Die Arbeit, diesen Teilprozeß durch eigene spontane Reaktionen zu vervollständigen, kann dem „Leser" nicht abgenommen werden.

bsv Bayerischer
Schulbuch-Verlag
München 19

Sozialwissenschaftliche Paperbacks

Herausgegeben von: Franz Dröge/Klaus Holzkamp/Klaus Horn/Urs Jaeggi/
Ekkehard Krippendorff/Hans Joachim Krüger/Wolf Lepenies/Wolf-Dieter Narr/
Frieder Naschold/Claus Offe/Jürgen Ritsert/Enno Schwanenberg/Erich Wulff

Jürgen Alberts:
Massenpresse als Ideologiefabrik.
Am Beispiel „Bild".
1972. 180 Seiten. DM 18,–
ISBN-3-7610-5821-7

Stefan Müller-Doohm:
Medienindustrie und Demokratie-Verfassungspolitische Interpretation-Sozioökonomische Analyse.
1972. 300 Seiten. DM 19,80.
ISBN 3-7610-5823-3

Carlos Ossorio-Capella:
Der Zeitungsmarkt in der BRD-Darstellung und Beurteilung der Entwicklungstendenzen.
1972. 354 Seiten. DM 24,–
ISBN 3-7610-5828-4

Sybille Reinhardt:
Zum Professionalisierungsprozess des Lehrers.
Überlegungen zur Lehrer-Schüler Interaktion.
1972. 230 Seiten. DM 18,–
ISBN 3-7610-5824-1

Athenäum Verlag GmbH
Frankfurt am Main

Antonin Artaud:
Heliogabal oder Der Anarchist auf dem Thron
219 Seiten, DM 18,–
Artaud: Der Humanismus der Renaissance war nicht eine Vergrößerung sondern eine Verkleinerung des Menschen, denn von da an hört der Mensch auf, sich bis zur Natur zu erheben und reduzierte die Natur auf seine Größe.

D. A. F. de Sade:
Die Philosophie im im Boudoir.
Neu übersetzt. Im Anhang: Kant mit Jacques Lacan. 364 Seiten mit 8 Graphiken von Sibylle Ruppert; DM 38,–.
Lacan: Die Philosophie im Boudoir erscheint 8 Jahre nach der **Kritik der reinen Vernunft.** Wie man sehen wird, verträgt sie sich nicht nur mit ihr, sondern ergänzt sie vielmehr, ja sie spricht, wie wir schließlich nachweisen werden, die Wahrheit der **Kritik** aus.

André Breton:
Die Kommunizierenden Röhren.
Deutsch von Elisabeth Lenk.
136 Seiten, 8 Abbildungen, DM 15,–.
Breton: Bonaparte stimmt mich nachdenklich, wenn er, der noch eben mit der Gewalt der Kanonen die Tore Pavias bezwungen und die Erschießung der Aufständischen befohlen hat, sich bemüßigt fühlt, der Ideologie-Klasse der Universität Universität die verfängliche Frage nach dem Unterschied von Wachen und Schlafen zu stellen.

ROGNER & BERNHARD

Idee und Wirklichkeit der Kollegstufe

Herausgegeben von Karl Lanig
116 Seiten, kart., DM 13.80
ISBN 3-7627-7007-7
Reihe ISP Kollegstufenarbeit

Ein Reformversuch, dessen Problematik in gleicher oder ähnlicher Weise alle Länder der Bundesrepublik betrifft, wird hier exemplarisch vorgestellt. Ernst Höhne zeigt auf, wie sich aus der Reformdiskussion der Jahre 1958 bis 1972 ein pädagogisches Modell entwickelte. Karl Lanig stellt aufgrund der Erfahrungen mit einem breit gestreuten Schulversuch in Bayern die Frage nach der tatsächlichen Erreichbarkeit der im Modell gesteckten Ziele. Klaus Westphalen vergleicht die ersten Ergebnisse praxisbezogener Curriculumreform für die Kollegstufe mit den Forderungen der Curriculumforschung. Ein Buch, das ausführlich über Chancen und Schwierigkeiten einer tiefgreifenden Schulreform informiert und jeden Pädagogen in die Probleme der künftigen Oberstufe einführt.

bsv
Bayerischer Schulbuch-Verlag 8 München 19

der verlag der leser-autoren

theorie + praktische kritik

texte zur theorie
einer materialistischen wissenschaft
und schriften zur politischen praxis

t+pk 1 DM 4,50
arbeiterfamilie und klassenbewußtsein
zum zusammenhang von der klassenlage der familie, der familiären sozialisation der kinder und dem klassenbewußtsein des arbeiters

t+pk 2 DM 5,50
das kapital — kurzausgabe
ausgewählt von otto rühle mit einer kritischen einführung in den marxismus von sebastian franck

t+pk 3 DM 8,50
jugendkriminalität und verwahrlosung
zu den ursachen der dissozialität jugendlicher, kritische bestandsaufnahme und versuch einer neubestimmung von dietmar kurzeja

t+pk 4 DM 4,50
jugend und politik im kapitalismus
zur kritik der staatlichen jugendbildung am beispiel von politischer bildung als schwerpunkt des bundesjugendplanes - entwicklung, selbstverständnis und funktion

t+pk 5 DM 4,50
proletarische körperkultur und gesellschaft
zur geschichte des arbeitersports; darstellung, kritik, alternativen

t+pk 7 DM 6,50
das elend mit der kompensatorischen erziehung
ein beitrag zur beendigung einer fruchtlosen diskussion - zur politischen ökonomie des ausbildungssektors, den soziologischen implikationen der code-theorie und der kritik an schüttler-janikulla

katalog anfordern!

edition »2000 andreas f. achenbach
D-63 giessen
chamissoweg 7

FRITHJOF HAGER
HARTMUT HABERLAND
RAINER PARIS

Soziologie + Linguistik

Die schlechte Aufhebung sozialer Ungleichheit durch Sprache

1973. 381 S. Kart. DM 24,-

neu

Mit dieser Arbeit ist eine problembezogene Einführung in die Soziolinguistik versucht, deren vielfältige einzelwissenschaftliche Grundlagen mit einbezogen werden.

Besonderes Gewicht wird dabei auf die Diskussion praktischer Ansätze wie Sprachtrainingsprogramme usw. gelegt. Der ausführliche Bezug auf den bildungsökonomischen Aspekt der Soziolinguistik ermöglicht deren politische Kritik.

Die Autoren haben in ihrem Buch den umfassenden Versuch unternommen, die Entwicklung der Soziolinguistik des In- und Auslandes in Geschichte, Theorie, Praxis und Kritik darzustellen.

J. B. Metzler
7 Stuttgart 1
Postfach 529

ROSSA

Texte zur Arbeitslehre

Band 3, Zur politischen Problematik der Arbeitslehre (Busch)	2,50
Band 4, Die Einführung der Arbeitslehre in ausgewählten Bundesländern unter besonderer Berücksichtigung des Zusammenhangs von Bildungsreform und Wirtschaftswachstum (Henkel)	5,00
Band 6/2, Die Reform der Lehrlingsausbildung am Beispiel der Stufenausbildung in der Metallindustrie (Kuhlmann)	4,00
Band 8, Arbeitslehre, ein erneuter Versuch der ideologischen Integration der Arbeitskraft (Gensior)	5,00

Der Klassencharakter der Gesamtschule, bildungsökonomische, soziologische und erziehungswissenschaftliche Analyse zu einem schulpolitischen Reformprojekt im Spätkapitalismus (Hoffmann)	6,80
Sozialisation statt Strafe, ein Programm zur Resozialisierung dissozialer Jugendlicher konkretisiert am Modellfall Westberlin (Autorenkollektiv)	12,00
Soziologie und Psychologie der Erziehung, (Sammelband) Zusammenfassung und Kritik praxisrelevanter Arbeiten aus den Bereichen Sozialisation, Sozialpsychologie des Unterrichts, Rollentheorie und der Aggression (u.a. Child, Zigler, Getzels, Sixtle, Korte, Sarbin, Ellen)	7,80
Hindernisse beruflicher Emanzipation	
Band A: Ausbildungsbetriebe und Ausbilderbewußtsein am Beispiel der kaufmännischen Lehre (Zinke)	6,00
Band B: Hindernisse beruflicher Emanzipation, Einstellungen von Handelslehrern (eine Befragung an Berliner Berufsschulen) (Heidbüchel)	6,00
beide Texte sind inhaltlich aufeinander bezogen!	
Technik und Bildung: DDR (Heinz Franklewicz) Zur Theorie der polytechnischen Bildung und zu ihrer Anwendung auf die Überarbeitung der Lehrpläne für den polytechnischen Unterricht, mit dokumentarischem Anhang.	6,00

Rossa Verlagskooperative, Verlag · Druck · Vertrieb
1000 Berlin 47 (Britz), Scheveninger Strasse 16
Tel. 0311 / 608 23 78.

GEORGE GROSZ

DAS GESICHT DER HERRSCHENDEN KLASSE
&
ABRECHNUNG FOLGT!

128 Seiten DM 16,8o

DER SPIESSER-SPIEGEL
&
DAS NEUE GESICHT DER HERRSCHENDEN KLASSE

142 Seiten DM 19,8o

makol verlag
6 Ffm Postfach 7oo734

MANIFEST POLITISCHER BUCHLADEN

2 Hamburg 13
Schlüterstr. 79

Buchversand

Zur materialistischen Geschichtsauffassung
Kapital und Staat Marxismus und Ästhetik
Archive und Klassikergesamtausgaben
Geschichte der Klassenkämpfe
Der gegenwärtige Imperialismus und der internationale Klassenkampf
Die gesellschaftliche Entwicklung der BRD
Internationale Agitations- und Propagandapublikationen und theoretische Organe

Pädagogik Psychologie Psychoanalyse
Philosophie Soziologie
Kinder- und Jugendbücher

NEU Internationale fremdsprachige Literatur

Buchliste anfordern!

Außer der Buchliste werden die MANIFEST-MITTEILUNGEN kostenlos versandt.

Q

Quarthefte
Fordern Sie bitte den Jahresalmanach an:
1 Berlin 31
Jenaer Str. 9

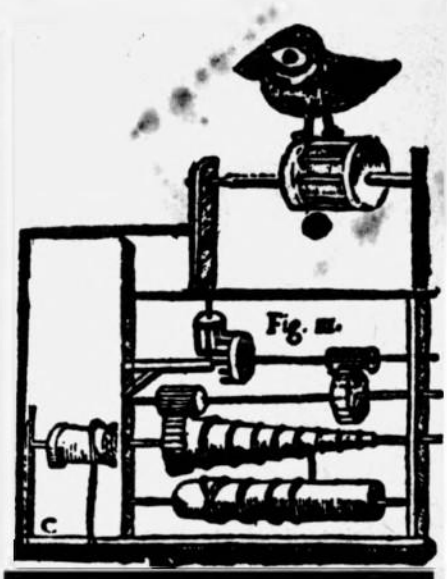
Wagenbach

Klaus Stiller

Tagebuch eines Weihbischofs

Das Tagebuch eines Deutschen, der als Hitlers Offizier Befehle zur Geiselerschießung weitergab, nach dem Krieg Priester wurde und schließlich Weihbischof. Ein Wegweiser in katholische Glaubenspraxis.

84 Seiten **DM 5.80**



F.C. Delius

Unsere Siemens-Welt

Eine Festschrift zum 125-jährigen Bestehen des Hauses S. Der mächtigste Konzern und größte Arbeitsplatzanweiser der BRD wird in dieser »Festschrift« in Form einer Dokumentarsatire gewürdigt.

108 Seiten **DM 5.80**

Spielplatz 1

Jahrbuch für Theater 71/72

Herausgegeben von Karlheinz Braun und Klaus Völker.
Spielplatz ist ein literarisch-politisches Jahrbuch für das deutschsprachige Theater und sein Publikum.

216 Seiten **DM 9.80**

Wolfgang Deichsel

Frankenstein
Aus dem Leben der Angestellten

50 Szenen aus dem täglichen Irrsinn, das heißt über das Normale. »Sie können denken, was Sie wollen, Sie denken doch nicht, was Sie wollen.«

72 Seiten **DM 5.80**

Wolf Biermann

Für meine Genossen

Hetzlieder, Gedichte, Balladen. Texte für und über die DDR, geordnet nach Kategorien des Strafgesetzbuches: Vergehen. Verleumdung. Hetze. Unzurechnungsfähigkeit. Mildernde Umstände.

96 Seiten **DM 5.80**

Wolf Biermann

Deutschland. Ein Wintermärchen

Eine Winterreise von einem Deutschland ins andere, von Biermanns Vaterland DDR in seine Vaterstadt Hamburg. Über 400 Strophen mit Liedern und Notenbeispielen.

72 Seiten **DM 5.80**

Erich Fried

Die Freiheit den Mund aufzumachen

Viele der Gedichte stellen Fragen: An die Heruntergekommenen. An verirrte Genossen. Ans Gehör. An den Staub. Und Fragen nach den Bedingungen der Freiheit.

72 Seiten **DM 5.80**

Wagenbach Verlag · Berlin

Westberliner Buchladen Kollektive (WBK)

keine privaten profite

Buchladenkollektiv GmbH
1 Westberlin 12
Savignyplatz 5
tel. (0311) 313 99 83

Commune GmbH
1 Westberlin 45
Unter den Eichen 84c
tel. (0311) 832 83 15

Das Politische Buch
1 Westberlin 15
Lietzenburger Str. 99
tel. (0311) 883 25 53

unterstützung des antiimperialistischen kampfes

MERVE

Internationale Marxistische Diskussion

21. Massimo L. Salvadori/Vittorio Rieser DM 5,–
Rätesystem und Maoismus
22. „Base Ouvriere" DM 6,–
Revolutionäre Betriebsarbeit bei Renault
23. „il manifesto" DM 4,–
Für eine organisierte politische Bewegung
24. „Que faire" DM 5,–
Klassenkämpfe in Frankreich seit dem Mai
25. „il manifesto" DM 5,–
Thesen zur Schul- und Hochschulpolitik
26. Toni Negri DM 5,–
Krise und Zyklus bei Marx
27. Sergio Bologna / Francesco Clafaloni / Paolo Bolzani DM 3,–
Techniker als Produzenten und als Produkt
28. Jacques Ranciere DM 7,–
Der Begriff der Kritik und die Kritik der politischen Ökonomie – von den „Pariser Manuskripten" bis zum „Kapital"
29. Lucio Magri DM 4,–
Probleme der marxistischen Theorie der revolutionären Partei
30. Andre Gorz (Hrsg) DM 8,–
Schule und Fabrik
31. Lucio Colletti DM 5,–
Marxismus als Soziologie
32. Angelo Dina DM 4,–
Techniker, Macht und Klassenkampf
33. Toni Negri DM 5,–
Krise des Plan-Staats, Kommunismus und revolutionäre Organisation
34. Edoarda Masi DM 4,–
Kritik und Selbstkritik der Neuen Linken
35. Sergio Bologna / Massimo Cacciari DM 7,–
Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage
36. Mariarosa Della Costa DM 5,–
Frauenmacht
37. Helmut Reinike DM 3,–
Für Krahl

Merve-Verlag
1Berlin 15 Postfach 327

Quartplatten

Wagenbachs Quartplatte 8 ★ 30cm ϕ ★ DM 12.80

Einer ist keiner.
Zwei sind mehr als einer!
Andauernd schubst man uns herum:
Alleinesein ist dumm! Denn:
Einer ist keiner.
Zwei sind mehr als einer!
Sind wir aber erst zu dritt,
machen auch die andern mit!

Schallplatte für Kinder

im 16. Tausend

Balle, Malle, Hupe und Artur

Mannomann!

Schallplatte für Kinder

im 10. Tausend

Ein Stück über »diese blöde Männersache, Frauensache«: von Trixi, Klaus und ihrer Mutter. Und davon, was passiert, als wieder »ein Mann ins Haus kommt«. – Mit vielen Liedern.

Wagenbachs Quartplatte 9 ★ 30cm ϕ ★ DM 12.80

Die neuen Titel

Ed Sanders
The Family
Die Geschichte von Charles Manson und seiner Strand-Buggy-Streitmacht. Ed Sanders ist anderthalb Jahre lang auf den Spuren von Charles Manson und seiner ständig wachsenden »family« unterwegs gewesen. Das Material, vom Autor bewußt keiner Literarisierung unterworfen, fügt sich zu einem aufsehenerregenden Soziogramm der amerikanischen Gesellschaft der sechziger Jahre. das neue buch, Band 14, DM 10,–

Parteilichkeit der Literatur oder Parteiliteratur
Materialien zu einer undogmatischen marxistischen Ästhetik. Herausgegeben von Hans Christoph Buch. das neue buch, Band 15, DM 8,–

Carl Einstein
Die Fabrikation der Fiktionen
Gesammelte Werke in Einzelausgaben, Bd. 4. Herausgegeben von Sibylle Penkert. Eingeleitet von Helmut Heißenbüttel. Mit Beiträgen von Sibylle Penkert und Katrin Sello. das neue buch, Band 17, 384 Seiten, DM 10,–

Peter Turrini
Erlebnisse in der Mundhöhle
das neue buch, Band 18, DM 4,–

Hartmut Lange
Theaterstücke 1960–72
das neue buch, Band 22, 348 Seiten, DM 8,–

Ronald D. Laing
Knoten
Aus dem Englischen von Herbert Elbrecht und Ralf-Rainer Rygulla. das neue buch, Band 25, DM 4,–

James Baldwin
Eine Straße und kein Name
Aus dem Amerikanischen von Irene Ohlendorf. das neue buch, Band 23, 144 Seiten, DM 6,– (Februar 1973)

Heinz Brüggemann
Literarische Technik und soziale Revolution
Versuche über das Verhältnis von Kunstproduktion, Marxismus und literarischer Tradition in den theoretischen Schriften Bertolt Brechts. das neue buch, Band 33, 352 Seiten, DM 8,– (Februar 1973)

Paul Nizan
Für eine neue Kultur
Aufsätze zu Literatur und Politik in Frankreich. Aus dem Französischen und mit einem Essay von Delf Schmidt. das neue buch, Band 27, 240 Seiten, DM 7,– (März 1973)

John Barth
Ambrose im Juxhaus
Fiktionen für den Druck, das Tonband und die menschliche Stimme. Aus dem Amerikanischen von Susanna Rademacher. das neue buch, Band 28, 240 Seiten, DM 7,– (März 1973)

das neue buch – die Reihe mit dem leuchtroten Rahmen